

A
ARCHITEKTUR
DER DDR
5'81
Preis 5,— Mark
AP-18-07

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Schriftliche Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin, Abt. Absatz

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen
Für Buchhandlungen:

Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR,
DDR – 7010 Leipzig
Leninstraße 16

Für Endbezieher:

Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR – 7010 Leipzig
Talstraße 29

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen, 1080 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon: 2 04 12 67 · 2 04 12 68 · 2 04 12 66 · 2 04 13 14
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung

Druckerei Märkische Volksstimme, 1500 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 87/81 und P 3/11/81 bis P 3/22/81

Archit. DDR Berlin 30 (1981), Mai, 5, S. 257–320
ISSN 0323-3413

Im nächsten Heft:

Architektur des Wohnungsbaus – heute und morgen
Paks: Eine neue Stadt in der UVR
Internationaler Erfahrungsaustausch der Architekten in der SR Rumänien 1980
Das rekonstruierte Agneskloster in Prag
Grundlagen, Methoden und Studien zur städtebaulichen Planung der Modernisierung, Rekonstruktion und Umgestaltung von Altbaugebieten
Die Architekturdarstellung, zeichnerischer Abschluß des architektonischen Entwerfens

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 10. März 1981
Illusdruckteil: 18. März 1981

Titelbild:

Blick in die Brüggstraße in Greifswald
Foto: Bauinformation/Grabow

Fotonachweis:

Wilfried Pfau, Berlin (5); Theodor Müller, Anklam (2); Achim Felz, Berlin (1); Martin Muschter, Berlin (1); Institut für Denkmalpflege/Renate Worel (2); Bauinformation/Mayenfels (8); Kurt Ludley, Halle (6); Helmut Lindemann, Friedrichroda (2); Bauinformation/Baum (2); TU Dresden, Hochschulfilm- und -bildstelle (5); Andreas Fischer, Wernigerode (2); Wolf Paugstadt, Berlin (4); Möller, Berlin (1)

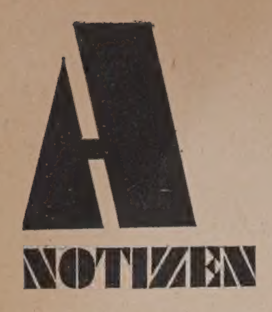


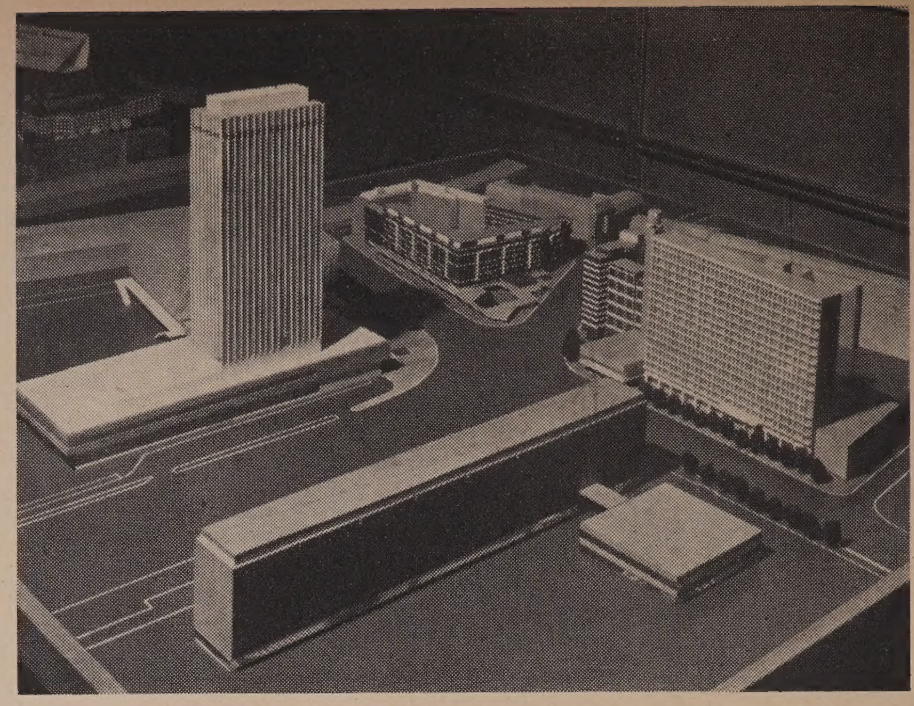
ARCHITEKTUR DER DDR XXX. JAHRGANG · BERLIN · MAI 1981

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf





Modell für den Wohnungsbau Liebknecht-/Memhardstraße im Zentrum von Berlin

Mehr Modernisierung und Werterhaltung von Wohnungen

Im Industriebezirk Halle gibt es in solchen Städten wie Halle, Merseburg, Bitterfeld und Dessau eine ganze Reihe alter Wohnviertel. Das Wohnungsproblem kann auch für die Bevölkerung dieses Bezirkes insgesamt nur durch die Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung gelöst werden. Dazu gab es in der Vergangenheit in den Städten und Gemeinden des Bezirkes eine Vielzahl von Aktivitäten der Bürger.

Gegenüber der Zielstellung von 1976 bis 1980 wurden rund 3500 Wohnungen mehr modernisiert und Reparaturen an Wohngebäuden im Wert von 915 Millionen Mark durch örtlich geleitete Baubetriebe ausgeführt. 600 Millionen Mark erbrachten die Initiativen der Bevölkerung im Rahmen des „Mach mit!"-Wettbewerbs der Nationalen Front. Im Zeitraum 1981 bis 1985 sind noch größere Fortschritte erforderlich, um die hohen Zielstellungen zu erreichen. Im Bezirk Halle besteht in den Jahren 1981 bis 1985 die Aufgabe, 35 000 Wohnungen zu modernisieren bzw. um- und auszubauen sowie mehr als 1,8 Milliarden Mark für Baureparaturen an Wohngebäuden einzusetzen. Das kann nur über die Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus erreicht werden. Schrittweise werden die Kapazitäten des örtlich geleiteten Bauwesens mehr auf die Reparaturen und die Modernisierung konzentriert. In einer entsprechenden Rationalisierungskonzeption wurden ein rascher Leistungsanstieg und die Erhöhung der Effektivität konzipiert. Daraus resultiert in den Jahren bis 1985 der Aufbau einer Vielzahl technologischer Linien in den Kreisen, Städten und Gemeinden des Bezirkes Halle. Auch das Gewerkeprofil im kreisgeleiteten Bauwesen wird sich verändern. So wurde zur schnellen Verbesserung des baulichen Zustandes der Schornsteinköpfe im vergangenen Jahr mit dem Aufbau spezialisierter Brigaden für Schornsteinreparaturen begonnen. Bis 1983 sind hierfür 40 Brigaden auszurüsten und einzusetzen. 80 technologische Linien für Dachreparaturen, 80 für die Fassadengestaltung und 30 für die Trockenlegung von Bauwerken werden darauf konzentiert, den baulichen Zustand der Wohnhäuser in den Arbeiterzentren spürbar zu verbessern und gemeinsam mit komplexen Fließlinien in Halle, Merseburg, Wittenberg und Zeitz etwa 14 000 Wohnungen zu modernisieren.

Bei der Modernisierung konzentrieren sich die örtlichen Staatsorgane darauf, durch gute Vorbereitung mit möglichst geringem Aufwand viele Wohnungen entsprechend auszustatten. Dazu gehören der Einbau von WC, Bad beziehungsweise Dusche, die Instandsetzung der Dächer, die Gestaltung der Fassaden, die Trockenlegung der Bauwerke und die Erneuerung der Elektroinstallation.

Bei der Lösung dieser Aufgaben geben auch die Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen des Bezirkes Halle viele gute Ratschläge und Unterstützung. So arbeitet zum Beispiel die Ständige Kommission Komplexer Wohnungsbau des Bezirkstages sehr aktiv bei der Bewältigung von Aufgaben mit, die sich bei der Modernisierung und Werterhaltung von Wohnungen ergeben.

Sekundärrohstoffe von wachsender Bedeutung

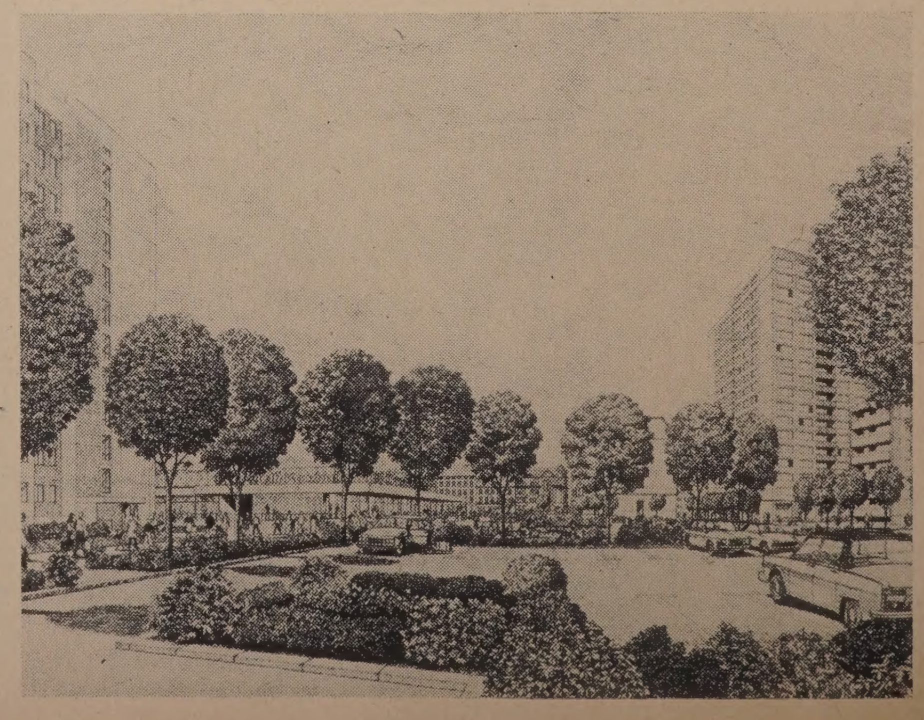
Von der Gesamtmenge der gegenwärtig verwerteten Sekundärrohstoffe in der Volkswirtschaft der DDR werden sechzig Prozent im Bauwesen eingesetzt. Aber nur 25 Prozent der im Bauwesen eingesetzten Sekundärrohstoffe stammen aus diesem Volkswirtschaftszweig selbst, die restlichen 75 Prozent kommen unter anderem aus der Metallurgie, dem Bergbau, der chemischen Industrie und der Leichtindustrie. Zur Zeit gibt es 45 bis 50 Sekundärrohstoffe, die im Bauwesen, vor allem in der Baumaterialienindustrie, eingesetzt werden. Zum Beispiel werden Plastabfälle, die bei der Produktion von pflegeleichten, plastbeschichteten Fenstern anfallen, verwertet. Der VEB Ausbau Erfurt stellt aus diesen, früher in Deponien gelagerten Abfällen (190 t je Jahr), Plastprofile für den Wohnungsbau, Wetterleisten für Thermofenster und Profile für das industriell vorgefertigte Leitungs- und Installationssystem her.

Für eine Reihe von Sekundärrohstoffen erarbeitet die Wissenschaft neue Einsatzgebiete. Vorgesehen ist unter anderem die Verwendung von Beizoxiden als Substitut für konstenintensives Eisenoxid, einem Farbträger zum Beispiel für die Herstellung gefärbter Außenwandelemente des Wohnungsbaus.



FDGB-Erholungsheim „August Bebel" in Friedrichroda. Blick zum Haupttrakt

Perspektive des Wohngebietes Straße der Befreiung Süd





Kinderspielplatz „Andersenstadt" in Sosnomy Bor

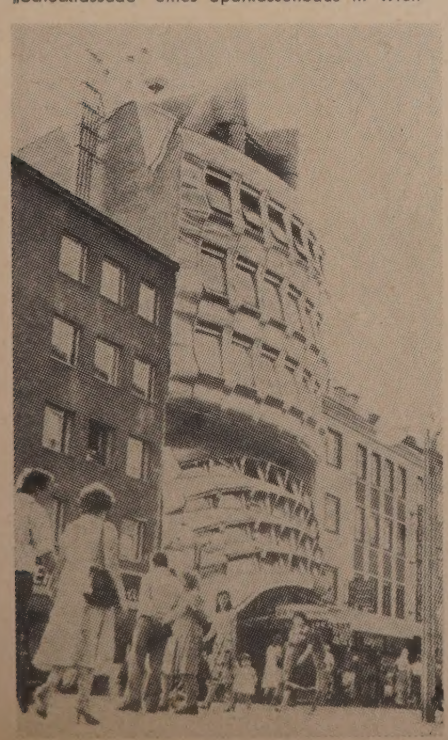
Koordinierte Betriebsgruppenarbeit

Zu den großen Baukombinaten der DDR gehören heute oft mehrere Projektierungsbetriebe mit verschiedenen BdA-Betriebsgruppen. Dadurch entstand das Bedürfnis nach Formen der Zusammenarbeit aller Betriebsgruppen des BdA/DDR innerhalb eines Kombinats. Im VEB Bau- und Montagekombinat Erfurt ist dazu ein „Leitungskreis Betriebsgruppenvorsitzende" gebildet worden. Diesem Leitungskreis gehören die Vorsitzenden von sieben BdA-Betriebsgruppen aus drei Bezirken an. Vorsitzender des Leitungskreises ist Kollege Dr.-Ing. König. Der Leitungskreis kordiniert die Arbeit der Betriebsgruppen im Kombinat und kann so gemeinsame fachliche Anliegen der Architekten wirkungsvoll vertreten.

Hinweise zur Werterhaltung

Wertvolle Hinweise zur Werterhaltung und Rekonstruktion von Altbauten gibt eine Informationsübersicht, die vom Institut für Bauelemente und Faserbaustoffe, Leipzig, erarbeitet wurde. Diese Broschüre, inzwischen durch eine detaillierte Beilage aktualisiert, gibt einen Überblick über die Möglichkeiten, die Erzeugnisse des VEB Kombinat Bauelemente und Faserbaustoffe zur Erhaltung und Rekonstruktion der Altbausubstanz einzusetzen. Sie wendet sich vorwiegend an Baureparaturbetriebe, Bauämter, Baustoffversorgungs- und Lieferbetriebe und ist so aufgebaut, daß die wichtigsten Aussagen für bekannte und neue Erzeugnisse vom Projektanten, Technologen usw. für die Praxis unmittelbar entnommen werden können.
Die Broschüre „Baureparaturen mit Baufa-Erzeugnissen" ist zum Preis von 8,75 M vom Institut für Bauelemente und Faserbaustoffe, 7021 Leipzig, Zschortauer Straße 42, zu beziehen.

„Schockfassade" eines Sparkassenbaus in Wien





Wohnungsneubau in Balatonfüred, UVR

Explodierende Städte in Lateinamerika

In ganz Lateinamerika stellt die enorme Wanderung vom Land in die großen Städte die Länder vor kaum lösbare Aufgaben. In manchen Ländern lebt schon mehr als die Hälfte der Einwohner in oder unmittelbar bei den überquellenden Großstädten. Die Landflucht nimmt noch weiter zu, obwohl die Zustände in vielen Elendsquartieren und Slums menschenunwürdig sind.
Jüngsten Untersuchungen zufolge werden z. B. solche Städte wie Mexiko und Sao Paulo bis zum Jahre 2000 ihre Einwohnerzahlen auf 32 bzw. 26 Millionen, das heißt etwa verdoppelt haben. Um diese Zeit wird es hier die größten Stadtagglomerationen mit den meisten Elendsquartieren geben. Nach UNO-Prognosen werden dann unter solchen Bedingungen leben: 46 Prozent der Menschen in Mexiko-Stadt, 42 Prozent in Caracas, 40 Prozent in Lima, 30 Prozent in Rio de Janeiro und 25 Prozent in Santiago de Chile. Diese Quartiere wachsen gegenwärtig jährlich in Rio de Janeiro um 5,5 Prozent und in Lima um 13,7 Prozent.

30 Prozent fürs Wohnen

In Westberlin suchen nach offiziellen Angaben rund 80 000 Menschen ein annehmbares Obdach. 20 000 von ihnen gelten als absolute Dringlichkeitsfälle. Zugleich aber stehen 7000 bis 10 000 Wohnungen leer. Sie warten entweder auf den Abriß (z. T. aus spekulativen Gründen), oder sie sind für die Wohnungssuchenden nicht bezahlbar. Der Quadratmeter kostet im „sozialen" Wohnungsbau, der allerdings auch künftig noch weiter eingeschränkt werden soll, zwischen fünf und acht Mark, auf dem „freien" Wohnungsmarkt zwischen 15 bis 20 Mark. Ein zunehmender Teil der Westberliner Arbeiter und Angestellten muß bereits über 30 Prozent des Einkommens für die Miete aufbringen. Ab 1983 ist auch für die Altbauwohnungen die Abschaffung jeder Mietpreisbindung vorgesehen.

Weniger Material – bessere Dämmung

Eine neue Bauweise für Reihenhäuser in Kleinstädten und auf dem Lande ist im Bezirk Schwerin entstanden. Dabei kommen als Bauelemente vergrößerte Blöcke mit einem Gewicht von 1,1 Tonnen statt bisher 0,8 Tonnen zum Einsatz. Diese Erhöhung der Laststufe verringert den Arbeitsaufwand auf den Baustellen, weil die notwendige Zahl der Kranbewegungen sinkt. Zugleich wurde durch den Einsatz von Gasbeton eine Verminderung der Außenwandstärke von 290 auf 240 Millimeter möglich. Mit weniger Material wird somit auf Grund der günstigen Eigenschaften des Gasbetons gegenüber Schwerbeton eine bessere Wärmedämmung erreicht.



Neue Wohn- und Geschäftsbauten am Leninplatz in Pitesti, SR Rumänien

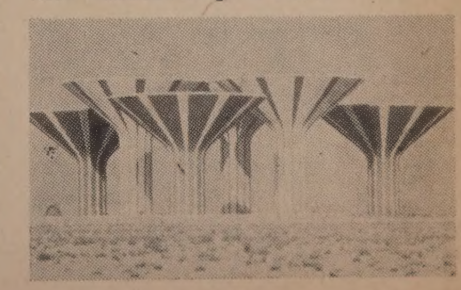
Kaufhallen mit Wärmerückgewinnung

Beträchtliche Material- und Energieeinsparungen ermöglicht ein neuer Kaufhallentyp. Unter Nutzung sowjetischer Erfahrungen entstand er in Gemeinschaftsarbeit des Werkes Halle des Metallleichtbaukombinates und des Konsumrationalisierungszentrums Handel. Die erste Kaufhalle dieser neuen Serie wurde 1980 in der Berliner Siemensstraße übergeben. Obwohl für ihre Errichtung gegenüber dem Vorgängertyp über ein Drittel weniger Stahl erforderlich war, kommt sie mit der Hälfte der Wärmeenergie aus. Dies wird vor allem erreicht, weil der neue Kaufhallentyp für die Wärmerückgewinnung ausgelegt ist. Auf diese Weise lassen sich in einer solchen Kaufhalle jährlich 54 000 Kilowattstunden einsparen.

BdA-Seminar „Energieökonomie im Industriebau"

Der BdA/DDR führt am 3. und 4. September 1981 durch die Zentrale Fachgruppe „Industriebau" ein Seminar zum Thema
„Energieökonomie im Industriebau" durch und lädt dazu Teilnehmer aus den Planungs- und Projektierungseinrichtungen, den Baukombinaten und anderen interessierten Institutionen der DDR ein. Einladungen sind bei den Bezirksvorständen des BdA/DDR anzufordern.

Neue Wasserturmanlage in Kuweit





1

In der Deutschen Demokratischen Republik ist das Werk Schinkels für immer in guten Händen

Festansprache des Ministers für Bauwesen Wolfgang Junker

Die heutige Festveranstaltung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, die uns wenige Wochen vor dem X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hier im Herzen der Hauptstadt Berlin zusammenführt, ist dem Gedenken Karl Friedrich Schinkels gewidmet.

Wir nehmen die 200. Wiederkehr seines Geburtstages zum Anlaß, das Wirken dieses universellen Baumeisters und Künstlers, eines bedeutenden Humanisten und Patrioten in der Geschichte des deutschen Volkes, zu würdigen.

In Karl Friedrich Schinkel ehren wir vor allem den Architekten, der im 19. Jahrhundert das baukünstlerische Antlitz des Zentrums von Berlin in hohem Maße mitgestaltet hat. So wie dieser festliche Raum im Alten Museum – der Anmut und Würde empfinden läßt – zeugen alle seine Bauten und städtebaulichen Ensemble von der hohen Meisterschaft dieses Genius der Baukunst, die auch in Zukunft lebendig bleibt. Sein Werk und Vermächtnis für die weitere erfolgreiche Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu wahren und zu nutzen war und ist stets fester Bestandteil der marxistisch-leninistischen Politik unserer Partei der Arbeiterklasse und des ersten Staates der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden.

Die in Vorbereitung des X. Parteitages der SED so nachdrücklich bekräftigte Fortführung des bewährten Kurses der Hauptaufgabe zur ständigen Hebung des materiellen und geistigen Lebensniveaus unseres Volkes ist untrennbar mit der immer komplexeren Aneignung der Schätze der Kultur verbunden. Dieses Anliegen ist fest in den grundlegenden Zielen des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verankert.

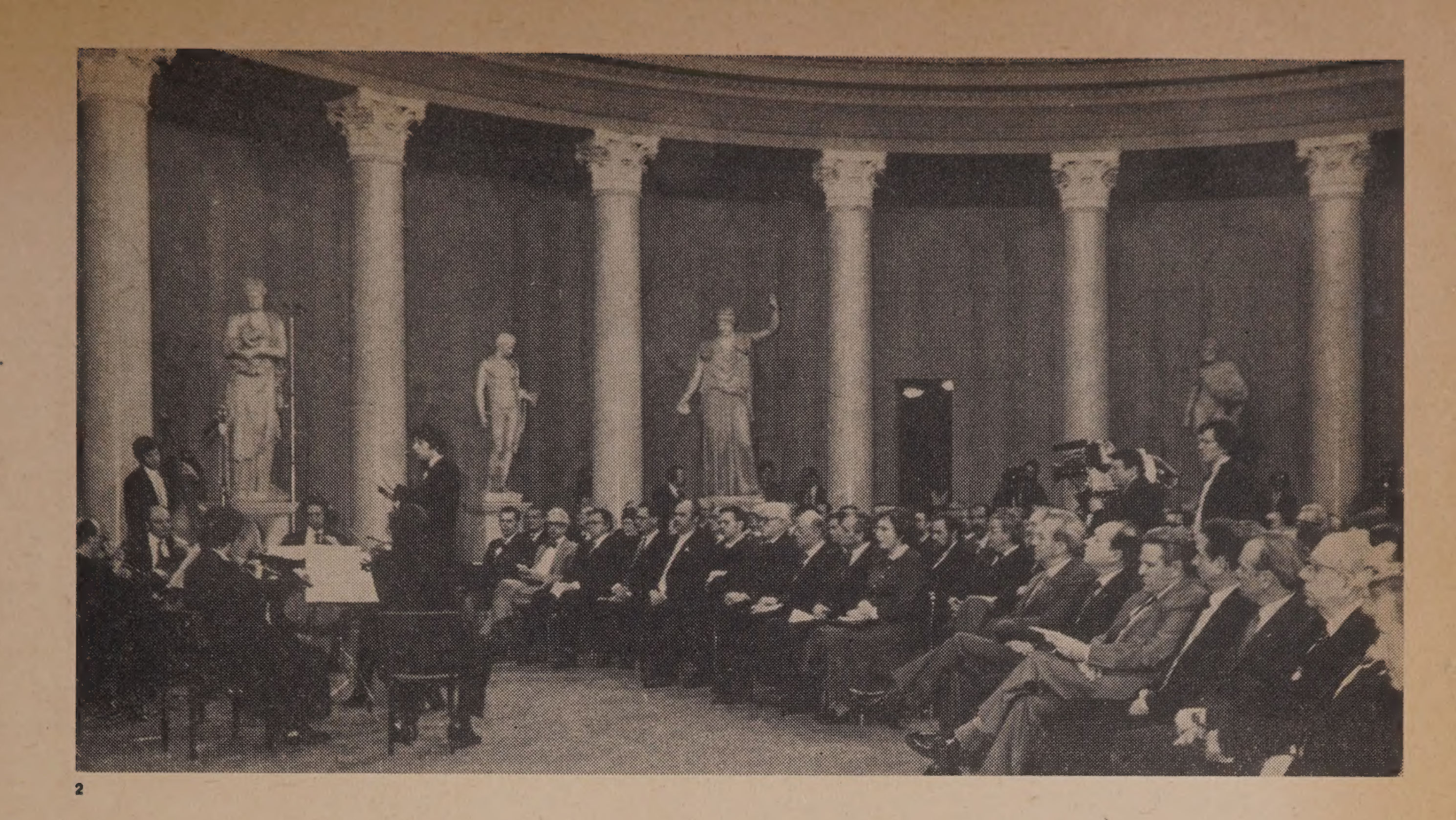
Bei der Gründung des Martin-Luther Komitees der Deutschen Demokratischen Republik ging der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, in seiner Ansprache davon aus und sagte: „Unser Staat der Arbeiter und Bauern verwirklicht die Ideale der besten Söhne des deutschen Volkes im Sinne seiner Politik zum Wohle des Menschen. Zu den progressiven Traditionen, die wir pflegen und weiterführen, gehören das Wirken und das Vermächtnis all derer, die zum Fortschritt, zur Entwicklung der Weltkultur beigetragen haben, ganz gleich, in welcher sozialen und klassenmäßigen Bindung sie sich befanden".

In unserer Gegenwart und Zukunft ist das Ringen um die Erhaltung und Bereicherung aller progressiven kulturellen Werte mehr denn je mit dem Kampf um die Sicherung des Friedens verbunden. Die Bürger unseres Landes haben gerade auch deshalb die vom XXVI. Parteitag der KPdSU ausgehenden Initiativen und Vorschläge zur Erhaltung und Festigung des Weltfriedens mit großer Genugtuung und Zuversicht aufgenommen.

Sie sind fest entschlossen, in brüderlicher Verbundenheit mit dem großen Sowjetvolk und den Völkern der anderen sozialistischen Bruderländer, gemeinsam mit den Friedenskräften der ganzen Welt, dafür ihren Beitrag verantwortungsbewußt zu leisten.

Von diesen humanistischen Positionen lassen sich unsere Partei und Regierung beim weiteren Voranschreiten auf den Bahnen des Sozialismus leiten. Dem soll auch die heutige Würdigung der großen kulturhistorischen Leistung von Karl Friedrich Schinkel dienen.

Leben und Werk Karl Friedrich Schinkels vollzogen sich in einer Epoche tiefgreifender sozialökonomischer Umwälzungen in Europa. Die Große Französische Revolution hatte das Tor zur Entwicklung der bür-



2

Anläßlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages von Karl Friedrich Schinkel fand am 13. 3. 1981 im Alten Museum in Berlin eine Festveranstaltung des Ministerrates der DDR statt. In seiner Festansprache, die wir nachfolgend veröffentlichen, würdigte der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, Leben und Schaffen des großen Baumeisters.

Zuvor hatte der Minister für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann, die Teilnehmer begrüßt, unter ihnen das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Konrad Naumann, die Abteilungsleiter des ZK der SED Johannes Hörnig und Gerhard Trölitzsch, weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, zahlreiche Architekten, Städtebauer und bildende Künstler sowie die Präsidenten von Architektenverbänden aus sozialistischen Ländern.

Am 17. und 18. 3. 1981 fand im Zusammenhang mit der Schinkel-Ehrung ein wissenschaftliches Kolloquium der Bauakademie der DDR mit dem Thema „Das Werk Schinkels und seine Bedeutung für die DDR" statt, über das wir noch berichten werden. Red.

1
Minister Junker während seiner Festansprache

2
Blick in die Rotunde des Alten Museums, in der die Festveranstaltung zur Schinkel-Ehrung stattfand

gerlichen Gesellschaft und demokratischer Reformen aufgestoßen. Die Bewegung der Aufklärung und des Humanismus gab dem geistigen Leben dieser Zeit eine neue Perspektive. In vielen Ländern Europas breitete sich die industrielle Revolution aus und verlieh den Produktivkräften bis dahin unbekannte Entfaltungsmöglichkeiten. In Preußen, dem Tätigkeitsfeld Schinkels, waren jedoch in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts die politischen und ökonomischen Verhältnisse noch sehr verworren. Lenin schrieb darüber: „Damals ... machten einige Handvoll Adliger und einige Häuflein bürgerlicher Intellektueller Geschichte, während die Massen der Arbeiter und Bauern einen tiefen Schlaf schliefen", und so ... „konnte die Geschichte deshalb nur entsetzlich langsam vorankriechen ...". Erst nach den Befreiungskriegen von 1813 vollzog sich „... eine Wandlung zu einem gewaltigen nationalen Aufschwung".

Ein ergreifendes Jugenderlebnis stand am Beginn des Weges, den Karl Friedrich Schinkel als Baumeister nahm. Mit 16 Jahren sah er Entwürfe seines späteren Lehrmeisters Friedrich Gilly, die in ihrer Rationalität und Einfachheit im direkten Gegensatz zur prunkvollen Barockarchitektur des Feudalabsolutismus standen. Diese neue Architekturauffassung beeinflußte wesentlich seinen künstlerischen Schaffensprozeß.

Intensive berufliche Ausbildung im Atelier seines Lehrmeisters und in der 1799 gegründeten Baukademie sowie umfassende Bildungsreisen, besonders nach Italien, ließen den talentvollen und zielstrebigen jungen Schinkel schnell zu einem geschätzten Architekten und Künstler reifen. Solche hervorragenden Persönlichkeiten wie die bekannten Reformer und Humanisten Karl August Hardenberg, Wilhelm von Humboldt und Peter Beuth, die Architekten David Gilly und Heinrich Gentz, die Bildhauer, Maler und Dichter Bertel Thorvaldsen, Johann Gottfried Schadow, Christian Daniel Rauch, Achim und Bettina von Arnim sowie die Militärreformer Gerhard von Scharnhorst und Neidhardt von Gneisenau waren seine Förderer und viele davon auch seine Freunde und Mitstreiter. Vor allem wußte er sich das Ideengut der klassischen deutschen Philosophie, Ästhetik und Literatur anzueignen und schöpferisch in seinem Schaffen umzusetzen. Er fühlte sich besonders zu den Auffassungen von Kant und Fichte, Schelling und Hegel sowie Goethe und Schiller hingezogen und vertrat die frühbürgerliche Vorstellung von der Läuterung des Menschen durch Kunst, Ethik und Moral.

So erklärt sich, daß Schinkel als Baumeister im Staatsdienst eine Architektur hervorbrachte, die in Form und Inhalt den Idealen des aufsteigenden Bürgertums Ausdruck verlieh und in ihrer damals progressiven humanistischen Grundauffassung neue und geschichtlich unvergängliche Maßstäbe setzte. Von diesem Streben und Verdienst Schinkels zeugt auch die hier im Alten Museum so liebevoll gestaltete Ausstellung seiner Werke, die bei unserer Bevölkerung und unseren Gästen großen Anklang findet.

Als Karl Friedrich Schinkel im Jahre 1810 in der preußischen Regierung das Amt zur Wahrung der künstlerischen Qualität des Bauens erhielt, begann seine eigentliche praktische Tätigkeit als Baumeister. Das fiel in eine Zeit, in der sich in Berlin Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr immer stärker entwickelten. Neue bedeutende Stätten der Wissenschaft, Bildung und Kultur entstanden. Zugleich wuchs das Proletariat rasch an, und erste revolutionäre Kräfte aus seinen Reihen begannen sich zu formieren.

Diese Entwicklung sprengte den Rahmen der einstigen feudalen Residenzstadt. Ber-

lin wurde mehr und mehr zur Großstadt. Allein von 1800 bis 1842 stieg die Zahl der Einwohner von 170 000 auf 350 000 an. Völlig neue städtebauliche Bedürfnisse traten hervor. Für Schinkel erwuchsen daraus umfangreiche Aufgaben. Berlin verdankt ihm solche hervorragenden Bauwerke wie die Neue Wache, das heutige Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus, das Alte Museum, das Schauspielhaus und die Marx-Engels-Brücke. Mit diesen und anderen Bauten erhielten wichtige Bereiche der Innenstadt einen würdigen städtebaulichen Abschluß wie der Lustgarten, der heutige Platz der Akademie und die Straße Unter den Linden. Größte Bedeutung und Popularität erlangten jene Bauwerke, die den Anforderungen der emporstrebenden bürgerlichen Klasse nach Bildung, Kultur und Wissenschaft entsprachen wie das Museum, das Schauspielhaus und die Allgemeine Bauschule. In ihnen offenbart sich auch die höchste baukünstlerische Meisterschaft. Es sind Werke, die sich großer Volksverbundenheit erfreuen.

Wesentliche Merkmale der Schinkelschen Architektur sind die rationelle Logik der Konstruktionen und die Zweckmäßigkeit der Raumorganisation, die Einfachheit und Erhabenheit in der Formensprache, die feinfühlige Beherrschung des Massenaufbaus und eine ausgewogene, harmonische Proportionierung aller Teile zum Ganzen.

Ebenso typisch für das Schaffen von Schinkel ist das Zusammenwirken mit allen anderen künstlerischen Disziplinen wie der Malerei und Plastik, der Möbelkunst und des Kunsthandwerks. Hierin widerspiegelt sich seine Grundhaltung, die er mit den Worten umschrieb: „Bei Betrachtung eines Werkes erwächst ein Hauptgenuß, wenn man imstande ist, sämtliche Teile eines Werkes als unzertrennlich, als notwendig und als harmonisch in einem Schlage zu fühlen".

Die geistige Größe und der weitreichende Einfluß Schinkels werden nicht nur in seinen baukünstlerischen Werken offensichtlich.

Auch was er im Dienste einer progressiven Bauentwicklung in Berlin und darüber hinaus in weiten Teilen Deutschlands zur Förderung der Produktivkräfte getan und bewirkt hat, erfordert unseren Respekt.

Mit der beginnenden Verwendung der Dampfkraft für die Energieumwandlung erreichte die industrielle Revolution eine Phase, in der, wie Marx betonte, „eine Revolution in den allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, das heißt den Kommunikations- und Transportmitteln eintrat". Die von Schinkel wesentlich beeinflußte Baupolitik und Baugesetzgebung entsprach weitgehend diesen objektiven Anforderungen. Es bahnte sich eine Periode qualitätsvoller und kulturell niveauvoller Bauentwicklung an, die auch solche Bereiche wie den Straßen- und Brückenbau, die Landschaftsgestaltung und den Wasserbau erfaßte. Beispielsweise erweiterte sich das vom preußischen Staat unterhaltene Chausseenetz in zwei Jahrzehnten von 1818 bis 1838 von 3162 auf 8632 Kilometer, das heißt, auf nahezu das Dreifache.

Schinkel setzte sich auch stark dafür ein, die Denkmalpflege zu einer Sache des Staates und so zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen. Erstmalig wurden unter seiner Leitung die wichtigsten historischen Objekte erfaßt und Grundzüge zu ihrer Erhaltung ausgearbeitet. Ein wesentlicher Gesichtspunkt, der bis in unsere Gegenwart volle Gültigkeit behalten hat, ist sein Gedanke, Baudenkmäler durch eine zeitgemäße Nutzung ständig zu pflegen und zu erhalten. Gerade diese Seite seines Schaffens förderte die im Volk tief verwurzelten patriotischen Empfindungen und Bestrebungen.

Schinkel verfolgte aufmerksam den technischen Fortschritt seiner Zeit und strebte danach, die Ergebnisse nutzbringend für die Baupraxis anzuwenden. In seinen Entwürfen nahmen solche Verfahren und Konstruktionen wie der Skelettbau, der Eisen- und Zinkguß und die Neubelebung der Backsteinarchitektur einen wichtigen Platz ein.

Karl Friedrich Schinkel hat auch viel dazu beigetragen, daß sich die Erkenntnis entwickelte, daß Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Bauens mit der gestalterischen Schönheit zu verbinden sind.

Aus dem umfangreichen Nachlaß Schinkels geht hervor, daß er die Not und das Elend der unteren Volksschichten wohl kannte. Davon zeugt auch seine Feststellung, daß sich die herrschende Klasse mit einer „Afterkunst" umgibt und damit prunkt, „während das Volk wenig über den zahmen Haustieren erhaben wohnt, lebt und kaum denkt". Angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse konnte sich aber sein schöpferisches Streben nur darauf beschränken, einen den bürgerlichen Vorstellungen gemäßen Beitrag zur Gestaltung des Wohnens zu leisten. So gehört das nach seinem Entwurf errichtete Gärtnerhaus in Potsdam-Sanssouci zu den bedeutendsten und schönsten Beispielen bürgerlichen Wohnungsbaues des 19. Jahrhunderts.

Charakteristisch für alle Wohnbauten, die Schinkel entwarf, sind die überzeugende Einfachheit, Klarheit und Zweckmäßigkeit der funktionellen wie der äußeren und inneren Gestaltung bis hin zu einer gediegenen Möblierung der Räume und liebevollen ästhetischen Lösung des Details.

Selbst dann, wenn Schinkel für feudale Auftraggeber zu entwerfen und zu bauen hatte, versuchte er stets, mutentschlossen seine neuen Konzeptionen gegen ihre Prunksucht durchzusetzen, wie das beim Schloß Charlottenhof im Park von Sanssouci für den Besucher immer wieder erlebbar wird.

Schinkel verband sein schöpferisches Wirken als Architekt mit einer umfangreichen theoretischen und wissenschaftlichen Arbeit. Für ihn war die theoretische Durchdringung von Architektur und Kunst eine wichtige Bedingung und Vorstufe des praktischen Handelns und so ein immanenter Bestandteil seines künstlerischen Schaffens.

Schinkel betrachtete die Architektur nicht als eine Sache, die in festen Regelwerken historisch abgeschlossen ist. Für ihn war Architektur und Kunst ein stetiger Prozeß der Bewegung, Veränderung, Umbildung und Weiterentwicklung. In diesem dialektischen Sinne versuchte er, die inneren Gesetzmäßigkeiten dieses Prozesses aufzudekken und dafür die Ergebnisse der zeitgenössischen Philosophie nutzbar zu machen.

Schinkel verstand die Geschichte als ein Fortschreiten vom Niederen zum Höheren und kam zu der Einsicht, das baukünstlerische Erbe von der Antike bis in seine Schaffenszeit als Ganzes schöpferisch anzuzeigen und durch Neues fortzusetzen. „Historisch ist nicht, das Alte allein festzuhalten oder zu wiederholen", betonte er, „dadurch würde die Historie zu Grunde gehen; historisch handeln ist das, welches das Neue herbeiführt und wodurch die Geschichte fortgesetzt wird." Für Schinkel waren vor allem die Baudenkmale und künstlerischen Leistungen der Antike Vorbild, um den progressiven humanistischen Idealen seiner Zeit in neuen überzeugenden Werken der Baukunst Ausdruck zu verleihen. Besonders die von ihm gewählte klassizistische Formensprache ist dafür kennzeichnend. So nahm er die durch Jahrhunderte fortwirkenden Grundlagen architektonischer Gestaltung auf und entwickelte zugleich eine eigenständige Architekturqualität, die sich durch eine harmonische Einheit von technischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und künstlerischen Komponenten auszeichnet. Schinkels Auffassung, daß die Aufgabe der Architektur darin besteht, wie er hervorhob: „Ein Gebrauchsfähiges, Nützliches, Zweckmäßiges schön zu machen", ist ein Anspruch an das Architekturschaffen, der in unserer sozialistischen Gesellschaft mehr denn je seine prinzipielle Bedeutung behält,

Das erfolgreiche Voranschreiten der sozialistischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik schuf die grundlegenden Bedingungen, um Städtebau und Architektur im Interesse eines kulturvollen Lebens aller Menschen unseres Landes zu entwickeln. Davon zeugen besonders die bedeutenden Fortschritte, die bei der Durchführung des vom VIII. und IX. Parteitag der SED beschlossenen großen Wohnungsbauprogramms für das Wohl und das Glück unseres Volkes in Stadt und Land erreicht wurden. Zugleich sind bereits in Vorbereitung des X. Parteitages, vor allem mit der 7. Baukonferenz, neue weitreichende Bauaufgaben gestellt und höhere Maßstäbe für die Effektivität und Qualität der Arbeit in der gesamten Investitions- und Bautätigkeit gesetzt. Sie geben den Bauschaffenden und allen am Bauen beteiligten Werktätigen, nicht zuletzt unseren Architekten, Städteplanern und bildenden Künstlern eine klare Perspektive, wofür sich wahrhaftig lohnt, das ganze Wissen und Können aufzubieten.

Einen vorrangigen Platz bei der Verwirklichung des großen Bauprogramms unseres sozialistischen Staates nimmt nach wie vor die würdige Ausgestaltung seiner Hauptstadt Berlin ein. Dieses zutiefst politische Anliegen hat Genosse Erich Honecker in seiner Rede auf der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED nachhaltig unterstrichen.

Dank der Leistungen der Berliner Bauleute und der an ihrer Seite tätigen Baukollektive aus der ganzen Republik, voran der

Jugend in der „FDJ-Initiative Berlin", werden die vom Politbüro des ZK der SED beschlossenen Bauaufgaben zur Entwicklung der Hauptstadt im Zeitraum 1976 bis 1990 Schritt um Schritt erfolgreich realisiert. Angefangen beim komplexen Wohnungsbau, aber auch bei den Vorhaben der Industrie und Wissenschaft und nicht zuletzt bei den Bauten und städtebaulichen Ensembles im Bereich des Zentrums der Hauptstadt, wird das Bestreben immer sichtbarer, mit dem geplanten Aufwand eine hohe sozialpolitische und ökonomische Wirksamkeit sowie eine gute Qualität in Städtebau und Architektur zu erreichen.

Davon zeugen solche neuen Wohngebiete wie in der Leipziger oder Greifswalder Straße, davon zeugt das größte Wohnungsneubaugebiet Berlin-Marzahn. Das gilt ebenso für den Palast der Republik, den Pionierpalast „Ernst Thälmann", das kurz vor der Vollendung stehende Sport- und Erholungszentrum im Friedrichshain und andere bedeutsame Gebäude, die neu entstanden oder liebevoll rekonstruiert wurden.

Jetzt kommt es darauf an, die bisher beim Bauen und Architekturschaffen erreichten Fortschritte im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 auf ein qualitativ noch bedeutend höheres Niveau zu heben. Erstmals in diesen wenigen Jahren in der Hauptstadt der DDR, Berlin, über 100 000 Wohnungen neu zu bauen bzw. zu modernisieren ist eine äußerst anspruchsvolle, doch zugleich sehr schöne und kulturelle Aufgabe, wenn man bedenkt, welche großen Effekte damit für die Bereicherung der Schönheit der Stadt und des Lebens ihrer Bewohner erzielbar sind.

Gleichzeitig wird die weitere Ausgestaltung des Zentrums der Hauptstadt planmäßig fortgesetzt. Der Platz der Akademie erhält mit dem Aufbau des Schinkelschen Schauspielhauses als Konzerthaus und den barocken Dombauten seine volle gesellschaftliche Funktion als Platz der Kultur und Wissenschaften. Zu seiner städtebaulichen Vervollkommnung werden in angemessener baukünstlerischer Gestaltung Wohngebäude und attraktive gesellschaftliche Einrichtungen entstehen.

Die bauliche Rekonstruktion der traditionsreichen Museumsinsel, die in den 70er Jahren begonnen wurde, wird planmäßig fortgesetzt. Das betrifft gegenwärtig die Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit des Pergamon-Museums durch die Errichtung der Brücke über den Kupfergraben und des Eingangsgebäudes.

Der städtebauliche Bereich Rathaus- und Poststraße vereinigt künftig Funktionen der Kultur und des Handels, des Tourismus und des Wohnens. Der Alexanderplatz und der Spittelmarkt erhalten vor allem mit Wohnbauten ihren städtebaulichen Abschluß.

Das neue Ensemble der Charité mit 1000 Bettenplätzen und modernsten medizinischen Einrichtungen, wo die Übergabe des ersten Bauabschnittes in diesem Jahr erfolgt, bringt der weiteren Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung sowie der Forschung und Lehre auf diesem Gebiet hohen Nutzen.

Weitgehende Überlegungen zur Neugestaltung der Friedrichstraße und der Aufbau eines neuen Friedrichstadtpalastes ordnen sich folgerichtig in den Ablauf der baulichen Gestaltung des Berliner Stadtzentrums ein.

Aus allem geht hervor, daß die Fortführung der begonnenen und die Verwirklichung der künftigen Bauaufgaben zur Ausgestaltung der Hauptstadt noch mehr das ganze Schöpfertum der daran mitwirkenden Bauschaffenden, angefangen der Architekten, Städteplaner, Farb- und Gartengestalter einschließlich der bildenden Künstler, herausfördert. Und das gilt gleichermaßen für das Bauen in unserer gesamten Republik.

Wenn wir heute das Werk Karl Friedrich Schinkels vor allem würdigen, um es zu wahren und zu nutzen in unserer Republik, dann sollten wir darin unbedingt einbeziehen, für das Bauen von seinem leidenschaftlichen politischen Engagement für den gesellschaftlichen Fortschritt seiner Zeit und seiner hohen fachlichen Meisterschaft in unserer sozialistischen Gesellschaft zu lernen.

Die Deutsche Demokratische Republik ist reich an baukünstlerisch bedeutsamen Denkmälern. Gegenwärtig stehen nahezu 50 000 dieser Objekte der Bau- und Gartenkunst sowie aus dem industriellen Bereich unter dem Schutz unseres sozialistischen Staates. Nur wenige Länder der Erde besitzen einen derartig reichen Schatz von Zeugnissen ihrer Vergangenheit. Seit der Gründung unseres Staates im Jahre 1949 hat die Regierung über 10 Milliarden Mark für Pflege, Erhaltung und Neuaufbau dieser Kulturwerte aufgewendet. Viele engagierte Bauhandwerker, Restauratoren, Denkmalpfleger, Architekten, Bildhauer und Maler haben sich durch ihr solides fachliches Können um die Bewahrung dieses kulturellen Erbes große Verdienste erworben.

Von Anfang an nahm auch die Pflege des baukünstlerischen Erbes von Karl Friedrich Schinkel einen würdigen Platz in unserer Republik ein. Über 100 seiner Bauwerke und bildkünstlerischen Monumente sind erhalten geblieben. Hinzu kommt sein kostbarer Nachlaß, der allein 4500 Zeichnungen umfaßt.

Es ist und bleibt eine Schande faschistischer und imperialistischer Politik, daß viele seiner weltberühmten Bauwerke und städtebaulichen Ensemble fast weitgehend der kriegerischen Zerstörung zum Opfer fielen. Um so mehr können uns Freude und Genugtuung erfüllen, daß in unserem sozialistischen Staat die Neue Wache Unter den Linden als Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus sowie das Alte Museum, die Marx-Engels-Brücke und auch die Nikolai-Kirche in Potsdam in alter Schönheit neu entstanden. Der Aufbau des Schauspielhauses am Platz der Akademie in Berlin geht seiner Vollendung entgegen.

In unserer Republik bleibt unvergessen, daß die Schinkelbauten im Park Sanssouci in Potsdam dank des großherzigen Verhaltens der Sowjetarmee im zweiten Weltkrieg unbeschädigt blieben. Sie konnten in jüngster Zeit durch komplexe denkmalpflegerische Maßnahmen rekonstruiert werden.

Auch in seiner Geburtsstadt Neuruppin und an vielen anderen Orten in unserer Republik wird wahrlich viel getan, um seine Bauten zu pflegen, zu erhalten bzw. wiederaufzubauen.

Ein vorrangiges Anliegen von Forschung und Lehre, von Architektur und Kunst, aber auch eine Sache von allgemeiner kulturpolitischer Bedeutung ist es, das vielseitige theoretische Vermächtnis Karl Friedrich Schinkels zu erschließen. Die repräsentative Ausstellung hier im Alten Museum, die seit ihrer Eröffnung im Oktober 1980 über 150 000 Bürger aufsuchten, sowie eine Reihe von Publikationen, die anläßlich der Schinkel-Ehrung der Deutschen Demokratischen Republik erschienen, leisten in dieser Richtung einen wertvollen Beitrag. Angesichts der überzeugenden Leistungen in der Denkmalpflege und der vielseitigen Erberezeption können wir voller Berechtigung sagen, daß durch die Politik unseres sozialistischen Staates jenes Goethewort – „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen" – in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Den Architekten und allen Kulturschaffenden der Deutschen Demokratischen Republik sind anspruchsvolle Ziele gestellt. Zugleich findet ihre schöpferische Tätigkeit in unserer sozialistischen Gesellschaft hohe Förderung und Wertschätzung. Wir sind gewiß, daß sie mit wachsendem politischem Engagement und beruflichem Können ihr Bestes geben, um den steigenden Erwartungen des Volkes bei der sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur, angefangen bei der Durchführung des Wohnungsbauprogramms, gerecht zu werden. Dabei können sie das Erbe und Vermächtnis von Karl Friedrich Schinkel am besten ehren, wenn überall zum Leitmotiv für hohe Effektivität und Qualität des Bauens wird,

- Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Schönheit zu vereinen,
- die Ergebnisse von Wissenschaft und Technik ökonomisch wirkungsvoll zu nutzen,
- Bau- und Bildkunst harmonisch zu verbinden und
- aus patriotischer und humanistischer Gesinnung eine volksverbundene Baukunst zu schaffen.

All das in den Dienst der weiteren erfolgreichen Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu stellen ist für jeden Architekten und alle am Architekturschaffen in unserem Lande Beteiligten ehrenvoller Auftrag und hohe Verpflichtung.

Es bleibt ein wichtiges Anliegen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, das so wertvolle Erbe auf dem Gebiet der Baukunst wie der gesamten Kultur unserem Volk und der ganzen Menschheit zu erhalten und zu erschließen.

In diesem Sinne ist das Werk von Karl Friedrich Schinkel in der Deutschen Demokratischen Republik für immer in guten Händen.

Karl-Friedrich-Schinkel-Medaille für verdienstvolle Architekten und Förderer des Architekturschaffens

Im Zusammenhang mit der Schinkel-Ehrung in der DDR wurden am 14. März 1981 auf Beschluß des Büros des Präsidiums des Bundes der Architekten der DDR verdienstvolle Architekten und Förderer des Architekturschaffens mit der Karl-Friedrich-Schinkel-Medaille ausgezeichnet.
Der Präsident des BdA der DDR, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, der die Auszeichnung vornahm, würdigte in einer Ansprache das Bestreben, das geistige Erbe Schinkels fortzusetzen, und die Leistungen, die heute von den Architekten unserer Republik, insbesondere bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms, vollbracht werden. Echte Sorge um den Menschen, so betonte er, „das bedeutet auf unserem Fachgebiet zweckmäßige und effektive städtebaulich-architektonische Lösungen zu erzielen, die in großer Breite für die Lebensbedingungen und dadurch im Bewußtsein der Menschen wirksam werden."
Für ihre großen Verdienste um die Entwicklung der schöpferischen Zusammenarbeit der Architekten der sozialistischen Bruderländer wurden

Prof. Ing. Arch. Dr. h. c. Vladimir Meduna,
Präsident des Föderativen Verbandes der Architekten der ČSSR, und

Prof. Dr. Janos Böhönyey,
Präsident des Ungarischen Architektenverbandes, mit der Schinkel-Medaille in Gold ausgezeichnet.

In Würdigung seines verdienstvollen Wirkens für die Förderung des Bundes der Architekten der DDR wurde
Staatssekretär Karl-Heinz Martini
mit der Schinkel-Medaille in Gold geehrt.

Für seine Verdienste um eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Architekten und bildenden Künstlern wurde
Prof. Willi Sitte,
Präsident des Verbandes bildender Künstler der DDR, die Schinkel-Medaille in Gold verliehen.

In Anerkennung ihrer hervorragenden Leistungen wurden mit der Schinkel-Medaille in Gold ausgezeichnet die Architekten

Dr. Wulf Brandstädter
Prof. Werner Dutschke
Prof. Georg Funk
Heinz Graffunder
Dr. Iris Grund
Wolfgang Hänsch
Erich Kaufmann
Prof. Dr. Kurt Lembcke
Joachim Muscher
Prof. Dr. Walter Nitsch
Fritz Ungewitter

In Würdigung ihrer besonderen Leistungen wurden

Werner Berg
Martin Decker
Dr. Christian Dielitzsch
Edeltraud Franz
Werner Gebhard
Peter Goralczyk
Wolfgang Joswig
Dr. Karin Kirsch
Sabine Rohleder
Prof. Dr. Horst Siegel
Erhardt Simon
Horst Sommer
Dr. Tiedt
Dipl.-Phil. Waltraud Volk
Reinhard Dittrich
Dr. Rolf Walter

mit der Verleihung der Schinkel-Medaille in Silber geehrt.















Stand und Tendenzen bei der städtebaulichen Planung und Gestaltung von Bebauungskonzeptionen für Neubauwohngebiete

Der vorliegende Beitrag entstand auf der Grundlage eines Berichtes, der zur Abrechnung von Initiativen in Vorbereitung des X. Parteitages der SED von einem Kollektiv des Institutes für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR erarbeitet wurde.
(Autoren: Dipl.-Arch. Wilfried Pfau, Arbeitsverantwortlicher; Ingenieur Barbara Sommer; Diplomgärtner Hans Thiemann; Dipl.-Arch. Karl-Heinz Brunner; Wirtschaftler Kurt Koch; Dipl.-Ing. Lothar Kuhnert)

Dipl.-Arch. Wilfried Pfau
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur
Abteilung Neubauwohngebiete

Auf dem X. Parteitag der SED wurde erneut der feste Wille bekräftigt, das Wohnungsbauprogramm als Kernstück der Sozialpolitik der Partei der Arbeiterklasse weiter konsequent durchzuführen, um in der DDR die Wohnungsfrage als soziales Problem Schritt für Schritt bis 1990 zu lösen. Die Zielstellung für den Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 ist dabei, mit dem günstigsten Verhältnis von Aufwand und Ergebnis eine weitere grundlegende Verbesserung der Wohnverhältnisse in der DDR zu erreichen. Dazu wurde die Aufgabe gestellt, den Bauaufwand um 15 Prozent zu senken. In untrennbarer Verbindung mit der Senkung des Bauaufwandes gilt es, einen energischen Kampf um hohe Qualität im komplexen Wohnungsbau zu führen.

Ganz im Sinne der Forderung des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, auf der 7. Baukonferenz „Sparsam wirtschaften, ohne daß die Qualität auf der Strecke bleibt ..." geht es bei der Planung und Gestaltung der Wohngebiete besonders darum, solche Möglichkeiten und Reserven zu finden und zu nutzen, die bei guter städtebaulicher Qualität zu ökonomisch günstigeren Ergebnissen führen. Das Ziel im Jahre 1980 war es, durch Auswertung zentraler Beschlüsse und durch Umsetzung vor allem der Erfahrungen und Ergebnisse, die bei der Überprüfung von 206 Bebauungskonzeptionen im zweiten Halbjahr 1979 gewonnen wurden, eine weitere wesentliche Senkung des geplanten Aufwandes für den komplexen Wohnungsbau zu erreichen.

Ausgehend von den höheren Forderungen nach Effektivität, Qualität und sozialer Wirksamkeit, haben die städtebaulichen Planungsbüros – vielfach im Rahmen von Parteitagsverpflichtungen – mit großer Intensität und guten Ergebnissen zahlreiche Wohnungsbauvorhaben der 80er Jahre vorbereitet. Sie wurden dabei vielfältig unterstützt von den staatlichen Organen, von Kollektiven der Bauforschung und von den Fachverbänden.

Anliegen des Beitrages ist es, das vor allem seit der 7. Baukonferenz bei der Planung und Gestaltung von Wohngebieten Erreichte an Beispielen und Tendenzen darzustellen. Dabei wird von Ergebnissen der zentralen Begutachtung von Bebauungskonzeptionen ausgegangen, die im Auftrage des Ministeriums für Bauwesen vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR vor allem in Zusammenarbeit mit den Instituten für Ingenieur- und Tiefbau und Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR sowie in Zusammenarbeit mit der Gutachterstelle beim Ministerium für Bauwesen durchgeführt wird.

Bei unseren heutigen Bemühungen um hohe Qualität und Effektivität können wir auf wertvollen Erfahrungen und guten Er-



1
Zentrum im Wohngebiet Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße in Berlin



2
Wohngebiet Nordhäuser Straße in Erfurt

gebnissen der vergangenen Jahre aufbauen. Dazu gehören Erfahrungen und Ergebnisse bei der Ausstattung der Wohngebiete mit Einrichtungen und Anlagen, der funktionellen Organisation und Gestaltung, der Einordnung der Wohngebiete in die Stadt, ihrer Verbindung mit vorhandener Substanz und der Nutzung landschaftlicher Gegebenheiten. Ergebnisse hoher Qualität schöpferisch mit neuen ökonomischen Anforderungen, mit neuen Überlegungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Planung und Gestaltung der Wohngebiete zu verbinden, ist wichtig für unser weiteres Vorwärtsschreiten. Ganz in diesem Sinne wurde im zweiten Halbjahr 1979 zur Umsetzung von Beschlüssen von Partei und Regierung von den Kollektiven der Architekten und Städtebauer die Einhaltung und Unterschreitung der Aufwandsnormative für den komplexen Wohnungsbau überprüft und in konsequenter Fortführung davon an der Lösung der von der 7. Baukonferenz gestellten Aufgaben gearbeitet. Um Tendenzen im vorliegenden Beitrag sichtbar zu machen, werden Ergebnisse dieser beiden Arbeitsphasen miteinander und mit Ergebnissen von Bebauungskonzeptionen verglichen, die zwischen 1977 und Mitte 1979 vor den gestellten Aufgaben zur Senkung des Aufwandes geplant wurden. Folgende Ergebnisse und Tendenzen sind erkennbar:

Zur Senkung des geplanten Aufwandes im komplexen Wohnungsbau

Der in der Phase der städtebaulichen Vorbereitung geplante Investitionsaufwand für den komplexen Wohnungsbau für die nach der 7. Baukonferenz begutachteten Bebauungskonzeptionen wurde – gemessen an Bebauungskonzeptionen, die in der Zeit von September 1977 bis März 1979 geplant wurden – um insgesamt 10,5 Prozent gesenkt. Gemessen an den Ergebnissen der Überprüfung und Überarbeitung der 206 Bebauungskonzeptionen im Dezember 1979, wurde der geplante komplexe Investaufwand im Durchschnitt der ab Juli 1980 begutachteten Bebauungskonzeptionen um 8,5 Prozent gesenkt. Eliminiert man Einflüsse auf die Höhe des komplexen Investaufwandes, die auf unterschiedliche Zusammensetzung der miteinander verglichenen Gruppen von Bebauungskonzeptionen (BBK) zurückzuführen sind, so ergibt sich für die 12 ab Juli 1980 begutachteten BBK eine durchschnittliche Reduzierung des geplanten komplexen Investaufwandes gegenüber den Ergebnissen der Überprüfung der 206 BBK von Dezember 1979 um 6,7 Prozent (Abb. 5).

Die Senkung des geplanten Investitionsaufwandes im Rahmen der städtebaulichen Vorbereitung wird erreicht durch

- Veränderungen des städtebaulichen Programms als Folge der besseren Nutzung von Reserven
- eine bessere Berücksichtigung der vorhandenen Bausubstanz
- eine rationellere funktionelle Organisation und Gestaltung der Hochbauten, der Verkehrs- und stadttechnischen Erschließung sowie
- eine bessere Ausnutzung des Baulandes.

Vergleicht man die 1980 geplanten Bebauungskonzeptionen miteinander, so werden von etwa 40 Prozent die Orientierungswerte für den komplexen Investaufwand unterschritten. Es sind relativ kleine Wohngebiete (2900 WE im Vergleich zu 4200 WE der 12 BBK insgesamt) mit teilweise geringer Ausstattung an gesellschaftlichen Einrichtungen infolge Mitnutzung von Einrichtungen im Stadtzentrum oder in Nachbargebieten sowie mit niedrigen Aufwendun-



3

4



gen für die Sekundärerschließung (Wohngebiete Mühlhausen, Am Rieseninger; Eisenhüttenstadt, WK VII; Auerbach, Am Bendelstein; Altenburg Nord, WK IV, und Döbeln Nord, Am Holländer). Im einzelnen ist folgendes erkennbar:

■ Im **Wohnungsbau** werden Senkungen erreicht durch Einhaltung der staatlichen Zielstellung für die maximale durchschnittliche Wohnungsgröße und durch eine Senkung des Anteils von Wohnungen in vielgeschossigen Gebäuden und Hochhäusern. Etwa $^{2}/_{3}$ der 1980 begutachteten Wohngebiete planen mehr als 90 % WE in mehrgeschossigen Wohngebäuden. Insgesamt erreicht der Anteil Wohnungen in vielgeschossigen Wohngebäuden und Wohnhochhäusern im Durchschnitt der 1980 begutachteten Bebauungskonzeptionen 15 Prozent. Es ist aber deutlich, daß in der Zukunft noch weitere Möglichkeiten der Senkung des Anteils bestehen, die in Abhängigkeit von der Entwicklung der Produktionskapazitäten schrittweise genutzt werden sollten. Die Einführung der rationalisierten Wohnungsbauserie 70 sollte kurzfristig erfolgen, um in verschiedenen Bebauungskonzeptionen erkennbare Abweichungen vom günstigsten Mischungsverhältnis der Wohnungsgrößen und der durchschnittlichen Wohnfläche schrittweise ausgleichen zu können.

■ Im Programm der **gesellschaftlichen Einrichtungen** wurden in der Überprüfung 1979 und in der Planungsarbeit 1980 Aufwandssenkungen durch eine maximale Auslastung der Kapazitäten sowie durch Mitnutzung von Einrichtungen in Nachbargebieten erreicht. Reserven für Aufwandssenkungen bestehen, wenn die Bemessung der Einrichtungen noch stärker in Wechselbeziehung mit vorhandenen Einrichtungen, mit der Struktur- und Netzplanung gesellschaftlicher Einrichtungen der Stadt oder eines bedeutenden Teiles der Stadt erfolgt. Außerdem deutet sich an, daß durch langfristige Veränderungen der Standortpolitik in Richtung einer stärker intensiven Stadtentwicklung weitere Effekte zu erzielen sind.

■ Die Senkung des geplanten Investitionsaufwandes für die **Sekundärerschließung** und die **sonstigen Investitionen** ist besonderer Arbeitsschwerpunkt. Bei Überschreitungen des komplexen Investaufwandes liegt häufig die Ursache in überhöhten Aufwendungen für die Sekundärerschließung. Hinzu kommen in der Regel umfangreiche Maßnahmen für die Primärerschließung. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, schon mit der städtebaulichen Vorbereitung Grundlagen für eine Aufwandsminimierung zu schaffen.

Beeinflußt wird der Umfang der geplanten Investitionen für die Erschließung entscheidend von der Ausnutzung des Baulandes: Die anteiligen Trassenlängen für die Sekundärerschließung werden verkürzt und die anteiligen Investitionen für die Primärerschließung gesenkt. Außer der besseren Baulandnutzung können weitere Maßnahmen zur Senkung des Tiefbauaufwandes beitragen:

- die Verringerung der Ausbaubreiten und -längen von Wohnstraßen, die Senkung des konstruktiven Aufwandes für die Verkehrsanlagen, die teilweise Verlagerung des ruhenden Verkehrs von den Randparkplätzen an die Anliegerstraßen und die bessere Nutzung vorhandener Straßen sowie die Reduzierung der Stellplatzfläche je Pkw
- die Koordinierung von Versorgungsleitungen sowie die Erhöhung des Anteils der Gebäudedurchführungen zur Reduzierung von Sammelkanalstrecken und Erdverlegungen
- die differenzierte Gestaltung der Freiflächen, die Verringerung der Wegebreiten und einfachere Freiflächenbefestigungen sowie die Minimierung der Erdmassentransporte.

Beträchtliche Reduzierungen der Teilposition Sekundärerschließung konnten erzielt werden (10,8 Prozent). Vergleiche zwischen den Bezirken und zwischen den Standorten zeigen jedoch mitunter noch beträchtliche Unterschiede. Auch die Ursachen dafür zu ermitteln – sie liegen vermutlich in einer großen Anzahl technischer und technologischer Details – ist eine wichtige Aufgabe, um nicht nur im Durchschnitt der Republik, sondern in jedem Bezirk und an jedem Standort den Aufwand für die Erschließung zu senken.

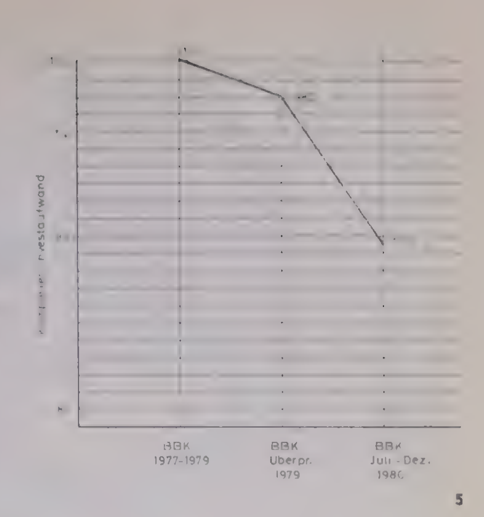
Sparsamer Umgang mit Bauland

In den vergangenen zwei Jahren wurden in den Büros für Städtebau, im Ministerium für Bauwesen und im Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie große Anstrengungen unternommen, um eine bessere Ausnutzung des Baulandes zu erreichen, insbesondere durch die Einordnung zusätzlicher Wohngebäude und -sektionen. Gradmesser für die Ausnutzung des Baulandes ist der erreichte Wert für die Einwohnerdichte (Ew./ha). Als Nachweis für die erreichte Verdichtung der Bebauung wurden Bebauungskonzeptionen für Neubauwohngebiete mit vorwiegend mehrgeschossiger Bebauung analysiert, die vom Herbst 1977 bis Dezember 1980 begutachtet oder überprüft wurden (BBK 1977/79, Überprüfung 1979, Juli–Dezember 1980).

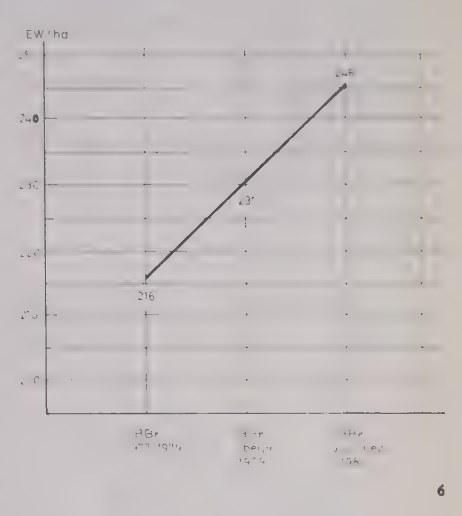
Ein Vergleich der erreichten Werte in Abbildung 6 zeigt, daß die Einwohnerdichte von 216 Ew./ha über 231 Ew./ha auf 246 Ew./ha erhöht wurde (100 Prozent – 107 Prozent – 114 Prozent). Beispielhafte Ergebnisse wurden erreicht in Leipzig-Grünau, Wohnkomplex 8, (Erhöhung der Wohnungsanzahl um 34 Prozent, der Einwohnerdichte um 13 Prozent), in Karl-Marx-Stadt, Wohngebiet Fritz Heckert, Baugebiet VIII (Erhöhung der Wohnungsanzahl um 13 Prozent, der Einwohnerdichte um 11 Prozent) oder Potsdam, Wohnkomplex Am Schlaatz (Erhöhung der Wohnungsanzahl um 24 Prozent, der Einwohnerdichte um 20 Prozent). In Mühlhausen, Am Rieseninger, hingegen wurde die Gesamtfläche des Gebietes wesentlich reduziert und die Einwohnerdichte um rund 10 Prozent erhöht.

Der Vergleich erreichter Einwohnerflächenwerte (Abb. 7) zeigt, daß eine Reduzierung der meisten Flächenkategorien erfolgt ist. Dabei wird sichtbar, daß sich die Verdichtungsmaßnahmen auf das Wohnbauland nur in relativ geringem Maße ausgewirkt haben. Größere Veränderungen sind bei den Verkehrsflächen und bei den Flächen für gesellschaftliche Einrichtungen erkennbar. Ursachen dafür liegen in Veränderungen der Ausstattungs- und Bemessungswerte für Anlagen des fließenden und des ruhenden Verkehrs, ohne daß die volle Funktionstüchtigkeit eingeschränkt wurde, in der Bemessung der gesellschaftlichen Einrichtungen, in der Berücksichtigung von Kapazitäten in Nachbargebieten, vor allem aber in der Reduzierung zu großer Freiräume der Wohngebietszentren und Fußgängerbereiche und in der Mehrfachnutzung von Spielplätzen der Vorschuleinrichtungen und Schulen.

Auf diesen frei gewordenen Flächen wurden Wohngebäude vorgesehen. Darüber hinaus wurde das Wohnbauland dichter



5



6

3
Beispielhafte Erhaltung des vorhandenen Baumbestandes in Berlin

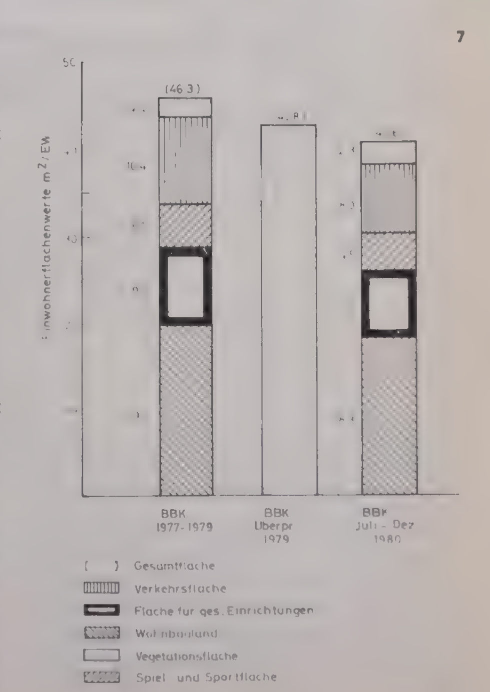
4
Wohnterrassen im Wohngebiet Johannesplatz in Erfurt

5
Entwicklung des komplexen Investitionsaufwandes (1977 bis 1980)

6
Entwicklung der Einwohnerdichte für Wohngebiete mit mehr als 75 Prozent Wohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden (1977 bis 1980)

7
Erreichte durchschnittliche Einwohnerflächenwerte für Wohngebiete mit mehr als 75 Prozent Wohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden (1977 bis 1980)

7





8|9
Berlin, Wohnkomplex Kaulsdorf Nord, Bebauungskonzeption vor und nach Überarbeitung (wichtigste Veränderungen: Erhöhung der Einwohnerdichte um etwa 13 Prozent auf 255 Ew./ha, Reduzierung des komplexen Investaufwandes um etwa 6 Prozent durch Einordnung zusätzlicher Wohngebäude und Ergänzung von Segmenten, günstigere Einordnung der Schwimmhalle und des vielgeschossigen Wohnungsbaus)

bebaut, insbesondere durch Einordnung zusätzlicher Wohngebäude und -sektionen und in Einzelfällen durch Veränderung der Gebäudeabstände.
Eine bessere Ausnutzung vor allem des Wohnbaulandes ist auch schon dann möglich, wenn die heutigen Erzeugnisse des Wohn- und Gesellschaftsbaus flächensparender eingesetzt und die technologischen Prozesse ihrer Errichtung mit diesem Ziel rationeller gestaltet werden. Eine weitere Reduzierung von Flächen wird erreichbar, wenn unter anderem folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

- Möglichkeiten einer differenzierten Anwendung der Lärmschutz- und Besonnungsforderungen
- Einordnung geeigneter gesellschaftlicher Einrichtungen in die Erdgeschoßzone von Wohngebäuden bei gleichzeitiger Verbesserung der baulich-räumlichen Qualität
- verstärkte Entwicklung zwei- und mehrgeschossiger gesellschaftlicher Einrichtungen
- Entwicklung und verstärkter Einsatz von Erzeugnissen des Wohnungsbaus mit geringen Frontlängen, geschlossenen Ecklösungen und zweiseitiger Erschließbarkeit
- Möglichkeit der Einordnung kleiner Gebäudeeinheiten und einzelner Sektionen sowie von Würfelhäusern zur besseren Ausnutzung von Restflächen.

In den erkennbaren Möglichkeiten zur noch

rationelleren Nutzung des wertvollen Baulandes liegen zugleich ökonomisch sinnvolle Ansatzpunkte für eine Reduzierung des Anteils 6geschossiger zugunsten 5geschossiger Wohngebäude.

Zur städtebaulich-räumlichen und funktionellen Qualität der Bebauungslösungen

Bei der Senkung des geplanten Aufwandes für den komplexen Wohnungsbau und bei der Erhöhung der Einwohnerdichte wurden im Zeitraum seit der 7. Baukonferenz in konsequenter Weiterführung der Bemühungen und Ergebnisse der Überprüfung der 206 Bebauungskonzeptionen beträchtliche Ergebnisse erreicht. Die Senkung des Aufwandes war dabei immer untrennbar mit einem energischen Kampf um hohe Qualität der Bebauungslösungen verbunden.

Generell läßt sich nach der Überprüfung der 206 Bebauungskonzeptionen und der Weiterarbeit im Jahre 1980 an den Bebauungskonzeptionen für Wohngebiete – ausgehend von einem Großteil der Lösungen – folgendes einschätzen:

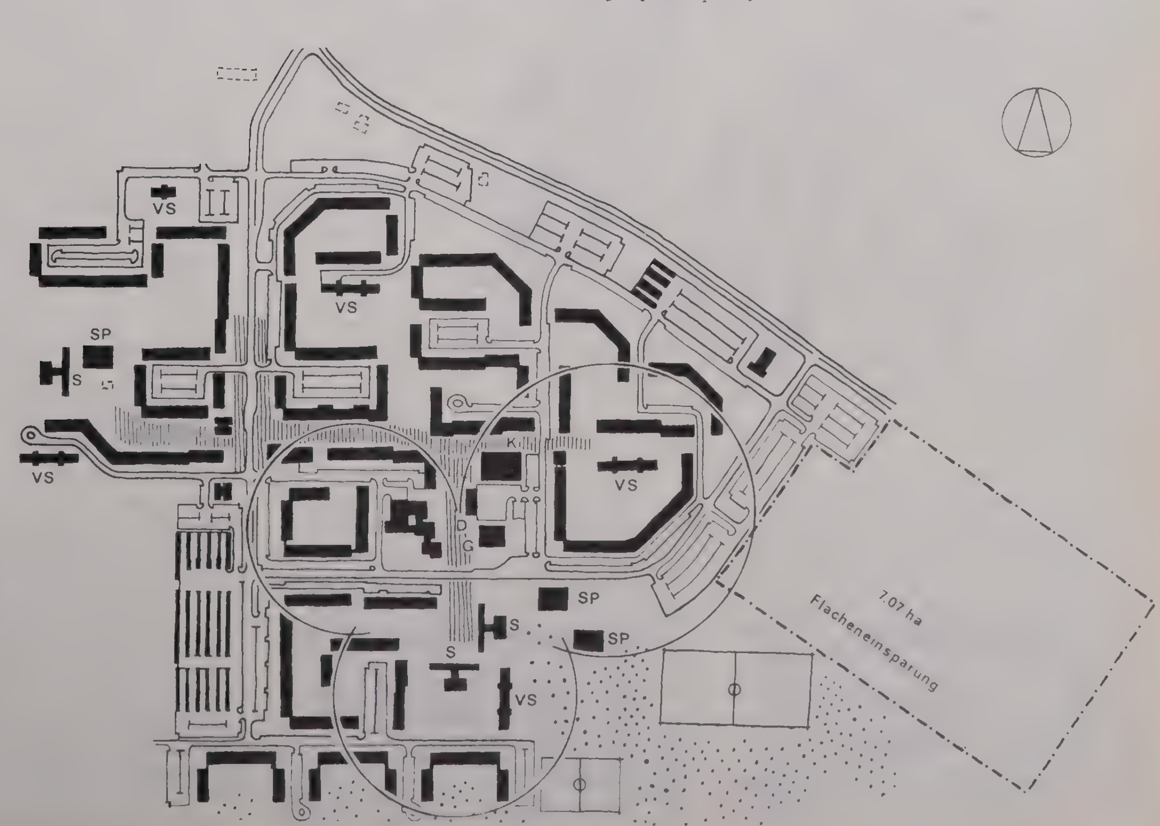
- Um mit geringerem Aufwand gute Wohnbedingungen zu schaffen, werden stärker Zusammenhänge mit der Stadt und mit vorhandener Bausubstanz sowie bestehende landschaftliche Vorzüge und Bedingungen für die Gestaltung der Wohngebiete untersucht und Reserven und Möglichkeiten intensiver genutzt.
- Engere räumliche Beziehungen und funktionelle Verflechtungen zwischen Nachbargebieten und mit der Stadt können Vorteile in der Nutzung der Stadt durch die Einwohner des Wohngebietes ergeben, und es kann die Wirksamkeit des Wohngebietes für die Stadt erhöht werden.
- Die Verdichtung der Wohngebiete führt bei verantwortungsbewußtem Vorgehen und guter Gemeinschaftsarbeit vor allem zwischen den städtebaulichen Planungsbüros und den bauausführenden Betrieben zu einer Erhöhung der städtebaulich-räumlichen Qualität der Wohngebiete sowohl in den strukturbestimmenden Zonen wie den Fußgängerbereichen und den gesellschaftlichen und Versorgungszentren als auch in den Wohnbereichen.

Vorteilhafte Ergebnisse wurden beispielsweise bei den Bebauungskonzeptionen Berlin, Kaulsdorf Nord; Mühlhausen, Wohngebiet Am Rieseninger, und in Magdeburg-Olvenstedt erzielt.

10



11



10|11
Mühlhausen, Wohngebiet Am Rieseninger, Bebauungskonzeption vor und nach der Überarbeitung (wichtigste Veränderungen: Erhöhung der Einwohnerdichte um etwa 10 Prozent auf 250 Ew./ha, Reduzierung des komplexen Investaufwandes um etwa 4 Prozent durch Reduzierung von Bauland, Erhöhung des Anteils mehrgeschossiger Bebauung, räumliche Konzentration in Teilgebieten sowie veränderte Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen)



Für das **Wohngebiet Berlin, Kaulsdorf Nord** (Abb. 8, 9), gelang es, durch das enge Zusammenwirken der Architektenkollektive aus Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, gemeinsam mit dem Büro für Städtebau der Hauptstadt Berlin bei günstigen ökonomischen Ergebnissen eine überzeugende städtebaulich-räumliche Lösung zu erreichen. Die gesellschaftlichen Einrichtungen wurden an einem durchgehenden Fußgängerbereich angeordnet, der Gestaltung der Randzonen des Gebietes und dem Massenaufbau in der Silhouette wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Durch die Einordnung zusätzlicher Wohngebäude und die Ergänzung von Segmenten konnten die Einwohnerdichte um etwa 13 Prozent auf 255 Ew./ha erhöht und der komplexe Investaufwand um etwa 6 Prozent reduziert werden. Zugleich führte diese Überarbeitung infolge veränderter Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen und des vielgeschossigen Wohnungsbaus sowie infolge einer Reduzierung der Breite des durchgehenden Fußgängerbereiches zu funktionellen und städtebaulich-räumlichen Verbesserungen der Gesamtlösung.

Die strukturelle Gliederung des **Wohngebietes Mühlhausen, Am Rieseninger** (Abb. 10, 11,) wird von den funktionellen Beziehungen zur Stadt und den angrenzenden Gebieten bestimmt. Ein überschaubares Straßen- und Fußwegenetz ist daraus abgeleitet und Grundlage für eine zweckmäßige baulich-räumliche Gliederung. In mehreren Arbeitsetappen wurden durch Reduzierung der Gesamtfläche des Gebietes bei gleichzeitiger räumlicher Konzentration in Teilgebieten und durch umfangreichere Nutzung der landschaftlichen Besonderheiten im Süden des Gebietes die Einwohnerdichte um etwa 10 Prozent auf 250 Ew./ha erhöht und der komplexe Investaufwand um etwa 4 Prozent gesenkt.

Zu den Wohnungsbauvorhaben der 80er Jahre, deren Planungen in den letzten Monaten fertiggestellt worden sind, gehört auch der **2. Bauabschnitt des Wohngebietes Magdeburg-Olvenstedt,** der im Oktober 1980 bestätigt wurde. Eingeordnet in die Realisierung des Regierungsabkommens DDR/UdSSR zum Wohnungs- und Gesellschaftsbau, ist dieses Vorhaben in den nächsten Jahren ein Experimentierfeld für die Erprobung neuer und weiterentwikkelter Lösungen im Städtebau, im Wohnungs- und Gesellschaftsbau sowie in der komplexen Umweltgestaltung. Charakteristisch für das Herangehen an die Vorbereitung und Durchführung dieses Vorhabens ist es dabei, daß eine hohe soziale Qualität bei hoher ökonomischer Effektivität im Einsatz der finanziellen und materiellen

12
Berlin, Wohnkomplex Hohenschönhausen II, Ausschnitt aus der Bebauungskonzeption nach der Überarbeitung (Zentrumseinrichtungen mit erhaltener Bausubstanz verbunden, günstige Zuordnung zu städtischer Hauptbeziehung und zu den öffentlichen Nahverkehrsmitteln)

13|14
Karl-Marx-Stadt, Wohngebiet Fritz Heckert, Baugebiet VIII. Ausschnitt der Bebauungskonzeption vor und nach der Überarbeitung (wichtigste Veränderungen: Reduzierung der vielgeschossigen Gebäude — umrandet — zugunsten mehrgeschossiger Wohngebäude, zusätzliche Einordnung einer Schule mit Turnhalle am Zentrumsbereich, klare Ausbildung eines verkehrsfreien Grünraumes)

15|16
Leipzig-Grünau, Wohnkomplex 8, Ausschnitt der Bebauungskonzeption vor und nach Überarbeitung (Wohngruppe) (Einordnung von zusätzlich zwei Segmenten mit dem Ergebnis einer räumlich klareren Lösung)

17
Spielplastiken im Wohngebiet Riethstraße in Erfurt

Mittel angestrebt wird. So konnten auch hier, bei der Vorbereitung des 2. Bauabschnittes, günstige Ergebnisse hinsichtlich des Anteils mehrgeschossiger Wohnbebauung (91,3 Prozent), der Intensität der Flächennutzung (252 Ew./ha) und des geplanten Investitionsaufwandes erzielt werden.
Im einzelnen ist aus den 1980 geplanten Bebauungskonzeptionen folgendes erkennbar:

Zum Zusammenhang der Wohngebiete mit der Stadt und der Verbindung mit vorhandener Bausubstanz

Ein in den vergangenen Jahren bei der Planung der Wohngebiete bereits erkennbares Problem war es, daß bei Funktion, Gliederung und Gestaltung der neuen Wohngebiete nicht in ausreichendem Maße der Zusammenhang mit Nachbargebieten und mit der Stadt berücksichtigt und genutzt wurde. In Fortführung 1977 bis 1979 schon erreichter Ergebnisse und sichtbarer Veränderungen im Herangehen ist 1980 Positives vor allem erkennbar bei der Nutzung und dem Ausbau vorhandener gesellschaftlicher Einrichtungen der Stadt für die geplanten Wohngebiete, bei der bewußten Erhaltung und gestalterischen Einbeziehung vorhandener Substanz innerhalb der Grenzen der geplanten Gebiete und damit auch in der abgestimmteren Erarbeitung städtebaulicher Programme. So erfolgt beispielsweise in der Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Döbeln Nord, Am Holländer, die Bemessung einiger gesellschaftlicher Einrichtungen unter Einbeziehung vorhandener Kapazitäten in den Nachbarbereichen. So wird zum Beispiel eine vorhandene Gaststätte ausgebaut und für die Mitnutzung durch das Neubaugebiet angepaßt. Ursprünglich zum Abriß vorgesehene Wohngebäude und andere Substanz in den Bebauungskonzeptionen für Berlin, Hohenschönhausen II; Leipzig-Grünau, WK 8; Rostock-Dierkow; Bernburg Südwest oder Döbeln Nord, Am Holländer, werden fast vollständig erhalten und in die neuen Bebauungslösungen einbezogen. In Berlin-Hohenschönhausen II werden etwa 50 Wohnungen weniger zum Abriß vorgesehen und mit der neuen Zentrumslösung des Wohngebietes verbunden (Abb. 6).
In Rostock-Dierkow werden eine massive Lagerhalle als Turnhalle ausgebaut sowie vorhandene Baracken als Baustelleneinrichtungen restgenutzt, in Döbeln Nord wird ein vorhandenes Bauerngehöft in das Versorgungszentrum einbezogen und später für eine gesellschaftliche Nutzung ausgebaut.

Zur Einordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen

Die von der Funktion sich eignenden gesellschaftlichen Einrichtungen werden wie bisher zu punkt- und linienförmigen Zentren konzentriert und in der Regel in Übereinstimmung mit den Hauptfußgängerbeziehungen und in Verbindung zu Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs günstig eingeordnet. Trotz der noch vorwiegend additiven Form ihrer Anordnung wirken sich die Maßnahmen der Verdichtung der Bebauung infolge der Reduzierung von Platz- und anderen Bewegungsflächen positiv auf die städtebaulich-räumliche Qualität der Zentrumsbereiche aus, wie es sich in den Bebauungskonzeptionen für Berlin, Kaulsdorf Nord (Abb. 9), in Rostock-Dierkow oder in Potsdam, Wohngebiet Am Schlaatz, zeigt. Gleichzeitig ist von der Tendenz her erkennbar, daß Einrichtungen für den periodischen und aperiodischen Bedarf seltener in den Programmen der Wohngebiete vorgesehen werden, da solche Einrichtungen – aus dem größeren Zusammenhang eines städtischen Teilgebietes oder der ganzen Stadt betrachtet – meist funktionell günstiger in zentralere Bereiche eingeordnet werden oder dort ausbaufähig vorhanden sind. Dringend erforderlich bleibt es jedoch, daß Flächen für gesellschaftliche Einrichtungen, die infolge der schrittweisen Realisierung eines Wohngebietes erst später zur Ausführung gelangen, nicht kurzfristig durch andere Funktionen belegt und vor allem auch von unterirdischen Versorgungsleitungen frei gehalten werden.


17

Zur städtebaulich-räumlichen Gestaltung der Wohnbebauung

Die Wohnbebauung wird in teils geschlossenen und teils offeneren Bebauungsformen angeordnet, bis hin zu zeilenförmiger Bebauung in mehr hängigem Gelände. Dabei zwingt die intensivere Ausnutzung des Baulandes in der Regel zu disziplinierteren Bauformen, die sowohl klarere Randausbildungen sowie übersichtlichere Raumführungen und Raumbegrenzungen unterstützen, die letztlich zu höherer städtebaulich-räumlicher Qualität führen können. Ausschnitte aus BBK von Potsdam, Wohngebiet am Schlaatz, Karl-Marx-Stadt, Wohngebiet Fritz-Heckert, oder Leipzig-Grünau, WK 8 (Abb. 13 bis 16), zeigen, daß die städtebaulich-räumliche Qualität durch die Überarbeitung und Verdichtung nicht nur nicht beeinträchtigt wurde, sondern teilweise gewonnen hat. Die Anforderungen an die Variabilität und Anpaßbarkeit der Erzeugnisse und damit an die Zusammenarbeit zwischen Städtebau und Erzeugnisentwicklung werden höher. Auch die Planung des Lärmschutzes erfordert größere Sorgfalt, da sich mit der Verdichtung der Wohngebiete die Lärmsituation verschärft. Beispiele wie Magdeburg-Olvenstedt, Mühlhausen oder Döbeln-Nord belegen, daß auch mit rein mehrgeschossig bebauten Wohngebieten überzeugende städtebauliche Lösungen geschaffen werden können. Die Tendenz zur Reduzierung des Anteils Wohnungen in vielgeschossigen Wohngebäuden und Hochhäusern wird nicht nur aus ökonomischen und sozialen, sondern auch aus gestalterischen Gründen unterstützt.

Zusammenfassung

Die nach der 7. Baukonferenz 1980 begutachteten Bebauungskonzeptionen zeigen – im Vergleich zu den Ergebnissen der Überprüfung von 206 Bebauungskonzeptionen – bei Gewährleistung guter städtebaulicher Qualität Senkungen des geplanten komplexen Investaufwandes um durchschnittlich 6,7 Prozent und erreichen eine Erhöhung der Einwohnerdichte auf 246 Ew./ha. Das sind gute Ergebnisse, die bei 12 Bebauungskonzeptionen mit etwa 51 000 Wohnungen erreicht wurden. Sie sind hinsichtlich ihres Umfanges und ihrer Struktur jedoch nicht repräsentativ für den gesamten Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985. Die Beispiele zeigen jedoch, daß die von der 7. Baukonferenz gegebene Zielstellung real und erreichbar ist. Um dieses hochgesteckte Ziel in allen Wohngebieten zu verwirklichen, sind politisch-ideologisches Engagement, fachliche Meisterschaft und künstlerisches Schöpfertum erforderlich. So werden die heute vorliegenden Erfahrungen in die Vorbereitung weiterer Bebauungskonzeptionen einfließen. Bereits in den frühesten Phasen der Arbeit ist mit der Verwirklichung der untrennbaren Einheit von Qualität und Effektivität zu beginnen. Das gilt vor allem schon für die Auswahl der Standorte und die Einordnung der Wohngebiete in die Stadt sowie für die Umsetzung gesamtstädtischer Erfordernisse in der Gliederung und Gestaltung der Wohngebiete. Nicht weniger gilt das für jede weitere Phase. Variantenuntersuchungen, auch städtebauliche und andere Ideenwettbewerbe, sind geeignete Wege, um von Anfang an und mit Unterstützung des Bundes der Architekten der DDR zur Lösung der Aufgaben beizutragen.



1

Wie stellen wir uns im Bezirk Magdeburg auf die Anforderungen an den Wohnungsbau in den 80er Jahren ein?

Dipl.-Ing. Fritz Ungewitter
Bezirksarchitekt und Direktor des Büros für Städtebau und Architektur Magdeburg

Dr.-Ing. Karin Kirsch
Stellvertreter des Direktors und Bereichsleiter

Dipl.-Ing. Bodo Kamper
Stellvertreter des Direktors und Bereichsleiter



2

Im Bezirk Magdeburg sind im Zeitraum zwischen dem VIII. und dem X. Parteitag rund 73 000 Wohnungen neu gebaut worden. Das heißt, in diesen zehn Jahren sind annähernd noch einmal so viel Wohnungen entstanden wie im Gesamtzeitraum zwischen dem Ende des zweiten Weltkrieges und dem VIII. Parteitag im Jahr 1971.

Allein in der Bezirksstadt, die durch angloamerikanische Luftangriffe rund 42 000 Wohnungen verloren hatte, sind in den ersten zehn Jahren der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms Wohnungen für 32 000 Familien geschaffen worden. Ein großer Teil dieser Wohnungen entstand im Neubaugebiet „Neustädter See", in dem zu Beginn dieses Jahres die letzten von insgesamt 11 000 Wohnungen an die Magdeburger übergeben werden konnten.

Ganz in der Nähe dieses großen Wohngebietes, für dessen Planung und Realisierung die verantwortlichen Ingenieure und Architekten im Jahre 1977 mit dem Nationalpreis ausgezeichnet wurden, zeichnen sich bereits deutlich die Konturen des Wohngebietes „Neustädter Feld" ab, und am

3



4



Vorabend der Bezirksdelegiertenkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde durch das Mitglied des Politbüros und Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB, Harry Tisch, der Grundstein für das wohl bedeutendste Neubauvorhaben der Bezirksstadt, für das Wohngebiet Magdeburg-Olvenstedt, gelegt.

Aber es sind nicht nur die großen Neubaugebiete der Bezirksstadt, die von der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms in unserem Bezirk künden. In den zurückliegenden zehn Jahren entstanden auch in einer Reihe von Kreisstädten des Bezirkes Neubaugebiete, die nicht nur die Wohnungssituation in diesen Städten spürbar verbesserten, sondern auch das Erscheinungsbild dieser Städte heute mitbestimmen.

Dazu gehören das Wohngebiet „Stadtsee" in Stendal, in dem heute schon über 5000 Stendaler Familien wohnen, die Wohngebiete „Clara-Zetkin-Ring" und „Wilhelm Pieck" in Halberstadt, die für über zweieinhalb Tausend Halberstädter Familien den dringend erforderlichen Wohnraum brachten, oder das Wohngebiet „Burgbreite" in Wernigerode.

Die Entwicklungsziele für den vor uns liegenden Fünfjahrplanzeitraum sind durch die Beschlüsse des X. Parteitages klar ab-

1
Blick auf zehngeschossige Wohnbauten im Wohngebiet „Neustädter See" in Magdeburg

2
Kinderkrippen-/Kindergartenkombination im Wohngebiet „Neustädter See"

3
Rekonstruierte Gebäude am Friedrich-Engels-Platz in Haldensleben

4
Blick in die Thälmannstraße in Haldensleben. Im Blickpunkt das rekonstruierte Kühnsche Haus (erbaut 1592)

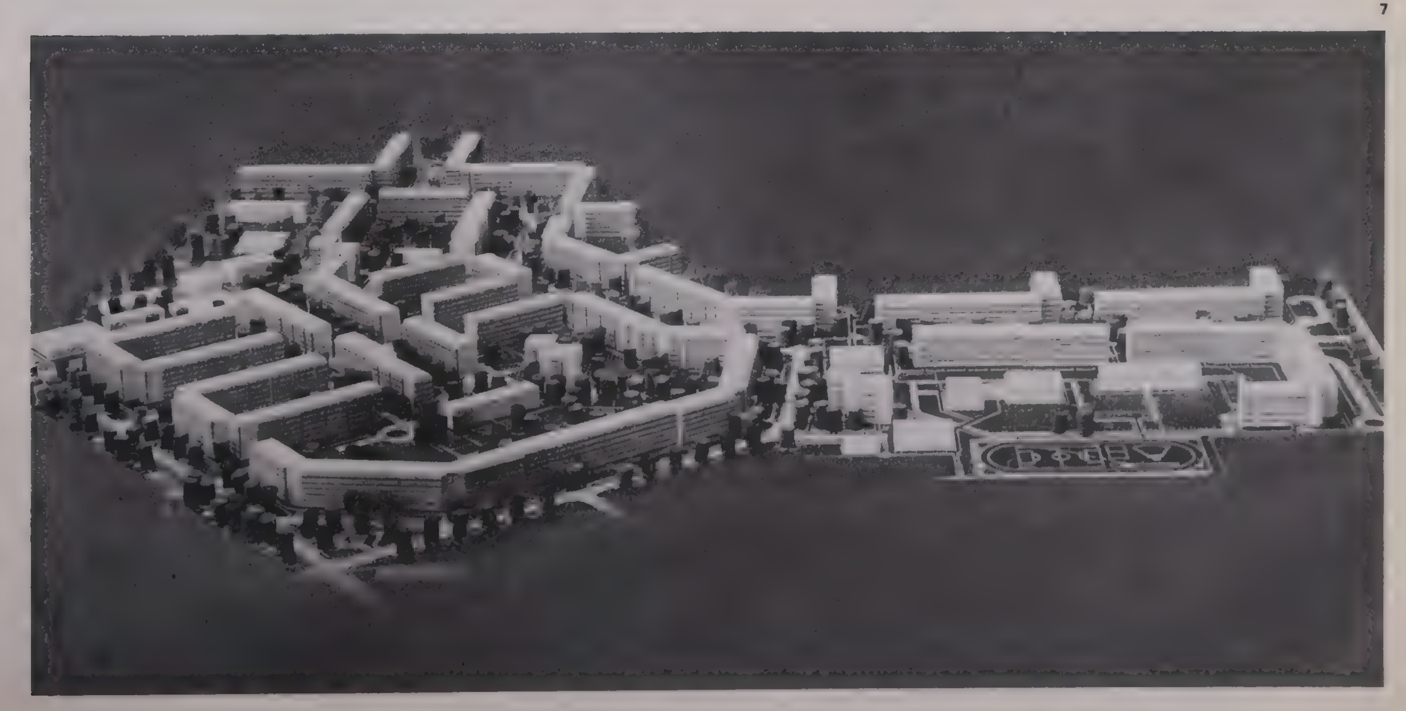
5
Fünfgeschossige Wohnbauten (Hofseite) im Wohngebiet „Wilhelm Pieck" in Halberstadt

6
Komplexe Rekonstruktion im Altstadtbereich von Halberstadt

7
Wohngebiet Halberstadt Nord. Modell.


5


6

7




8



9

10



gesteckt. Die Bauschaffenden des Bezirkes Magdeburg haben die Aufgabe, durch den Bau von 45 000 Neubauwohnungen und durch die Modernisierung weiterer 28 000 Wohnungen ihren Beitrag zur Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms zu leisten und werden mit der Realisierung dieser Zielstellungen bis zum Jahre 1985 die Städte und Gemeinden des Bezirkes der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem ein gutes Stück näherbringen. Das Bauwesen des Bezirkes Magdeburg hat sich in den vergangenen Jahren eine gute Position errungen. Die Leistungen der Bauschaffenden des Bezirkes haben vielfältige Anerkennung gefunden. Diese Anerkennung verpflichtet aber auch zu neuen Leistungen. Und so stellen sich Baukollektive und Leiter und nicht zuletzt auch die Architekten und Ingenieure mit großem Ernst den Anforderungen der 80er Jahre.

Bezogen auf den komplexen Wohnungsbau lassen sich die Anforderungen der 80er Jahre auf die Kurzformel bringen

„eine größere Anzahl von Wohnungen in guter Qualität mit geringerem Aufwand bauen bzw. modernisieren."

So stellt sich die Aufgabe für alle Bauschaffenden in allen Bezirken der Republik. Aber jeder Bezirk hat bei der Lösung dieser Aufgabe auch seine spezifischen Bedingungen zu beachten.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die materiell-technische Basis für den komplexen Wohnungsbau.

Nachdem im Jahr 1977 ein 2000er Plattenwerk in Stendal in Betrieb genommen worden war und zum 30. Jahrestag der Republik das 4000er Plattenwerk in Magdeburg-Rothensee seine Arbeit aufnahm, ist es die Produktion dieser beiden Vorfertigungsstätten, d. h. sind es die Erzeugnisse der WBS 70, die den Wohnungsbau der 80er Jahre im Bezirk Magdeburg bestimmen werden. Das ist die materiell-technische Grundlage, auf der es gilt einerseits hocheffektiv zu produzieren und andererseits gute Qualität in Städtebau und Architektur zu sichern.

Sowohl die Effektivität wie auch die städtebaulich-architektonische Qualität werden wesentlich durch die technische Politik im Bauwesen bestimmt. So sind in enger Zusammenarbeit zwischen den Baubetrieben und dem Bezirksbauamt, den Projektierungsbetrieben und den städtebaulichen Planungsbüros in den letzten anderthalb Jahren einige wichtige Entscheidungen erarbeitet und getroffen worden, von denen ganz wesentlich die Aufwandssenkung im komplexen Wohnungsbau abhängt, die aber auch den Spielraum für die Arbeit der Städtebauer abstecken und die Aufgaben für die Architekten in den Kombinaten in sich bergen.

Bereits im Herbst 1979 wurde durch den

8
Rekonstruierte dreigeschossige Wohnbauten (Hofseite) in Halberstadt

9
Fünfgeschossige Bebauung (P 2) im Zentrum Nord von Zerbst (Innenhof)

10
Neugestalteter Straßenzug im südlichen Zentrumsbereich von Zerbst

11
Lückenschließung in der Sandstraße in Gardelegen

12
Wohngebiet „Stadtsee III" in Stendal. Modell

13
Blick in das Wohngebiet „Stadtsee"

Bezirksbaudirektor die Festlegung getroffen, die Projekte für die WBS – das heißt für das tragende Sortiment im Wohnungsbau – zu rationalisieren. Diese Entscheidung wurde aus dem Verantwortungsbewußtsein für die Einhaltung der staatlichen Normative getroffen.

Daß diese Entscheidung nicht leichtgefallen ist, wird sich jeder vorstellen können, wenn er in Betracht zieht, daß sie zu einem Zeitpunkt gefällt wurde, als die Produktion im Stendaler Plattenwerk gerade erst richtig angelaufen war und im Magdeburger WBS-Plattenwerk noch nicht einmal begonnen hatte. Zugleich mit der Entscheidung über die Rationalisierung der WBS-Projekte, die zunächst einmal auf die Einhaltung des Normativs für die durchschnittliche Wohnungsgröße bei gleichzeitiger Gewährleistung einer variablen und dem Bedarf entsprechenden Mischung verschiedener Wohnungsgrößen zielte, wurde auch das Erzeugnissortiment geprüft und neu bestimmt, wurden Termine für die schrittweise Fertigstellung der einzelnen Projekte und für ihre Einführung in die Produktion festgelegt.

Das rationalisierte Erzeugnissortiment des Wohnungsbaukombinates Magdeburg umfaßt neben einem Grundsortiment unterschiedlich langer Blöcke auch Gebäudeteilprojekte für die Bildung geschlossener Ecken und abgewinkelter Baukörper in fünf- und sechsgeschossiger Bauweise sowie Würfelhäuser und Punkthäuser und bietet damit eine Grundlage sowohl für die Erzielung guter städtebaulich-räumlicher Wirkungen wie auch für eine effektive Baulandausnutzung.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße an den Standorten des komplexen Wohnungsbaus wurde auf der Grundlage dieses rationalisierten Sortimentes für den Zeitraum 1981 bis 1985 nachgewiesen und beinhaltet die Einhaltung des Normativs.

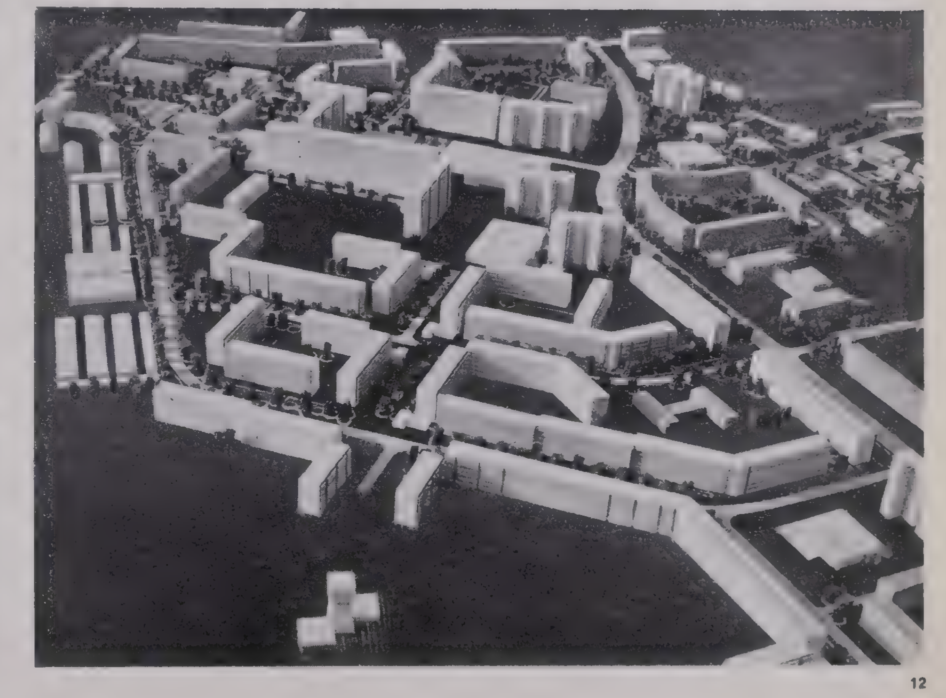
Eine andere Entscheidung betrifft die weitere Anwendung der sechsgeschossigen Bebauung an den Standorten des komplexen Wohnungsbaus ab 1981. Im Planungszeitraum bis 1985 wird ein vertretbar erscheinender Anteil des Wohnungsbaus im Bezirk Magdeburg sechsgeschossig ausgeführt. Die aufwandsenkende Wirkung dieser Entscheidung läßt sich einwandfrei nachweisen. Abgesehen davon, daß durch den Übergang zur sechsgeschossigen Bebauung insgesamt rund 3000 Wohnungen mehr als ursprünglich vorgesehen in den geplanten Wohngebieten gebaut werden können, treten wesentliche Einsparungen im Tiefbauaufwand, bezogen auf die Wohnungseinheit, ein. (Insgesamt wurden bei der Überarbeitung der Bebauungskonzeptionen annähernd 6000 WE durch den Übergang zur sechsgeschossigen Bebauung und durch zusätzlich eingeordnete Gebäude hinzugewonnen.)

Die Verdichtung der Wohngebiete drückt sich in Einwohnerdichten über 260 Ew/ha aus. Es zeigt sich aber auch, daß die Verdichtung keinen negativen Einfluß auf die städtebaulich-räumliche Qualität der Wohngebiete haben muß. Die Gebäudeabstände und damit die städtebauliche Raumbildung werden in hohem Maße durch technologische Anforderungen bestimmt. Nachgewiesenermaßen ist es deshalb möglich, die ursprünglich für eine fünfgeschossige Bebauung konzipierten Wohngruppen ohne städtebauliche Veränderungen auch sechsgeschossig auszuführen, ohne daß ihre städtebauhygienische Qualität (Besonnung, Lärmschutz) und die räumliche Wirkung darunter leiden.

Allerdings sind wir der Auffassung, daß die Fassaden- und Baukörpergestaltung



11



12

13





14



15

16



bei einer sechsgeschossigen Ausführung einer besonders sorgfältigen Durcharbeitung bedarf und daß wir es nicht schlechtweg dabei bewenden lassen dürfen, einfach ein weiteres Geschoß hinzuzusetzen.

Nicht zuletzt trägt zur Aufwandssenkung im Wohnungsbau auch die Entscheidung bei, den Anteil der Wohnungen in vielgeschossigen Gebäuden stark einzuschränken und den Wohnhochhausbau im Bezirk Magdeburg im Jahr 1981 einzustellen. Der Anteil der Wohnungen in Hochhäusern und vielgeschossigen Gebäuden, der im Bezirk Magdeburg im Planungszeitraum 1976 bis 1980 noch bei 23 Prozent lag, wird im Zeitraum 1981 bis 1985 auf 10,0 Prozent zurückgehen.

Im Zusammenhang mit der Einstellung des Wohnhochhausbaus steht eine weitere baupolitische Entscheidung. Sie betrifft den Gesellschaftsbau und besagt, daß die Produktionsstätte für den Wohnhochhausbau für den Gesellschaftsbau umzuprofilieren ist. Aus dem 600er Plattenwerk, das bisher die Elemente für den Wohnhochhausbau geliefert hat, werden also von 1982 an die Elemente für den Schulbau und später auch für Gaststätten und Dienstleistungseinrichtungen kommen.

Der Gesellschaftsbau befindet sich im Bezirk Magdeburg gegenwärtig in einer generellen „Umbruchsituation". Für den komplexen Wohnungsbau der Folgejahre ist zur Zeit eine völlig neue Projektgeneration in Vorbereitung. Neben den bereits erwähnten Gebäudekategorien, die in Wandbau mit einer Geschoßhöhe von 3300 mm ausgeführt werden sollen, sind Projekte für Vorschuleinrichtungen in Vorbereitung, für die die Elemente aus den WBS-Vorfertigungsstätten kommen werden. Für den Bau von Feierabendheimen und anderen Heimbauten ist beabsichtigt, die Vorfertigungskapazität eines älteren Plattenwerkes, das die Serie P2 produziert, mit heranzuziehen. Bei einer Entwicklung neuer Projektlösungen für den Gesellschaftsbau wird von vornherein auf die strikte Einhaltung der Aufwandsnormative geachtet. Beachtung sollten auch erste Erfahrungen bei der Projektierung von Funktionsüberlagerungen zwischen Wohnungsbau und Gesellschaftsbau finden.

Die Einordnung einer ambulanten medizinischen Versorgungseinheit mit vier ärztlichen Arbeitsplätzen, einem Labor und einer Gemeindeschwesternstation in die Erdgeschoßzone eines Gebäudeteils der WBS erfordert pro ärztlichen Arbeitsplatz nach den bisher vorliegenden Ermittlungen nur etwa ein Viertel des Investitionsaufwandes für einen Arbeitsplatz in einem Ambulatorium. Sicher werden wir nicht überall auf den Bau von Ambulatorien verzichten können; das Beispiel zeigt aber, daß es durchaus lohnend und im Sinne des sparsamsten Einsatzes der Investitionsmittel ist, auch auf dem Gebiet des Gesellschaftsbaus neue Wege zu gehen und neben den – oft recht kostenaufwendigen – größeren Objekten auch nach „kleinen Lösungen" zu suchen.

14
Gesellschaftliches Zentrum im Wohngebiet „Stadtsee"

15|16
Fünfgeschossige Neubauten in der Löderburger Straße in Staßfurt

17
Neugestalteter Fußgängerbereich Westerntorstraße in Wernigerode

18
Wohngebiet „Arendseer Straße" in Salzwedel. Modell

Neben den erwähnten baupolitischen Entscheidungen, die noch durch eine ganze Reihe spezieller aufwandsenkender Maßnahmen und Orientierungen für den Tiefbau zu ergänzen wären, hängt die Effektivität im komplexen Wohnungsbau ganz entscheidend von der Standortpolitik ab.

In Zusammenarbeit mit der Bezirksplankommission und den Versorgungsträgerbetrieben sowie den zuständigen Fachabteilungen wurde die Standortkonzeption für den komplexen Wohnungsbau 1981 bis 1985 einer gründlichen Überprüfung unterzogen. Dabei wurden folgende Ziele verfolgt:

- Konzentration des Wohnungsneubaus auf bereits erschlossene Standorte
- weitgehender Verzicht auf den Neuaufschluß weiterer Standorte bis 1985
- Reduzierung der Primärmaßnahmen auf das für die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms vertretbare Mindestmaß.

Unter Beachtung dieser Zielstellung sieht die überarbeitete Standortkonzeption vor, den komplexen Wohnungsbau im Zeitraum 1981 bis 1985 auf insgesamt 28 Standorte zu konzentrieren. Von diesen Komplexstandorten sind 20 bereits erschlossen, stellen sozusagen Fortführungsstandorte dar, an denen der Wohnungsbau im Zeitraum bis 1985 zum Abschluß gebracht wird. Während zwei weitere Standorte als teilerschlossen gelten können, sind lediglich sechs Standorte im Zeitraum 1981 bis 1985 neu zu beginnen.

Diese Konzentration des Baugeschehens auf bereits erschlossene Standorte und die Einschränkung der Neubeginne bedeutet jedoch nicht, daß die kleineren Städte bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms im Bezirk Magdeburg vernachlässigt werden, denn von den bereits erwähnten 28 Komplexstandorten befinden sich lediglich sechs in der Bezirksstadt.

Standortpolitik und Erzeugnispolitik müssen stets eine Einheit bilden. Diese Erkenntnis ist von besonderer Bedeutung im Blick auf den Zeitraum nach 1985. Bis zum Jahre 1985 steht fest, wo gebaut wird und was gebaut wird. Die städtebauliche Vorbereitung ist nahezu abgeschlossen. Die Wohnungsbaustandorte liegen bis auf wenige Ausnahmen auf bisher unbebautem Gelände am Rande der Städte. Das Erzeugnisangebot ist diesen Standortbedingungen angepaßt.

Für den Zeitraum nach 1985 gilt es, jetzt bereits die richtigen Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen zu ziehen, die wir bei den Untersuchungen zur Standortkonzeption 1981 bis 1985 gewonnen haben. So wird es zweifellos auch nach 1985 noch notwendig sein, für den sparsamsten Einsatz der Tiefbaukapazitäten Sorge zu tragen. Das heißt mit anderen Worten, nach Möglichkeit an bereits erschlossenen Standorten zu bauen oder aber an Standorten, die mit geringem Aufwand erschlossen werden können.

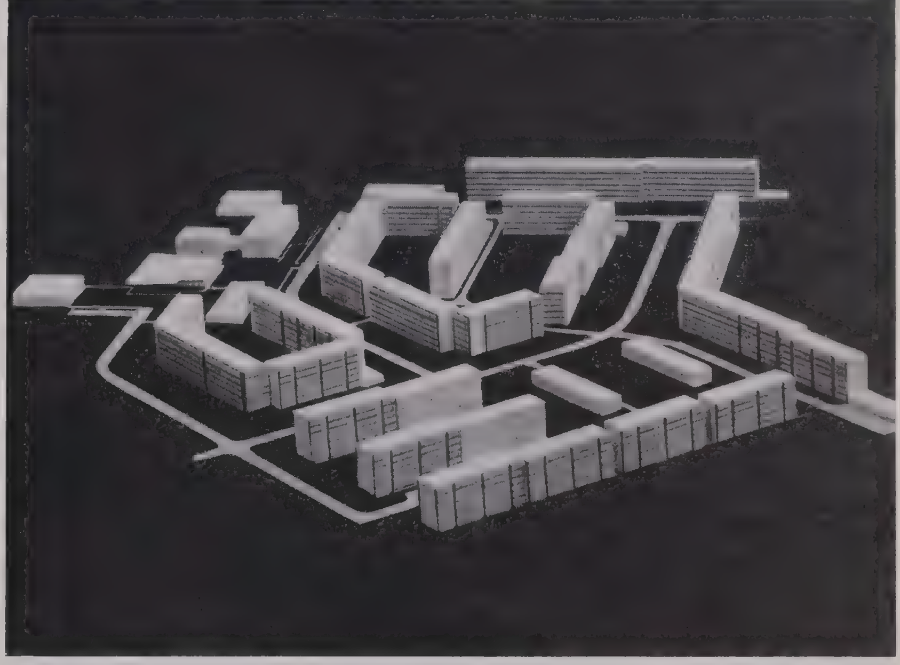
Innerstädtische Standorte sind im Prinzip erschlossene Standorte. Aber auch kleineren und kleinsten Flächenreserven, die sich in günstiger Lage zum Stadtorganismus befinden, ist verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken. Derartige Standorte, seien es nun Baulücken in großstädtischer Bebauung oder Gruppenstandorte in Klein- und Mittelstädten, verlangen veränderte Erzeugnisse und Technologien.

Wir vertreten die Auffassung, daß eine allmähliche, prozeßhaft verlaufende Veränderung des gegenwärtigen Erzeugnisangebotes unserer Baubetriebe eingeleitet werden muß. Ziel dieser Entwicklung sollte ein einheitliches Erzeugnissortiment sein, das sowohl den Standortbedingungen im Inneren der Städte wie auch den Bedingungen der Stadtrandzonen gerecht wird. Projekte für eine effektive und städtisch wirkende Eckbebauung oder ein hinsichtlich der Geschoßanzahl variables Projektangebot könnten erste Schritte auf dem Weg zu diesem Erzeugnissortiment sein.



17





18

Die Herausarbeitung der städtebaulich-architektonischen, projektierungs- und montagetechnologischen Anforderungen an das künftige Erzeugnissortiment und die Untersuchung von Standortreserven, vor allem in den Klein- und Mittelstädten des Bezirkes, sind vor allem deshalb Aufgaben, die heute bereits in den städtebaulichen Planungsbüros bearbeitet werden und die aktive Mitwirkung des Wohnungsbaukombinates erfordern.

Seit annähernd zehn Jahren werden im Bezirk Magdeburg Fragen der Erzeugnisentwicklung, generelle und detaillierte Gestaltungsfragen und die Ergebnisse der städtebaulichen Planung einschließlich der Bebauungskonzeptionen durch die Arbeitsgruppe „Architektur und Gestaltung" beraten und entschieden. Diese Arbeitsgruppe führt Leiter und verantwortliche Mitarbeiter der wichtigsten Projektierungs- und Ausführungsbetriebe mit den Generalauftraggebern und Städtebauern unter der Leitung des Bezirksbaudirektors zusammen und stellt in dieser Zusammensetzung ein wirkungsvolles Arbeitsgremium dar. Sie hat sich vor allem auch im Prozeß des Ringens um die Sicherung der städtebaulich-architektonischen Qualität und um eine maximale Aufwandssenkung im komplexen Wohnungsbau bewährt.

Hervorzuheben sind auch die vom Verantwortungsgefühl für die Lösung der Wohnungsfrage getragene Haltung der örtlichen Räte und die Unterstützung, die den Bauschaffenden durch das Sekretariat der Bezirksleitung der Partei gerade in den letzten Jahren zuteil wurde.

Die Bauleute, die Architekten und Ingenieure des Bezirkes Magdeburg stellen sich den Anforderungen der 80er Jahre nicht zuletzt deshalb mit Energie und Zuversicht, weil sie sich eben dieses Verständnisses und der Unterstützung durch die Partei und durch die Räte bewußt sind.

Das Wohngebiet „Wasserrenne" in Oschersleben

Dipl.-Ing. Claus Dieter Feldmann,
Architekt BdA/DDR

Städtebauliche Planung:
Büro für Städtebau und Architektur Magdeburg

Bautechnischer Projektant:
VEB Wohnungsbaukombinat Magdeburg
WBK-Projekt Halberstadt

Bauausführung:
VEB Wohnungsbaukombinat Magdeburg
Kombinatsbetrieb Komplexer Wohnungsbau Halberstadt
VEB STK Magdeburg, Bereich Blankenburg
VEB Kreisbaubetrieb Oschersleben und weitere kreisgeleitete Betriebe

1 Fünfgeschossiger Wohnblock (WG IV, Block 9) im Neubaukomplex „Wasserrenne" in Oschersleben

2 Innenbereich einer Wohngruppe



Die Verwirklichung des Wohnungsbauprogrammes fand auch in Oschersleben in den letzten Jahren sichtbaren Ausdruck durch den Aufbau eines Neubauwohngebietes.

In Oschersleben, einer Kreisstadt im Bezirk Magdeburg, wohnen heute 17 000 Bürger. Die Stadt bietet für 46 Prozent der Berufstätigen des Kreises Arbeitsplätze in Betrieben der Pumpenproduktion, des Elektromaschinenbaus, der chemisch-pharmazeutischen Industrie wie auch der Nahrungsgüter- und Landwirtschaft.

Der Bedarf an Neubauwohnungen erwächst aus der Ansiedlung von Arbeitskräften zur Sicherung der Produktionsaufgaben in Industrie und Landwirtschaft und aus dem Wunsch vieler Bürger nach der Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse. Ein Teil der Bürger wohnt im Altstadtbereich von Oschersleben in Gebäuden, die durch Ausstattung und Erhaltungszustand unzureichend den Bedingungen entsprechen, die wir an eine sozialistische Wohnumwelt knüpfen.

Da 80 Prozent dieser Wohnbausubstanz, das sind rund 700 Wohnungen, nur noch eine sehr begrenzte Nutzungsdauer besitzen, sind hier auch die Möglichkeiten einer umfassenden Instandsetzung oder Modernisierung sehr eingeschränkt.

Der Wohnungsbedarf wurde daher schon in den vergangenen Jahrzehnten als Wohnungsneubau abgedeckt.

In dieser Zeit entstand das westlich der Straße nach Schermke gelegene Wohngebiet „Philipp-Müller-Straße" in vorwiegend viergeschossiger Bebauung.

Die Standortfestlegung für ein weiteres Neubauwohngebiet wurde nach intensiven Beratungen getroffen.

Im Ergebnis von generellen Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung der Stadt Oschersleben, die durch das Büro für Städtebau Magdeburg gemeinsam mit den örtlichen Staatsorganen durchgeführt wurden, ist ein unbebautes flachgeneigtes Gelände im Norden der Stadt mit rund 13 ha Fläche für einen Wohnungsbaustandort mit etwa 1200 WE ausgewiesen worden.

Dieses Gelände ist eine Erweiterung des Wohngebietes „Philipp-Müller-Straße" und liegt inmitten bebauter Gebiete nördlich der die Stadt durchquerenden Reichsbahnlinie Magdeburg–Halberstadt.

Der Name des Standortes wurde abgeleitet von der „Wasserrenne", einem das Gebiet östlich tangierenden Wasserlauf. Aus der Bebauung dieses Geländes resultierte keine extensive Erweiterung des Stadtge-

bietes. Bestehende Wohngebiete werden verdichtet, vorhandene Randstraßen und Primärversorgungssysteme vorteilhaft genutzt. Nördlich des Standortes befindet sich in rund 300 bis 400 m Entfernung ein Naherholungsgebiet der Stadt mit einer Anfang der 60er Jahre eröffneten großen Freibadanlage.

Die Bebauungskonzeption wurde 1973 erarbeitet und im gleichen Jahr durch den Minister für Bauwesen bestätigt.

In dieser Konzeption sind 1196 WE in vier Wohngruppen mit je 250 bis 300 WE und die erforderlichen Gemeinschaftseinrichtungen enthalten.

Die meist verkehrsfreien Wohnhöfe sind einer Fußgängerachse angelagert, die als Verbindungslinie zwischen dem bestehenden Wohngebiet „Philipp-Müller-Straße" und dem Kreiskulturhaus „Haus des Volkes" an der Rudolf-Breitscheid-Straße gedacht ist.

An ihr wurden auch die Gemeinschaftseinrichtungen konzentriert.

Erzeugnis des Wohnungsbaus war die „Mischbauweise Staßfurt" (0,8 und 2,0 Mp). Dieser Gebäudetyp hat eine Wohnungsgröße von durchschnittlich 55,9 m² und wurde bis 1979 gebaut.

Die Wärmeversorgung der Wohn- und Gemeinschaftseinrichtungen erfolgt über eine Fernwärmesockelleitung von einem Heizhaus des VEB Trocknungswerkes südlich des Bahnhofes Oschersleben und ist ein Ergebnis territorialer Rationalisierung.

Seit der Grundsteinlegung im Februar 1976 wurden an der „Wasserrenne" 702 WE, eine Kaufhalle mit 1000 m² Verkaufsraumfläche und die POS mit 792 Schülerplätzen der Bevölkerung zur Nutzung übergeben.

In Verwirklichung des Ministerratsbeschlusses „Zur weiteren konsequenten Durchsetzung des Wohnungsbauprogramms" vom 12. 7. 79 konnten durch Nutzung von Reserven in den stadttechnischen Versorgungssystemen und mit den Kapazitäten der Gemeinschaftseinrichtungen durch Verdichtung der vorhandenen Bebauung und durch Anlagerung einer 5. Wohngruppe weitere 378 WE geschaffen werden.

Damit erhöht sich das Wohnungsangebot für die Bürger der Stadt Oschersleben um insgesamt 1574 WE.

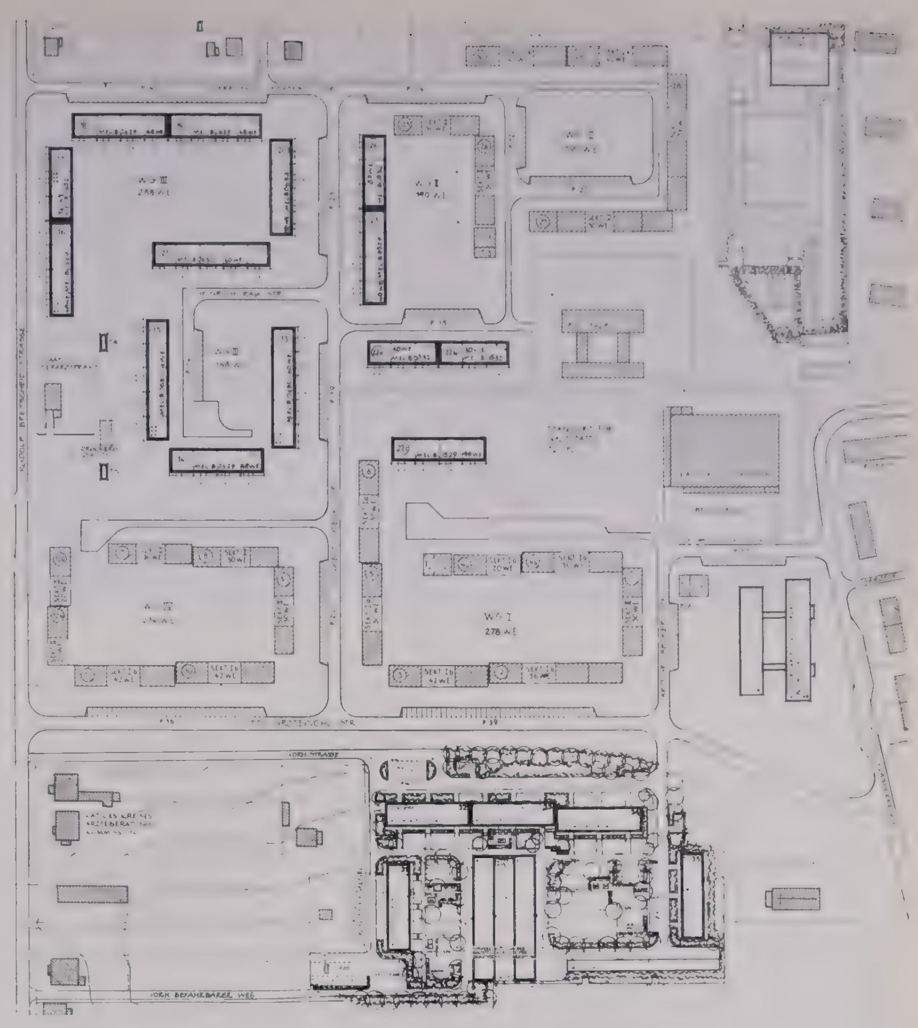
Mit diesem Ergebnis kann nunmehr auch auf einen sonst mit hohen volkswirtschaftlichen Aufwendungen verbundenen Aufschluß eines weiteren Neubaustandortes für die Stadt verzichtet werden.

Die Inbetriebnahme eines neuen Plattenwerkes in Magdeburg ermöglichte ab 1980 am Standort „Wasserrenne" den Einsatz der wesentlich effektiveren Bauserie WBS 70 in einer Größenordnung von 872 WE. Davon werden über 700 WE in mehrgeschossigen Gebäuden errichtet.

Zur Zeit sind 214 Wohnungen im Rohbau fertiggestellt worden oder werden ausgebaut.

Zu den noch zu realisierenden Gemeinschaftseinrichtungen gehören die Sporthalle und eine Gaststätte mit 120 Plätzen. Im Erdgeschoß des Blockes 34 in der 5. Wohngruppe werden vier Arztpraxen die medizinische Betreuung übernehmen.

Zwei vorhandene Baustelleneinrichtungen, die innerhalb der 5. Wohngruppe liegen, werden mit Baukapazitäten des kreisgeleiteten Bauwesens so umgestaltet, daß sie als Bauhülle für Dienstleistungseinrichtungen zur Versorgung der im Wohngebiet wohnenden Bürger weitergenutzt werden können.



3 Bebauungskonzeption für den Neubaukomplex

4 Zugangsbereich mit Rampe für Rollstuhlfahrer



Wernigerode, Neubaukomplexe Burgbreite und Stadtfeld

Dipl.-Ing. Martin Hartig, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Rudolf Wohlmann, Architekt BdA/DDR

Städtebauliche Lösung:
Büro für Städtebau und Architektur Magdeburg

Projektierung/Bauausführung:
Wohnungsbaukombinat Magdeburg, Komplexer Wohnungsbau Halberstadt



1

2

3

1
Fünfgeschossige Wohngebäude im Neubaukomplex Burgbreite in Wernigerode

2
Bebauungsplan für den Neubaukomplex Burgbreite

3
Blick vom Innenhof auf die Wohngebäude

4
Nutzung der Geländebewegung für die Gestaltung des Wohnungsbaus

5
Bebauungskonzeption für den Neubaukomplex Stadtfeld

Wernigerode – Burgbreite (2100 WE)

Wernigerode, eine bedeutende Kreisstadt im südlichen Teil des Bezirkes Magdeburg, hatte ein starkes Ansteigen der Einwohnerzahl von 24 000 im Jahre 1945 auf fast 33 000 im Jahre 1964 zu verzeichnen.
Der Wohnungsbau auf verschiedenen Standorten in kleineren Größenordnungen von rund 300 WE je Standort wurde in traditioneller und Großblockbauweise realisiert. Bestehende Wohnungsprobleme in der Stadt konnten durch diese Maßnahmen nur geringfügig abgebaut werden. Die Vorbereitung eines größeren komplexen Standortes machte sich erforderlich und wurde 1968 mit dem Bebauungsplan abgeschlossen.
Der Übergang von der Großblockbauweise zur Plattenbauweise im Wohnungsbaukombinat Magdeburg, Komplexer Wohnungsbau Halberstadt, kam den städtebaulichen Absichten entgegen.
Wernigerode, als „bunte Stadt am Harz“, hat neben der Funktion als Urlauber- und Touristenstadt eine entscheidende industrielle Bedeutung. Die Stadt verfügt über mehrere wichtige Betriebe mit einer erheblichen Beschäftigtenzahl, die wiederum durch Zuwanderung und durch Abbau der Fernpendler den Wohnungsbedarf in der Stadt erhöhte.
Gemäß des Flächennutzungsplans der Stadt wurde ein Gebiet im Nordosten der Stadt festgelegt, das trotz der schwierigen topographischen Verhältnisse die Möglichkeit bot, eine größere Wohnungsanzahl zu realisieren. Ein Standort in den beiden Tälern der ehemaligen Ortsteile Nöschenrode oder Hasserode schied aus und wäre ein zu krasser Gegensatz zu der aufgelockerten, vorwiegend ein- und zweigeschossigen Bauweise gewesen.
Die langgestreckte Fläche liegt am Eingang der Stadt und wird im Norden von der F 6 tangiert, in die die stark befahrene Landstraße von Halberstadt einmündet, d. h., der neue Wohnkomplex ist von den beiden wichtigsten aus Osten und Norden kommenden Zufahrtsstraßen erlebbar und bildet somit einen wichtigen städtebaulichen Akzent für die Stadt. Das Gelände steigt zuerst leicht, dann stärker zu den Harzbergen, einschließlich dem Schloßberg, an.
Die Grundzüge der städtebaulichen Konzeption liegen in einer durch das gesamte Wohngebiet führenden Sammelstraße. Das vorhandene Straßennetz der Rimbecker Straße ließ darauf schließen, daß mit einer Erweiterung der Stadt in dieser Richtung vor Jahrzehnten schon gerechnet wurde. Die Sammelstraße – Straße A – folgt im wesentlichen der vorhandenen Geländestruktur bzw. den Höhenlinien; aus der Achse ist das Brockenmassiv erlebbar. Auf der

Südseite ist eine straßenbegleitende Bebauung ausgeführt, während der tiefere Teil des Wohngebietes zwischen der F 6 und der Straße A in drei Wohngruppen geteilt wird, wobei zwischen der ersten und der zweiten Wohngruppe das gesellschaftliche Zentrum eingeordnet wurde. Die erste und zweite Wohngruppe zeichnen sich durch die damals übliche Bebauungsform (wie Zeilen- bzw. Kammstellung) aus. Der Versuch, geschlossene Ecken zu bilden, konnte nicht restlos befriedigend in der Bauausführung verwirklicht werden. In der dritten Wohngruppe wurde die städtebauliche Struktur stark von den diagonal das Gelände durchschneidenden Höhenlinien bestimmt. Innerhalb der dritten Wohngruppe ist eine Vorschuleinrichtung mit 180 Kindergarten- und 80 Kinderkrippenplätzen eingeordnet.
Die Bebauungskonzeption, die 1968 als Grundlage für die Vorbereitung diente und vom jetzigen Stadtarchitekten von Wernigerode, Dipl.-Ing. W. Köhler, bearbeitet wurde, sah im östlichen Teil der Straße A vielgeschossige Wohngebäude vor. Da ein entsprechendes Erzeugnissortiment nicht zur Verfügung stand, wurde ein Wechsel von straßenbegleitender Bebauung und mehrgeschossigen einzelnen Sektionen als Ersatz eingeordnet und realisiert. Außer diesen einzeln stehenden Sektionen, die sechsgeschossig errichtet wurden, ist der gesamte Wohnkomplex nach P-Halle in fünfgeschossiger Bauweise in den Jahren von 1970 bis 1974 gebaut worden und weist rund 2100 Wohnungseinheiten aus.
Das gesellschaftliche Zentrum spannt sich zwischen dem Hauptfußgängerzugang, der parallel zur F 6 führt, und der Straße A, die vom öffentlichen Verkehrsmittel Bus befahren wird und wo eine Bushaltestelle am südlichen Ende des Fußgängerbereiches liegt.
Das gesellschaftliche Zentrum umfaßt:
eine Kaufhalle
eine POS, zweizügig
einen Dienstleistungstrakt mit den verschiedenen Funktionen, wie

Ambulatorium	Sparkasse
Friseur	Bibliothek
Chemische Reinigung	Jugendclub

Dem gesellschaftlichen Zentrum wurde ein Feierabendheim zugeordnet. Hier wurde der Versuch gemacht, die Küchenanlagen des Feierabendheimes mit der Küche einer öffentlichen Gaststätte, die am Zugang zur Fußgängerzone liegt, zu kombinieren.
Weitere Kindereinrichtungen wie Kindergarten und Kinderkrippe wurden in den Erdgeschossen der Wohnblocks untergebracht.
Auf Grund der nach Süden immer komplizierter werdenden topographischen Situation bot sich ein vorhandener Sportplatz auf der gegenüberliegenden Seite der F 6 zur Durchführung des Schulsportunterrichtes an. Aus diesem Grunde wurde auch die Turnhalle dem Sportplatz zugeordnet. In der Zwischenzeit ist in Verantwortung der Stadt eine größere Sportplatzanlage fertiggestellt worden, so daß der alte Sportplatz vorwiegend für schulische Zwecke zur Verfügung steht.
Die Trennung zwischen Wohngebiet und Sportanlagen durch die stark befahrene F 6 veranlaßte die örtlichen Organe zum Bau einer Fußgängerbrücke.
Die Fernbeheizung des gesamten Komplexes erfolgt durch ein eigens für dieses Gebiet erbautes Heizhaus am östlichen Rand des Bebauungsgebietes.

Wernigerode – Stadtfeld (2077 WE)

Entsprechend der generellen Planung für die städtebauliche Entwicklung der Stadt Wernigerode erfolgte die Weiterführung des komplexen Wohnungsbaus am Standort Stadtfeld (Minsleber Straße). Die städtebauliche Bearbeitung der Bebauungsstudie und Bebauungskonzeption begann 1975. Die Bestätigung der Investitionsvorentscheidung erfolgte 1977; mit der Realisierung wurde 1978 begonnen. Bis 1985 sollen entsprechend der bezirklichen Entwicklungskonzeption alle Wohnungen einschließlich des Gesellschaftsbaus fertiggestellt werden. 1981 werden 965 WE fertiggestellt sein. Damit wird der Wohnungsneubau für Wernigerode unmittelbar im Osten des vorhandenen Stadtkörpers der bisher zerfließenden Randzone ein städtebaulich geschlossenes neues Gepräge geben, zumal die Straßen von Halberstadt und Blankenburg wichtige Zufahrten für Wernigerode und den Harz sind.
Die Weiterführung des Wohnungsbaus in diesem Gebiet erfolgte auch unter der Ausnutzung günstiger stadttechnischer Bedingungen (Fernwärme, Abwasser, Wasser) und auf fast ebenem Gelände. Es handelt sich um eine überwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche mit einigen Wohngrundstücken ländlichen Charakters, die ebenso wie eine vorhandene Schweinemastanlage, eine Eisenbahnlinie und eine stark frequentierte Landstraße einschränkende Bedingungen für die Bebauung darstellen.
Die Wohnbebauung erfolgt insgesamt fünfgeschossig mit Flachdach und Fernwärmeversorgung (Typ P-Halle, Ratio). Zum Wohngebiet gehört auch ein Feierabendheim (180 Plätze).
Entsprechend der Forderung der örtlichen Staatsorgane wurde ausdrücklich ein hoher Anteil an kleinen Wohnungen geplant. Der Anteil 1- und 2-Raum-WE liegt bei 42,8 Prozent. Der städtebauliche Lösungsvorschlag mit dem eingefügten Keilsegment bei den abgewinkelten Blöcken (45°) ergibt für den Wohnungsverteilerschlüssel jedoch auch Wohnungen mit 5 und 6 Räumen, die im Typ P-Halle Ratio sonst nicht vorhanden sind (5,2 Prozent).
Die städtebaulichen Möglichkeiten und die gestalterischen Qualitäten der Typenreihe P-Halle Ratio werden durch die aufgeschlossene und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Städtebauern und den Projektanten des bauausführenden Betriebes vom WBK Magdeburg voll ausgeschöpft.
Durch die baukörperliche und räumliche Gestaltung wird Bezug genommen auf die umgebende Landschaft, den Blick auf die Silhouette der Harzberge und des Schlosses Wernigerode. Die charakteristische Bauform der Wohngruppen gibt dem gesamten Wohngebiet das architektonische Gepräge.
Um die verstreut im Baugebiet liegenden Ein- und Zweifamilienhäusern in die Neubebauung einzubeziehen und einen harmonischen Übergang zwischen der neuen Bebauung und der westlich angrenzenden vorhandenen Bebauung zu erreichen, werden die gesellschaftlichen Einrichtungen mit ihrem zum Teil recht großen Freiflächenbedarf in diese Zonen eingeordnet. Dabei hat das Zentrum eine zentrale Lage, und die Blickbeziehungen reichen bis in das Wohngebiet Burgbreite.
Die gesellschaftlichen Einrichtungen entsprechen den Bemessungsrichtlinien des komplexen Wohnungsbaus.
Für den ruhenden Verkehr wird weitestgehend der Straßenraum genutzt. Noch erforderliche Flächen stehen östlich des Neubaugebietes zur Verfügung.



4



5



1

Forschungsvorhaben in Greifswald

Zur Rekonstruktion und Erneuerung eines innerstädtischen Wohngebietes in Greifswald

1
Greifswald. Stadtansicht, Ende des 17. Jahrhunderts

2
Modell des Rekonstruktionsgebietes in der Altstadt von Greifswald

Oberingenieur Helga Hüller, Forschungsingenieur
Dr. Karl-Heinz Loui, Bezirksbaudirektor
Bezirksbauamt

Die Aufgabe, das Wohnungsbauprogramm der DDR, das Kernstück unserer Sozialpolitik, in seiner Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung zielstrebig zu verwirklichen, stellt das Bauwesen vor vielfältige neue Anforderungen. Dabei erhält auch die Rekonstruktion der vorhandenen Wohnbausubstanz in innerstädtischen Bereichen zunehmendes Gewicht. Deshalb wurde schon auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossen, für solche Bauaufgaben in den Städten durch Forschung und Entwicklung sowie städtebauliche Planung einen ausreichenden Vorlauf zu schaffen.

Diesem Anliegen diente eine Aufgabe des Staatsplans Wissenschaft und Technik, deren Ergebnisse in Greifswald praktisch realisiert und wenige Tage vor dem X. Parteitag abgerechnet wurden.

Aufgabe und Ergebnis

Im Forschungsvorhaben „Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald als Beispiellösung für die Umgestaltung von Altstadtgebieten" wurden sowohl der Vorbereitungsaufwand, die gestalterischen Möglichkeiten und die technisch-technologischen Bedingungen als auch die ökonomischen Faktoren untersucht, die bei einer komplexen Rekonstruktion in historischen Stadtkernen wirksam werden.

Eine entscheidende Prämisse war hierbei die Anwendung der Plattenbauweise, der im Wohnungsneubau der DDR vorherrschenden industriellen Bauweise. Es ging darum, an einem konkreten Beispiel experimentell zu erproben, wie die moderne materiell-technische Basis des Wohnungsbaus, die in allen Bezirken der DDR geschaffen wurde, künftig auch für innerstädtische Rekonstruktionsmaßnahmen mit ihren viel komplizierteren Bedingungen hinsichtlich der Einfügbarkeit in vorhandene Strukturen und der sich auf engem Raum abspielenden Bauprozesse sinnvoll genutzt werden kann. Mit dieser Forderung war die Entwicklung von spezifischen, für diese Aufgaben geeigneten Gebäudelösungen auf der Grundlage der Wohnungsbauserie 70 verbunden, die gleichermaßen hohen Ansprüchen an die architektonische Qualität wie an die ökonomische Effektivität gerecht werden mußten. Auch hier – das war allen Verantwortlichen von Anfang an bewußt – galt es, ein möglichst günstiges Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu erzielen, denn die angestrebte Breitenwirksamkeit des Forschungsergebnisses steht natürlich in engstem Zusammenhang mit den damit zu erzielenden sozialen und volkswirtschaftlichen Resultaten.

Rückblickend können wir sagen, daß die Bauarbeiter, Architekten und Ingenieure sowie alle anderen an der Vorbereitung und Durchführung dieses Forschungsvorhabens Beteiligten mit viel Elan, hohem Verantwortungsbewußtsein und großer Einsatzbereitschaft zur Lösung der komplizierten Aufgabe beigetragen haben.

Im Ergebnis dieser Arbeit wurden auf einer Fläche von 5 ha eines Wohn-Mischgebiets im Zentrum der Stadt Greifswald 314 Wohnungen neu gebaut. Gleichzeitig wird in diesem Gebiet, dessen Baubestand vorwiegend aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammt, eine größere Anzahl von Wohnungen modernisiert beziehungsweise in Rekonstruktionsobjekten geschaffen. Entsprechend der Lage des Gebietes wurden hier auch notwendige gesellschaftliche Einrichtungen, zum Teil mit gesamtstädtischen Funktionen, rekonstruiert, erweitert oder neu errichtet.

Träger dieses Bauvorhabens war der komplexe Wohnungsbau. Darüber hinaus beteiligten sich zahlreiche Planträger anderer Bereiche und Zweige an der Realisierung der Rekonstruktionsmaßnahmen.

Die ökonomischen Ergebnisse und technologischen Erfahrungen werden in den folgenden Beiträgen näher dargelegt. Hier sei nur grundsätzlich gesagt: Die ökonomischen Zielsetzungen werden erreicht. Es konnte der Nachweis erbracht werden, daß ein innerstädtischer Wohnungsbau aus volkswirtschaftlicher Sicht durchaus effektiv gestaltet werden kann, weil begrenzten Mehrkosten (z. B. durch notwendige Tiefenenttrümmerung) spürbare volkswirtschaftliche Effekte gegenüberstehen.

Die Lösung dieser Aufgabe betrachten wir als einen Beitrag dazu, neue Wege für den Wohnungsbau in den Kerngebieten unserer alten, historisch wertvollen Mittelstädte abzustecken und dabei gleichzeitig dem industriellen Wohnungsbau ein neues, sehr anspruchsvolles Einsatzgebiet zu eröffnen.

Auf der 7. Baukonferenz wurde die Notwendigkeit unterstrichen, den Wohnungsbau in zunehmendem Maße mit der weiteren Entwicklung und Gestaltung der Städte zu verbinden und dabei die günstigsten Proportionen zwischen Neubau, Modernisierung und Erhaltung zu entwickeln. In diesem Sinne war es unser Bestreben, in Greifswald das Vorhandene sorgsam zu erhalten und zu nutzen, aber auch dort, wo es unumgänglich war, physisch verschlissene und nicht mehr bewohnbare Substanz im Rekonstruktionsgebiet zu erneuern und



2

Leitung des Experimentes

Rat des Bezirkes Rostock
Dr. K.-H. Loui, Bezirksbaudirektor

Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur
Prof. Dr.-Ing. U. Lammert, Direktor

Rat der Stadt Greifswald
Dipl.-Ök. H. Hagemann, Oberbürgermeister

Städtebauliche Vorbereitung

Rat der Stadt Greifswald
Dr.-Ing. F. Mohr, Stadtarchitekt

Erzeugnisentwicklung und Projektierung

VEB WBK Rostock, Betrieb Vorbereitung
Abt. Projektierung Greifswald
Obering. G. Richardt, Komplexarchitekt

Tiefbautechnische Projektierung
VEB Kombinat Ingenieur-, Tief- und Verkehrsbau Rostock, Betrieb 3 Projektierung
Obering. H. Marotzke

Projektierung der Rekonstruktion und Modernisierung, VEB Bau Greifswald
Ing. K. Höppner

Hauptauftraggeber

Komplexer Wohnungs- und Gesellschaftsbau beim Rat der Stadt Greifswald
Ing. E. Jasinski
Dipl.-Ing. W. Wiese

Generalauftragnehmer

VEB Wohnungsbaukombinat Rostock
Obering. H.-J. Herfert, Kombinatsdirektor

Leiter des Generalauftragnehmers
Ing. W. Schulz, Technischer Direktor
Betrieb 6 Greifswald

Wissenschaftlich-technische Vorbereitung
VEB WBK, Direktion 7
Dipl.-Ing. G. Manke, Technischer Direktor

Wissenschaftliche Betreuung und Beratung

Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur
Prof. Dr.-Ing. A. Felz, Stellv. Direktor

schon entstandene Baulücken zu schließen. Ein solches behutsames abgewogenes Herangehen an die Rekonstruktion wird dazu beitragen, Qualitätsunterschieden zwischen alten und neuen Wohngebieten zu begegnen und die Wohnverhältnisse für möglichst viele Menschen zu verbessern. Das hat sich zum Nutzen der Bewohner, aber auch der ganzen Stadt bewährt.

Die Arbeit der Kommunalpolitiker, besonders aber der Stadtplaner, der Architekten und der Bauleute insgesamt, wird mit Recht immer stärker daran gemessen, wie wir es verstehen, mit dem im Plan festgelegten Bauvorhaben auch die Stadt als Ganzes weiterzuentwickeln. Deshalb galt unsere Aufmerksamkeit bei diesem Vorhaben den Beziehungen des Rekonstruktionsgebietes zum ganzen Stadtkern und zur Gesamtstadt sowie den Wechselbeziehungen zwischen vorhandenen und neuen Wohngebieten.

Forschung, Planung, Projektierung und Bauausführung arbeiteten Hand in Hand, um an dem praktischen Beispiel in Greifswald Lösungen zu entwickeln und zu erproben, die es ermöglichen, eindrucksvolle Kombinationen zwischen dem Bestehenden und dem Neuen zu erreichen, das Wertvolle im Charakter der alten Städte zu erhalten und es durch das Neue sinnvoll zu bereichern. Dieses Herangehen entspricht der Forderung nach voller Nutzung der vorhandenen Bausubstanz und einer guten städtebaulich-architektonischen Gestaltung, die Bestehendes und Neues harmonisch miteinander verbindet. Dabei ist jedoch in jedem konkretem Falle notwendig, ausgehend von der städtebaulichen Situation sowie den jeweiligen ökonomischen und technischen Möglichkeiten, zu prüfen, was auf lange Sicht für unsere Gesellschaft wertvoll und erhaltenswert ist, welcher Weg also zur Erhaltung, Modernisierung und Erneuerung der Substanz am günstigsten zu beschreiten ist.

Bei unserem Vorhaben in Greifswald stand außer Zweifel, daß wertvolle Denkmale der Baugeschichte, die nicht selten wesentliche Entwicklungsepochen der Stadt charakterisieren und einen wesentlichen Beitrag zur Prägung eines unverwechselbaren Stadtbildes leisten, bewahrt werden müssen und in alle Überlegungen zur künftigen Stadtgestaltung einbezogen werden (Abb. 3). Wo sich modernisierungswürdige Bausubstanz befindet, sollen alle Kräfte darauf verwendet werden, durch Modernisierung in der alten baulichen Hülle eine neue, höhere Wohnqualität zu schaffen.

Das eigentliche Problem bestand in dem zu rekonstruierenden Gebiet in Greifswald, ähnlich wie auch in anderen Altstadtkernen, darin, daß ein Teil der vorhandenen Gebäude schon nicht mehr für Wohnzwecke genutzt werden konnte, da ihre konstruktive Substanz im Verlauf von mehr als einem Jahrhundert so beeinträchtigt war, daß sie nicht oder nur mit unvertretbar hohen Aufwendungen zu erhalten war. Hier handelte es sich vor allem um sehr dürftige Behausungen, die zum Teil schon unter feudalen Verhältnissen entstanden sind und die im Kapitalismus vor allem von Arbeitern bewohnt waren (Abb. 4). Uns ging es darum, die in dem ganzen Gebiet historisch entstandenen Wohnbedingungen mit der vorgesehenen und inzwischen realisierten Rekonstruktion und Erneuerung grundlegend zu verbessern.

Dabei waren wir gleichzeitig bestrebt, auch mit den dort errichteten Neubauten Maßstab und Charakter des insgesamt wertvollen Altstadtkerns zu wahren, aber auch solche Strukturen, die historisch überholten Klassenverhältnissen entsprachen, zu überwinden.

Immer muß bei solchen Rekonstruktionsaufgaben klar sein, daß heute die sozialistische Gesellschaft unsere Städte prägt, und zwar auf sehr differenzierte Art und Weise. In bezug auf die Wahrung wertvollen Kulturerbes geschieht das, wie mehrere Jahrzehnte intensiver Arbeit beweisen, durch große Anstrengungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege. Im umfassendsten Maße geschieht dies aber heute im Rahmen des Wohnungsbauprogramms, das unsere Städte am tiefgreifendsten verändert. In dem Maße, wie es künftig zunehmend auch in den innerstädtischen Gebieten verwirklicht wird, trägt es auch entscheidend zu positiven sozialen und baulichen Strukturveränderungen bei. Die umfassende physische Reproduktion der baulichen Grundfonds durch das Wohnungsbauprogramm bietet die Chance einer funktionellen, strukturellen und gestalterischen Weiterentwicklung der Stadt entsprechend den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft. Diese Chance gilt es klug zu nutzen.

Rekonstruktion mit der Perspektive der Stadt verbunden

In diesem Zusammenhang erinnern wir uns



3



4

3
Blick auf den Rekonstruktionskomplex des Handels mit einer im Bau befindlichen Kaufhalle

4
Konstruktiv nicht mehr zu erhaltender Baubestand im Rekonstruktionsgebiet

5
Blick über den Ryck zur Altstadt mit dem Rekonstruktionsgebiet

einer Diskussion, die anläßlich einer Regionaltagung des ICOMOS am Modell unseres Vorhabens geführt wurde. Im Für und Wider eines engagierten Meinungsstreites mit unseren internationalen Gästen kristallisierte sich als Standpunkt heraus, daß sich die bauliche Entwicklung einer Stadt nur aus ihrer Geschichte heraus erklären läßt. Es geht heute darum, die Stadt als einen lebendigen Körper zu begreifen, ihre Entwicklung bewußt als einen dialektischen Prozeß zu verstehen und mit ihr nicht nur allein verstandesmäßig, sondern auch mit dem Herzen verbunden zu sein.

Dies gilt natürlich auch für Greifswald, die Stadt, die Gegenstand unserer Forschungsarbeit war und ist. Greifswald, die frühere Hansestadt am Greifswalder Bodden, ist heute 731 Jahre alt (Abb. 1). Viele Stürme sind über sie hinweggezogen, und nach dem Dreißigjährigen Krieg war von ihren einstmals 1001 Häusern nur noch die Hälfte bewohnt. Der Rest war zerstört oder verfiel. Großbrände am Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts vernichteten weitere Gebiete der Innenstadt. Nur wenige Gebäude blieben aus den Anfängen der Stadtgeschichte erhalten.

Die 1456 gegründete Universität blieb über Jahrhunderte hinweg der einzige bedeutende stadtbildende Faktor. In der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden kleinere Industrieunternehmungen, die jedoch meist bald wieder eingingen. Erst der Bau der Eisenbahnlinie Berlin–Stralsund führte um 1863 zu einem schnelleren Wachsen der Stadt. Die gleichzeitig eingerichteten Eisenbahnwerkstätten wurden 1926 geschlossen. Die Arbeitslosigkeit wuchs. Der Kapitalismus hatte für die alte Stadt mit ihren großen kulturellen Traditionen keine Perspektive.

1945 begann mit der kampflosen Befreiung der Stadt von Faschismus und Krieg durch die Rote Armee eine neue, die Gegenwart und Zukunft der Stadt bestimmende Entwicklung. Die Arbeiterklasse nahm ihr Geschick in die eigenen Hände. Ab 1965 setzte ein umfangreicher Industrialisierungsprozeß ein, der vor allem mit dem Aufbau solcher Großbetriebe wie dem VEB Nachrichtenelektronik und dem VEB Kernkraftwerk „Bruno Leuschner" zu einem entscheidenden Strukturwandel in der Stadt führte. Heute ist Greifswald ein bedeutendes Zentrum der Energiewirtschaft und der Wissenschaft, eine Stadt der Jugend und des vorwärtsdrängenden Lebens. Diese Entwicklung der Stadt spiegelt sich bereits in neuen Wohngebieten wider, aber sie wird auch Schritt für Schritt zu einem Wandel der Funktion und Gestalt der Innenstadtbereiche führen.

Umgestaltung der Städte – nicht nur ein Bauproblem

Unsere in Greifswald gewonnenen Erfahrungen bekräftigen die Erkenntnis, daß gerade die Vorbereitung und Durchführung von derartigen Baumaßnahmen im innerstädtischen Gebiet nicht nur komplizierte Bauprobleme mit sich bringen. Kommunalpolitiker und Bauleute tragen hierbei gleichermaßen Verantwortung. Gemeinsames Handeln ist von Anfang an erforderlich.

Rekonstruktions- und Erneuerungsmaßnahmen greifen unmittelbar in die individuelle Wohn- und Lebenssphäre von Menschen ein. Deshalb verlangen solche Aufgaben eine rechtzeitig beginnende und langfristig vorbereitete politisch-ideologische Arbeit und eine gründliche Informationstätigkeit. Dafür galt es auch in Greifswald, mit dem Generalbebauungsplan und dem Hauptfristenplan vorausschauende Grundlagen im Hinblick auf Standort und zeitliche Folge zu schaffen. Diese notwendigen Grundlagen wurden bereits 1970 bis 1972 im Rahmen eines Forschungsvorhabens gemeinsam mit der Bauakademie der DDR geschaffen. Sie fanden ihre Fortsetzung in der städtebaulichen Planung für das erste Umgestaltungsgebiet (Abb. 2).

Unter Führung der Kreisleitung der SED und Mitwirkung aller Parteien und Massenorganisationen, besonders der Nationalen Front, sowie unter Leitung der örtlichen Staatsorgane, der Volksvertretung und des Rates wurde von Anfang an eine eindeutige Information der Bewohner, Eigentümer und Betriebe im Gebiet gewährleistet. Bei den vielfältigen Diskussionen mit den Bürgern erwies sich die grundsätzliche Interessenübereinstimmung in unserer Gesellschaft als ein großer Vorzug.

Das schließt natürlich nicht aus, daß bei derartigen Bauaufgaben Probleme für die Bewohner auftreten. Ihre Lösung erfordert nicht nur eine sorgfältige Handhabung unseres sozialistischen Rechts, sondern vor allem eine verständnisvolle politische Arbeit. Dabei haben sich folgende Grundsätze bewährt:

- Alle von Aktivitäten in einem solchen Gebiet betroffenen Bürger, Betriebe und Einrichtungen sind rechtzeitig zu informieren, in die Vorbereitung einzubeziehen und von der Zweckmäßigkeit der dann beschlossenen Maßnahmen zu überzeugen.
- Wo die geplanten Baumaßnahmen einen Freizug erfordern, ist er in Übereinstimmung mit den Bürgern bei Verbesserung beziehungsweise Beibehaltung der bisherigen Wohnqualität durchzuführen. Älteren Bürgern ist besondere Fürsorge zu widmen. Härtefälle sind vorrangig zu lösen.
- Im Falle einer nicht vermeidbaren Verlagerung kleinerer Arbeitsstätten ist unbedingt eine ununterbrochene Weiterführung der Produktion zu sichern.
- Betriebliche und Nachbarschaftshilfe ist mit Unterstützung der gesellschaftlichen Organisationen vorzubereiten und zu fördern.

Das Neue soll unsere Zeit und unser Bauen widerspiegeln

Bei der Rekonstruktion und Erneuerung von innerstädtischen Wohnquartieren stehen wir vor einem komplizierten Problem. Einerseits soll das besondere Fluidum, der spezifische Charakter unserer Städte, nicht zerstört werden. Andererseits vertreten wir den Standpunkt, daß der Wohnungsneubau in innerstädtischen Gebieten nicht in historisierender Weise gestaltet werden soll, sondern so, daß er unserer Zeit und unserem Bauen eigenen Ausdruck verleiht.

Zum ersten Anliegen: In dem auf dem IX. Parteitag beschlossenen Programm der SED wird hervorgehoben, daß die „historisch entstandenen kulturellen Werte und progressiven Züge in der Struktur und im Antlitz der Städte" soweit als möglich bewahrt werden müssen. Die Atmosphäre einer Stadt, das Zusammenspiel ihrer Teile mit dem Umland, ihre Schönheit im weitesten Sinne tragen wesentlich zum Wohlbefinden, zur Herausbildung eines unserer Gesellschaft entsprechenden Heimatgefühls bei. Damit werden günstige Bedingungen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Lebensweise geschaffen. In diesem Sinne sind die alten Plätze und Räume, die wertvollen Bauten der Vergangenheit nicht nur schön, sondern auch nützlich.

Im Rahmen der Rekonstruktion in der Greifswalder Innenstadt haben wir uns deshalb intensiv für die Erhaltung und den



5

Wiederaufbau unter Denkmalschutz stehender Gebäude und anderer wertvoller Substanz eingesetzt. Unter anderem ging es darum, solche Gebäude einer zweckmäßigen Nutzung zuzuführen. So wird eine Häusergruppe aus dem frühen 18. Jahrhundert als Stadt- und Kreisbibliothek rekonstruiert (Abb. 6). Ein wertvolles Lagergebäude wurde Einkaufsstätte für den Papierhandel. Ein anderes, aus konstruktiven Gründen leider abzutragendes Gebäude aus dem 17. Jahrhundert wird aus sorgsam geborgenen Materialien originalgetreu wiedererrichtet.

Bei der Suche nach Lösungen, die eine harmonische Verbindung zwischen der vorhandenen Substanz und dem Wohnungsneubau ermöglichen, gab es sehr unterschiedliche Auffassungen, die recht deutlich bei einem für diese Aufgabe durchgeführten Wettbewerb zutage traten.

Wir sind von Anfang an von dem Gedanken ausgegangen, daß die künftig zu erwartenden quantitativen Anforderungen an den Wohnungsneubau in innerstädtischen Gebieten eine Anwendung der rationellen Plattenbauweise notwendig machen. Die bisherigen Ergebnisse der schöpferischen Arbeit der Stadtplaner und Architekten in neuen Wohngebieten des Bezirkes Rostock gaben uns die Gewähr für eine gute architektonische Qualität. Dabei haben wir die Spezifik des innerstädtischen Bauens keineswegs übersehen.

Wir gingen grundsätzlich davon aus, daß die Basis des Bauens in unserer Zeit nur der industrielle Produktionsprozeß sein kann, wie er besonders in der Plattenbauweise ausgeprägt ist. Progressive Leistungen in Städtebau und Architektur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt müssen Hand in Hand gehen. Dabei waren wir uns der hohen und differenzierten Anforderungen an eine weitgehende architektonische Ausschöpfung der Möglichkeiten der Plattenbauweise und damit an die Plattenwerker und die Montagekollektive durchaus bewußt.

Mit unserer Auffassung soll selbstverständlich kein Ausschließlichkeitsanspruch angemeldet werden. Aber wir meinen, daß die Ergebnisse unseres Vorhabens in Greifswald für sich sprechen. Die Praxis hat hier augenscheinlich bestätigt, daß der Plattenbau auch den höheren Ansprüchen des innerstädtischen Bauens gerecht werden kann, wenn sich alle an der Durchführung beteiligten Kollektive bewußt auf die Anforderungen der 80er Jahre einstellen (Abbildung 5).

Auch für uns erhob sich natürlich die Frage nach den Grenzen der Plattenbauweise. Solche Grenzen liegen sicher dort, wo sich industrielle Vorfertigung und Montage und manuelle handwerkliche Tätigkeit die Waage halten beziehungsweise sich nicht mehr sinnvoll koordinieren lassen. So erscheint es nach unseren Erfahrungen unzweckmäßig, kleine und kleinste Baulükken durch eine „Mini"-Plattenbauweise schließen zu wollen.

Umgestaltung – eine komplexe Aufgabe

Die in unserer gemeinsamen Arbeit gewonnenen Erkenntnisse unterstreichen die Forderung, an die Probleme der Umgestaltung komplex heranzugehen. Klären wir das Ziel der sozialistischen Entwicklung der Stadt, dann beantwortet sich auch die in der Öffentlichkeit aufgeworfene Frage, was aus unseren in Jahrhunderten historisch gewachsenen Städten werden soll. Wenn wir ein Bauen zum Wohle des Volkes mit den weitgesteckten Perspektiven unserer gesellschaftlichen Entwicklung im Auge haben, müssen wir mit unseren städtebaulichen Planungen eine solche räumliche Ordnung anstreben, die dem Prozeß der weiteren Annäherung der Klassen und Schichten in unserer Gesellschaft entspricht. Die räumliche Ordnung solcher unter sozialistischen Verhältnissen entstandenen neuen Städte wie Halle-Neustadt oder Wohngebiete wie im Raum Lütten Klein in Rostock oder Greifswald-Schönwalde beweist das bereits als unsere Praxis (Abb. 7).

Die Verhältnisse in einer historisch gewachsenen Stadt liegen jedoch nicht so einfach. Gerade in solchen sich rasch entwickelnden Städten wie Rostock und Greifswald deutet sich heute das Problem an, zu sichern, daß die Entwicklung des einheitlichen Stadtorganismus mit dem seiner neuen Stadtteile Schritt hält. Während in den Neubaugebieten bis zu 45 Prozent der Bewohner unter 17 Jahre alt und nur 2 bis 9 Prozent älter als 65 Jahre sind, ist das Verhältnis besonders in den alten Stadtkerngebieten umgekehrt. Mehr als 15 Prozent der Bewohner sind hier Bürger im Rentenalter. Wir wissen zugleich recht gut, daß die überkommene Struktur und räumliche Ordnung einer alten Stadt wie Greifswald nur schrittweise im Prozeß langfristiger städtebaulicher Maßnahmen verändert werden kann. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, vorausschauend solche Planentscheidungen zu treffen, die ein Optimum zwischen unmittelbaren Forderungen der Gegenwart und langfristigen gesellschaftlichen Interessen, zwischen der perspektivischen Zielstellung und den heutigen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten darstellen. Aus diesen generellen Überlegungen und unter Berücksichtigung des Baubestandes, seiner zweckmäßigen Nutzung und der technischen Lösungsmöglichkeiten ergaben sich auch für das dargestellte Altstadtgebiet von Greifswald bestimmte Proportionen zwischen Modernisierung und Neubau von Wohnungen. Das hier in diesem konkreten Fall realisierte Verhältnis ist jedoch keine Regel, auch nicht in Greifswald. Es ist vielmehr für jedes Gebiet gesondert zu ermitteln. Unser Ziel ist, grundsätzlich große Teile des Bestandes zu erhalten und zu modernisieren und ihn gegebenenfalls mit veränderten Funktionen auszustatten. Im Interesse rationeller Taktstraßen für den Wohnungsneubau mußte aber gleichzeitig angestrebt werden, möglichst technologisch zusammenhängende Bauabschnitte zu erreichen.

Der Wohnungsschlüssel wurde hier so gewählt, daß er dem durchschnittlichen Wohnungsschlüssel der Gesamtstadt entspricht, um damit auch das Problem der demographischen Struktur des Gebietes günstig beeinflussen zu können.

Nach unseren Erfahrungen stellt die Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete insgesamt höhere Anforderungen an das örtliche Bauwesen. Das beginnt mit der frühzeitigen projektmäßigen und technologischen Vorbereitung der Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen. Dazu waren die erforderlichen Voraussetzungen erst zu schaffen. Zugleich waren auch die notwendigen Baukapazitäten zu entwickeln.

Da in den Mittelstädten zumeist keine größeren Modernisierungsbetriebe bestehen, müssen die volkseigenen Kreisbaubetriebe gestärkt und muß das kooperative, arbeitsteilige Zusammenwirken aller Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen gesichert werden.

Eine weitere wesentliche Zielstellung wurde in Greifswald darin gesehen, mit der Umgestaltung innerstädtischer Gebiete auch die soziale Infrastruktur weiterzuentwickeln. Denn davon hängt in hohem Maße ab, wie die Stadt ihre soziale Funktion zu erfüllen vermag, vielseitige und sich entwik-

kelnde Bedürfnisse immer vollkommener zu befriedigen und die sozialistische Lebensweise zu fördern. Das heißt, die Stadtplanung muß der Dialektik von Stadtentwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt Rechnung tragen.

Unter Beibehaltung der Wohnfunktionen haben wir deshalb vorgesehen, daß erhebliche Flächenanteile des Stadtkerns der gesellschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben. Das gilt sowohl für die Gemeinschaftseinrichtungen des Wohnens in der Innenstadt als auch für gesamtstädtische Funktionen des Handels, der Bildung, der Kultur usw. Auch nichtstörende Industriebetriebe, Handwerk und Gewerbe haben dabei ihren festen Platz. Der Flächenanteil für alle diese Einrichtungen beträgt im Umgestaltungsgebiet in Greifswald entsprechend der Zentrumslage etwa 42 Prozent (Abb. 8).

Nach unseren Erfahrungen leitet sich daraus ab, daß der Wohnungsbau zwar der primäre Träger von innerstädtischen Rekonstruktionsmaßnahmen sein muß, daß aber auch viele andere Bereiche und Planträger mit entsprechenden Anteilen in die Lösung der Gesamtaufgabe einbezogen werden müssen. Besonders für die Plankommission und die Bilanzorgane ergibt sich daraus die Aufgabe, alle damit verbundenen Maßnahmen gut zu koordinieren und zeitgerecht in die Volkswirtschaftspläne einzuordnen.

Nicht zuletzt verbindet sich mit der Umgestaltung natürlich die Absicht, bewußtseinsprägende baukünstlerische Werte zu schaffen, die zwischenmenschliche Beziehungen, die Liebe zur Heimat, überhaupt die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten fördern. Die Gestaltung solcher zentrumsnaher Wohnquartiere wie in Greifswald stellt spezifische Anforderungen an die städtebaulich-architektonische Qualität.

Dabei hat sich die Tätigkeit einer ständigen Arbeitsgruppe „Gestaltung“ bewährt, die die Architekten und die staatlichen Leiter bei Entscheidungen über künstlerisch-ästhetische Fragen sachkundig berät.

Bei verantwortlicher Leitung durch den Rat des Bezirkes kam der Vorbereitung und Durchführung dieses Vorhabens durch die örtlichen Organe und die Organe und Betriebe des Bauwesens besondere Bedeutung zu. Ein Kontrollstab prüfte in regelmäßigen Abständen die Ergebnisse der geleisteten Arbeit und legte die weiteren Arbeitsschritte fest. Die Bauakademie der DDR und das Bezirksbauamt Rostock sind gemeinschaftlich mit der Auswertung des Forschungsvorhabens beauftragt. Die Auswertung soll der Vermittlung von Erfahrungen für künftige ähnliche Aufgaben dienen. Dem dienen auch die nachfolgenden Beiträge, die verschiedene Aspekte dieser Gemeinschaftsarbeit von Forschung und Praxis näher beleuchten.

Unsere jetzt abgeschlossene Arbeit zeigt jedoch auch, daß die Differenziertheit der Bedingungen in den Städten auch eine Vielfalt in den Lösungswegen erfordert. Den jeweils vernünftigsten Weg für die Lösung derartiger Aufgaben in den Städten festzulegen, das kann deshalb nur in Kenntnis der konkreten Situation und in Verantwortung jedes örtlichen Rates geschehen. Wir möchten diese komplizierte Arbeit mit unseren Erfahrungen unterstützen und werden selbst weiter daran arbeiten, das innerstädtische Bauen nach den Maßstäben des X. Parteitages künftig noch effektiver zu gestalten.



6
Bestehendes und Neues fügen sich harmonisch zueinander. Wohnungsneubau und historische Gebäude, die als künftige Stadt- und Kreisbibliothek rekonstruiert werden



7
Freiraumgestaltung im Neubaugebiet Greifswald-Schönwalde



8
Wohnfunktionen und gesellschaftliche Funktionen von gesamtstädtischer Bedeutung verbinden sich in dem im Zentrum gelegenen Rekonstruktionsgebiet.

Städtebaulich-architektonische Gestaltung bei der Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald

Prof. Dr.-Ing. Achim Felz
Bauakademie der DDR,
Institut für Städtebau und Architektur
Dr.-Ing. Frank Mohr,
Stadtarchitekt von Greifswald
Oberingenieur Gerhard Richardt,
VE Wohnungsbaukombinat Rostock



1



3



2

1
Kern der Altstadt von Greifswald mit dem ersten Umgestaltungsgebiet im Bereich der Marienkirche

2
Stadtkern von Greifswald bei Hervorhebung der Raumbegrenzungen (aus Stadtbildanalyse)

3
Geschlossene Bebauung als Raumbegrenzung (aus Stadtbildanalyse)

Merkmale der Stadtgestalt

Der Altstadtkern von Greifswald kann als Beispiel für eine noch relativ geschlossene Gestalt eines historisch gewachsenen Altstadtbereiches einer Mittelstadt angesehen werden.

Kulturhistorisch wertvolle Bauten und eine typische städtebauliche Struktur machen zusammen mit dem unverwechselbaren Erscheinungsbild in der Landschaft die Greifswalder Altstadt zu einem der rund 60 denkmalpflegerisch bedeutenden Stadtkerne in der DDR.

Der Stadtkern hat die wesentlichen Züge seiner mittelalterlichen Gestalt bis in die Gegenwart bewahren können (Bild 1), wenn auch inzwischen der Zustand der Bausubstanz so schlecht ist, daß tiefgreifende bauliche Maßnahmen erforderlich sind. Die bisher vorgenommenen Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen — auch und besonders unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten — konnten noch nicht den Anschluß an einen normalen Verlauf des Reproduktionszyklus der Bausubstanz erreichen.

Der Grundriß des Stadtkerns entwickelt sich auf einer Fläche von 940 m × 450 m, zusammengesetzt aus 47 bebauten, in der Mehrzahl rechteckigen und quadratischen Quartieren, die allseitig geschlossen die öffentliche Sphäre im Straßenraum von der mehr privaten Sphäre im Quartierhof trennen.

Die beinahe geradlinigen, rechtwinklig sich kreuzenden Straßenzüge kennzeichnen Greifswald als Typ norddeutscher Kolonialstadtgründungen. Der Raumcharakter der Straßen und Plätze wird von einer überwiegend geschlossenen Raumbegrenzung bestimmt (Bild 2). Die Straßenräume als bestimmendes Element der Raumstruktur bilden sich aus der Reihung von Einzelgebäuden zu geschlossenen Straßenfronten (Bild 3).

In seiner Gesamtheit ist das Greifswalder Stadtzentrum ein städtebauliches Denkmal, charakterisiert durch folgende Merkmale:

Stadtstruktur

- Es bestehen günstige Verflechtungen zwischen den gesellschaftlichen Einrichtungen und den Wohnungen; störende Betriebe sind selten.
- Das gitterförmige Straßennetz mit Platzbildungen ist seit der Stadtbildung weitgehend erhalten geblieben.
- Im 46 ha großen Gebiet sind die wichtigsten Einrichtungen der staatlichen Organe, gesellschaftlichen Organisationen, der Universität und des Handels konzentriert.
- Das Gebiet ist im Norden vom Ryck und der freien Landschaft begrenzt und ist im Süden halbkreisförmig vom Wallbereich umgeben.

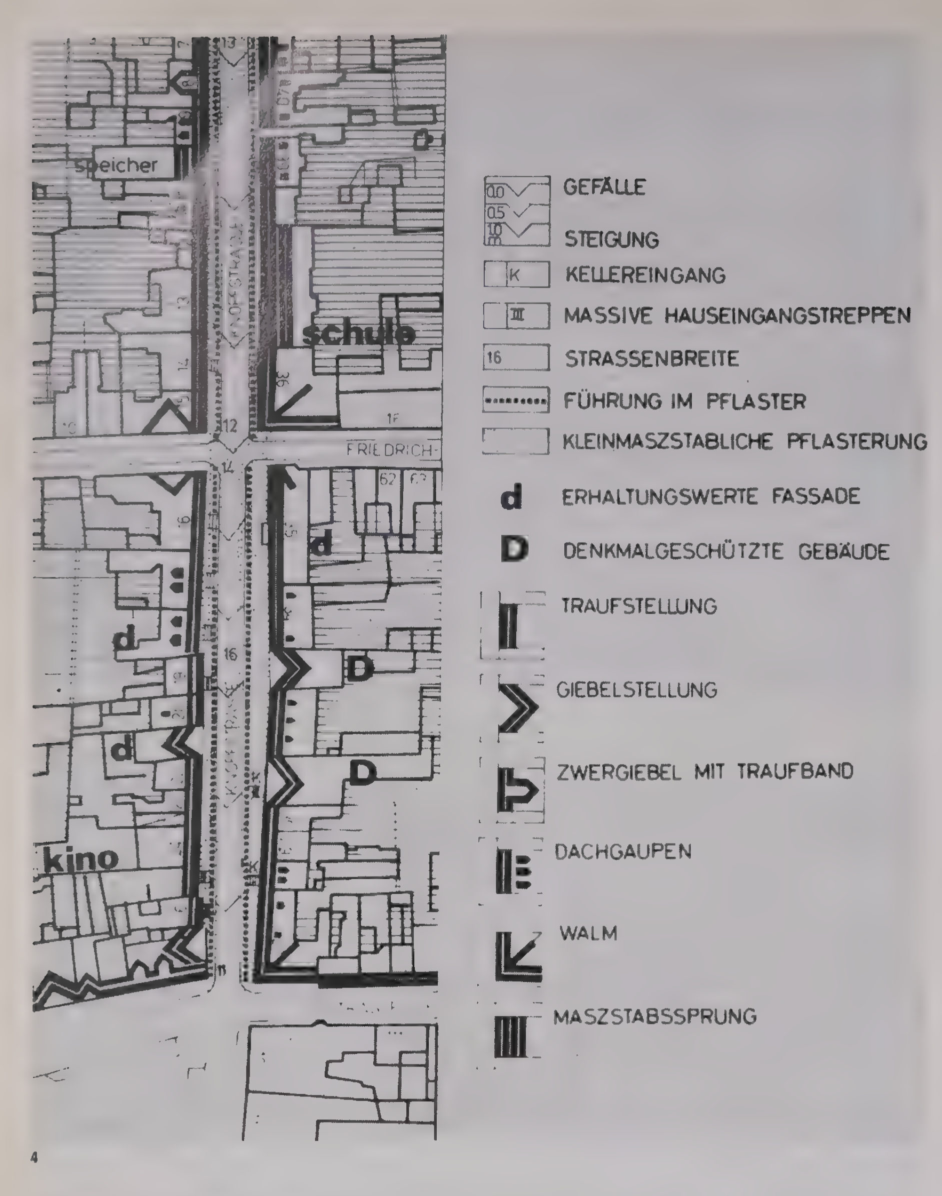
Gebäudestruktur

- Die Gebäudesubstanz stammt teilweise aus dem Mittelalter.
- Es sind Baudenkmale in Ensembles und als Einzelbauwerke erhalten und sichern die für Greifswald charakteristische Silhouette.
- Die Bebauung der Einzelgrundstücke fügt sich zu geschlossenen Straßenfluchten.
- Die Traufstellung der Gebäude herrscht vor.
- Die Straßenräume zeigen weitgehend glatte Baufluchten.
- An Straßenkreuzungen sind Gebäudevorsprünge charakteristisch.
- Die Bebauungsdichte ist hoch, Höfe sind größtenteils überbaut.
- Die Gebäude sind vorwiegend zwei- bis dreigeschossig und mit Steildach versehen.

Fassadenstruktur

- Die sogenannten stehenden Fensterformate herrschen vor. Die Fassaden zeigen vertikale und horizontale Gliederungen.
- Vielfach sind Außentreppen vorgesetzt.
- Alte historische Haustüren sind zahlreich.
- Der Maßstab, der von der Stadtbaukunst des 13. bis 18. Jahrhunderts erhalten blieb, ist noch spürbar (1).

Untersuchungen zur Methode einer Stadtbildanalyse (Bild 4), die gleichlaufend mit Studien zu konkreten Bebauungssituationen durchgeführt wurden, unterstützten zusammen mit den Ergebnissen eines Architekturwettbewerbes die Herausbildung einer einheitlichen Auffassung zu dem, was an historischen Werten aufgenommen und weiterentwickelt werden sollte (2).



4

4
Untersuchungen eines Straßenzuges auf Merkzeichen (aus Stadtbildanalyse)

5
Traufstellung der überlieferten Gebäude im Wechsel mit Giebelstellungen

6
Stadtzentrum von Greifswald mit Umgestaltungsgebiet 1

Städtebaulich-architektonische Zielstellung

Als Ergebnis des „Forschungsprojektes Greifswald" (3) lag am Jahresende 1972 die Konzeption zum Generalbebauungsplan der Stadt Greifswald für den Zeitraum 1972 bis 1990 vor. Sie enthält Angaben für alle wesentlichen Zweige, Bereiche und Teilgebiete der Stadt, so auch zum Stadtzentrum und zu den Altstadtgebieten. Für das Greifswalder Stadtzentrum besteht eine städtebauliche Gesamtplanung. Sie wurde in interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Organen, den Planungsorganen der Stadt und des Bezirkes mit der Bauakademie der DDR geschaffen. Diese komplexe Planung in der Form einer Flächennutzungsplanung mit Bebauungsstruktur ist auch die Grundlage für die nachfolgende Erarbeitung von Bebauungskonzeptionen und anderen Dokumentationen zur Bauvorbereitung und Baudurchführung auf abgegrenzten Flächen, und sie ist vor allem eine wichtige Arbeitsgrundlage für die örtlichen Organe. Mit ihr lassen sich die Initiativen der Bevölkerung zur Erhaltung der Bausubstanz und zur Erfüllung des Wohnungsbauprogramms steuern und fördern.

Am Jahresende 1972 waren mit Bezug auf das Stadtzentrum folgende zwei Konzeptionen als Teile der Generalbebauungsplanung erarbeitet:
- Umgestaltung des Stadtzentrums
- Umgestaltung der Wohnverhältnisse in den Altstadtgebieten.

Auf der Grundlage dieser Konzeptionen wurden in den Jahren 1973 und 1974 die Aussagen zu folgenden Problemen näher untersucht:
- Reihenfolge der Rekonstruktion von Teilgebieten und ihre Abgrenzung
- Vorausplanung zur Nutzungsdauer der Wohnsubstanz
- Denkmalschutz, Denkmalobjekte und Denkmalbereiche
- Freiflächenkonzeption
- Verlagerungskonzeption

Diese Untersuchungen führten zu der Auffassung, im Bereich der Altstadt die räumliche Ordnung der Straßen und Plätze zu berücksichtigen, dabei den städtebaulich-räumlichen Maßstab zu wahren — bezogen auf das Profil des Straßenraumes und die Kubatur der Gebäude — und das städtebaulich-funktionelle Orientierungssystem der Altstadt mit den Beziehungen der Straßen und Plätze zu dominierenden Baukörpern und stadttypischen Situationen und Erlebnisbereichen beizubehalten.

Die Zusammenfassung und Begründung dieser Absichten in einer städtebaulichen Studie vom November 1973 (4) wurde zusammen mit der Zielstellung, die Plattenbauweise so anzuwenden, daß die spezifischen Bedingungen des historisch gewachsenen Stadtbildes bei der Gestaltung der Gebäude zu beachten sind, Bestandteil der Ausschreibung eines innerbetrieblichen Wettbewerbes des VEB Wohnungsbaukombinats Rostock.

Damit bekannten sich der gesellschaftliche Auftraggeber und der Produzent einmütig dazu, bei Anwendung industrieller Bauweisen auf die vorhandene Stadtgestalt einzugehen. Die Tatsache, daß dieser Wettbewerb durch das Wohnungsbaukombinat ausgeschrieben wurde, soll bei dieser Gelegenheit als progressiver Beitrag der bauausführenden Seite zur Rekonstruktionsproblematik gewürdigt sein. Die Zielstellung des im März 1974 ausgeschriebenen Wettbewerbs des Wohnungsbaukombinats zur Erarbeitung von Angebotslösungen für den Wohnungsneubau in einem Teilgebiet der Altstadt von Greifswald bestand darin, unter den Bedingungen des Einsatzes der Plattenbauweise mit einer Laststufe von 6,3 Mp auf der Grundlage der Wohnungsbauserie 70 AR städtebauliche und architektonisch-gestalterische Lösungen vorzuschlagen, die folgenden Anforderungen gerecht werden:

- Die spezifischen Bedingungen des historisch gewachsenen Stadtbildes sind bei der Gestaltung der Gebäude zu beachten.
- Es sind addierbare und stapelbare Funktionseinheiten (Bausteine) zu schaffen, die durch Ecklösungen ergänzt werden müssen, um eine geschlossene Quartierbebauung zu ermöglichen.
- Die gegenwärtig vorhandene Bebauungshöhe soll von 2,1 auf mehr als 3 Geschosse gesteigert werden.
- Zu beachten ist eine beiderseitige Erschließungsmöglichkeit und damit freie Orientierbarkeit.
- Um ein geringes Elementesortiment zu erreichen, ist es möglich, ein eingeschränktes Wohnungssortiment vorzusehen.
- Die Elementegeometrie und die Randbedingungen der Wohnungsbauserie 70 AR sind zu beachten.
- Es ist ein Kellergeschoß vorzusehen.

Der Wettbewerb, an dem sich acht Kollektive beteiligten, wurde am 24. Juni 1974 durch die Jury entschieden. Die Ergebnisse des Wettbewerbs waren der Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus in den Jahren 1974 bis 1978 (5). In einer gesonderten Aufgabenstellung zur städtebaulichen Direktive wurden in Auswertung des Wettbewerbsergebnisses im März 1975 gemeinsam vom Büro für Stadtplanung und vom WBK Rostock Forderungen zur Entwicklung des Wohnungsneubaus auf ehemals bebauten Standorten erhoben, deren auf das gestalterische Ergebnis bezogene Aussagen hier wiedergegeben werden, weil sie die inzwischen gewonnenen Positionen zur Gestaltung darstellen:

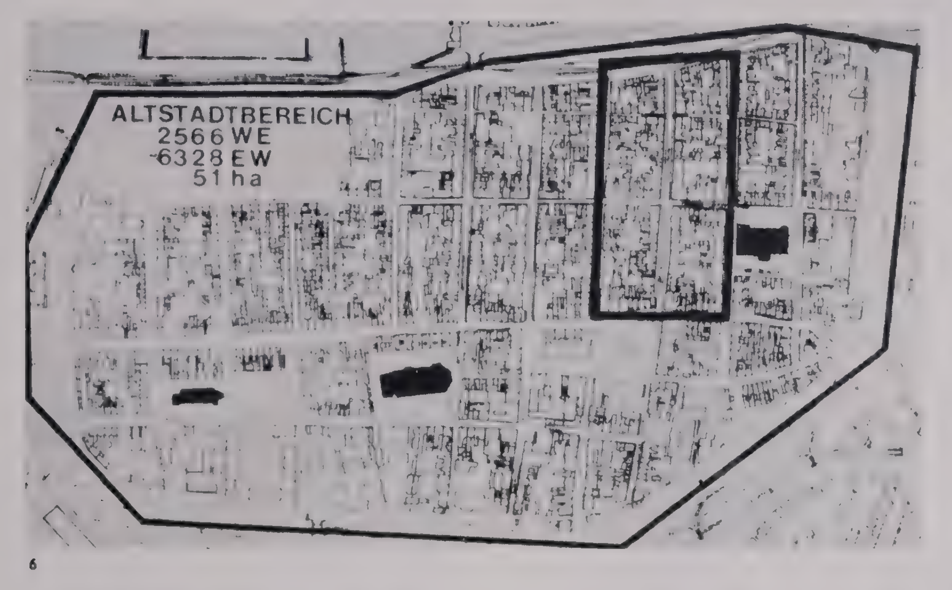
Zielstellungen zur Baukörpergestaltung

- Erhaltung geschlossener Quartiere, weitgehende Einhaltung der Grenzen und Baufluchten
- Eckausbildungen für unterschiedliche Himmelsrichtungen mit dem Ziel, baukörperlich geschlossene Ecken zu erhalten
- 3-, 4- und 5geschossig mit Anpassung an die Geländebewegung und an die vorhandene Bebauung unter Beachtung der Besonnungsforderungen
- Ablesbarkeit der Haustypen
- vorzugsweise Traufstellung der Gebäude (Bild 5)
- Hauptanwendung der 3,60-m-Achse
- Haustiefe: 10,8 m
- zweischaliges Kaltdach mit niedrigem Drempel und Innenentwässerung
- Dachgeschoß mit zurückversetztem Wohngeschoß
- Sockelhöhe über der Oberkante des Geländes: maximal 1,0 m
- beiderseitige Erschließung (Hausdurchgänge)
- Angebotsfläche für gesellschaftliche Einrichtungen vornehmlich in den Eckgebäuden und in der Erdgeschoßzone
- Kellergeschoß mit variabel nutzbaren Gemeinschaftsräumen
- Hausdurchfahrten mit lichter Durchfahrtshöhe von mindestens 3,5 m
- bauliche An- und Einbindung von technischen Bauwerken.

Zielstellungen zur Fassadengestaltung

- Wahrung der überlieferten Maßstäblichkeit in der Fassade
- Anpassung der Eingangs- und Treppenhauslösungen an das Gelände durch vorgesetzte Außentreppen
- Beachtung typischer Elemente und Mittel der Fassadengliederung mit Bezug auf die Ablesbarkeit des Haustyps


5



6

■ Berücksichtigung typischer und sinnvoller Verhältnisse zwischen Öffnung und Wandfläche
■ Verwendung dauerhafter Oberflächenmaterialien in Form von Klinkerflächen
■ sparsame Verwendung von Loggien in den Straßenfronten
■ Wiederverwendung wertvoller Fassadenelemente von abzubrechenden Gebäuden (Haustüren, Ehrentafeln, Straßennamenschilder)
■ Verwendung intensiver Farbtöne in der Fassade

Bebauungskonzeption

Unter der Zielstellung, im Rahmen eines baulichen Experiments Lösungsansätze zu finden für eine dem historischen Erbe verpflichtete Weiterentwicklung der Stadtgestalt bei Einsatz der Plattenbauweise, wurde ein dafür geeignetes Teilgebiet der Altstadt ermittelt.
Um innerhalb einer räumlich und zeitlich begrenzten Bauaufgabe einen hohen Erkenntnisgewinn und verallgemeinerbare Lösungen zu erreichen, mußte das Teilgebiet vor allem zwei Kriterien erfüllen:

■ Ein Zustand der Bausubstanz, der die Anwendung verschiedener Reproduktionsformen in unterschiedlichen Größenordnungen verlangt und dabei zusammenhängende Bereiche für Ersatzbaumaßnahmen ermöglicht.
■ Eine historisch gewachsene und beizubehaltende Verflechtung von Wohnen, gesellschaftlichen Einrichtungen und Betrieben bei Überwiegen der Wohnfunktion.

Das unter diesen Gesichtspunkten ausgewählte Gebiet liegt mitten im Stadtzentrum und reicht mit den Abmessungen 165 m × 300 m von der Hauptachse des Stadtzentrums bis an dessen nördliche Begrenzung, den Ryckfluß. Zum Fluß hin fällt das Gelände um etwa 5 m.
Aus der Zielstellung, einen möglichst hohen Anteil historischer Substanz zu erhalten ergab sich eine generelle Konzeption für das ausgewählte Teilgebiet:

■ Konzentration einer lückenlos beizubehaltenden historischen Bebauung am Platz der Freundschaft und an der Straße der Freundschaft mit den Eingängen zu den Straßenräumen der Brügg-, Knopf- und Johann-Sebastian-Bach-Straße
■ Instandsetzung und Modernisierung jener Substanz, die sowohl baugeschichtlich als auch physisch am wertvollsten ist und damit am sinnvollsten den Aufwand einer Rekonstruktion rechtfertigt
■ Beibehaltung solcher Bausubstanz, die aufgrund ihrer funktionellen Nutzung als Festpunkt anzusehen ist
■ Rekonstruktion von Einzelgebäuden, die unter Denkmalschutz stehen (Bild 7)
■ Schaffung möglichst zusammenhängender Bebauungsflächen für Neubaumaßnahmen (Bild 8), um mit dem Einsatz technologischer Mittel den industriemäßigen Produktionsbedingungen entsprechen zu können.

Bei der Realisierung der generellen Konzeption konnten 40 Vordergebäude erhalten, instandgesetzt, modernisiert, rekonstruiert, erweitert oder ergänzt werden. Von den Hintergebäuden wurden ein Kinosaal und Anbauten an Druckerei und Fischverarbeitung in die Umgestaltung einbezogen.
Das städtebauliche Programm wies folgende Baumaßnahmen aus:

■ 310 Neubauwohnungen
■ 46 zu modernisierende Wohnungen
■ Rekonstruktion und Erweiterung der Käthe-Kollwitz-Oberschule
■ Rekonstruktion und Erweiterung von Handelseinrichtungen, zum Beispiel Verkaufsstellen für Papierwaren, Beleuchtungskörper, Sportwaren, Lederwaren, Waren des täglichen Bedarfs, Jugendmode
■ Neubau von kleinen Handels- und Dienstleistungseinrichtungen in der Erdgeschoßzone von neuen Eckgebäuden (z. B. Pelzwaren, Kosmetiksalon, Maßatelier und Gaststätte)
■ Rekonstruktionsmaßnahmen in der verbleibenden Bausubstanz, zum Beispiel Druckerei, Verwaltung der Universität, Stadt- und Kreisbibliothek.

Auf dieser Grundlage wurde der Bebauungsplan auf der Fläche von vier Quartieren entwickelt (Bild 9).
Die Fläche der ehemaligen zwei Quartiere am Ryck nimmt den ruhenden Verkehr auf. Die verkehrliche Erschließung des Stadtzentrums verlangte die Verbreiterung der Friedrich-Loeffler-Straße.
Die Maßnahmen zur Rekonstruktion sind in Bau- und Funktionskomplexen zusammengefaßt:
An der Hauptkommunikationsachse (Knopfstraße) entsteht ein Handelskomplex mit folgenden Verkaufsstellen: Beleuchtungskörper, Lederwaren, Sportwaren, Papierwaren und Boutique, Kaufhalle für Waren des täglichen Bedarfs und Großverkaufsstelle für Jugendmode.

Anschließend an den Handelskomplex wird in denkmalgeschützten Gebäuden die Stadt- und Kreisbibliothek untergebracht. Die vorhandene Käthe-Kollwitz-Oberschule erhält Fachklassen, Werk-, Sport-, Sanitär- und Nebenräume in angelagerten Ergänzungsbauten und bildet insgesamt den Schulkomplex.

Für die Wohnungsbauten auf ehemals bebauten Standorten wurden die in der Entwicklung und Projektierung befindlichen Erzeugnisse auf der Grundlage der WBS 70 AR vorgesehen.

Gleichlaufend zur Ausarbeitung des Bebauungsplans wurde der Plan der komplexen Umweltgestaltung vervollkommnet, der die Vielzahl der zu berücksichtigenden Maßnahmen deutlich macht. So bedeutet die Sicherung wertvoller alter Haustüren, die inzwischen schon selbstverständlicher Bestandteil der Hauseingänge der modernen Ersatzneubauten sind, einen der vielen Beiträge dafür, daß gewohnte Erscheinungsbilder die erneuerte Umgebung vertraut machen.
In erster Linie aber bedeutet komplexe Umweltgestaltung, unter dem Primat der städtebaulich-räumlichen Gestaltung Rahmen und Ausgangspunkt für alle gestalterischen Tätigkeiten im Stadtgebiet zu sein.
Gerade unter diesem Aspekt gewinnt das Eingehen auf regionale oder stadttypische Besonderheiten Bedeutung. Das drückt sich z. B. aus in einer der regionalen Situation entsprechenden Gestaltung der Fassaden mit Klinkersteinen.
Wenn man gewillt ist, komplexe Umweltgestaltung auch als ein Mittel zu verstehen, ein Stadtgebiet so zu gestalten, daß bis ins Detail hinein eine durchgängige Gestaltungsidee spürbar wird, dann kommt ihr eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Diese Bedeutung resultiert auch daraus, daß hier die Möglichkeit besteht, Nahtstellen zwischen verschiedenen Gestaltungsaufgaben, die wegen der fortschreitenden Arbeitsteilung auftreten, in die komplexe Gestaltidee einzubeziehen.

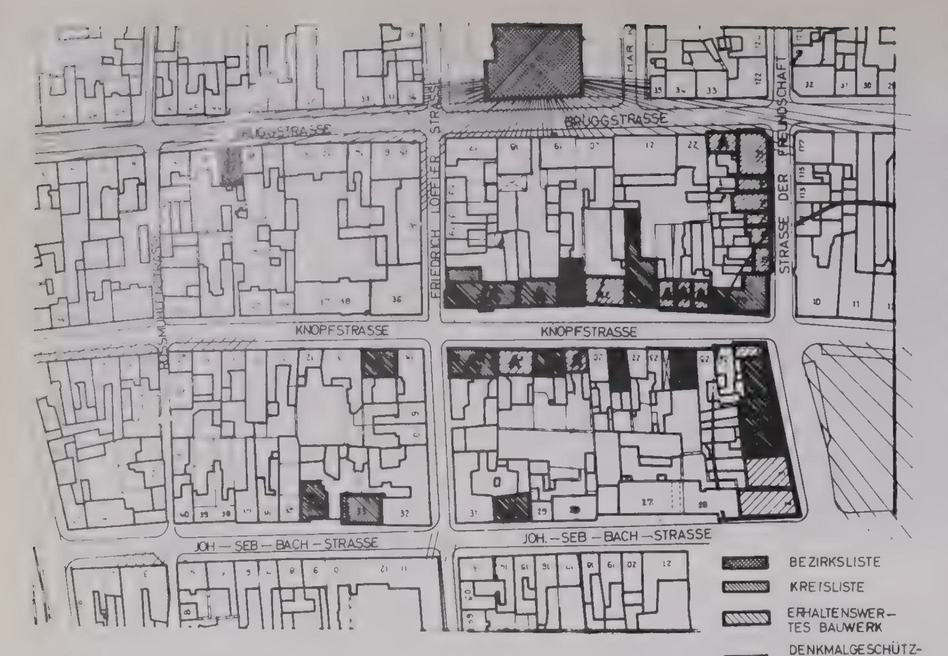
Erzeugnisprojekt

Neben der Forderung, die Erzeugnisentwicklung unter dem Gesichtspunkt der gestalterischen Anforderungen in historisch gewachsenen Altstadtkernen bei maximaler Anwendung des Elemente-Sortimentes und der Konstruktionsprinzipien der im VE WBK Rostock laufenden Wohnungsbauserie zu vollziehen, waren für den Standort aus funktionellen Gründen bisher in der Serie nicht enthaltene Neuentwicklungen erforderlich:
■ Kellergeschosse anstelle des bisherigen Sockelgeschosses
■ Durchfahrtsektion für die Versorgung und Entsorgung der Quartierhöfe
■ gesellschaftliche Einrichtungen im Erdgeschoß
■ mehrgeschossige Wohnungen für Standorte mit günstigen Besonnungsverhältnissen
■ Einschienenversorgung.
Dennoch gelang es, das Elementesortiment rationell zu gestalten und eine relativ hohe Anzahl von Elementen aus der laufenden Serie zu übernehmen:

Elemente gesamt	265 Stück	100%
davon Elemente aus der laufenden Serie	117 Stück	44,7%
davon Elemente aus der laufenden Serie mit geringen Veränderungen	73 Stück	27,9%
davon neue Elemente	72 Stück	23,4%

Anteil der Elemente aus den beiden letzten Gruppen für bisher in der laufenden Wohnungsbauserie nicht enthaltene Bauwerksteile:

Kellergeschoß	43 Stück
terrassiertes Wohngeschoß und Drempel	43 Stück
Durchfahrten/Durchgänge	7 Stück
gesellschaftliche Einrichtungen	7 Stück
Elemente der Gestaltung	35 Stück



7 Kategorien der Baudenkmale



8 Verbleibende Bausubstanz

Möglich wurde trotz einer Vielzahl von Varianten dieses Ergebnis einmal durch die durchgängige Anwendung der 3,60-m-Achse, die für eine hohe Anzahl von Elementen gleiche Grundabmessungen sicherte, und zum anderen durch wenige kleinere Bauwerksteile, deren Kombination miteinander eine Vielzahl unterschiedlicher Lösungen ergibt.

Entgegen der ursprünglichen Absicht, einzelne Achsen als addier- und stapelbare Bausteine zu entwickeln, zeigte sich im Prozeß der Bearbeitung, daß die optimale Form für den Baustein die Wohnung ist.

Aus den speziellen Anforderungen entwickelten sich folgende Varianten:

- Baustein mit einer 1-Raum-Wohnung
- Baustein mit einer 2-Raum-Wohnung und angelagertem Treppenhaus
- Baustein mit einer 3-Raum-Wohnung
- Baustein mit einer 4-Raum-Wohnung und angelagertem Treppenhaus

Aus den 4 Bausteinen lassen sich 4 Haustypen mit 3 bis 5 Achsen zusammenfügen (Bild 10 und 11). Ergänzt wird diese Reihe mit Varianten, deren wesentlichste durch den Baustein mit der Durchfahrt bestimmt wird.

Für die konkreten Bedingungen im Umgestaltungsgebiet waren auf Grund von Besonnungsproblemen zwei Sonderformen zu entwickeln:

- ein Reihenhaus, das mit 3 Wohngeschossen konzipiert wurde und eine 4-Raum-Wohnung für 5 Personen enthält. Die Anwendung als Atelierwohnung ist möglich.
- Die zweite Sonderform ergab sich aus einem vollständig verschatteten Standort in einer Quartierecke.

Das Eckgebäude enthält in Abstimmung mit der Staatlichen Bauaufsicht und der Bezirks-Hygiene-Inspektion vorwiegend 1-Raum-Wohnungen.

Zwei Grundtypen als Ecklösungen erfüllen die Forderung nach geschlossener Quartierbebauung. Diese beiden Typen unterscheiden sich im wesentlichen durch die Nutzung der Erdgeschoßzone als Wohngeschoß oder als Geschoß mit gesellschaftlicher Nutzung. Auf Grund städtebaulich-architektonischer Anforderungen und unterschiedlicher Orientierung zur Himmelsrichtung sowie bedingt durch die verschiedenen Funktionen der gesellschaftlichen Einrichtungen ergaben sich — aus den beiden Grundtypen abgeleitet — sechs Varianten. Mit den vorliegenden Segmenten, entwickelt aus Bausteinen und dann zu Gebäudeabschnitten zusammengefügt, lassen sich rechtwinklige städtebauliche Strukturen beherrschen. Für geschwungene und außerrechtwinklige Bebauungsformen wären entsprechende Ergänzungen zum Sortiment — Zwickel oder Keile — notwendig.

Das Sortiment ist für die Anwendung in Greifswald 3- bis 5geschossig ausgelegt.

Daß trotz der hohen Anzahl von unterschiedlichen Segmenten der Projektierungsaufwand nicht nur

9 Modell der vier Umgestaltungsquartiere



niedrig liegt, sondern auch Änderungen während des Projektierungsablaufes kurzfristig realisierbar sind, wird durch Anwendung der Datenverarbeitung ermöglicht. Damit wurden die im Bezirk Rostock gewonnenen Erfahrungen mit der Doppelsegmentprojektierung bei Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung in differenzierter Form weiterentwickelt.

Der experimentelle Charakter der Projektierungsarbeiten und die dabei notwendigerweise auftretenden Korrekturen lassen einen exakten Vergleich zur Blockprojektierung nicht zu, so daß quantifizierbare Werte zur Ökonomie der angewandten Projektierungsmethode noch nicht vorhanden sind. Es ist jedoch aus den gewonnenen Erfahrungen ableitbar, daß ein differenziertes Eingehen des Erzeugnissortiments auf stadtgestalterische Kriterien zwingend solche oder ähnliche, das schnelle Projektieren mehrerer Varianten erlaubende Projektierungsmethoden verlangt.

Das Wohnungssortiment enthält 1- bis 4-Raum-Wohnungen, dabei sind in den Ecklösungen im wesentlichen 3-Raum-Wohnungen untergebracht. Bei optimaler Anwendungsmöglichkeit für Ecklösungen kann der normative Wohnungsverteilerschlüssel der Staatlichen Plankommission realisiert werden.

Der jeweils ausgewählte Standort mit den Faktoren — mögliche Eckbebauung, Größe der Baulücken, Stadtstruktur, differenzierte Geschoßanzahl — hat einen wesentlichen Einfluß auf den möglichen Wohnungsverteilerschlüssel.

Unter Berücksichtigung der Stellflächen für Elektro-Nachtspeicheröfen wurde eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 60 m² erreicht. Das bezieht sich auf einen Wohnungsverteilerschlüssel von

10% 1-Raum-Wohnungen
42% 2-Raum-Wohnungen
33% 3-Raum-Wohnungen
15% 4-Raum-Wohnungen.

Mit einer anderen Zuordnung der Segmente lassen sich bei Veränderung des Verteilerschlüssels niedrigere Wohnungsgrößen erreichen. Im nächsten (in Vorbereitung befindlichen) Gebiet wird zum Beispiel eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 56,7 m² erreicht.

Das besondere Problem bei der Grundrißentwicklung bestand darin, eine Raumaufteilung und -einordnung zu finden, bei der ein voll funktionsfähiges oberstes Geschoß entsteht, selbst wenn die Gebäudetiefe um 1,20 m verkürzt ist (Bild 12). Das ist erreicht worden durch die Lage von Kinder- und Schlafzimmern an der verkürzten Seite. Diese Räume sind so bemessen, daß auch nach ihrer Verkleinerung ihre Funktionsfähigkeit erhalten bleibt, zum Teil mit Einschluß einer veränderten Belegung.

Der Normalgrundriß wird von durchgehenden Querwänden im 3,60-m-Raster bestimmt und bietet den Vorteil, daß das Wohnzimmer zusammen mit dem Schlafzimmer in einer durchgehenden Achse liegt. Damit ist — eine entsprechende Trennwandkonstruktion vorausgesetzt — eine Austauschbarkeit beider Räume bei Beibehaltung ihrer direkten Zugänglichkeit gegeben. Belichtungs- oder Beschallungsprobleme kann so individuell begegnet werden. Die Durchgängigkeit der 3,60-m-Achse sichert ein angenehm breites Kinderzimmer und die Verbindung Loggia-Küche dürfte sich sicherlich in der Nutzung als vorteilhaft herausstellen (Bild 12).

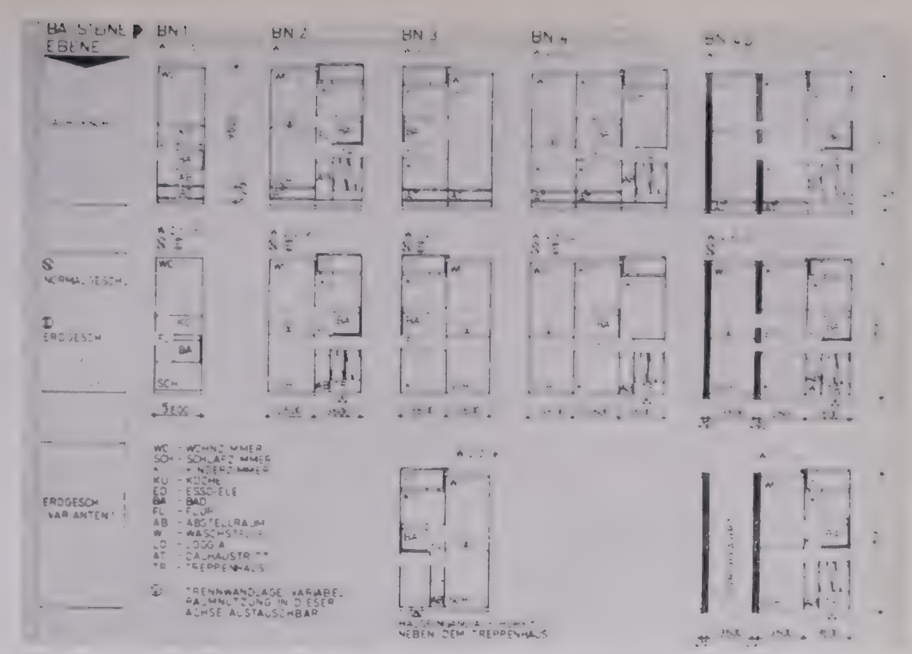
Ergänzt wird das Prinzip des Normalgrundrisses durch spezielle Grundrißformen in den Ecklösungen und durch die dreigeschossigen Wohnungen, deren Funktionen in den drei Ebenen so gegliedert sind:

Erdgeschoß: Eingang, Eßdiele, Küche
1. Obergeschoß: Elternbereich mit Schlaf- und Wohnraum
2. Obergeschoß: Kinderbereich mit zwei Kinderzimmern.

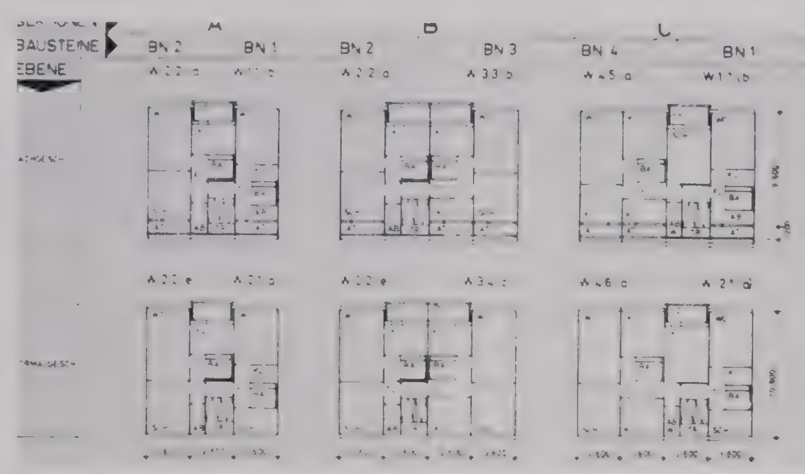
Gesellschaftliche Einrichtungen wie Kosmetiksalon, Biergaststätte, Modesalon und Spezialverkaufsstelle für Rauchwaren sind in den Erdgeschossen der Ecklösungen untergebracht.

Damit wird ein im Bezirk schon bewährtes Prinzip fortgesetzt, das die gesellschaftlichen Einrichtungen dort unterbringt, wo ohnehin spezielle Grundrißentwicklungen erforderlich sind. Außerdem findet diese Überlegung aus städtebaulichen Gründen Unterstützung, da Kreuzungspunkte von Straßen meist Punkte erhöhter Kommunikationen sind.

Die Fassadengestaltung ist darauf gerichtet, mit einer geringen Anzahl unterschiedlicher Außenwandelemente die einzelnen Segmente erkennbar



10 Prinzip der Bausteinprojektierung



11 Prinzip der Sektionsbildung

und unterscheidbar zu machen (Bild 13) und das oberste, zurückgesetzte Geschoß für die Erlebbarkeit der Höhe der Gebäude unwirksam zu machen. Das letztere wird erreicht durch eine kräftige Betonung der Traufkante, deren Ausbildung einen ausreichenden Überstand gestattet und deren Schattenwurf den Effekt eines oberen Abschlusses wirksam unterstützt.

Die Ablesbarkeit des einzelnen Segments wird einmal erreicht durch seine Betonung als Baukörper durch Höhen- und Seitenversatz und unterschiedliche Höhe überhaupt sowie durch den vereinzelten Einsatz eines mit dem Giebel zur Straße stehenden Segments (kein zurückgesetztes oberstes Geschoß, dafür angedeutete Giebelformen im Drempelbereich) und zum anderen durch differenzierte Fassadenstrukturen.

Während alle Gestaltungsprinzipien auf der Straßenseite in voller Konsequenz ausgeführt werden, erscheinen sie auf der Hofseite wesentlich zurückhaltender (Bild 14). Das zurückgesetzte Dachgeschoß klingt nur noch in der Gestaltung des obersten Geschosses an, die Strukturierung und der Farb- und Materialeinsatz bei den Außenwandelementen ist sparsamer. Diese Differenzierung ist beabsichtigt und unterstreicht die unterschiedliche Bedeutung von Hof- und Straßenraum.

Volkswirtschaftlicher Aufwand

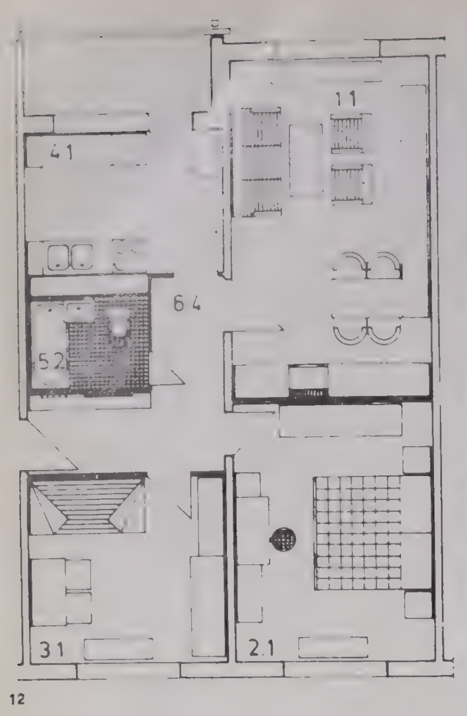
Mit dieser Weiterentwicklung des industriellen Wohnungsbaus in Richtung auf Differenzierung des Erscheinungsbildes und Erhöhung der Anpaßbarkeit an die komplizierten Bedingungen in der Altstadt waren die entscheidenden Voraussetzungen gegeben, wesentliche Merkmale der Stadtgestalt bei entscheidender Verbesserung der Wohnbedingungen zu bewahren. Dabei stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis bei diesem Beispiel Aufwand und Ergebnis stehen.

Ausgangspunkt für die Beantwortung dieser Frage ist die aus der Analyse des ökonomischen Aufwandes gewonnene Erkenntnis, daß der Gesamtaufwand für eine Neubauwohnung in der Altstadt geringer ist als für Neubauten auf bisher unbebautem Gelände am Stadtrand.

Wesentlich geringere Aufwendungen bei der Primär- und Sekundärerschließung, bei den gesellschaftlichen Einrichtungen und im örtlichen Personennahverkehr gleichen den beim innerstädtischen Bauen notwendigen Mehraufwand durch Erwerb, Entschädigung, Abbruch und Enttrümmerung und durch ein dem Bauen in der Altstadt entsprechenden Wohnungsbau mehr als aus. Wenn man in diese Betrachtung noch einbezieht, daß die für Wohnzwecke nicht mehr brauchbare Bausubstanz in der Altstadt auch dann beseitigt werden müßte, wenn die Wohnungsbaumaßnahmen nur auf den Stadtrand konzentriert würden, entstände einschließlich der Maßnahmen für die Nutzbarmachung der beräumten Flächen ein zusätzlicher Aufwand zuungunsten des Neubaus am Stadtrand von über 10000 Mark je Neubauwohnung.

Der Nutzen für die Gesellschaft, für jeden einzelnen Bürger, der in dem erneuerten Altstadtgebiet lebt, läßt sich nur andeuten. Da ist erst einmal die Tatsache der Erhaltung und Aktivierung der Altstadt als Bewahrung und Weiterentwicklung uns überlieferten Kulturgutes. Hinzu kommen erhebliche Freizeitgewinne für dort wohnende Bürger im Verhältnis zu Wohngebieten am Stadtrand durch gravierend verkürzte Entfernungen zu den zentralen Einrichtungen der Stadt und in den meisten Fällen zu den Arbeitsstätten.

Mögen die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteile auch auf der Hand liegen, bei der praktischen Durchführung solcher Vorhaben erwächst als Hemmnis, daß zwar die Gesamtaufwendungen zumindest ausgeglichen sind und lediglich Verschiebungen in der inneren Struktur der Gesamtkosten auftreten, daß jedoch sich diese Ver-



12



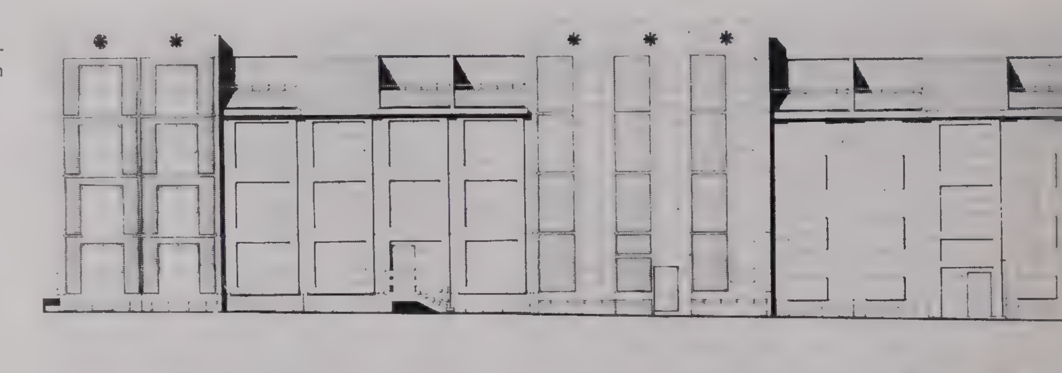
13

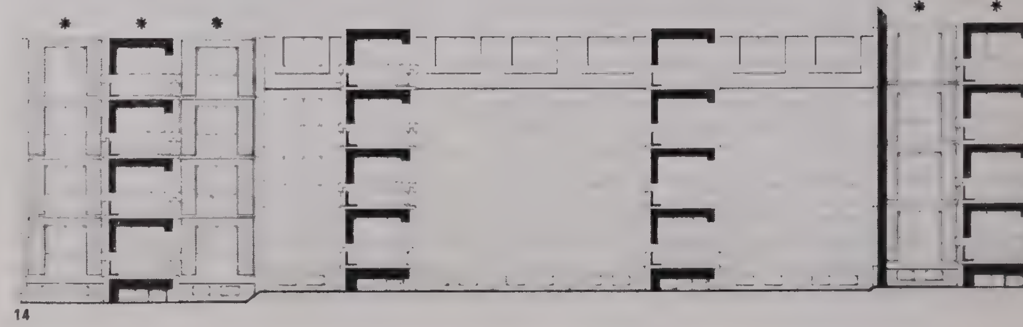
13
Fassadenabwicklung mit Wechsel von rahmenartigen und brüstungsbetonten Außenwandelementen

14
Abwicklung einer straßen- und hofseitigen Fassadenfront

15
Sichtbeziehung zur Marienkirche von einem Quartierhof aus

16
Sichtbeziehung zur Marienkirche (verbreiterte Friedrich-Loeffler-Straße)





14

schiebungen als Mehraufwand bei den durch das Bauwesen zu realisierenden Investitionen äußern. Das wirft im Interesse des Bauens mit hoher ökonomischer und sozialer Effektivität das Problem eines besseren Eingehens finanz- und investitionstechnischer Regelungen auf die Bedingungen des innerstädtischen Bauens auf.

Es dürfte von Interesse auch für Vorhaben ähnlicher Art sein, daß die Mehraufwendungen für die Wohnungsneubauten selbst vor allem für die im Altstadtbereich aus stadtgestalterisch notwendiger Sicht verringerte Geschoßanzahl entstehen. Es muß daher darauf hingewiesen werden, welche Bedeutung alle Maßnahmen besitzen, die auf eine möglichst hohe durchschnittliche Geschoßanzahl hinzielen.

Das Greifswalder Experiment hat bewiesen, daß die angewandten gestalterischen Mittel zur Verringerung der erscheinungswirksamen Gebäudehöhe von großer Wirksamkeit sind, und die Überlegungen zur Rationalisierung der Erzeugnisse für weitere Bauvorhaben in Greifswald konnten sich auf eine geplante und durchaus vertretbare Vergrößerung des Anteils von Gebäuden mit einer höheren Geschoßanzahl stützen.

Der Aufwand für die Fassadengestaltung ist vergleichsweise so gering, daß die Grenzen für eine Gestaltvielfalt eher durch technologische Faktoren bei der Vorfertigung als durch ökonomische Zwänge gezogen sind.

Das Eingehen auf die historisch überlieferte Stadtstruktur durch Verfolgen der gegebenen Baufluchten wirkt sich besonders auf die Arbeitsproduktivität und weniger auf die Kosten aus, so daß hier die Weiterentwicklung sich auf die Rationalisierung der Montage- und Transporttechnologie konzentrieren muß.

Stadtgestaltung

Silhouette

Eine Wertung der mit den Projekten und inzwischen realisierten Objekten erreichten gestalterischen Ergebnisse kann sich in bezug auf die stadtgestalterischen Kriterien auf die Erkenntnisse der Stadtbildanalyse aus dem Jahre 1975 beziehen.

Daß am Anfang und damit auch besonders hervorgehoben die Silhouettenwirkung steht, resultiert aus der Erfahrung, daß eine Veränderung des Maßstabes in bezug auf die Bebauungshöhe wohl am empfindlichsten das gewachsene Erscheinungsbild einer Stadt verletzen kann. Gerade für Greifswald dürfte die Frage nach der Höhe von Neubebauungen im Stadtzentrum eine besondere Rolle spielen.

Die Silhouette von Greifswald mit ihren Dominanten — den drei Kirchen und dem hohen Rathausdach — wird immer wieder als Silhouette eines historisch gewachsenen Stadtbildes von seltener Ausdruckskraft gewertet (6). Orientierungshöhe in dieser Fernsicht ist die Traufhöhe des Rathauses.

Die Überlegungen zur Bestimmung der Höhe der Neubebauung im Altstadtkern konnten sich auf die erklärte Zielstellung stützen, daß die Silhouette der Altstadt zu bewahren ist.

Mit der vorhandenen, überwiegend zwei- und dreigeschossigen Bebauung mit Steildach war allerdings eine durchschnittliche Geschoßanzahl vorgegeben, die bei ihrer Wiederaufnahme als Neubau weder den Forderungen nach einer intensiven Nutzung des wertvollen Baulandes im Stadtzentrum noch den Forderungen nach ökonomischer Errichtung neuer Gebäude Rechnung getragen hätte. Es konnte nicht Zielstellung sein, weniger Einwohner als bisher unterzubringen. Weniger deshalb, weil durch eine notwendige Verbesserung der räumlichen und funktionellen Situation in den Quartierhöfen ohnehin eine Reihe von Wohnungen verloren gehen mußten, wenn die gleiche Geschoßanzahl, wie historisch entstanden, beibehalten bliebe.

Die mit der baulichen Realisierung bei erhöhter Geschoßanzahl erreichte Situation, die auf verringerter Fläche mehr Wohnungen als bisher verzeichnet, sichert aus der Fernsicht die Dominanz der Kirchen und des Rathauses in der Stadtsilhouette.

Wie schon die Stadtbildanalyse nachwies, waren und sind für das Orientierungssystem im Stadtkern die Sichtbeziehungen zu den dominierenden Gebäuden aus Straßen. Platzräumen und Quartierhöfen bedeutsam.

Daß sich, obwohl die durchschnittliche Geschoßanzahl von 2,1 auf 3,7 — also um mehr als ein Geschoß — anstieg, die ursprünglichen Qualitäten der Sichtbeziehungen weitgehend erhalten ließen, ist das Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren, die teils durch die vorgefundene Situation, teils durch konzeptionelle Überlegungen bestimmt sind. Mit der Entscheidung, ein voll funktionsfähiges


15


16

Wohngeschoß als Dachgeschoß auszubilden — gewissermaßen im Bereich des überlieferten Steildaches — und dieses Dachgeschoß durch Zurücksetzen der Fassadenebene im Straßenraum nicht direkt als Bestandteil des eigentlichen Grundbaukörpers wirken zu lassen, war ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der durchschnittlichen Geschoßanzahl gegeben.

Wenn damit aus der Fernsicht und aus den Straßen- und Platzräumen heraus — unterstützt durch den Rücksprung des Dachgeschosses — die Blickbeziehungen gesichert und der allgemeine Bebauungspegel dem überlieferten annähernd adäquat erscheint, so entstehen jedoch innerhalb der Quartierhöfe veränderte Bedingungen.

Aus Gründen der Notwendigkeit, sinnvoll ein funktionstüchtiges Dachgeschoß unter den Bedingungen der gegebenen Haustiefe zu realisieren, mußte zum Innenhof hin die volle Geschoßanzahl in einer Fassadenebene durchgezogen werden. Daß dennoch die Gegenwärtigkeit der dominanten Baukörper als Orientierungselemente auch in den Quartierhöfen gewahrt bleibt, wird durch die veränderten Raumproportionen der Höfe erreicht, die sich durch Reduzierung der starken Überbauung von kleinen und engen Räumen zu größeren Raumfolgen wandelten (Bild 15). Ein ähnlicher Fall tritt dort ein, wo aus städtebaulichen Gründen eine Straßenverbreiterung erfolgen mußte (Bild 16).

Eine direkte Unterstützung des Anliegens, bei erhöhter Geschoßanzahl die Silhouette der Stadt im Bereich des umzugestaltenden Gebietes zu erhalten, ergab sich aus der Tatsache, daß das Bebauungsgelände nach Norden hin zum Ryckfluß um 5 m abfällt. Gerade in jenem Bereich aber — also am Ryckfluß — befanden sich die niedrigsten, teilweise eingeschossigen Gebäude und auch die vom Bestand und Kulturwert schlechtesten.

Man mag diese Tatsache als bedeutsame, historisch gewachsene Kompositionsidee werten, und sicherlich ist mit einem Absinken der Geschoßanzahl zum Rande des Stadtkerns hin, der auf einer flachen Geländekuppe sich entwickelt, eine Steigerung der Landschaftssituation zu erreichen. In erster Linie jedoch handelt es sich hier um die Auswirkung sozial-ökonomischer Bedingungen überholter Klassenstrukturen, die den an der Verteilung des Reichtums der Gesellschaft weniger Beteiligten den Stadtrand zuwiesen. Daß dann die Gebäude nicht nur niedriger, sondern auch primitiver ausgeführt waren, ist eine logische Konsequenz.

Ausgehend auch davon, daß die überholte Klassenstrukturen widerspiegelnden Strukturen in unseren Städten nicht unbedingt bewahrt werden sollten, konnte berechtigt eine spürbare Erhöhung der Geschoßanzahl für den dort anzusiedelnden Ersatzneubau vorgenommen werden; das um so eher, als durch den Geländeunterschied von 5 m zur Stadtzentrumsmitte hin ohnehin ein scheinbarer Anstieg der Bebauungshöhe suggeriert wird.

Da es bei einer auf störende Einflüsse sehr empfindlich reagierenden Situation auch auf scheinbar geringe Dimensionen ankommt, sollten auch solche Gestaltungsfaktoren, wie eine auf das geringstmögliche Maß reduzierte Höhe der Dachkonstruktion und die auf 0,8 m durchschnittlich verringerte Höhe des aus dem Erdreich ragenden Teils des Kellergeschosses in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Das Greifswalder Beispiel zeigt, daß unter konkreten Bedingungen eine beabsichtigte Aufnahme der historisch überlieferten Bebauungshöhe nicht in erster Linie eine Frage der Übernahme der vorhandenen Geschoßanzahl ist, sondern daß durch die Gestaltung des Neubaus, durch die Ausnutzung der gegebenen topographischen Situation und durch die Berücksichtigung gegebenenfalls veränderter Raumproportionen eine höhere und damit ökonomisch vertretbare durchschnittliche Geschoßanzahl erreicht werden kann, ohne dadurch die Stadtgestalt gravierend beeinflussen zu müssen.

Die Erkenntnis ist deshalb von Bedeutung, weil — wie die ökonomische Auswertung zeigt — das Verringern der Geschoßanzahl der Neubebauung in Altstädten gegenüber den Neubauwohngebieten am Stadtrand einen wesentlichen Anteil bei der Erhöhung der reinen Wohnungsbaukosten bildet. Jede gestalterische Maßnahme also, die dazu beiträgt, die durchschnittliche Geschoßanzahl so hoch wie möglich zu halten, ist ein wesentlicher Beitrag zur Gebäudeökonomie und übrigens auch zur Städtebauökonomie unter dem Gesichtspunkt einer hohen Einwohnerdichte.

Stadtgrundriß

Bei einem Anteil von Neubebauung, der wie in Greifswald den Erhaltungsanteil übersteigt, wird zwangsläufig eine vollständige Bewahrung der überlieferten Stadtgestalt nicht möglich sein, falls nicht eine für Ausnahmefälle vorbehaltene originalgetreue denkmalpflegerische Rekonstruktion vorgenommen wird.

So wird also immer eine Beeinflussung der Stadtgestalt eintreten, die sich als mehr oder weniger wirksame Veränderung gegenüber dem historischen Zustand darstellt. Das ist ein Prozeß, der durchaus der geschichtlichen Kontinuität der Stadtentwicklung entspricht.

Sicherlich nahm im Interesse der Durchsetzung des Neuen in den 60er Jahren der Neubau von Stadtgebieten breiten Raum in der Architekturdiskussion und -auffassung ein. Heute gerät die gleichermaßen wichtige Besinnung auf die Nutzung und Weiterentwicklung der in den Städten vorhandenen Werte manchmal in die Nähe einer Überschätzung der überlieferten stadtgestalterischen Qualitäten im Vergleich zum manchmal noch unvollkommen Neuen. Die Furcht vor dem Neuen kann jedoch nicht Motivation für die Erhaltung der Stadtgestalt sein.

Jede neue Gesellschaft hat in der Vergangenheit nach ihren gesellschaftlichen Verhältnissen und Wertvorstellungen die Stadt verändernd beeinflußt. Um wieviel mehr wird es die sozialistische Gesellschaft tun, — was ja auch bereits deutlich sichtbar ist — da hier nicht nur eine Klassengesellschaft die andere ablöst, sondern eine grundlegende Veränderung in der Menschheitsgeschichte erfolgt. Daß diese gesellschaftliche Veränderung zusammenfällt und einhergeht mit einer noch nie dagewesenen Revolutionierung der Produktivkräfte, ist nicht nur eine logische Konsequenz und zugleich Bedingung, sondern sie stellt Anforderungen an den Stadtorganismus, die weder was die Wohnbedingungen, geschweige denn die verkehrs- und stadttechnischen Bedingungen betrifft, jemals im Laufe der Stadtentwicklung berücksichtigt wurden und werden konnten. Mögen begrenzte Teilabschnitte einer Stadt durch die Potenzen im Umfeld unter den überlieferten Bedingungen funktionsfähig bleiben können, für ein größeres Areal jedoch werden Veränderungen unumgänglich sein.

Diese Veränderungen, so lehrt nicht nur die Erfahrung in Greifswald, zeigen sich — bezogen auf die Auswirkungen im Stadtbild — vorrangig als eine allgemeine Tendenz zur Disziplinierung der Formenvielfalt. Ist das in Greifswald bei den Bebauungshöhen schon spürbar durch eine Vereinheitlichung der Geschoßanzahl, verbunden mit dem Verzicht auf die ganz niedrigen Häuser und die differenzierte Bebauung in den Quartierhöfen, so ist es beim Stadtgrundriß der Verlust einer parallel zum Ryckfluß verlaufenden Straße als baulich gefaßter Straßenraum, bedingt durch die das Stadtzentrum tangierende Umgehungsstraße, Autoabstellflächen und den Lärm abmindernde Bebauungsabstände. Aber die Berücksichtigung dieser Anforderungen ist es zugleich, die im Bebauungsgebiet stadtgestalterhaltende Maßnahmen fördert und zugleich einen erheblichen Qualitätsgewinn bei den Wohnbedingungen bedeutet. Heute sind in diesem Gebiet die Wohnungen modern ausgestattet und weitaus besser belichtet und besonnt. Es sind erweiterte, gut ausgestattete Freiflächen für Spiel, Sport und Erholung geschaffen worden. Außerdem entstand ein verkehrsfreier Fußgängerbereich.

Damit die erwähnte Tendenz der Vereinfachung der Formen nicht zu weniger Gestaltqualitäten, sondern zu einer neuen Qualität führt, ist ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen für die Wirkung des Neuen in Begegnung mit dem Alten erforderlich — vor allem aber ein bewußtes Erkennen dieses Problems als Voraussetzung für seine Beherrschung.

Nicht ohne Grund konnte sich über Jahrhunderte hinweg der Stadtgrundriß in seinen Grundzügen im Stadtkern von Greifswald erhalten. Ausgehend von einer Hauptachse führen die Straßen hinunter zum Fluß und damit zum Hafen und Nebenachsen verbinden parallel zur Hauptachse Platzräume. Das ist ein logisches Grundrißschema. Es konnte daher an der prinzipiellen Weiterführung dieses Gedankens keinen Zweifel geben (Bild 18).

Die Darstellung des Bestandes an Bausubstanz und seine Überlagerung durch den Neubauanteil zeigt deutlich, wie relativ deckungsgleich es gelang, den Stadtgrundriß nicht nur beizubehalten, sondern auch den ursprünglichen Straßenfluchten zu entsprechen. Eine auffällige Änderung vollzieht sich



17

Im Bereich einer Nebenachse (Loeffler-Straße), die aus Gründen der Aufnahme eines höheren Anteils von Straßenverkehr und aus Besonnungsgründen eine Aufweitung erfahren mußte.

Die besondere Aufmerksamkeit, die auch auf Grund von Hinweisen aus der Stadtbildanalyse der Beibehaltung der inneren Aufweitung (Bilder 19 und 20) der Straßenräume geschenkt wurde, erweist sich als wirksames Gestaltungsmittel, das eine Besonderheit der räumlichen Gestaltung in Greifswald aufnimmt.

Bebauungsstruktur

Die Anordnung und Einfügung der Neubebauung entlang der Baufluchten der ehemaligen Bebauung ergibt zwangsläufig eine Wiederherstellung der Quartiersstruktur.

Es erweist sich in der inzwischen gebauten Realität, daß der Verzicht auf gröbere Vor- oder Rücksprünge in den Bebauungsfronten oder auf eine Aufweitung der Kreuzungen durch Zurückstaffeln der Bebauung — Vorschläge, die in einigen Wettbewerbsbeiträgen noch vertreten waren — den städtebaulichen Gesamteindruck positiv beeinflussen.

Es ist übrigens häufig bei Entwürfen von Neubebauungen zu verfolgen, daß die Furcht vor einer möglicherweise eintönigen Straßenfront dazu verführt, mit Gebäudeversätzen Abwechslung zu erzeugen. Sicherlich ein legitimes Mittel, jedoch zeigt das Studium von überlieferten Bebauungen, daß eine abwechslungsreiche Fassadengestaltung im Verein mit Höhenversprüngen durchaus eine gerade Bebauungsfront lebendig machen kann. Den gleichen Nachweis tritt die Neubebauung in Greifswald an.

Voraussetzung für die prinzipielle Weiterführung der Baufluchten ist das entwickelte Erzeugnissortiment, dessen wesentliche Komponenten — angepaßte Gebäudelängen durch Bausteinprojektierung, Höhendifferenzierung durch unterschiedliche Geschoßanzahl, Ausbildung geschlossener Ecken, dreigeschossige Wohnungen für ungünstige Besonnungsverhältnisse — ein Eingehen auf die vorhandene Situation ermöglichen.

Da der Begriff der Struktur der Bebauung auch ihre Nutzung beinhaltet, sind die Verbesserung und der Wandel der Nutzung von wesentlicher Bedeutung für den Erlebniswert, aber auch für das Erscheinungsbild.

Aus dem schon erwähnten Plan der Überlagerung von Bestand und Planung (Bild 18) ist neben der weitgehenden Einhaltung der ehemaligen Quartierrandbebauung auch der Grad des Gewinns an Freiflächen im Quartierinneren ersichtlich. Damit werden die ursprünglich zu gering bemessenen Freiflächen für die Anwohner — vor allem aber die Freiflächen für die im Gebiet verbliebenen gesellschaftlichen Einrichtungen (Spiel- und Anlieferungsflächen) — garantiert. Waren zuvor die Quartierhöfe durch Überbauungen in kleinere Höfe unterteilt und diese nur durch die Vorderhäuser hindurch erreichbar und somit der Öffentlichkeit nur sehr begrenzt zugänglich, so wandelt sich diese Polarisierung von öffentlichem Straßenraum und privatem Hofraum zu einem fließenden Übergang.

In dem Bemühen, die zum Ryckfluß führenden Straßen kommunikativ aufzuwerten und aus dem Dasein von fast reinen Wohnstraßen herauszuführen, sind gesellschaftliche Einrichtungen teilweise als eigenständige Gebäude, teilweise den Wohngebäuden unterlagert, durchgängiger als vor den Baumaßnahmen im Gebiet eingeordnet.

Hinzu kommt, daß durch eine Veränderung des Bedeutungsgehaltes der Einrichtungen — Hinwendung zu publikumsintensiven kulturellen Einrichtungen (z. B. Bibliothek) — mit einer erweiterten Kommunikation zu rechnen ist.

Die Probleme bei der Festlegung bestimmter und auch beschränkter Nutzung in den Erdgeschossen der Neubauten und die erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen für Lüftungsanlagen erhärten die Forderung nach Erdgeschoßlösungen im Plattenbau, die eine größere Geschoßhöhe als 2,80 m im Erdgeschoß erlauben und damit die Palette der gesellschaftlichen Einrichtungen erweitern.

Durch Umwandlung der Knopfstraße in einen Fußgängerbereich wird die Zugänglichkeit der meisten Einrichtungen attraktiv gemacht (Bild 21).

Durchfahrten in der Quartierrandbebauung beziehen ebenso wie öffentliche Durchgänge die Quartierinnenhöfe in die öffentlichen Straßenräume mit ein. So entsteht ein neues Verhältnis zwischen Straßenraum und Quartierhof, das auch in einer entsprechenden Gestaltung der Höfe Ausdruck finden mußte, sowohl in der Gestaltung als auch in der Wahrung der halböffentlichen Sphäre eines Wohnhofes trotz der Öffnung zur Öffentlichkeit.

Es zeigte sich, daß die vorhandene Substanz mit ihren in den Hof ragenden Bauteilen oder Neubauten einen willkommenen Anlaß bieten, die Quartierhöfe räumlich zu gliedern und abgeschirmte Bereiche zu entwickeln (Bild 22).

Ein wünschenswerter und in Entwürfen bis zur teilweisen Überbauung der Innenhöfe mit Einfamilienhäusern getriebener höherer Grad der Nutzung des Hofraumes durch von den Mietern privat genutzte und gepflegte Flächen in Form von Mietergärten oder Freiterrassen vor den Erdgeschossen wurde hier noch nicht realisiert.

An den dreigeschossigen Wohnungen wird das als künftige Möglichkeit sichtbar. Diese Wohnungen, die den Bedingungen eines Einfamilienhauses entsprechen, entbehren dieses Eindrucks im angrenzenden Freiraum. Eine direkt zugängliche Wohnterrasse von etwa 30 m², die mit wenig Aufwand von dem übrigen Freiraum abgegrenzt sein könnte, würde die Qualität und Nutzungsmöglichkeit dieser Wohnungen weiter erhöhen. Eine Demonstration dieser oder ähnlicher Situationen wäre wichtig im Hinblick auf noch zu wenig erschlossene Möglichkeiten, mit dem Eigenheimbau auch die Erneuerung der Stadtkerne besonders von Kleinstädten zu unterstützen.

Unter der veränderten Sicht der funktionellen Qualität des Quartierinnenraumes gewinnt auch die Raumbegrenzung eine andere Bedeutung.

Die Abmessungen der neuen Baukörper, die Vermeidung allzuvieler überbauter Durchfahrten und Gründungs- und Sicherungsprobleme beim Anschluß von Neubebauung an vorhandene Substanz führten vereinzelt zu mehrere Meter breiten Lücken in der Quartierrandbebauung bei der Begegnung von vorhandener und neuer Bebauung. Bei Modellversuchen und mehr noch in der gebauten Realität zeigte sich, daß diese Lücken der Geschlossenheit des Straßenraumes und der des Innenraumes kaum



18

Abbruch tun, weder von der Gestalt noch von der funktionellen Situation her.

Ein zusätzlicher Effekt entsteht dadurch, daß die baulichen Dominanten als Orientierungshilfen dadurch häufig ins Blickfeld geraten.

Es muß weiteren Entwicklungen und Versuchen vorbehalten bleiben, schmale Lücken zwischen zwei Gebäuden gestalterisch so aufzuwerten, daß sie selbstverständlich und nicht als Notbehelf wirken. Grundsätzlich kann diese Erfahrung jedoch bedeuten, daß ein ständiger Zwang nach genauer Anpassung der Gebäudelängen nicht so häufig erforderlich sein muß wie bisher angenommen. Das ergibt Erleichterungen für das Gebäudesortiment und für die Gründungsarbeiten.

Die bereits erwähnten Eigenschaften des entwickelten Wohnungsbausortiments sind die notwendige Voraussetzung für das Eingehen auf die vorhandene Situation mit ihren unterschiedlichen Bedingungen in bezug auf die Gebäudegrößen und Gebäudegestaltung. Das differenzierteste Gebäudesortiment ist jedoch nur begrenzt anwendbar, wenn nicht eine Projektierungstechnologie angewandt wird, die wie in Greifswald, gestützt auf die Datenverarbeitung, eine gezielte und im Prozeß der Projektierung austauschbare und damit präzisierende Anwendung der verschiedenen Gebäudekategorien an der gewünschten Stelle gestattet.

Straßenraumprofil

Schon die ersten Stadtbilduntersuchungen wiesen darauf hin, daß für eine Annäherung an den gewohnten Gestalteindruck der Straßenräume der Aufnahme des Straßenraumprofils übergeordnete Bedeutung zugemessen werden muß.

Es ging also um die Frage, wie mit entsprechend gestalteten Baukörpern der Zusammenhang zwischen Straßenbreite und erlebbarer Gebäudehöhe und die Öffnung des Raumprofils nach oben durch die schrägliegenden Dachflächen mit neuen Gebäuden aufgenommen werden konnte.

Wie unterschiedlich die Auffassungen über eine mehr direkte oder mehr freie Übersetzung des vorhandenen räumlichen Eindrucks waren, bis sich eine Lösung herauskristallisierte, zeigen die verschiedenen Varianten aus dem schon erwähnten Architekturwettbewerb und die Annäherung an die jetzige Lösung im Verlauf nachfolgender Untersuchungen (Bild 23).

Das gebaute Ergebnis demonstriert die Weiterführung des historisch entwickelten Straßenraumprofils. Sowohl die geringen Straßenbreiten konnten durch differenzierte Anwendung der Besonnungsrichtwerte sowie durch besondere funktionelle Lösungen — wie mehrgeschossige Wohnungen — beibehalten werden als auch eine dem Steildach in bezug auf das Raumprofil adäquate Lösung gefunden werden. Die Lösung basiert auf einem auf der Straßenseite zurückgesetzten obersten Wohngeschoß, das neben der Raumprofilwirkung auch Besonnungsvorteile für gegenüberliegende Bebauungen bietet.

Diese Lösung stellt gegenüber dem bisher gewohnten oberen Gebäudeabschluß eine Neuerung im industriellen Wohnungsbau dar. Für die Bauwerksabdichtung — Terrassendichtung mit PVC-Folie, Außenwandschutz gegen Spritzwasser durch Zinkblechvorhang — ist ein erhöhter manueller Aufwand erforderlich. Eine konstruktiv-technologische Weiterentwicklung sollte im Laufe weiterer Anwendungsfälle erfolgen, um den verhältnismäßig hohen Aufwand zu senken. Das zurückgesetzte Dachgeschoß ist von so hoher gestalterischer Wirksamkeit und stadtökonomischer Effektivität, daß eine weitere Vervollkommnung auf jeden Fall gerechtfertigt ist.

Einige Gestaltungsprobleme sind noch in der Diskussion. Dazu gehören die Materialwahl für die schrägliegenden Brüstungen und Dachflächen, die Gestaltung der Drempelelemente und die Farbgestaltung des Dachgeschosses überhaupt, die eher zurückhaltend und artverwandt mit der vorhandenen Dachzone sein könnte.

Die wesentlichen Elemente der räumlichen Gestaltung sind aber erkennbar und als Tendenz verallgemeinbar. Sie gelten im übrigen im Selbstverständnis der Beteiligten als unverzichtbare Bestandteile der Gestaltung.

Da ist als eine wichtige Position die kräftige Betonung der Traufkante (Bild 24) über den „Vollgeschossen", sofern nicht im Interesse der Differenzierung der Straßenfront eine Art Giebelstellung der Segmente vorgesehen ist (Bild 25).

19



20



17
Bebauung der Friedrich-Loeffler-Straße

18
Überlagerung von Bestand und Planung

19
Wiederherstellung der Straßenraumaufweitung mit in traditioneller Bauweise original rekonstruierten Gebäuden (Straße der Freundschaft)

20
Wiederherstellung der Straßenraumaufweitung mit Wohnungsneubauten (Knopfstraße)



21



22

21
Differenzierung des Straßennetzes

22
Freiflächenplanung

23
Vorschläge zum Straßenraumprofil

24
Traufbalken als Element der oberen Raumbegrenzung

25
Zurückgesetztes oberstes Geschoß im Wechsel mit giebelartig gestaltetem Drempel

26 bis 28
Grundtypen der neuen Außenwandelemente

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Markierung der Traufkante im Verein mit dem zurückgesetzten Dachgeschoß ermöglicht, bei gleichem Raumeindruck ein voll funktionsfähiges Wohngeschoß mehr als bisher unterzubringen. Die ökonomischen Vorteile liegen sowohl bei dem geringeren Aufwand für das Gebäude als auch beim städtebaulichen Aufwand.

Das zurückgesetzte Dachgeschoß, ob nun mit schrägliegender Wandfläche oder durch Brüstungen und Terrassenseitenwände schrägliegend erscheinend, ist der entscheidende Faktor, um die räumliche Wirkung des Öffnens nach oben zu erzielen.

In Anlehnung an die historisch gewachsene Situation wurde dem Hinausführen von Treppenanlagen zur Erschließung des Gebäudes als Bestandteil des Raumprofils besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Fassadenstruktur

Auch die Ergebnisse des Architekturwettbewerbes unterstützten eine Auffassung, die auf eine direkte Übernahme historischer Stilmittel verzichtet und die mit der Plattenbauweise mögliche Gestaltungsmittel bewußt demonstriert.

Wenn es also nicht gewollt und auch nicht möglich war, mit der Plattenbauweise den historischen Fassadeneindruck wiederherzustellen, dann mußte das wesentliche Prinzip der Straßenfrontgliederung gefunden und in die Sprache der Fertigteilbauweise übersetzt werden.

Dieses Prinzip stellt sich in den historisch gewachsenen Straßenfronten als fortlaufende Bebauung von Einzelgrundstücken mit Einzelhäusern dar. Die Einzelgebäude sind in bezug auf ihre Fassadenstruktur nicht vordergründig horizontal oder vertikal gerichtet.

Die Markierung des einzelnen Gebäudes ergibt sich primär aus dem Wechsel von Trauf- und Giebelstellung und aus der unterschiedlichen Höhe des Gebäudeabschlusses — bezogen vorrangig auf die Traufkante —, bedingt durch eine verschiedene Geschoßanzahl und das Verfolgen der Geländeneigung. Sekundär sind die Einzelhäuser markiert durch die Unterschiede in der Fassadengliederung.

Studien und Wettbewerbsergebnisse zeigen verschiedene Auffassungen der Weiterführung des vorhandenen Erscheinungsbildes der Straßenraumfronten. Unter dem Eindruck der Varianten aus dem Architekturwettbewerb herrschte anfangs eine Auffassung vor, die die geschlossene Quartierrandzeile durch eine differenzierte Gestaltung abwechslungsreich zu gestalten versuchte, meist unter dem Zeichen einer Primärgliederung in horizontaler oder vertikaler Richtung. Es wurden entweder die Brüstungsebenen betont und zugleich unterbrochen oder die vertikalen Fassadenelemente wie Treppenhäuser oder Fassadenvor- und -rücksprünge betont.

Eine Hinwendung zu einer später dann bei der Projektbearbeitung vertretenen Tendenz erfolgte durch Studien des Projektanten und des Instituts für Städtebau und Architektur, in denen in Anlehnung an die neutrale — nicht richtungsbetonte — Struktur der überlieferten Fassadengliederung der Wechsel von verschiedenen Fassadenstrukturen kleinerer Gebäudeabschnitte markiert.

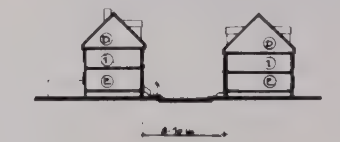
Dieser Gedanke erwies sich für die weitere Arbeit als tragfähig und wurde in Übereinstimmung mit der neu entwickelten Projektierungsmethode weiterentwickelt, bereichert und zur Anwendungsreife geführt. Das einzelne Segment oder auch mehrere werden nun — ähnlich wie vorher das Einzelhaus — zum gliedernden Element.

Zwar werden durch den Wechsel von Trauf- und Giebelstellung und durch unterschiedliche Gebäudehöhen die primären Merkmale der überlieferten Gliederung fortgeführt, jedoch aus den Bedingungen der industrialisierten Bauweise heraus sparsamer.

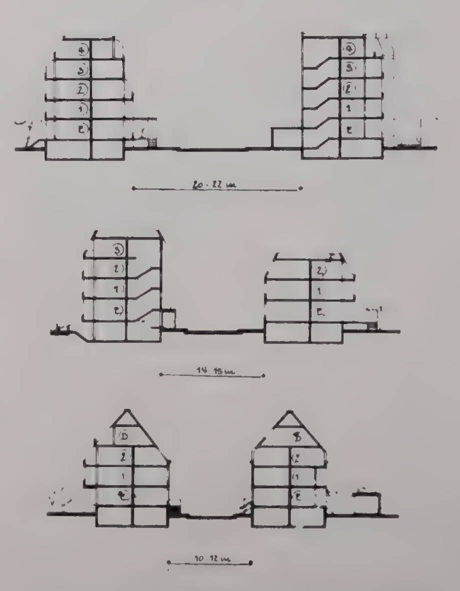
In freier Übersetzung zur überlieferten Gestaltung gewinnt nun das sekundäre Gliederungselement, die Fassadenstruktur des Einzelgebäudes, jetzt vertreten durch das Einzelsegment, eine gewichti-

23

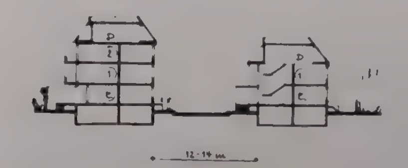
vorhandene bebauung



auswertung wettbewerb



vorschlag für neubebauung





24



25

gere Rolle und wird zu einem primären Element erhoben — eigentlich in dem Maße, wie die Rolle der ständig wechselnden Traufkantenhöhe und der differenzierten Dachausbildung abgenommen hat.

Erreicht wird der differenzierte Eindruck der Fassadengliederung durch drei gestalterisch unterschiedliche Arten von Außenwandelementen, die dank einem durchgehenden 3,60-m-Rasters gleiche Grundabmessungen besitzen (Bilder 26 bis 28)

- das Rahmenelement, das sich in seinem Richtungsbezug neutral verhält, mit einem asymmetrisch angeordneten französischen Fenster
- das mit betonter Brüstung und breitgelagertem Fenster horizontal wirkende Element
- das durch erhabene Sturz- und Brüstungsflächen bzw. durch ein stehendes Fenster vertikal orientierte Element.

Die Profilierung der Wandelemente und ihre Materialgebung unterstützen einerseits ihre Unterschiedlichkeit und andererseits das Zurückdrängen des Fugenrasters, weil gestalterisch hervorgehobene Flächen des Einzelelements mit denen der benachbarten Elemente Beziehungen aufnehmen. Fassadenelemente aus der laufenden Serie ohne Profilierung der Oberfläche ergänzen die Palette der Gestaltungsmittel.

Die erreichten Ergebnisse der Fassadengestaltung und die Auswertung der Realisierungsbedingungen zeigen,

- daß das gewählte Prinzip einer innerhalb zusammenhängender Häuserzeilen differenzierten Gestaltung kleinerer Gebäudeabschnitte unter Bezug auf die jeweilige spezifische örtliche Situation ausbaufähig ist und noch nicht die Schwelle der Möglichkeiten der Plattenbauweise erreicht hat, zumal sich das notwendige Elementesortiment in Grenzen hält
- daß zu einem der entscheidendsten Faktoren die Abkehr von der Blockprojektierung und die Hinwendung zu einer erweiterten Form der Segmentprojektierung (wie sie sich in der Greifswalder Lösung mit den zu verschiedenartigen Segmenten zusammensetzbaren Bausteinen „Wohnung" repräsentiert) wird, die nur dann eine noch standortbezogenere Baukörper- und Fassadengestaltung zuläßt, wenn erscheinungswirksame Bauteile, wie Fassade oder Dachgeschoß, nicht an das jeweilige Segment gebundene Projektbestandteile, sondern austauschbare Projektteile für verschiedene Segmente sind
- daß die Verwendung originaler Elemente der historischen Gebäudegestaltung viel dazu beiträgt, das Zusammenwirken von vorhandener und neuer Bebauung harmonisch zu gestalten, wie der Einbau alter Haustüren in neue Gebäude demonstriert. Es ist in den Augen der Bevölkerung ein wichtiger Beitrag dazu, die erneuerte Umgebung vertraut zu machen (Bild 29).

Die im Greifswalder Beispiel beschriebene Fassadenstruktur mit ihrem Wechsel unterschiedlicher Ausdrucksmittel steht in der Regel in Übereinstimmung mit der funktionellen Organisation im Gebäude, d. h. Deckungsgleichheit von Fassadenabschnitten mit dem Segment, also einer Erschließungseinheit. Diese Auffassung wurde durch Höhenversätze als Auswirkung auf das Eingehen auf Geländebewegungen und durch Anwendung geringer Segmentbreiten (10 800 mm) unterstützt oder auch notwendig. Denkbar ist auch und in höherem Maße anpaßbar an bestimmte städtebauliche Situation eine generelle Rhythmisierung der Fassadenabwicklung ohne Bindung an die Segmentgrenzen (wie es in Teilbereichen in Greifswald realisiert wurde), d. h. Gestaltvorstellungen könnten relativ unabhängig von funktionellen Bindungen umgesetzt werden. Das kann dann erforderlich werden, wenn sich das Segment in bestimmten Fällen als zu große Einheit erweisen sollte. Ist bei der Betonung des Segments statt des ehemaligen privaten Einzelhauses auf Grundstückseigentum die funktionelle Einheit innerhalb einer fortlaufenden Bebauung Motivation für die Gliederungsabsicht, so müßte eine von funktionellen Bindungen freie Gliederung der Fassadenfront ihre Motivation aus städtebaulichen Gestaltungsvorstellungen beziehen.

Von seiten der Denkmalpflege wird das harmonische Zusammenspiel zwischen dem Erscheinungsbild der überlieferten Bebauung und der durchaus modernen Gestaltung der Neubebauung hervorgehoben und dabei darauf hingewiesen, daß die angewandten tektonischen Mittel (z. B. die Profilierung der Wandflächen) von so starker Ausdruckskraft sind, daß die Farbgestaltung insgesamt zurückhaltender sein kann. Eine Auffassung, die sich auch bei dem Gestalterkollektiv entwickelt hat und bereits Berücksichtigung findet.

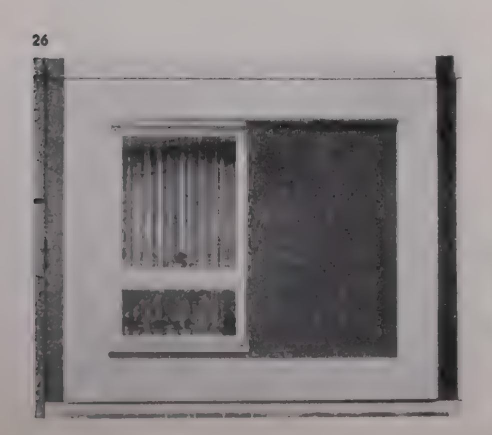
Erfahrungen und Verallgemeinerungen

Grundsätze zur Stadtgestaltung

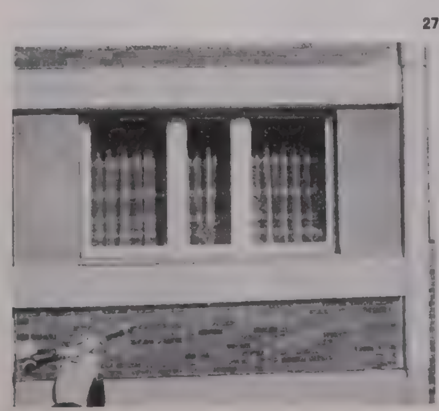
Wenn sich nach zweijähriger Bautätigkeit heute das betreffende Gebiet als eine dem historischen Vorbild verpflichtete Rekonstruktionsmaßnahme darstellt, die trotz eines erheblichen Anteils von Neubauten wesentliche Elemente der historisch überlieferten Bebauungs- und Raumstruktur bewahrt, dann sind es folgende sechs, die Qualität der Stadtgestalt beeinflussende Mittel, die das erreichte Ergebnis bestimmen:

1. Annäherung an den historisch überlieferten Maßstab der Bebauung im Verhältnis zu baukörperlichen Höhendominanten durch differenzierte Anwendung der — einschließlich bewohntem Dachgeschoß — drei- bis fünfgeschossigen Neubebauung.
2. Beibehaltung des Verlaufes der sich rechtwinklig kreuzenden Straßenzüge durch weitgehende Anordnung der Neubebauung entlang der historischen Straßenfluchten.
3. Wiederherstellung der Quartierstruktur unter Beibehaltung und Weiterentwicklung der Erlebnisdifferenzierung zwischen Straßenraum und Quartierhof durch eine geschlossen wirkende Vervollständigung der Quartierrandbebauung mit Neubauten und eine partielle Mischung von Wohn- und gesellschaftlichen Funktionen innerhalb der Bebauung.
4. Fortführung des mit der verbliebenen Bausubstanz gebildeten Straßenraumes durch Angleichung der Gebäudeabstände und -gestalt der Neubebauung an das vorhandene Straßenraumprofil.
5. Beibehaltung des durch die Reihung von unterschiedlich gestalteten Einzelhäusern bestimmten abwechslungsreichen Erscheinungsbildes der Bebauungsfronten bei Nutzung der Gestaltungsmöglichkeiten der Plattenbauweise für die Ablesbarkeit

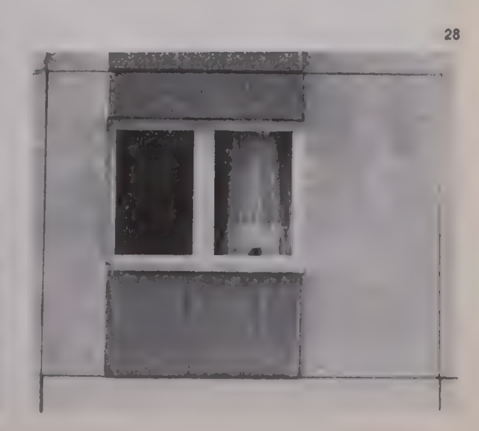
26



27



28



[illegible] Einzelgebäudes innerhalb einer fortlaufenden Neubebauung.

[illegible] Unterstützung eines einheitlichen Gestaltungseindrucks von alter und neuer Bebauung durch eine komplexe Umweltgestaltung, die in Materialwahl und Detailausbildung stadttypische Merkmale verarbeitet.

Diese aus dem mehrjährigen Prozeß der Entscheidungsfindung und aus den mit fortschreitender Realisierung erkennbaren Ergebnissen herausgefilterten stadtgestalterischen Mittel sind das eigentliche Programm der Stadtgestaltung für das realisierte Umgestaltungsvorhaben.

Erkenntnisse zur Erzeugnisentwicklung

Die Realisierung eines solchen stadtgestalterischen Programms war in hohem Maße abhängig von den Erzeugnissen der Plattenbauweise. Es hat sich gezeigt — und das bestätigen die Ergebnisse von Beratungen, die Auswertung von Besucher- und Bewohnermeinungen — daß die gefundenen Prinzipien für die Form und Gestaltung des Wohnungsneubaus der Bauaufgabe entsprechen.

Diese Prinzipien sind in den vorangegangenen Abschnitten hinlänglich beschrieben.

In Auswertung der gemachten Erfahrungen werden einige allgemeine Erkenntnisse dargestellt, Erkenntnisse, die auf andere Situationen übertragbar sind.

1. Mit Blick auf die sehr häufig aus dem Mittelalter stammenden Stadtkerne der Mittelstädte kann — übrigens nicht zum ersten Male — festgestellt werden, daß je höher der Grad der Angleichung der eventuell erforderlichen Neubebauung innerhalb gewachsener städtebaulicher Strukturen an die vorhandene städtebauliche Grundrißordnung und Gebäudegestalt ist, um so höher ist der Aufwand.

Die Begründung ergibt sich daraus, daß ein höherer Grad der Angleichung eine Verschärfung der Konfrontation der industriellen Produktionsmethoden mit den unter den Bedingungen vergangener Produktionsweisen errichteten baulichen Strukturen bedeutet. Diese Konfrontation wird zum Konflikt, wenn der Grad der Angleichungsabsicht zu einer Verstümmelung des industriellen Produktionsprozesses führt.

Es müssen also von Anfang an die Konsequenzen gesehen werden, die für die Erzeugnisentwicklung und -anwendung aus stadtgestalterischen Absichten entstehen.

So ist z. B. eine Analyse der Stadtgestalt nur dann für die weitere Bearbeitung von praktischem Nutzen, wenn sie einhergeht mit der Bestimmung des Grades der Beeinflussung der historisch überlieferten Stadtgestalt. Eine solche Bestimmung muß dem Wert der vorgefundenen Stadtgestalt angemessen sein — eben weil der Aufwand hoch ist. Diese Beeinflussung kann von der Bewahrung über die Weiterentwicklung bis zur Neubildung des Stadtbildes in verschiedenen Varianten reichen.

Hier sollte auch bewußt von Beeinflussung gesprochen werden, denn der Begriff der Angleichung bringt nur eine Seite des Problems zum Ausdruck und weist außerdem nicht auf die aktive Rolle der Umgestaltung hin.

Greifswalds Stadtkern zählt sicherlich zu jenen städtebaulichen Ensembles, die einen relativ hohen Grad der Verpflichtung gegenüber dem Ererbten verlangen. So gesehen sind die Aufwendungen, die dort gemacht wurden und werden, nicht auf jede andere Mittelstadt übertragbar.

2. Es war schon davon die Rede und besonders deutlich an der Gestaltung der Bebauungsfronten erkennbar, daß es im Regelfall nicht Zielstellung für die Gestaltung des Ersatzneubaus sein kann, historische Stilelemente direkt zu übernehmen.

Mit der Gestaltung des Neuen, das sich früher oder später zum Dominierenden entwickeln wird, können wir maßstäblich zum Bestehenden in Beziehung treten. Die Mittel jedoch, mit denen wir diese Maßstäblichkeit im Regelfall erzielen, müssen den neuen gesellschaftlichen Bedingungen entsprechen. Die Tatsache, daß das Bauen industrialisiert ist, gehört ebenso und unbedingt dazu, wie der Grundsatz, alle Prozesse mit dem geringsten Aufwand bei höchstem Nutzen zu vollziehen.

Das wiederum bedeutet, nicht in erster Linie formale Elemente der zu berücksichtigenden Stadtgestalt zu analysieren und zu übernehmen, sondern nach Möglichkeiten zu suchen, das Wesen der Stadtgestalt in die moderne Sprache der industriellen Bauweisen zu übersetzen.

3. Eine Modifizierung der ursprünglich für das Bauen am Stadtrand konzipierten Technologien und Typenreihen auf den Anwendungsfall des innerstädtischen Bauens kann nicht gegen, sondern nur mit dem jeweiligen Wohnungsbaukombinat durchgesetzt werden. Das betrifft gleichermaßen die Bauausführung wie die Projektierung.

Unter der Voraussetzung einer zweckgerichteten Weiterentwicklung der Projektierungsmethode der Vorfertigungs-, Transport- und Montagetechnologie und der Grundriß- und Gebäudegestaltung ist die Plattenbauweise auf der Grundlage der WBS 70 AR für innerstädtische Bauaufgaben mit teilweise stadtstrukturerhaltendem Charakter grundsätzlich geeignet. Das Greifswalder Experiment beweist, daß mit etwa 70% gleichen oder gering veränderten Elementen aus der laufenden Serie und mit den vorhandenen Ausrüstungen die gegebene Produktionsbasis ausgenutzt werden kann unter den Bedingungen einer rechtwinklig angelegten Bebauungsstruktur, zusammenhängenden Bauabschnitten (möglichst 40 WE an einem Standort) und eines durchgängigen 3,60-m-Rasters.

Die projektmäßige Aufbereitung der Bebauung als Addition von kleineren Bauabschnitten im Sinne einer datengestützten Segmentprojektierung erweist sich als unerläßliche Voraussetzung für die Einordnung des Plattenbaus in vorgegebene Bauräume und als rationelles Verfahren zur Bewältigung differenzierter Anforderungen an Bebauungsform und Erscheinungsbild.

4. Als entscheidende Faktoren bei der Weiterentwicklung der Gebäude in Plattenbauweise für die Aufgaben in Altstadtbereichen haben sich höhenmäßige Angleichung an den Höhenmaßstab der vorhandenen Bebauung und die grundrißliche Einpassungsmöglichkeit in die überlieferte Bebauungsstruktur herausgestellt. Beide Faktoren ermöglichen neben gestalterischen Effekten auch wesentliche ökonomische Effekte. Während bei der Höhenangleichung alle nur möglichen Gestaltungsmittel genutzt werden müssen, um für den Neubau eine rationelle Geschoßanzahl zu sichern — im Interesse niedriger Baukosten und hoher Einwohnerdichte —, unterstützt eine weitgehende Ergänzung der überlieferten Bebauungsstruktur zumeist das Erreichen einer hohen Einwohnerdichte und damit Auslastung des wertvollen innerstädtischen Baulandes und der vorhandenen Anlagen der stadttechnischen Versorgung.

5. Was die Gestaltung der Ersatzneubauten betrifft, so kann festgestellt werden, daß das von den Neubauten am Rande der Stadt so unterschiedlich wirkende Erscheinungsbild nicht die Grenzen der Plattenbauweise aufgezeigt hat, sondern ihre Möglichkeiten und daß hier ein Anfang gemacht wurde. Grenzen sind im Detail aufgetaucht, so zum Beispiel bei der technologischen und konstruktiven Bewältigung des zurückgesetzten Dachgeschosses und auch bei der Profilierung der Außenwandoberflächen.

Sicherlich ist die durch die beschriebenen Maßnahmen erreichte Ablesbarkeit der Segmente im Sinne der Betonung des Haustyps ein wirksames Gestaltungsmittel — aber sicher auch nicht das einzige.

Wichtig ist vielleicht noch die Erkenntnis, daß die Fassadenstruktur — wenn sie durch eine Profilierung der Fassadenoberflächen eine zusätzliche Ebene erhält — die Plattenrasterung überspielen kann. Damit eröffnen sich eventuell Möglichkeiten, die vom Maßstab her gesehen großen Plattenabmessungen (2,80 m × 6,00 m) der neuen Generation von Plattenbauten auch in der auf Maßstabsbrüche empfindlich reagierenden kleinteiligen mittelalterlichen Bebauung einzusetzen. Ein Versuch, den es sich zu machen lohnte, der jedoch eine Reihe von Problemen aufwirft und daher mit gebotener Vorsicht betrachtet werden müßte. Die Gefahr des Abgleitens in eine Art kaschierende Dekoration der Fassaden ist hierbei latent.

6. Damit ist noch einmal die Frage nach den Grenzen der Plattenbauweise aufgeworfen. In Greifswald sind für den Einsatz der Plattenbauweise in einer Reihe von Punkten günstige Bedingungen gegeben. Dazu zählen auch das am Ort vorhandene Plattenwerk mit einer Ausrüstung für kurze Deckenspannweiten, die Rechtwinkligkeit der Bebauung, die nur geringen Höhenunterschiede des Baugeländes und relativ zusammenhängende Bauabschnitte für die Neubebauung.

Sind diese Bedingungen an anderer Stelle in Richtung auf eine kleinteiligere und außerrechtwinklige Bebauung mit vielleicht größeren Plattenabmessungen der Außenwandelemente erschwert, werden auch andere Bauweisen ins Gespräch kommen müssen.

29
Restaurierte alte Haustür in Hauseingangsplatte



Literatur

(1) Mohr, Frank; Zur Umgestaltung der Altstadtgebiete in Greifswald, S. 110, Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Band 12, Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar 1979

(2) Hugk, Ulrich; Stadtbildanalyse, Bauakademie der DDR, Experimentalwerkstatt, September 1975

(3) Gericke, Hans; Forschungsprojekt Greifswald — Schlußfolgerungen für die Planung und Umgestaltung von Mittelstädten in: Architektur 1973, Heft 11, S. 648—655

(4) Studie zur Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald, Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, November 1973

(5) VEB WBK Rostock, Dokumentation Wettbewerb Altstadt Greifswald, Ausschreibung, Ergebnisse, Auswertung (Broschüre) Rostock, September 1974

(6) Kraft, Joachim; Stadtrekonstruktion und Denkmalpflege. Zum Bestand und zur Erneuerung der Städte Wismar, Stralsund und Greifswald, Denkmale in Mecklenburg, Weimar 1976, S. 137—159

Zu einigen ökonomischen Überlegungen in Auswertung des Greifswalder Experiments

Oberingenieur Helga Hüller
Bezirksbauamt Rostock
Forschungsingenieur
Dipl.-Ing. Ök. Ulf Hahn
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Der ökonomischen Auswertung des Experimentes Greifswald liegt ein umfangreiches Kennziffernprogramm zugrunde. Einige allgemeine Erkenntnisse sollen daraus abgeleitet werden.

Im Experimentalgebiet wurden auf 2,9 ha Wohnbauland 358 Wohnungen neu errichtet bzw. modernisiert. Bei einer Raumbelegung von 1,1 Einwohner/Wohnraum entspricht das einer erreichten Einwohnerdichte von 351 Ew/ha. 0,6 ha dieser Fläche stehen für den ruhenden Verkehr und 0,5 ha für gesellschaftliche Einrichtungen mit Wohngebietsfunktion zur Verfügung. Die reine Wohndichte beträgt danach 566 Ew/ha. Diese Werte entsprechen einer Einsparung von 3,3 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auf unbebauten Standorten.

Vor der Umgestaltung wies das Gebiet eine durchschnittliche Bebauungshöhe von 2,1 Geschossen auf. Unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer und städtebaulicher Gesichtspunkte wurde in der Neubebauung ein Durchschnitt von 3,7 Geschossen erreicht.

Für Wohnzwecke ungeeigneter Bestand wurde zur Erweiterung von Handels-, Kultur- und anderen Versorgungseinrichtungen herangezogen. Insgesamt werden diesen Bereichen nach beendeter Rekonstruktion 2430 m² Verkaufsraum- bzw. andere Nutzflächen zur Verfügung stehen.

Die mit der Investitionsvorentscheidung 1976 bereitgestellten materiellen und finanziellen Kennziffern wurden nicht überschritten. Die Struktur der finanziellen Kennziffern unterscheidet sich vom üblichen Wohnungsbau durch einen relativ hohen Anteil von Haushaltsmitteln, der bedingt durch die Lage im Zentrum und den Anteil der Rekonstruktion für Objekte des Gesellschaftsbaus der nichtmateriellen Bereiche bestimmt wird.

Der volkswirtschaftliche Gesamtaufwand liegt im Vergleich zum Aufwand von Neubaugebieten 20 Prozent unter den Planungswerten begutachteter Bebauungskonzeptionen der DDR.

Entscheidende Faktoren sind hierbei die wesentlich geringeren Aufwendungen für Maßnahmen der Primärerschließung, die Nichtinanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen und das nicht benötigte Transportaufkommen im örtlichen Personennahverkehr.

Erhebliche Anforderungen sind durch die Kennziffer „Komplex-WE" abzudecken. Ihre innere Struktur verändert sich. Durch den hohen Anteil an notwendigen Vorleistungen – die standortbezogen variieren können – erweist sich in diesem Fall die normative Kennziffer „Sonstiges" als nicht ausreichend. Im Experiment wird dieser Aufwand besonders durch die Maßnahmen zum Erwerb, der Entschädigung, der Verlagerung und des Abbruchs belastet.

Es sind u. E. Überlegungen zur Zuordnung der Aufwendungen für den Erwerb, teilweise die Entschädigungen und den Abbruch anzustellen, da diese Aufwendungen nicht unbedingt unter den Begriff „vorlaufende Investitionen" nach dem Verursacherprinzip eingeordnet werden können.

Beim Abbruch handelt es sich in der Regel um Bausubstanz, die physisch und moralisch restlos verschlissen ist und die im Interesse der Wahrung von Ordnung und Sicherheit in den Städten ohnehin beseitigt werden muß. Daraus ergibt sich die Folgerung, die Erstattung dieser Aufwendungen nach dem Eigentümerprinzip bzw. über den sogenannten „Enttrümmerungsfonds" zu regulieren. Bei einer solchen Verfahrensweise kann die Kennziffer „Komplex-WE" entlastet werden.

Eine weitere Position „Tiefenenttrümmerung einschließlich der Einbringung von Ersatzbaugrund" erscheint mit etwa 10 Prozent des Aufwandes für die reine WE neu. Auch sie ist standortbezogen.

Der Aufwand für den reinen Wohnungsneubau ist entscheidend abhängig von der gewählten Wärmeversorgung, der Bebauungshöhe und den technisch-technologischen Bedingungen auf der Baustelle. Der Aufwand für die Fassadengestaltung ist unter Berücksichtigung der notwendigen Harmonie mit dem historischen Bestand mit 3 bis 4 Prozent im Verhältnis zu den o. g. Faktoren gering.

Im Experiment hatten die Mehraufwendungen der Gruppe Wärmeversorgung (einschienig mit NSH) einen Anteil von 21 Prozent am Aufwand für die reine WE. In diesem Zusammenhang soll darauf hingewiesen werden, daß alle, von der Fernwärmeversorgung abweichenden Heizungssysteme für den komplexen Wohnungsbau höhere Aufwendungen nach sich ziehen.

Die Anteile der Kennziffern Gesellschaftsbau und Sekundärerschließung reduzieren sich dagegen in Größenordnungen.

Beim Wohnungsbau in Stadtzentren übernehmen gesellschaftliche Einrichtungen des Zentrums auch Wohngebietsfunktionen, das betrifft besonders alle Einrichtungen der Kultur, des Gesundheitswesens, des Industriewarenhandels, der postalischen Versorgung, teilweise der örtlichen Versorgungswirtschaft u. a.

Innerhalb des geringen Anteils Sekundärerschließung spielt der Aufwand für Grün- und Außenanlagen eine besondere Rolle. Aufgrund der geringeren Freiraumteile erhöhen sich die Anforderungen an ihre Gestaltung.

Struktur der Kennziffer „Komplex-WE" im Vergleich:

Aufwandsart	Umgestaltung	Normativ Neubau
reine WE	58,8%	57,8%
anteiliger Gesellschaftsbau	5,6%	19,0%
Sek.-Erschließung	10,2%	19,0%
darunter Grün- u. Außenanlagen	4,7%	
Sonstiges	19,7%	4,3%
darunter Abbruch, Erwerb, Entschädigung, Verlagerungen	14,7%	
Tiefenenttrümmerung	5,7%	
Primärerschließung (100% = Durchschnitt des Bezirkes Rostock)	38%	100%

Aufwendungen zur Rekonstruktion finden z. Z. in Vergleichsrechnungen kein Äquivalent. Sie liegen bei Gebäuden der Bauzustandsstufe 3 WE-bezogen im allgemeinen etwas niedriger als die Aufwendungen für gleichgelagerte Neubauten. Rekonstruktionsmaßnahmen stellen jedoch außerordentlich hohe Anforderungen an den Einsatz gesellschaftlichen Arbeitsvermögens.

Daraus resultieren bei nicht ausreichend vorhandenen Kapazitäten überdurchschnittlich lange Bauzeiten. Der vorgesehene Anteil der Rekonstruktion im Experiment betrug für den Zeitraum bis 1980 26 Prozent. Er konnte nur mit 20 Prozent realisiert werden.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, daß aus der Sicht der gesamtvolkswirtschaftlichen Aufwendungen der Umgestaltungsaufwand – auch bei relativ hohen Anteilen von Wohnungsneubau – effektiv ist.

Das Experiment hat gleichzeitig bewiesen, daß durch weitere Rationalisierung des Erzeugnisses und der Technologie das Verhältnis von Aufwand und Nutzen noch günstiger gestaltet werden kann. Der gesellschaftliche Nutzen ist unbestritten.



1
Blick auf die Baustelle im Zentrum von Greifswald

Zur Technologie und Baudurchführung im Experiment Greifswald

Bauingenieur Reinhold Paetow
VEB Wohnungsbaukombinat Rostock
Dr.-Ing. Dieter Merz
Dipl.-Ing. Volker Matz
Bauakademie der DDR
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau



1

Standortbedingungen

Die Bebauung erfolgte als Ersatzneubau unter Einbeziehung verbleibender Altbausubstanz und Beibehaltung der Stadtstruktur. Zu beachten waren:

- bis 15 m breite, quartierförmig angeordnete und dem Hauptstraßennetz angeschlossene Straßen,
- begrenzte Flächenbereitstellung für die Baustelleneinrichtung, zeitbegrenzt durch die komplexe Baudurchführung von Tiefenenttrümmerung, Wohnungsneubau, Rekonstruktion und Modernisierung,
- Schwenkbereichsbegrenzungen für Hebezeuge,
- angrenzender Öffentlichkeitsbereich,
- Gewährleistung des Zubringer- und Fußgängerverkehrs für die verbliebene Bebauung.

Bei einem Geländegefälle von 2 bis 3 Prozent mußte die Montage parallel und quer zu den Höhenlinien durchgeführt werden.

Gründung

Ausgehend von den anstehenden Baugrundverhältnissen wurde eine Tiefenenttrümmerung mit anschließendem Baugrundersatz durchgeführt.

Die Ausbildung des Fundamentes erfolgte als Plattengründung mit vertikalen Sprüngen zur Überwindung der Höhendifferenzen. Im Quartier 6 wurde eine verstärkte Platte eingebaut, da die Kellermontage im Vorlauf von der Fundamentplatte mittels Mobildrehkran erfolgte. Diese Variante wurde auf Grund ihrer Nachteile (Ein- und Ausfahrten, erhöhter Materialeinsatz) nicht wieder angewendet, sie ist nur noch als Alternativlösung bei entsprechenden Standortbedingungen vorgesehen.

Der Betoneinbau erfolgte mittels Betonpumpe, die unter diesen Bedingungen die einzige effektive Lösung darstellt. Als ein wesentliches Problem hat sich die zeitliche Differenz zwischen Baugrundersatz und Betoneinbau herausgestellt. Um eine Erneuerung des Baugrundersatzes zu vermeiden, ist es erforderlich, entweder eine Sicherung des Baugrundersatzes vorzunehmen oder die Fundamentarbeiten sofort im Anschluß durchzuführen.

Baustelleneinrichtung

Während der Baudurchführung im Umgestaltungsgebiet 1 ergab sich die straßenseitige Montage als Vorzugsvariante. Als Kran kam der KB 401.A zum Einsatz, der bis an die Grenzen seiner technischen Parameter ausgenutzt wurde. Nur dadurch war es möglich, Straßenbreiten (Gebäudeabstände) von 8,60 m zu realisieren. Die Montagereihenfolge wurde so gewählt, daß eine Kranumsetzung per Gleis gewährleistet wurde. Der Elementetransport erfolgte mit Sattelauflieger, die entsprechend den Platzverhältnissen dezentral im Schwenkbereich des Kranes abgestellt werden. Bei erforderlichen Zwischenlagerungen wurde die Fundamentplatte in Stahlbeton (B 225) zur Nutzung herangezogen. Für die Bauarbeiterversorgung wurden am Rand des Baugebietes Möglichkeiten durch Nutzung vorhandener Bausubstanz geschaffen. Aufgrund der komplexen Betrachtung des Baugebietes war es möglich, das nutzbare Flächenangebot für die Baustelleneinrichtung der Montage ständig operativ zu gewährleisten bzw. zu vergrößern.

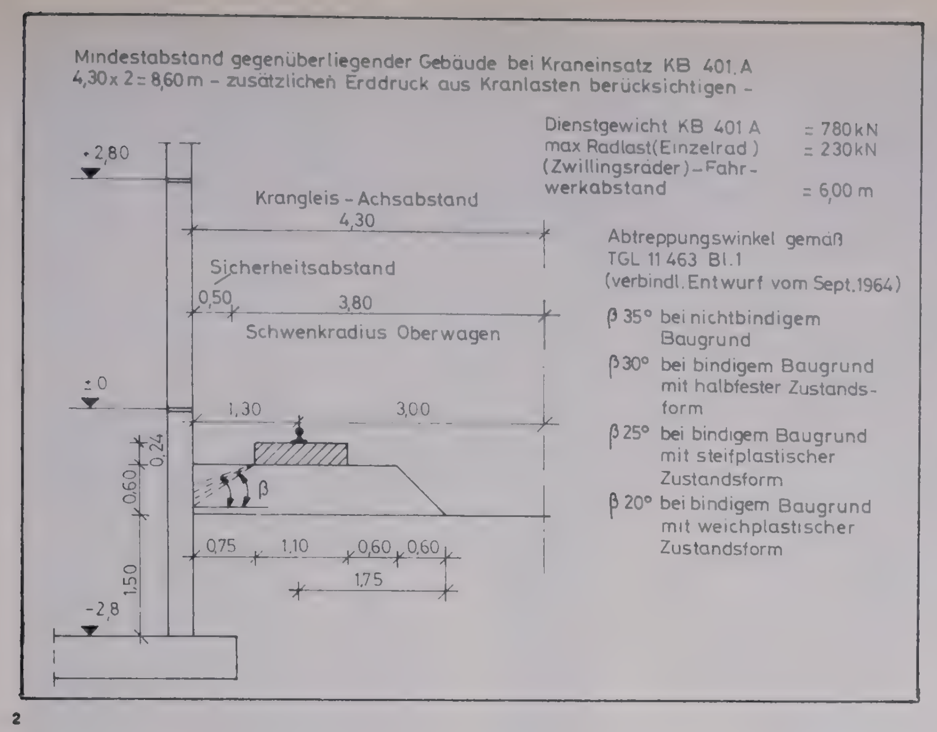
Montage

Die technologische Konzeption sah eine Kellervorlaufmontage mit einem MDK 404 bzw. 504, auf der Fundamentplatte stehend, und eine hofseitige Hochbaumontage mit einem Turmdrehkran KB 160 vor.

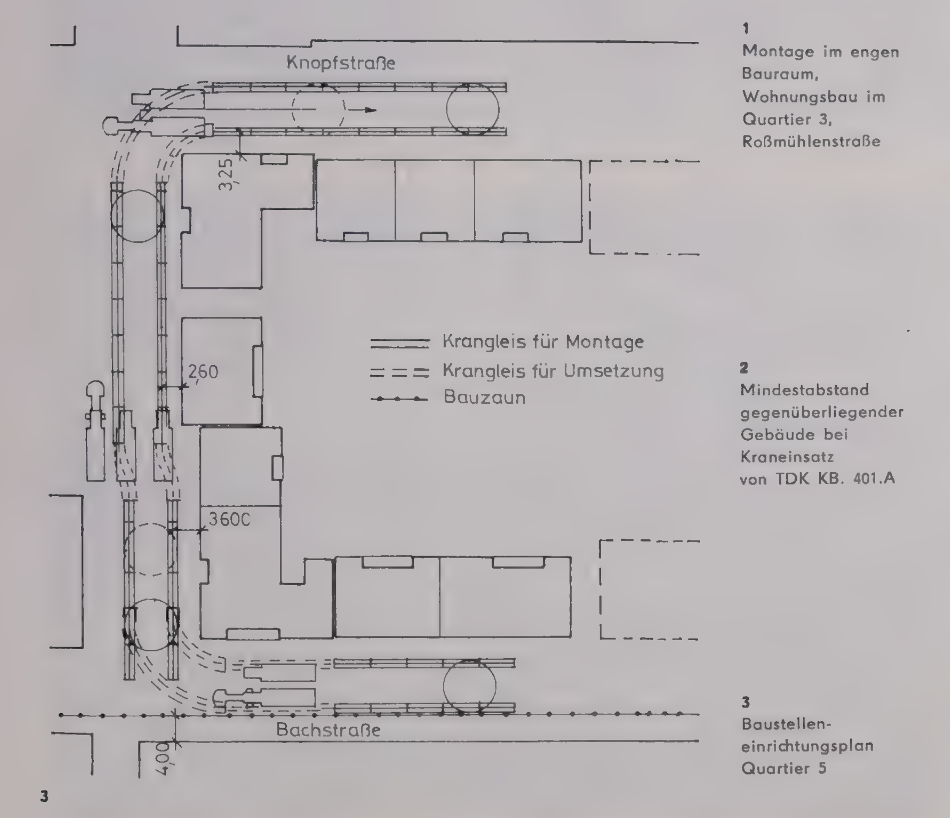
Noch während der Montage des 1. Quartiers wurde von dieser Konzeption abgegangen, indem eine straßenseitige Hochbaumontage mit dem TDK durchgeführt wurde. Die straßenseitige Montage hat den Vorteil, die Montageabschnitte durchgängig, somit kontinuierlicher und auch hinsichtlich des Aufwandes im L II-Leistungsbereich kostengünstiger montieren zu können.

So entfallen gegenüber der hofseitigen Montage die gesonderten technologischen Hofeinfahrten für den Kran- und Elementetransport. Durch einfache Gleisführung lassen sich die Quartierecken von außen besser montieren. Hofseitig sind in den Ecken mehrfache Gleisumlegungen und Kranumsetzungen notwendig. Außerdem wäre der Hof ganzflächig mit Baustraßenplatten auszulegen.

Das Problem der straßenseitigen Montage bestand in der verfügbaren Straßenbreite für den Montagekran. In mehreren Fällen mußte der TDK mit dem technologischen



2



3

1
Montage im engen Bauraum, Wohnungsbau im Quartier 3, Roßmühlenstraße

2
Mindestabstand gegenüberliegender Gebäude bei Kraneinsatz von TDK KB. 401.A

3
Baustelleneinrichtungsplan Quartier 5

Mindestabstand von 4,30 m zum Montageobjekt montieren. Im 2. Quartier wurde dann auch von der MDK-Vorlaufmontage abgegangen und der TDK bereits ab Kellergeschoß eingesetzt. Damit konnte eine erhebliche Kostensenkung erreicht werden. Das technologische Problem, Mindestabstand und Kellermontage mit dem TDK, konnte gelöst werden. Zu berücksichtigen war der aus der Kranbelastung entstehende zusätzliche Erddruck auf die Kelleraußenwand.

Bewährt haben sich die Verwendung von 90°-Kurvengleise auf Längsschwellen für das Umfahren der Quartierecken sowie die Sattelaufliegertechnik im Baustellenbereich. Häufig konnten die Wechselhänger mit Betonelementen nur hinter den Gleisenden abgestellt werden.

Die Montage mit technologischen Mindestabständen und Schwenkbereichsbegrenzungen führte zwangsläufig zu einem langsameren Montageverlauf.

Ausbau

Montage und Ausbau wurden zeitlich getrennt. Der Ausbaubeginn erfolgte nach beendeter Montage des festgelegten Abschnittes, unter Nutzung der Fläche der Montage-Baustelleneinrichtung. Die Dachausbildung und die differenzierte Geschossigkeit führten zur Erhöhung des Leistungsumfanges Bauschlosser/Bauklempner. Durch die hängige Lage des Baugebietes (Querbebauung) ergeben sich leistungserhöhende Maßnahmen im Eingangsbereich.

Ein wesentlicher Punkt ist die Festlegung des Taktschrittes Montage-Ausbau bei Baubeginn, da dadurch ein kontinuierlicher Bauablauf gesichert werden kann und das Auflaufen der Ausbautakte vermieden wird. Die Montagefolge sollte prinzipiell so gewählt werden, daß die Taktzeit der nachfolgenden Gebäude kleiner bzw. gleich der des ersten Gebäudes ist. Sollte es dennoch zu einem Auflaufen der Ausbautakte kommen, so sind diese Kapazitäten für gesellschaftliche Einrichtungen einzusetzen. Die Fassadenbehandlung erfolgte nachträglich unter bewohnten Bedingungen.

Technologische Kennziffern

In Auswertung des Umgestaltungsgebietes 1 ergeben sich die folgenden technologischen Kennziffern:

■ technologische WE-Anzahl	327 WE
davon — WE	314 WE
— gesellschaftl. Einrichtungen	13 WE
■ Geschossigkeit (durchschnittl.)	3,7
■ Schichtfaktor	2,0
■ Elementeanzahl/WE (durchschnittlich)	38,5 El/WE
■ Schichtleistung	29 El/Schicht
■ Montagegeschwindigkeit	1,5 WE/d
■ Taktstraßenkapazität bei 197 Montagetagen/Jahr	296 WE/a
■ durchschnittlicher Arbeitszeitaufwand	
ab Unterkante Fundament (1)	468 h/WE
ab Montage Kellergeschoß (1)	430 h/WE

(1) einschließlich Fassade

Konzeption zur technologischen Planung und Vorbereitung

Die Notwendigkeit der umfassenden technologischen Planung und Vorbereitung des Ersatzneubaus ergibt sich aus dem in den kommenden Jahren wachsenden Anteil der Standorte komplexer innerstädtischer Bebauung mit gleichzeitig komplizierter werdenden Standortbedingungen. Die gründliche und systematische Planung und Organisation des Ersatzneubaus ist deshalb die Voraussetzung zur Gewährleistung der Effektivität der Investitionen.

Der komplexe Charakter aller im Umgestaltungsgebiet zu realisierenden Maßnahmen erfordert die Erarbeitung einer technologischen Gesamtkonzeption, die alle baulichen Maßnahmen und alle Leistungsbereiche in ihrer zeitlichen und räumlichen Einordnung umfaßt. Die technologische Gesamtkonzeption ist mit der Vorlage der Bebauungskonzeption zur Bestätigung der Grundsatzentscheidung zu erarbeiten.

Die technologische Teilkonzeption Ersatzneubau, als Bestandteil der technologischen Gesamtkonzeption, hat den Nachweis der effektiven Realisierbarkeit der Erzeugnisse des Ersatzneubaus zu erbringen.
Sie trifft Aussagen zu folgenden Punkten:

- technologische Bewertung der Bebauungskonzeption,
- Beurteilung des Erzeugnisangebotes,
- Festlegung des Produktionsflusses,
- Einordnung von Taktstraßen,
- Bauablaufplan,
- technologische Lösungsvorschläge für die Teilprozesse
  Baugrundherstellung
  Gründung
  Baustelleneinrichtung
  Montage
  Ausbau
- Ermittlung des technologischen Aufwandes

Die konsequente Anwendung dieser technologischen Teilkonzeption Ersatzneubau stellt einen wesentlichen Beitrag bei der Vorbereitung innerstädtischer Standorte dar und sollte als Arbeitsmaterial von den betroffenen WBK angewendet werden.

1

Das Einsteinhaus in Caputh – ein Beispiel für Denkmalspflege und Bewahrung des fortschrittlichen Kulturerbes in der DDR



2

Martin Muschter, Berlin

Vor zwei Jahren ehrte man in der DDR den großen deutschen Physiker und Humanisten Albert Einstein. Aus Anlaß seines 100. Geburtstages am 14. März 1979 wurde auch sein Sommerhaus in Caputh bei Potsdam rekonstruiert und in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt. Unter der Schirmherrschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR wurde in diesem vom Architekten Konrad Wachsmann gebauten Haus eine Stätte des Gedenkens an Einstein eingerichtet.

Nach seinem ersten Besuch 1973 kam Konrad Wachsmann 1979 zum zweiten Mal in die DDR. Er folgte einer Einladung zu den Feierlichkeiten der Einsteinehrung. Neben den Besuchen von Frankfurt (Oder), Dresden, Halle und dem Bauhaus in Dessau galt sein Interesse vor allem seiner ersten größeren Arbeit als Architekt, dem Haus in Caputh.

Harmonisch in die Landschaft eingefügt, hat es von seinem Reiz als Beispiel der Architektur der neuen Sachlichkeit und von seiner ruhigen Repräsentation nichts verloren. Der dem zweigeschossigen Baukörper vorgelagerte große Wohnraum bildet den Mittelpunkt des Hauses. Durch eine überdimensional große Glastür ist er über eine Terrasse direkt mit dem Garten verbunden. Unter diesem Raum befindet sich ein offener Gartensaal, und das flache Dach ist als große Dachterrasse ausgebildet, die sowohl vom Inneren des Hauses als auch über eine Außentreppenanlage erreichbar ist.

Bei seiner ausführlichen Besichtigung gab Wachsmann Hinweise, wie das insgesamt gute Ergebnis der Rekonstruktion in bestimmten Punkten (wie der Oberflächenbehandlung der Wände) noch abgerundet werden könnte. Beim Verweilen in den Räumen wurden viele Erinnerungen wach.

Der Architekt berichtete, wie er vor fünfzig Jahren dazu kam, dieses Haus zu bauen.

Anläßlich seines 50. Geburtstages sollte Albert Einstein von der Stadt Berlin geehrt werden. Der Magistrat beabsichtigte, dem Gelehrten ein Sommerhaus auf einem Grundstück in der näheren Umgebung zu errichten. Konrad Wachsmann arbeitete derzeit bei der Firma Christoph & Unmack in Niesky, wo Holzhäuser gefertigt wurden.

Kurze Zeit vorher hatte Wachsmann die Meisterklasse für Architektur bei Hans Poelzig an der Preußischen Akademie der

3

Künste absolviert. Durch eine Zeitungsnotiz bekam er Kenntnis von dem Vorhaben des Berliner Magistrats und beschloß, Albert Einstein in Berlin aufzusuchen. Innerhalb von 24 Stunden war Wachsmann in der Haberlandstraße 12, hatte sich über die Wünsche und Vorstellungen zum Bau informiert und skizzierte bereits auf der Rückfahrt im Zug die ersten Entwürfe. Gemeinsam mit seinen Mitarbeitern in Niesky stellte der Architekt eine repräsentative Mappe mit fertigen Entwurfszeichnungen zusammen. Bereits 36 Stunden nach seinem ersten Kontakt mit dem Namen Einstein stand Konrad Wachsmann wieder vor dessen Wohnungstür. Diesmal kam es zur persönlichen Begegnung mit dem großen Physiker. Dieser war durch die Schnelligkeit und Genauigkeit des Entwurfes, der genau seinen Vorstellungen entsprach, sichtlich überrascht. Nach einem gemeinsamen Essen wurden bereits mit Einsteins Frau und seiner Privat-Sekretärin, Helen Ducas, Einzelheiten besprochen.
Am Abend dieses Tages war der 27jährige Wachsmann überglücklich, den Auftrag für

4

5



1
Landhaus Einsteins in Caputh. Rückseite mit Haupteingang, ursprünglicher Zustand

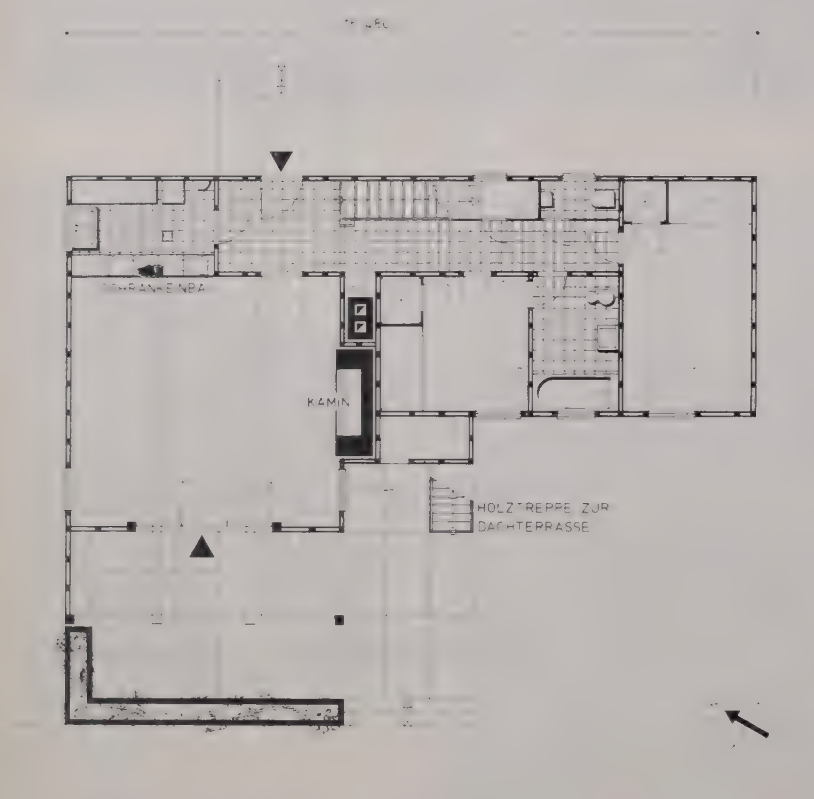
2
Hauptansicht Gartenseite, ursprünglicher Zustand

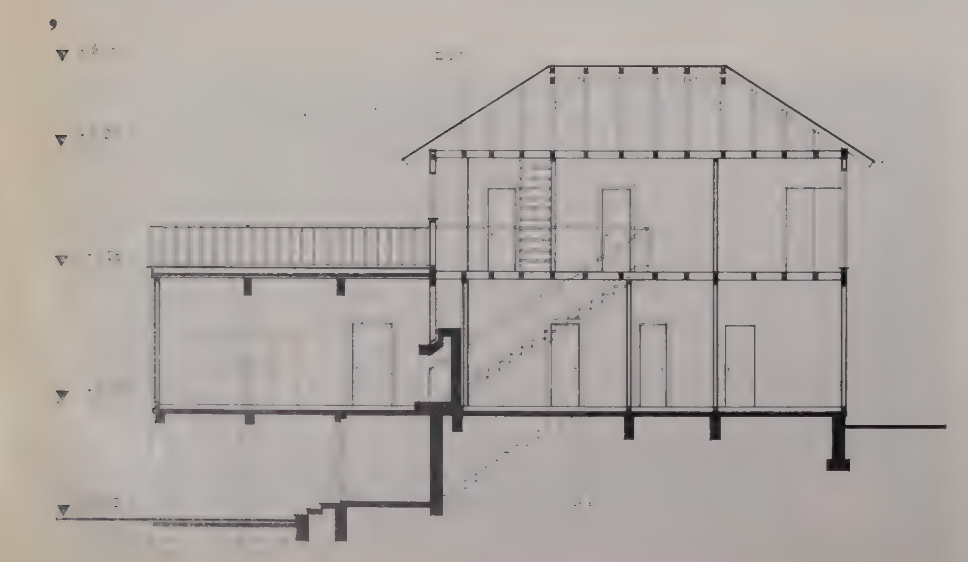
3/4
Rekonstruiertes Einsteinhaus,
Ansichten der Straßen- und Gartenseite

5
Der Architekt des Einsteinhauses, Konrad Wachsmann, im Gespräch mit dem Generalkonservator der DDR, Prof. Dr. Ludwig Deiters









das Haus bekommen und dabei sogar noch eine persönliche Bekanntschaft mit Albert Einstein geknüpft zu haben. Aus dieser Beziehung entwickelte sich später eine enge Freundschaft. Nach einer wechselvollen Entwicklung der Umstände kam es zum Erwerb eines Grundstückes in Caputh und zum Bau eines Hauses. Einstein finanzierte dies allerdings aus eigenen Mitteln, denn zu dem geplanten Geburtstagsgeschenk war es aus politischen Gründen nicht gekommen. Ein antisemitischer Stadtverordneter konnte sich bereits 1928 gegen die Ehrung des hervorragenden Gelehrten durchsetzen.

An die Vorbereitung und Durchführung des Bauens ging Konrad Wachsmann mit all seiner Energie. Innerhalb von drei Monaten stellte er das Projekt und die notwendigen Lieferverträge zusammen. Das vorfabrizierte Haus ließ er zur Probe in einer Montagehalle in Niesky vollständig aufbauen. Danach wurden die Teile nach Caputh transportiert und in einer sehr kurzen Frist auf den fertigen Betonfundamenten montiert. Der Innenraum war in dem klar gegliederten, sachlich gestalteten Holzhaus relativ unkompliziert. Funktionelle Kriterien sowie persönliche Wünsche des Bauherrn hatten den Vorrang.

Wachsmann erreichte fast ausschließlich durch den Einsatz des Baustoffes Holz und durch die Einfachheit der Ausstattung eine wirkungsvolle repräsentative Ausstrahlung des Hauses.

Der Architekt Konrad Wachsmann war ein Pionier des industriellen Bauens. Er wirkte auf dem Gebiet des Städtebaus und arbeitete insbesondere an der Entwicklung vorgefertigter Bauelemente. Er schuf Elementesysteme, aus denen vollständige Häuser für verschiedene Zwecke errichtet werden konnten. Damit erreichte Wachsmann eine neue Qualität.

6
Ansicht und Schnitt der großen Doppelfenster mit Klappflügeln, ursprünglicher Zustand

7
Mobiliar im Wohnraum

8
Grundriß nach der Rekonstruktion 1 : 175

9
Schnitt nach der Rekonstruktion 1 : 175

Vor 50 Jahren: Erste Proletarische Bauausstellung in Berlin 1931

Prof. Dr.-Ing. Kurt Junghanns

Drei Tafeln der Proletarischen Bauausstellung 1931 (Abb. 1 bis 3)
(Originalabmessungen der Tafeln: 60 cm × 90 cm)
Diese Reproduktionen der Ausstellungstafeln werden hier erstmalig veröffentlicht. Die Fotos wurden von dem Architekten Hubert Hoffmann, der 1931/32 Mitarbeiter von Arthur Korn war, während der Zeit des Faschismus aufbewahrt.

Das Wirken der revolutionären bildenden Künstler in den letzten Jahren der Weimarer Republik ist schon wiederholt gewürdigt worden. Neben vielen kleinen gab es die großen Ausstellungen „Revolution und Realismus" in Berlin 1978 und in Dresden „Kunst im Aufbruch 1919–1933", die im April dieses Jahres zu Ende ging und allein den Dresdner Künstlern gewidmet war. Die Organisation, die seit 1928 die revolutionär eingestellten Künstler zusammenfaßte, die Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands (ARBKD oder kurz Asso), wurde inzwischen zum Begriff, ihr Grundsatz „Kunst ist Waffe" zur unabdingbaren Richtschnur aller, die sich damals mit ihrer Kunst in die Front der Werktätigen eingereiht haben. Es ist jedoch wenig bekannt, daß die von großer Begeisterung getragene Bewegung auch unter den Architekten ein Echo fand und besonders Architekturstudenten mit den meist noch jungen revolutionären Künstlern und Schriftstellern sympathisierten. Am 21. Februar 1931 meldete die „Rote Fahne" die Bildung eines „Kollektivs für sozialistisches Bauen" in Berlin und nannte als dessen Ziel einerseits die Entwicklung einer marxistischen Bauwissenschaft, andererseits die Unterstützung des revolutionären Kampfes an der Seite der Werktätigen. Dieses Kollektiv trat der Asso bei. Seine bedeutendste Aktion war die „Proletarische Bauausstellung" von Ende Mai bis 1. Juli 1931 in Berlin.

Gegründet wurde das Kollektiv in der Wohnung des Architekten Arthur Korn (1891 bis 1978), der mit dem Ingenieur S. Weitzmann ein Architekturbüro betrieb. Er war damals Mitglied der Kommunistischen Partei und als der Ältere und Erfahrenere auch der führende Kopf des Kollektivs. (1) Denn die Mehrheit der Beteiligten bestand aus Architekturstudenten der Technischen Hochschule Charlottenburg, unter ihnen Benny Heumann und Gerhard Kosel. Auch Walter Segal wird genannt, der Sohn des Malers Arthur Segal. (2) „Wir stellten uns zwei Aufgaben", schrieb B. Heumann später, „die eine bestand darin, die hilflosen und illusionären Versuche der kapitalistischen Gesellschaft, Probleme des Städtebaus oder Fragen des Wohnungsbaus im Interesse der Allgemeinheit zu lösen, zu entlarven. Die andere Aufgabe bestand darin, die Erfahrungen und Bestrebungen der Sowjetunion auf diesem Gebiet zu popularisieren, um damit gleichzeitig einen konstruktiven Beitrag zu einer fruchtbaren Architekturdiskussion zu geben." (3)

Bekanntlich hatte der erste Weltkrieg die ohnehin drückende Wohnungsnot verschärft und Wohnungs- und Städtebau zu einem politischen Problem besonderer Brisanz werden lassen. Die Bourgeoisie war gezwungen, den von der privaten Bautätigkeit stets vernachlässigten Kleinwohnungsbau mit staatlichen Mitteln zu fördern und einen erheblichen Teil dieser Hilfe den Baugenossenschaften der Werktätigen und den gemeinnützigen Bauvereinen zukommen zu lassen, die von den Gewerkschaften ins Leben gerufen worden waren und von ihnen gesteuert wurden. Die auf diese Weise entstandenen Siedlungen brachten in kurzer Frist so beeindruckende Fortschritte hinsichtlich des Wohnens in der Stadt und so viele Anregungen für eine neue städtebauliche Gesamtstruktur, daß schon 1928 beschlossen wurde, in Berlin, einem Hauptzentrum dieser Bautätigkeit, eine große Bauausstellung durchzuführen, die die Ergebnisse zusammenfassen und für die neuen Städtebauideen werben sollte.

Diese Ausstellung wurde sofort zu einem politischen Problem. Für ihre Durchführung stimmten die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei geschlossen, Zentrumspartei und Wirtschaftspartei (die bevorzugte Partei des städtischen Haus- und Grundbesitzes) dagegen. Die äußerste Rechte war gespalten. (4) Man konnte voraussehen, daß eine solche Ausstellung zu einer Anklage gegen das private Bodeneigentum und das kapitalistische Bauen geworden wäre, die den gehaßten Mietskasernenstädtebau und das Wohnungselend verschuldet hatten. Die Unternehmerverbände begannen deshalb hinter den Kulissen einen Kampf um eine Änderung des Programms, da sie die Ausstellung selbst nicht verhindern konnten. Mit dem Hinweis auf die 1930 hereingebrochene große Wirtschaftskrise sorgten sie für einen messeartigen Charakter mit breiter Darstellung der neuesten Bau- und Wohnungstechnik als Vorbereitung auf eine erhoffte neue Baukonjunktur. (5) L. Mies van der Rohe, der neue Bauhausdirektor, zeigte hier ein luxuriöses Haus, dessen Außenwände ganz in Glas aufgelöst waren und das, um sinnvoll zu sein, ein großes Parkgrundstück zur Voraussetzung gehabt hätte.

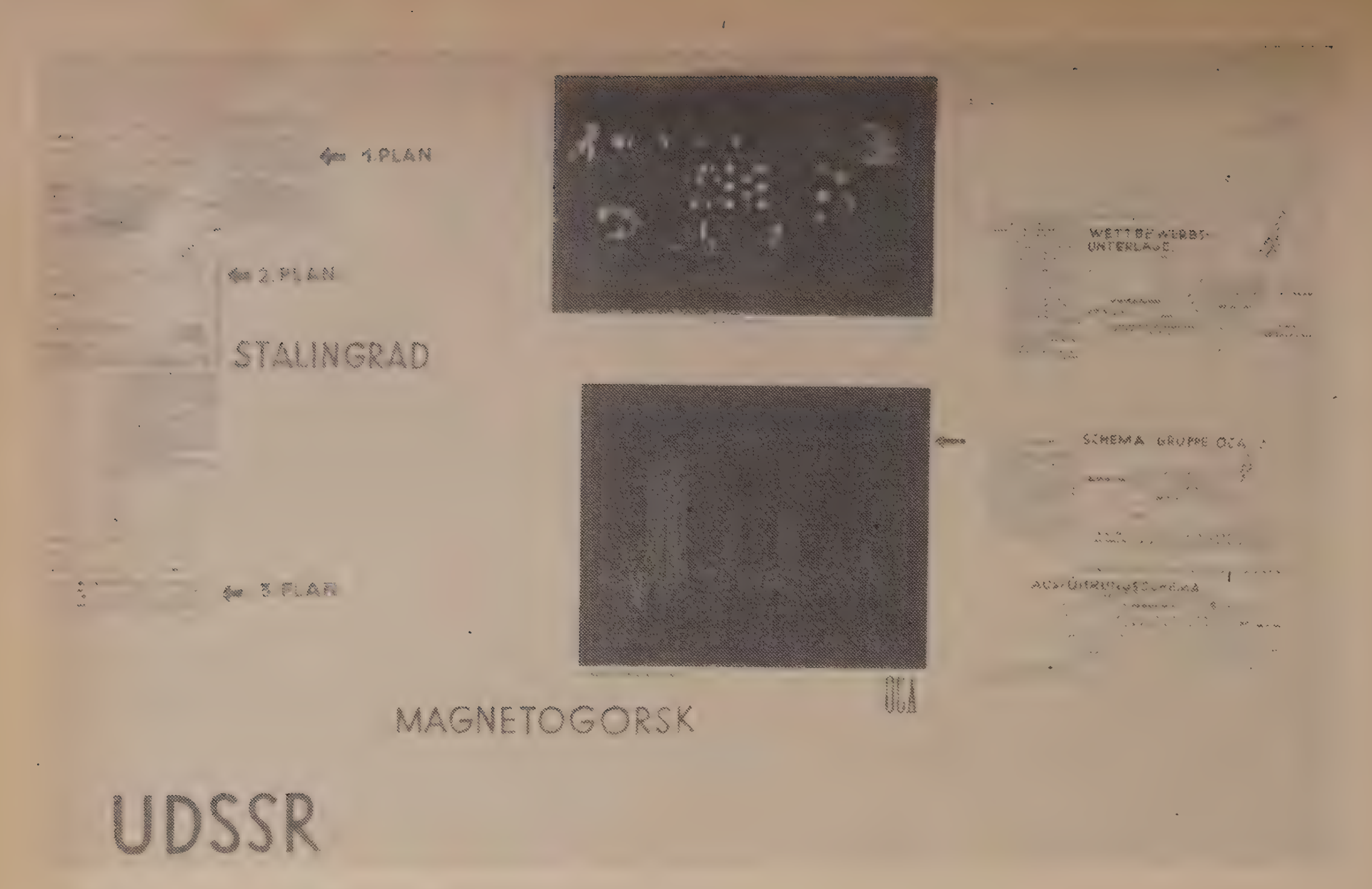
Mit einem Jahr Verzug wurde die Ausstellung am 9. Mai 1931 im großen Berliner Ausstellungsgelände am Funkturm eröffnet.

Die bürgerliche Presse lobte sie in ganzen Artikelserien, auch der sozialdemokratische „Vorwärts". Aber in das Lob mischten sich auch kritische Bemerkungen über die Richtungslosigkeit der kostspieligen Mammutschau und die Gleichgültigkeit gegenüber den Krisenproblemen außerhalb der Hallen. (6)

Die Fachwelt verfolgte die rigorose Veränderung des Programms. Der Deutsche Werkbund sagte eine Beteiligung ab. Für die Mitglieder des „Kollektivs für sozialistisches Bauen" aber wirkte das Ganze

1 Alte Weltstädte (Ägypten)





2 Städtebau der UdSSR (Planentwicklung Stalingrad und Magnitogorsk)

wie eine empörende Provokation und sie beschlossen die Durchführung einer Gegenausstellung, eben jener „Proletarischen Bauausstellung".

Dieser Beschluß ist charakteristisch für den Kampfgeist jener Jahre. Denn auf eine finanzielle Unterstützung konnte das Kollektiv nicht rechnen. Ähnlich den Agitprop-Trupps der Arbeiterbewegung war es auf seine eigenen Kräfte angewiesen und mußte sich auf einfachste Mittel der Darstellung beschränken. Die ganze Ausstellung bestand aus Tafeln von 60 cm × 90 cm Größe. Als Ausstellungsräume dienten einige unvermietbare Fabriksäle im Hinterhof einer Mietskaserne in der Köpenicker Straße 111 (Bezirk Berlin-Mitte, kriegszerstört und abgebrochen).

„Wir verzichteten darauf", berichtete Benny Heumann, „nur fachliche Probleme von der Position des Fachmannes darzulegen. Anhand von interessanten Fotokopien ..., die wir selbst in gesellschaftlicher Arbeit anfertigten, denn wir verfügten über keinerlei Mittel, wurden vor allem Probleme des Städtebaus in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Am Beispiel der Entwicklung der Stadt, angefangen von den alten ägyptischen Städten bis zu den Städten des Kapitalismus der Gegenwart, stellten wir die sozialen Probleme dieses Entwicklungsprozesses in den Mittelpunkt. Wir bewiesen anhand der Entwicklung dieser Städte, wie sie jeweils die ganzen Klassenwidersprüche widerspiegelten und niemals imstande waren, die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen zu befriedigen." (7)

In einer zweiten Abteilung wurde den am Funkturm bestechend ausgebreiteten Erfolgen des neuen Wohnungs- und Siedlungsbaues die Wirklichkeit der Stadt im Kapitalismus gegenüber gestellt. „Durch die Analyse solcher wichtigen Fragen" heißt es im Bericht Benny Heumanns, „wie Eigentum am Boden, Charakter der Verwaltung, Verkehrsprobleme, Wohnungsfragen zeigten wir, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, alle diese Probleme harmonisch im Interesse der gesamten Bevölkerung zu lösen." (8)

Die dritte Abteilung galt dem Wesen der sozialistischen Stadt und den daraus folgenden noch heftig diskutierten Struktur- und Gestaltungsproblemen. Vor allem faszinierte die Vorstellung der Stadt als Wirkungsstätte und Wohnung der Arbeiterklasse und davon abgeleitet die Fabrik, die Stätte der Produktion, als das neue organisierende Zentrum des Lebens. Aus den erhaltenen Ausstellungstafeln geht hervor, daß das Architektenkollektiv die Planungen von Stalingrad (Wolgograd) und Magnitogorsk kannte, soweit sie bis zum Beginn des Jahres 1931 in sowjetischen Zeitschriften, wie „Sowremennaja Architektura", bereits veröffentlicht worden waren. Bekannt war auch das Buch „Sozgorod" von Miljutin, das 1930 erschienen war und den Gedanken der Bandstadt vertrat, und von El Lissitzky „Rußland" (in der Reihe Neues Bauen in der Welt). Unter dem Einfluß von Arthur Korn bekannte sich das Kollektiv zu Auffassungen, wie sie in dem Projekt für Magnitogorsk der Architektengruppe OSA (Gesellschaft Moderner Architekten) zum Ausdruck kamen. Es stammte von Iwan Leonidow. (9) Das Kollektiv spitzte das Problem für die Ausstellung auf die Formel zu: die Stadt als Hotel und Fabrik. Damit waren nicht nur neue Wege der Lebens- und Wohnweise angedeutet, sondern auch eine grundlegend neue Stadtstruktur. Der Bandcharakter sollte eine organische Erweiterungsfähigkeit unter Wahrung kurzer Berufswege zwischen dem Wohn- und dem Industriestreifen sichern und Hochhäusern, ein Maximum an Durchgrünung und guten Verbindungen zu den gesellschaftlichen Einrichtungen. Alle Wohnbauten sollten Montagebauten sein, die man sich leicht umzubauen und im Grundriß flexibel dachte.

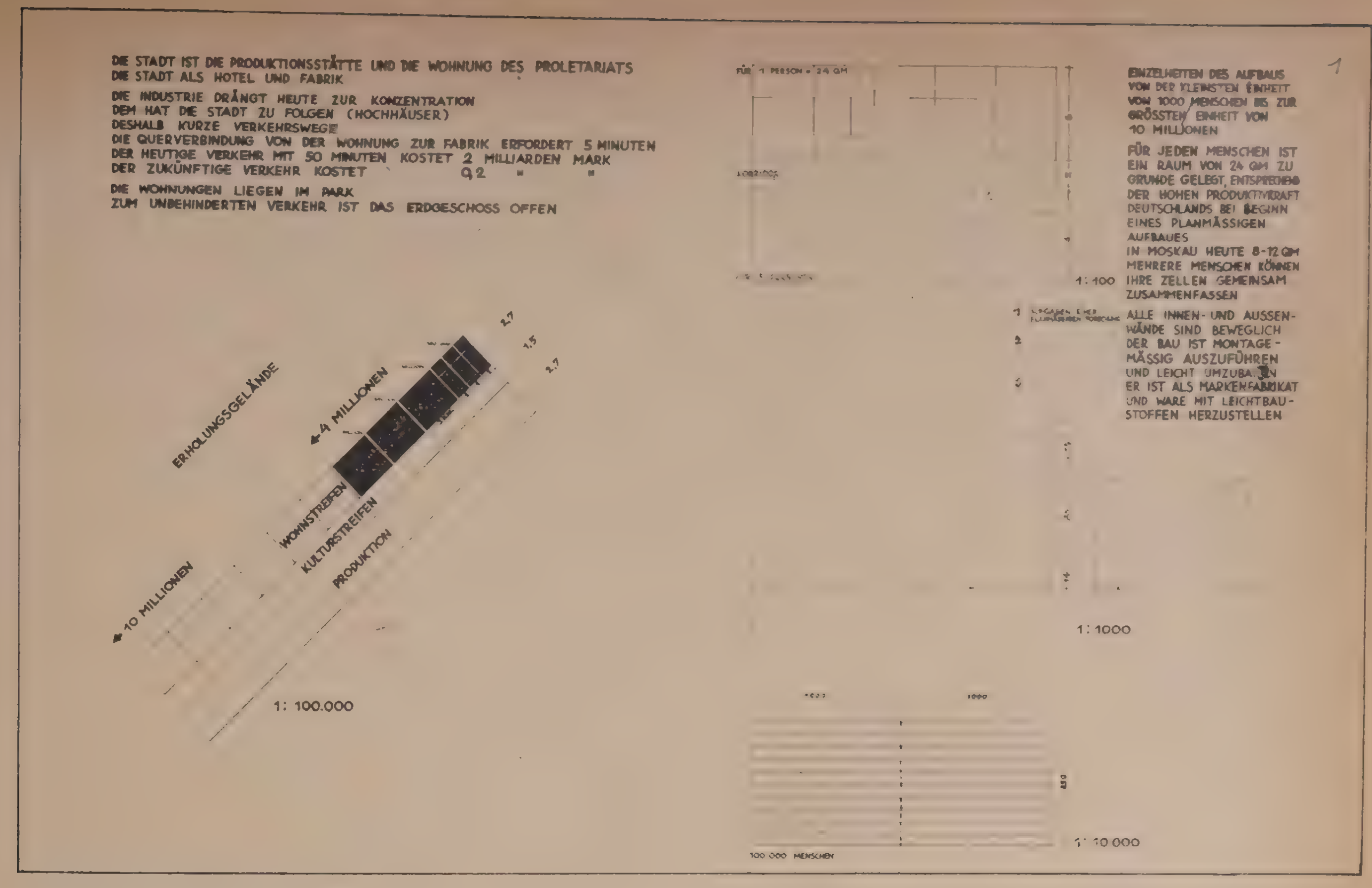
Eine vierte kleine Abteilung enthielt Werke der revolutionären bildenden Künstler.

Die Vorbereitung der Ausstellung wurde erstmals am 22. April 1931 in der „Roten Fahne" gemeldet und als Generalthema angegeben „Die Stadt als gesellschaftliches Produkt". Die Eröffnung fand wahrscheinlich Ende Mai statt. Die Einführungsrede hielt Hermann Duncker. Er sprach im wesentlichen über die Lebens- und Wohnweise unter den Bedingungen des Sozialismus, im besonderen über die Rolle des Kollektivs im Verhältnis zur Familie. (10)

In den Ausstellungsräumen wurden Vorträge und Diskussionen veranstaltet. Am 3. oder 4. Juni sprach Kurt Meyer, ehemals Stadtbaurat in Köln, damals einer der Moskauer Rayonarchitekten, über die Grundsätze und Maßnahmen der Stadtplanung in Moskau, insbesondere über die Einteilung des Stadtgebietes in Rayons und die damit verbundenen Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung der Lebensbedingungen und der Verminderung des Verkehrs. (11) Am 17. 6. hielt hier der Leiter des Agrarwissenschaftlichen Instituts in Moskau einen Vortrag. Hier begann auch Hannes Meyer eine Vortragsreise durch Westeuropa mit einem Bericht über seine bisherige Tätigkeit in der Sowjetunion. (12)

Es gab aber auch Veranstaltungen ganz anderer Art. Am 25. und 26. Juni traten die roten Sportler mit Vorführungen und einem Vortrag über die Ökonomie der Körperkräfte auf. (13) Gerhard Kosel berichtet, daß Vorträge und andere Veranstaltungen oft Hunderte von Teilnehmern zu verzeichnen hatten. (14) Es gehört zum Bild dieser Zeit, daß die Ausstellung und die Veranstaltungen vor den Angriffen faschistischer Schlägertrupps durch die Arbeiter der benachbarten kommunistischen Parteizellen gesichert werden mußten. (15)

Natürlich war mit einer sachlichen Aufnahme der Ausstellung in der Tages- und Fachpresse nicht zu rechnen. Ohnehin hatte die Bourgeoisie schon 1930 eine diffamierende Hetze gegen Architekten begonnen, die der Sowjetunion gegenüber eine positive Haltung einnahmen. Hannes Meyer wurde aus dem Bauhaus vertrieben, Bruno Taut im „Börsenkurier" verdächtigt, sich am Entwurf für die sogenannte Dammwegschule in Neukölln mit einer halben Million Mark bereichert zu haben (16), und Ernst May mußte sich als „Lenin des Bauens" und die Frankfurter Blockbauweise als „kleine Sowjetindustrie" abstempeln lassen. (17) Als May am 5. Juni 1931 auf Einladung der „Kongresse für internationales Bauen" (CIAM) im Berliner Herrenhaus über seine Stadtplanungsarbeit in der Sowjetunion sprach und damit unabsichtlich die Ziele der „Proletarischen Bauausstellung" unterstützte, wurde er von der Vossischen Zeitung sofort verdächtigt, im Auf-



3 Planschema „Die Stadt als Hotel und Fabrik"

trag der Sowjetregierung eine gezielte Propaganda gegen die große Bauausstellung zu betreiben, und versucht, durch eine gehässige Kritik an den gezeigten Stadtplanungen den großen Erfolg seines Vortrages abzuschwächen. (18) Das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts", schlug in die gleiche Kerbe. Auch er schwieg sich über die Proletarische Bauausstellung aus und wertete die Planungen der May-Gruppe als „seelenlose Gleichartigkeit" und als „eisernes Korsett" ab, das die Bewohner „wie Staatssklaven zusammenpresse". (19) Diese hetzerischen Auslassungen hatten hier einen ganz besonderen Grund, denn die Sozialdemokratie stand damals durch das Krisenbauprogramm der Reichsregierung vor dem Scheiterhaufen ihres durch gewerkschaftliche und genossenschaftliche Selbsthilfe betriebenen Wohnungsbaus und der Verheißung, damit die Wohnungsfrage zu lösen und dem Sozialismus näher zu kommen. Die Proletarische Bauausstellung und Ernst May aber hatten gezeigt, daß ganz andere weiterreichende Probleme herangereift waren als der Bau einiger vorzüglicher Siedlungen mit hohem Wohnwert, die trotz aller Sparmaßnahmen den Mangel hatten, für die Mehrheit der Werktätigen noch zu teuer zu sein. Es war offenbar geworden, daß Friedrich Engels und die Kommunistische Partei mit der Feststellung Recht behielten, daß im Kapitalismus die Wohnungsfrage nicht gelöst werden kann.

Es gab im bürgerlichen Lager auch andere Stimmen. „Die Bauwelt" berichtete damals über die Eröffnung und die Rede Dunckers. Die „BZ am Mittag" schrieb über die Ausstellung, sie gehöre als Einführung vor die Große Deutsche Bauausstellung. Auch „Die Form", die Zeitschrift des Deutschen Werkbundes, versuchte eine sachliche Würdigung. Die Gegenüberstellung von Wohnelend und Wohnluxus fiel ihr auf. „Überraschend" wirkte die stadtgeschichtliche Abteilung. Weiter vermerkte „Die Form" die Ablehnung des „Citygedankens". Die offensichtliche Bevorzugung des Hochhauses schien ihr einseitig und problematisch, wie sie überhaupt vor der Ausschließlichkeit der dargelegten Zukunft der Stadt zurückschreckte. „Die Kraft, die hier mit armen, ja ärmlichen Mitteln sich manifestiert", wirke bedrohlich vor allem in Hinblick „auf den riesenhaften, aber in sich selbst so widerspruchsvollen Machtapparat im Westen", d. h. in der Ausstellung am Funkturm. (20)

„Bedrohlich" wirkte die Proletarische Bauausstellung vor allem durch ihre klaren Antworten auf Fragen, die durch die Wirtschaftskrise brennende Aktualität erhalten hatten. Die Drosselung der staatlichen Bauzuschüsse stand in krassem Gegensatz zur unbewältigten Wohnungsnot, die Orientierung auf Primitivsiedlungen am Stadtrand oder auf dem flachen Land nahm der Stadtentwicklung jede Perspektive, und der Rückgang der Bautätigkeit verurteilte auch die akademische Jugend zur Erwerbslosigkeit. Das Echo der Ausstellung und überhaupt der Tätigkeit des Kollektivs für sozialistisches Bauen war deshalb groß. In kurzer Frist entstand ein weitverzweigtes Netz von kleinen lokalen Kollektiven, so daß schließlich etwa 400 mehr oder weniger aktive Mitglieder gezählt wurden. Die Berliner Gruppe baute ihren Erfolg aus, sie veranstaltete bis zu ihrer Auflösung Seminare zu aktuellen fachlichen Problemen.

So führte B. Heumann einen Vortragszyklus über die Architektur und den Städtebau der Sowjetunion durch, Walter Neuzil sprach auf Einladung des Kollektivs im „Graphischen Block" über „Berlin, ein Städtebauproblem". (21)

Außerdem wurden große öffentliche Versammlungen zur Wohnungsfrage abgehalten, die bis zu tausend Teilnehmer hatten.

Die durch die Krisenerscheinungen tief beunruhigten Studenten der Hochbaufakultät wurden fast alle zu interessierten Teilnehmern der Veranstaltungen. Erstmals wurde ihnen gezeigt, daß der revolutionäre Teil der Arbeiterbewegung durchaus eigene Vorstellungen über den Wohnungs- und Städtebau entwickelt hat und welche tiefgehenden Veränderungen der Sozialismus auf diesem Gebiet nach sich ziehen wird.

Die Diskussion, die darüber in der Sowjetunion entbrannt war, und die ersten praktischen Schlußfolgerungen wurden durch die Ausstellung und die folgenden Veranstaltungen als eine Stoßkraft in die damals lebhaften politisch-ideologischen Auseinandersetzungen hineingetragen. Und schließlich gab die Ausstellung den Mitgliedern der KPD und den mit der Arbeiterbewegung sympathisierenden Besuchern einen anschaulichen Einblick in eines der wichtigsten, aber dem Nichtfachmann schwer zugänglichen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens.

Das Kollektiv für sozialistisches Bauen setzte sich nach dem Januar 1933 zwar in kleinen Gruppen im Untergrund fort, hörte jedoch praktisch auf zu bestehen. (22)

Anmerkungen

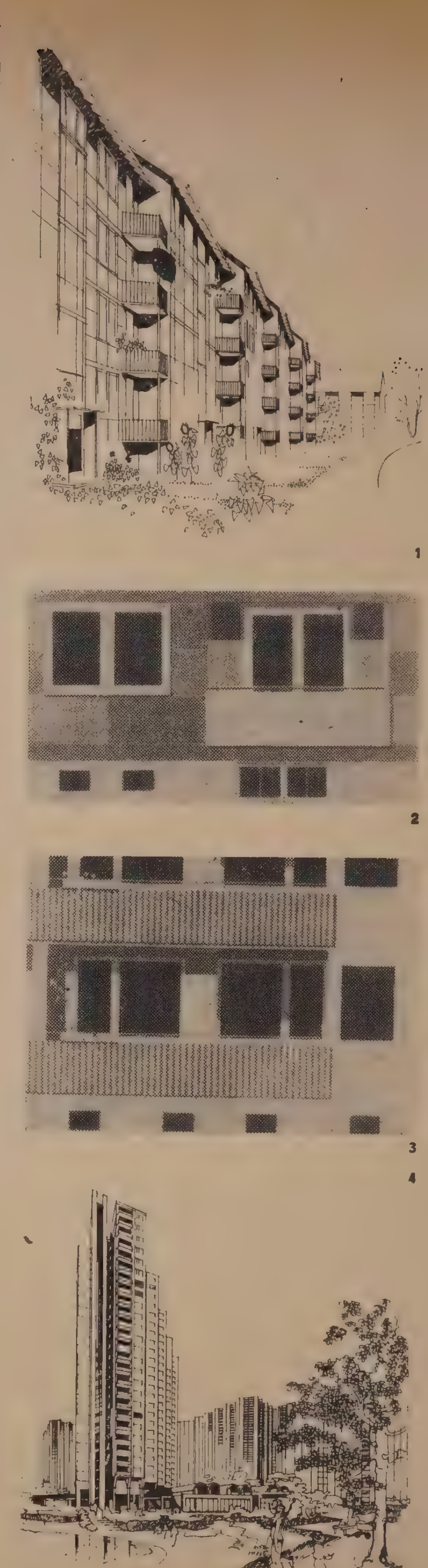
(1) Gerhard Kosel: Mein Lehrer Bruno Taut. In: Architektur der DDR 29 (1980), H. 4, S. 207
(2) Mitteilung von Dr.-Ing. h. c. Benny Heumann
(3) Benny Heumann: Der Einfluß der Entwicklung von Städtebau und Architektur der Sowjetunion auf die Diskussionen unter den deutschen Architekten am Anfang der dreißiger Jahre. In: Architektur der DDR 21 (1972), H. 12, S. 728
(4) Wohnungswirtschaft 6 (1929), H. 1, S. 18; auch 5 (1928), S. 296
(5) Wohnungswirtschaft 7 (1930), H. 12, S. 240; Die Baugilde 13 (1931), H. 9, S. 687
(6) Vorwärts vom 17. 6. 1931 „Nachdenklicher Spaziergang"; Wohnungswirtschaft 8 (1931), H. 9/10, S. 157; H. 11/12, S. 205, 206–210
(7) wie Anm. 3
(8) wie Anm. 3
(9) Anatole Kopp: Ville et Revolution. 2. Aufl. Paris 1969, S. 188–191
(10) Die Bauwelt 22 (1931), H. 26, S. 886
(11) Bauhaus. Organ der Kostufra 1931, H. 6; Rote Fahne vom 5. 6. 1931
(12) Klaus Jarmatz: Exil in der UdSSR. Leipzig 1979, S. 333
(13) Rote Fahne vom 24. 6. 1931
(14) wie Anm. 1
(15) Mitteilung von Prof. Werner Schneidratus
(16) Bruno Taut: Etwas bleibt immer hängen. In: Die Bauwelt 22 (1931), H. 5, S. 136
(17) Die Deutsche Bauhütte 1931, H. 1, S. 23
(18) Vossische Zeitung, Morgenausg. vom 7. 6. 1931
(19) Vorwärts vom 9. 6. 1931
(20) Die Form 6 (1931), H. 7, S. 279/80
(21) Heinrich H. Waechter: Bruno Taut an der Technischen Hochschule Berlin 1930–1932. In: Bruno Taut 1880–1938. Ausstellungskatalog. Hrg. Akademie der Künste Berlin (West). Berlin (West) 1980, S. 101. Der „Graphische Block" war das Gebäude einer kommunistischen Genossenschaft mit graphischen Werkstätten und einem Klubraum für Vorträge und Ausstellungen
(22) wie Anm. 2



Prof. Dr. h. c. Leopold Wiel zum 65. Geburtstag

Am 15. Mai wird an der Technischen Universität Dresden ein Kolloquium zu Ehren des 65. Geburtstages und des 30jährigen Dienstjubiläums des Hochschullehrers, Bauwissenschaftlers und Architekten Leopold Wiel veranstaltet. 1951 liefen zwei Berufungen des beim Wiederaufbau seiner Studienstadt Weimar engagierten, bereits als Dozent tätigen Architekten in Weimar und Dresden parallel. Heinrich Rettig, der die Begeisterung verfolgte, mit der sich Wiel bei der Bauaufnahme historischer und moderner Bauten dem konstruktiven Detail in Wechselwirkung zur Gestaltung widmete, zog ihn an die Technische Hochschule.
Das Lebenswerk eines Hochschullehrers ist zuerst im Potential der von ihm ausgebildeten Wissenschaftlergeneration ablesbar. Seine überzeugenden Leistungen und sein Vorlaufdenken im Forschungsfeld sind ein entscheidender Ansatz und Vorbild für den tatkräftigen Einsatz seiner Absolventen im Sinne der fortschrittlichen Weiterentwicklung des von ihm vertretenen Wissensgebietes.
Von einem, auf den sie prägenden und standpunktfestigenden Einfluß hatten, soll auf diesen Seiten die Architektenpersönlichkeit Wiels umrissen und auf einige Stationen ihres Wirkens hingewiesen werden.
Wiel, von Beruf und Berufung Architekt, also Wissenschaftler und Künstler, ist leidenschaftlicher Mitbegründer einer Schule für die Architektenausbildung, die sich die architektonische Bewältigung der industriellen Bauprozesse in der Einheit von Neubau und Pflege des Bewahrenswerten zum Ziel gesetzt hat. Viele seiner Schüler sind als Verfechter dieses Anliegens in leitenden Positionen des Bauwesens unserer Republik tätig. Prof. Dr. h. c. Dipl.-Arch. Leopold Wiels 30jährige praxiswirksame Lehr- und Forschungstätigkeit wurde mit der höchsten Anerkennung des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen als „Verdienter Hochschullehrer" gewürdigt. Er erhielt die Medaille für hervorragende Leistungen im Bauwesen der DDR in Gold, den Martin-Andersen-Nexö-Kunstpreis der Stadt Dresden und wurde mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze sowie dem Orden Banner der Arbeit I. Klasse geehrt.
Als Leopold Wiel, von Erhard Gißke gerufen, 1955–57 an der Technischen Universität Dresden das erste Wohnungsbauvorhaben in Großblockbauweise 750-kg-Laststufe für Berlin-Karlshorst projektierte (Bilder 1 und 2) und in Partnerschaft mit Otto-Heinz Ledderboge und Eugen Schröter baute, war dies die Geburtsstunde des Fertigteil-Montagebaus im Wohnungsbau der DDR.

Wie war dies vorbereitet worden? Nur wenige Architekten schlossen sich in den 50er Jahren einem die Industrialisierung des Bauwesens fördernden Denken an. Zu den Mutigen, die diesbezüglich Pionierarbeit leisteten und eine Arbeitsrichtung zu ihrer gestalterischen Bewältigung einschlugen, gehörte Leopold Wiel. Mit einer Maßordnung im Bauwesen hatte er bereits eine Grundlage für die Massenfertigung und Standardisierung schaffen helfen, noch ehe geometrische Ordnungsprinzipien für den architektonischen Entwurf zwingend wurden. Allen Angriffen konventioneller Berufskollegen gegenüber, die im Raster den Untergang der Architektur sahen, erkannte er weitsichtig die Entwicklung industrieller Herstellungsprozesse im Bauwesen voraus. Schon 1954 erschien mit seinen „Baukonstruktionen unter Anwendung der Maßordnung im Hochbau" ein anerkanntes und international bestätigtes Werk, das unter dem Titel „Baukonstruktionen des Wohnungsbaues" (1) ständig weiterentwickelt wurde und bis heute 8 Auflagen erlebte (Abb. 5).
Die Grundüberlegung seiner Entwurfsmethodik im Wohnungsbau war eine einheitliche Großrasterstruktur, die mit kombinierbaren Funktionsbausteinen variabel belegt werden kann (2). In allen Entwicklungsetappen des industriellen Wohn- und Gesellschaftsbaus hat Wiel ein variationsfähiges System als oberstes Entwicklungsziel gesehen, in dem eine Flexibilität der Wohnung, die Variierbarkeit der Wohnungsgrößen bis zu deren Expandabilität ebenso erreicht werden sollten wie die differenzierte Baukörpergestaltung und städtebauliche Verwendbarkeit.
Einem Aufsatz von Hans Schmidt „Keine Furcht vor Monotonie" (3) entgegnete er in seiner Veröffentlichung über Wohnbauten mit vorgefertigten Teilen (4): „Eine Monotonie darf auf keinen Fall entstehen, sie ist stets unbefriedigend. Die Möglichkeiten, die dem Architekten bei der Verwendung von Fertigteilen zur Verfügung stehen, sind bedeutend vielfältiger, als oft angenommen wird." Wiel hat unermüdlich versucht, auf den Grundlagen der Gesetze des industriellen Bauens einerseits eine funktionelle Vielfalt und gestalterische Differenzierung, andererseits eine hohe Herstellungsqualität und Effektivität vom konstruktiven Detail und der Herstellungstechnologie her zu erreichen. Nach den Großblockbauten mit Spannbetondecken in Karlshorst folgte die Praxisüberführung des „Typs Dresden" mit geschoßhohen Elementen vom Gleitfertiger, der als Qx ebenfalls in Berlin ausgeführt wurde (Bild 3) (5). Die mit Deutschmann vorangetriebene vervollkommnete Montagebauentwicklung mit raumgroßen Elementen konnte 1970 vorgestellt werden (6) (Bild 4).
Die Arbeitsergebnisse reiften in einer ständig gepflegten interdisziplinären Zusammenarbeit. Es hat eines Jahrzehnts unermüdlicher Überzeugungsarbeit gegen viele Widerstände bedurft, einer entscheidenden Rationalisierung des Wohnungsbaus, die durch tiefere Baukörper gewinnbar ist, zum Durchbruch zu verhelfen.
Charakteristisch für Wiels Arbeitsweise war dieser wissenschaftliche Meinungsstreit um einen Qualitätsgewinn über die Vergrößerung der Gebäudetiefen (7). Die aus der Zusammenarbeit verschiedener Fachgebiete an der TU prognostizierten, bedeutenden Einsparungen an Hoch- und Tiefbauleistungen, Material und Energie wurden durch die Ergebnisse von Wissenschaftlern und Studenten untermauert und durch Doktorarbeiten (auch von Praxispartnern) bestätigt. Sie konnten der Delegation, die unter Leitung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, 1979 anläßlich der 150-Jahr-Feier die TU besuchte, vorgestellt werden. In Zusammenarbeit mit dem Wohnungsbaukombinat werden diese Forschungsleistungen im Bezirk Dresden in den nächsten Jahren praxiswirksam, wobei die erreichbaren Effekte die früher genannten Größen sogar übertreffen.



1 Wohngebiet in Großblockbauweise für Berlin-Karlshorst, Perspektive.
Entwurf unter Leitung von Prof. Wiel, TH Dresden 1956

2 Großblockbauweise in Berlin-Karlshorst

3 Wohnungsbauentwicklung Qx-Typ Dresden

4 Wohnungsbauentwicklung mit raumgroßen Elementen
Prof. Wiel, Prof. Deutschmann 1970

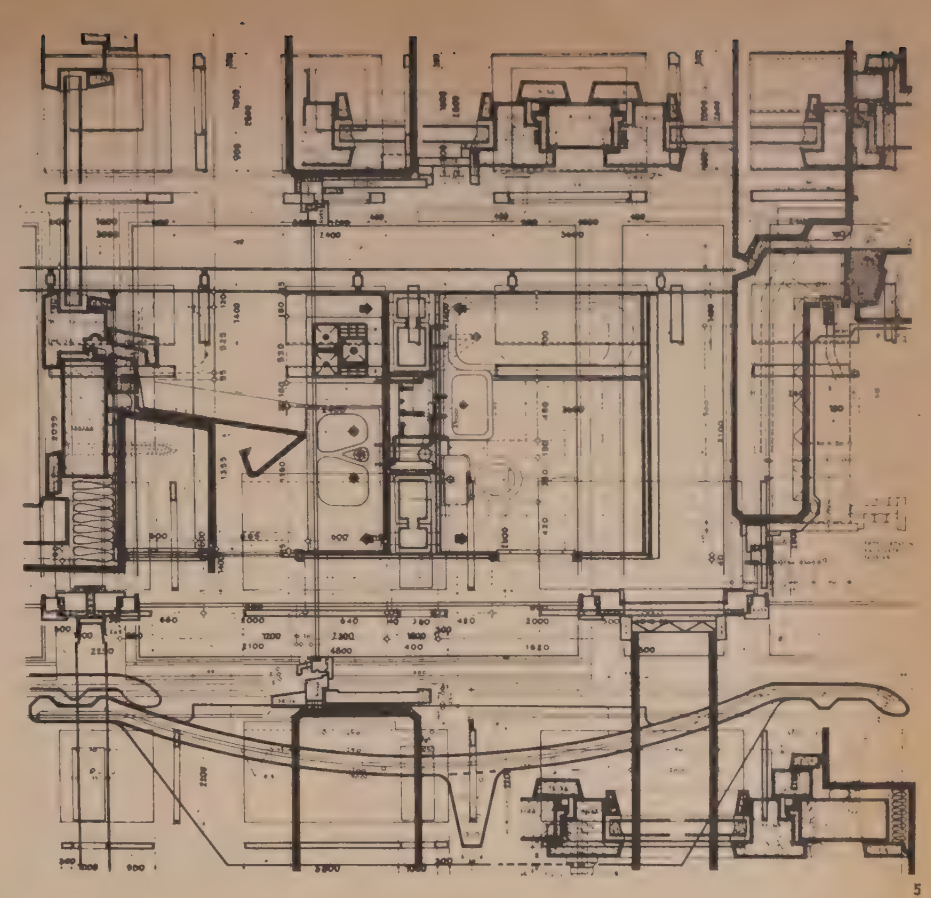
5 Bildseite aus seinem Buch: Baukonstruktionen des Wohnungsbaus

6 Taschenbergpalais Dresden, Ideenkonzeption für einen Wiederaufbau als Hotel. Modell, 1969

7 Gästehaus Damaskus. Modell
Wettbewerbsarbeit Kollektiv Prof. Wiel 1976

Wiel hat sich mit seinem Engagement für den Massenwohnungsbau einem gesellschaftlich und volkswirtschaftlich erstrangigem Anliegen leidenschaftlich verschworen und dafür kontinuierlich klare Entwicklungslinien aufgezeigt. Der Massenwohnungsbau war ihm für seine Studenten wichtigstes Studienobjekt zum Erlernen der Baukonstruktionen, für das Kennenlernen der industriellen Fertigungsprozesse wie für das aus der Bewältigung aller Anforderungen sich herausschälende wichtigste Anliegen guter architektonischer Gestaltung.
Mit dem kämpferischen Bemühen um den ständigen Fortschritt im industriellen Bauen in Verbindung mit systemgerecht organisierten variablen Wohnungsbauentwicklungen wäre das Werk Prof. Wiels aber nur unvollkommen dargestellt. Gleiche Bedeutung hat er der technischen Weiterentwicklung traditioneller Bauweisen in Verbindung mit der Werterhaltung und Rekonstruktion sowie der gesellschaftlichen Adaption denkmalgeschützter Bauten gewidmet.
Solange er in Dresden wirkt, ist ihm der Aufbau dieser liebgewordenen, kriegszerstörten Stadt ein Herzensanliegen gewesen. Mit vielen Studentenentwürfen klärte er das Wiederlebendigwerden der in Ruinen erhaltenen wertvollen kulturhistorischen Bauten vor. Für Taschenbergpalais (Bild 6) und Gewandhaus zum Beispiel wurden Untersuchungen für eine neue gesellschaftliche Nutzung geführt.
Ein besonders herausragender Leistungsanteil seiner Architektenpersönlichkeit ist mit dem Dresdner Kulturpalast verbunden. Sein im Auftrag des Rates der Stadt weitergeführter Ideenentwurf wurde Grundlage des unter Leitung von Chefarchitekt Hänsch bearbeiteten Projektes, bei dem Prof. Wiel beratend tätig blieb.
Zu umfassenden wissenschaftlichen Arbeiten auf breitgefächertem Themenkreis regte Prof. Wiel seine Doktoranden an. Über 60 Doktorarbeiten hat er gefördert bzw. begutachtet. Die Kategorien des Wohn- und Gesellschaftsbaus wurden ebenso durchdrungen wie baukonstruktive Probleme. Viele haben zu Büchern oder Publikationen geführt oder sind der Ausgang von Richtlinien bzw. Projektierungsgrundlagen geworden. Grundlegende Arbeiten wurden der Bauakademie u. a. zur Funktionsüberlagerung im Wohnungsbau übergeben (8, 9). Auslandsaspiranten konnten mit ihrer Themenbearbeitung wertvolle Erfahrungen in ihre Länder mitnehmen.
Das vielseitige Wirken Prof. Wiels als Hochschullehrer und Architekt, durch erfolgreiche Wettbewerbsbeteiligungen (Bild 7) und zahlreiche Veröffentlichungen, sowie sein engagierter Einsatz in wissenschaftlichen Räten und gesellschaftlichen Gremien war mit einer weiten internationalen Ausstrahlung verbunden.
Eine bedeutende Würdigung wurde Leopold Wiel durch seine feierliche Promotion zum Ehrendoktor der Technischen Universität Budapest im Jahre 1971 zuteil.
Wiel sah immer das Ganze, und zwar im Verlauf der fortschrittlichen Entwicklung des Bauwesens. Er vertrat deshalb eine universale Ausbildung der Architekten in einem Problemradius, der für eine gestaltbestimmende und koordinierende Tätigkeit im Kollektiv der Ingenieure und in Partnerschaft mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber zwingend ist. Sein Werk kennt keinen Gegensatz zwischen moderner Architekturauffassung und sorgfältiger denkmalpflegerischer Arbeit. Formalen Modernismen trat er mit ebenso klarer Position entgegen wie eklektizistischen, historisierenden Wegen.
Wiel kämpfte für seine Ideen. Ziel seiner Arbeit war immer der Nutzen für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in unserer Republik. Er hat es verstanden, die Theorie durch die Praxis zu bestätigen, da in der Wechselwirkung mit der praktischen Umsetzung der beste Katalysator für neue Ideen zu sehen ist und nicht zuletzt volkswirtschaftliche Reserven größten Ausmaßes gewinnbar werden.

Helmut Trauzettel



5



6

7



Literaturverzeichnis

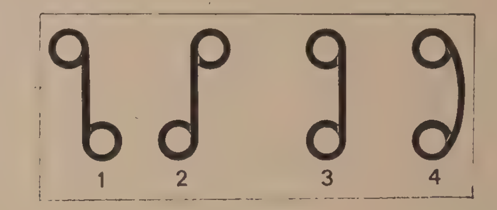
(1) Wiel, Leopold: Baukonstruktionen des Wohnungsbaues, Leipzig: BSB B. G. Teubner Verlagsgesellschaft 1980
(2) Wiel, Leopold und Trauzettel, Helmut: Wohnungstypen mit tragenden Querwänden, Wiss. Zschr. TH Dresden (1951/52) 3, S. 321–326 und Bauplanung/Bautechnik, Berlin (1952) 12
(3) Schmidt, Hans: Keine Furcht vor Monotonie! Deutsche Architektur, Berlin 5 (1956) 8, S. 389
(4) Wiel, Leopold: Wohnbauten aus vorgefertigten Teilen für Berlin-Karlshorst
Deutsche Architektur, Berlin 6 (1957) 1, S. 6–7
(5) Wiel, Leopold: Entwürfe nach dem Baukastensystem an der Hauptfachrichtung Architektur der TU Dresden, Deutsche Architektur, Berlin 12 (1963) 10, S. 610, 616–617
(6) Wiel, Leopold: Studienentwürfe für die 9-Mp-Großtafelbauweise, Deutsche Architektur, Berlin 19 (1970) 1, S. 28–31
(7) Beitrag der TU Dresden zum Wohnungsbauprogramm. Entwicklung rationeller Projektkonzeptionen im Rahmen der WBS 70 für den komplexen Wohnungsbau und Ersatzneubau. Forschungsgruppe Wohnungsbau der TU Dresden
(8) Panzer, Eberhard: Untersuchungen zu Möglichkeiten der Kombination von Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen unter besonderer Berücksichtigung der Wechselbeziehungen im Bereich funktioneller, konstruktiver und fertigungstechnischer Parameterbedingungen, Dissertation. TU Dresden 1974
(9) Benedix, Volker: Die Ausbildung der Erdgeschoßzone im Wohnungsbau für Einrichtungen des Einzelhandels und der Gastronomie und ihre Rückwirkung auf die funktionelle und konstruktive Gestaltung der Wohnung. Dissertation, TU Dresden 1975

Fußgängerbrücke in Wernigerode-Burgbreite

Dipl.-Ing. Gisbert Rother, Berlin, KDT
Dipl.-Ing. Wolfgang Köhler, Wernigerode, Architekt BdA/DDR



1
Fußgängerbrücke und Blick auf das Wohngebiet Burgbreite in Wernigerode



2
Variantenuntersuchungen für die Fußgängerbrücke

Sicherheit für die Fußgänger und ungehinderter Ablauf des Fahrzeugverkehrs kann an Kreuzungspunkten durch niveaufreie Führung der Fußgänger erreicht werden. Zusätzliche Halte der Fahrzeuge und die damit verbundenen Lärm- und Abgasbelästigungen werden vermieden.

In Wernigerode wird das Neubaugebiet Burgbreite von der Fernverkehrsstraße F 6 tangiert. Insbesondere Schulkinder und junge Mütter mit Kinderwagen müssen über diese Straße mit großer Verkehrsdichte geführt werden. Der Bau eines Fußgängertunnels schied aus ökonomischen Gründen aus.

Die Lage des gesellschaftlichen Zentrums und die daraus resultierenden Fußgängerbeziehungen bestimmten den Standort des Bauwerkes.

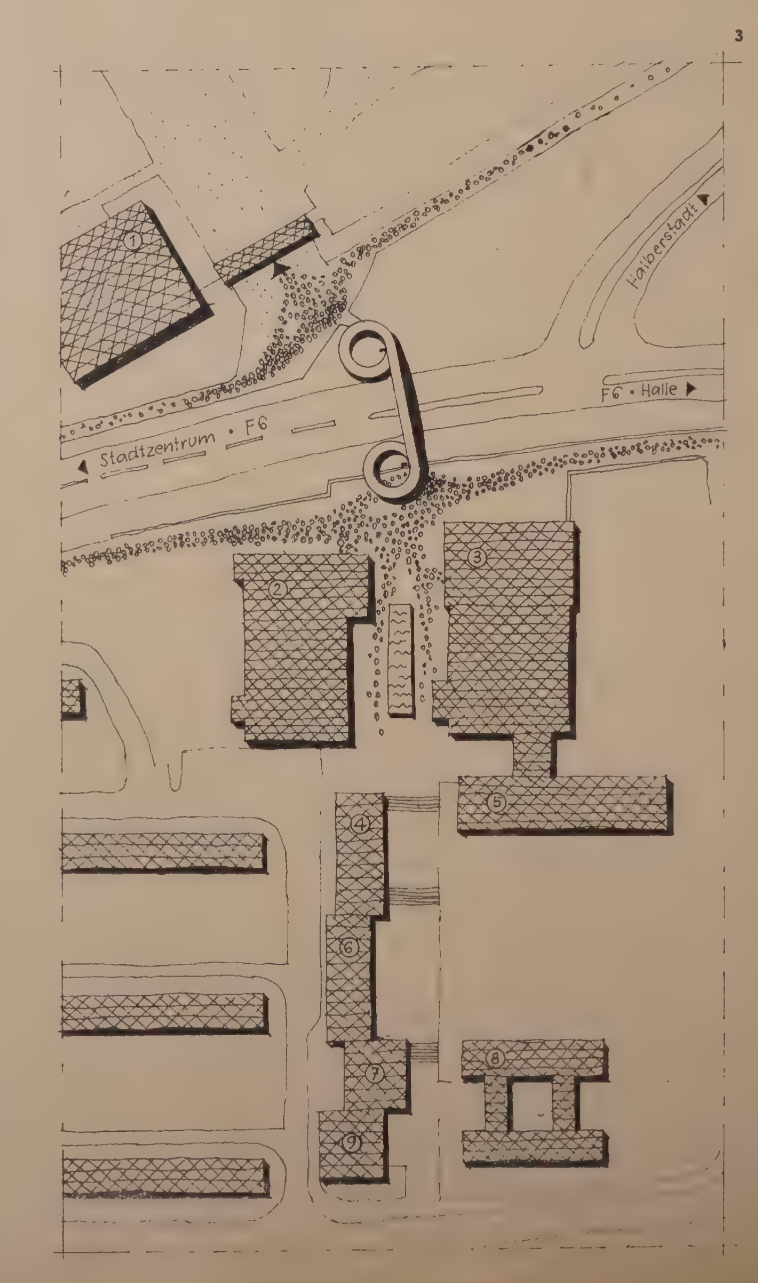
Bisher war es nicht ungewöhnlich, ein derartiges Bauwerk in ein weniger beachtetes Gebiet zu verlegen. Im Gegensatz dazu wird hier die Fußgängerbrücke ein bewußt gestaltetes Element im gesellschaftlichen Bereich, der als städtebaulicher Höhepunkt des gesamten Wohnkomplexes angelegt ist.

Die Verkehrsbreite ist dem zu erwartenden Fußgängerstrom angemessen mit 2,5 m vorgegeben. Die zur Überwindung des Lichtraumprofiles der Straße erforderliche Höhe von 5,5 m wird mit Rampenbauwerken erreicht. Auf gesonderte Treppenläufe wurde verzichtet. Geringer Platzbedarf und eine günstige Lage der auf unterschiedlichen Höhen liegenden Antritte gaben neben gestalterischen Gesichtspunkten den Ausschlag für die Wahl von stetig gekrümmten Rampen ohne Zwischenpodeste. Für die Wahl des Baustoffes Stahl waren von Bedeutung: geringer Materialaufwand, schnelle Vorfertigung in der Werkstatt und die geringe Behinderung des Straßenverkehrs. Das Auflegen des Mittelträgers, der die Straße überspannt, dauerte mit Hilfe eines Autodrehkranes nur etwa eine Stunde.

Eine weitere Voraussetzung für diese Entscheidung war außerdem die Fähigkeit des Baubetriebes, eine derartige räumlich gekrümmte, torsionssteife Konstruktion herzustellen und montieren zu können.

Die vorliegende Konzeption des Brückensystems (zwei gegenläufige Schraubenlinien mit einer Steigung von 9 Prozent, verbunden mit einer tangential anschließenden, im Aufriß gekrümmten und im Grundriß geraden Linie) wurde aus einer Folge von mehreren Varianten als für die vorhandene Situation brauchbarste gewählt. Gestalterisch völlig überzeugend ist Variante 4.

Der Schwung der Wendel wird im mittleren Brückenbereich sowohl im Grund- als auch im Aufriß weitergeführt. Ökonomische Überlegungen, insbesondere für die Fertigung und die verkehrstechnische Notwendigkeit, die Straße möglichst schnell zu kreuzen, ließen jedoch die Wahl dieser Variante



3
Einordnung in die städtebauliche Situation
1 Sporthalle
2 Kaufhalle
3 Gaststätte
4 Ambulatorium
5 Feierabendheim
6 Dienstleistungskombinat, Post, Sparkasse
7 Bibliothek
8 Schule
9 Ausstellungstrakt

ausscheiden. Variante 1 und 2 wurden verworfen, weil diese Anordnung der Wendeln hier keine Vorteile bringt. Die zur Straße F 6 symmetrische Lage hingegen, so wie sie zur Ausführung kam (Variante 3), verleiht auch im Zusammenwirken mit den Pylonen dem Bauwerk den Charakter eines „Stadttores".

Der Querschnitt besteht im Brückenbereich aus einem schmalen, einzelligen Hohlkasten mit veränderlicher Bauhöhe und konsolartig verbreitertem Obergurt als Gehbahn. Im Wendelbereich wurde der Hohlkasten aus statischen und gestalterischen Gründen zum Krümmungsmittelpunkt hin verzogen, so daß hier eine besonders schlanke, durch das relativ breite Simsband markierte Konstruktion entsteht, die sich um die innen angeordneten Stützen windet. Das Simsband wird mit gleichbleibender Höhe, ohne jede Unstetigkeit über den gesamten Rampen- und Brückenbereich geführt. Der Schwung der Wendel setzt sich im sichelförmig überhöhten Mittelträger fort.

Die Sichelform wird durch einen Versatz der Ausrundungsradien für Ober- und Unterkante des Kastenträgers erzielt.

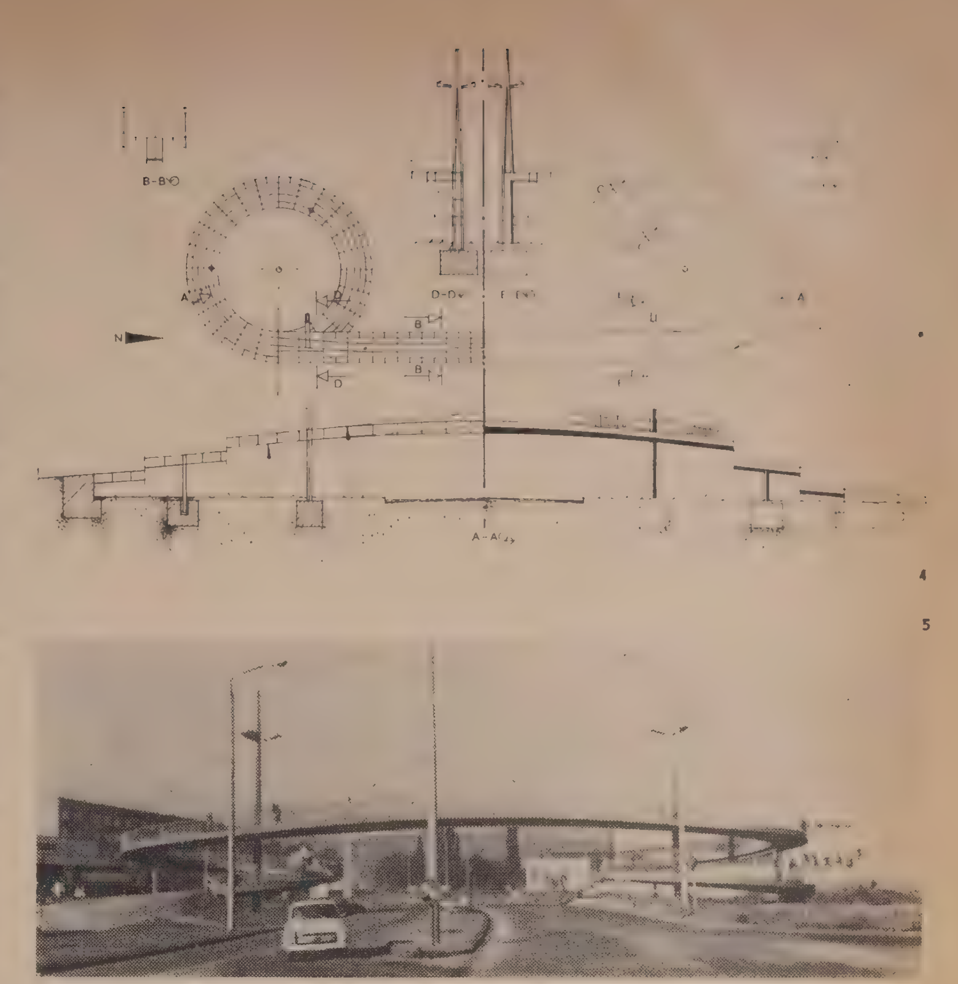
Das oben bereits erwähnte Verziehen des Hohlkastens aus der Mittellage im Querschnitt in eine innere Seitenlage erfolgt – in der Absicht, die Konstruktion nicht unnötig zu komplizieren – durch eine Gerade, die den Kreisbogen der Wendel tangiert. Der polygonale Anschluß an den Brückenträger ist mit einem Kreisbogen ausgerundet. Dieser „gebrochene" Linienzug der Unterseite des Hohlkastens im Übergangsbereich: Brückenträger-Wendel, der zwar im Schattenbereich der Brückenkonstruktion liegt, wird aber bei genauer Betrachtung als unschön registriert. Die hierbei gesammelten Erfahrungen zeigen, daß derartige Übergänge analog zum Straßenbau mit Übergangsbögen auszurunden sind. Die Fertigung der Konstruktion würde dadurch nicht wesentlich kompliziert.

Die bereits genannten gestalterischen Absichten, die örtlichen Gegebenheiten und die Berücksichtigung der Belange einer einfachen Unterhaltung waren die wesentlichen Bedingungen für die Konzipierung des statischen Systems und der konstruktiven Ausbildung. Alle Stützen und beide Rampenenden sind biege- und verdrehsteif mit den Fundamenten bzw. dem Brückenträger verbunden. Die feste Kopplung zwischen Rampenende und Fundament wird durch Einstabspannglieder erzielt. Auf diese Weise entsteht ein fugenloses Bauwerk, filigrane Lager- und Übergangskonstruktionen werden vermieden. Relative Bewegungen zwischen Fundament und der leichten Stahlkonstruktion und ein Umschlagen der Lagerreaktionen von Druck auf Zug treten nicht auf.

Entwässerungsrinnen sind bei Fußgängerbrücken in dieser räumlichen Situation nicht erforderlich, weil die etwa 30 Prozent ausmachenden Treppenanlagen ohnehin nicht oder nur sehr schlecht entwässert werden können. Werden aber trotzdem im Wendelbereich Rinnen vorgesehen, dann ist zu beachten, daß diese trotz einseitiger Querneigung zum Krümmungsmittelpunkt hin, an den äußeren Rand gelegt werden, weil das resultierende Gefälle unter Berücksichtigung der Fliehkraft des fließenden Wassers nach außen wirkt.

Ein wesentliches Argument gegen die Wahl eines gewendelten Rampenbereiches wäre die aufwendigere Fertigung gegenüber geraden, gewinkelten Rampen. Dieser Aufwand wird beachtlich reduziert durch:

- Anwendung einer geeigneten Fertigungstechnologie und
- Wegfall von Podesten, die bei geraden Rampen bis zu 30 Prozent der für die Überwindung der vorhandenen Höhe notwendigen Rampenlänge ausmachen können.



4

Grundriß mit Verlegungsplan, Schnitte 1 : 600



5

Eingangssituation bei der Fernverkehrsstraße F 6 zur Stadt

6 bis 9

Situationsfotos

6



7



8



9

Eindrücke in Prag

Dr.-Ing. Kurt Ludley, Architekt BdA/DDR

Urlaub im Ausland ist für einen Städtebauer oder Architekten kein Urlaub von seinen Fachproblemen, sondern willkommene Gelegenheit zur Information und zum wertenden Vergleich der eigenen Leistungen und der Arbeitsergebnisse der Fachkollegen. Im Unterschied zu speziell vorbereiteten Fachexkursionen ist es vor allem der subjektive Eindruck des Zufallsbesuchers von der in der Realität vorhandenen und zu besichtigenden baulich-räumlichen Umwelt, der gegenüber einer umfangreichen Detailinformation und dem Studium von Planungskonzeptionen bei gastgebenden Institutionen überwiegt. Umso angenehmer ist es, wenn man zum Beispiel in Prag in einem in hoher Auflage kostenlos angebotenen Programm „Prager Kultursommer August 1980" außer auf Theater- und Kulturveranstaltungen auch auf Ausstellungen über Städtebau und Architektur hingewiesen wird und durch deren Besuch die vielfältigen visuellen Erlebnisse durch fachspezifische Aussagen ergänzen kann. Das Angebot reicht vom Modell M 1 : 432 der Stadt Prag um das Jahr 1830 im Museum der Stadt Prag (Praha 1, Nove Město, Sady Jana Švermy 1554, an der Metrostation „Sokolovska") bis zur ständigen Ausstellung über „Planung und Ausbau der Hauptstadt Prag" des Organs des Hauptarchitekten der Hauptstadt Prag (Praha 4, Pankrác, an der Metrostation „Mládežnická"). Jedem interessierten Kollegen sei der Besuch dieser letztgenannten Ausstellung empfohlen, weil ausführlich über bisherige Ergebnisse und vor allem über Planung und Prognose der Stadtentwicklung von Prag, insbesondere über die Entwicklung der Wohnbedingungen, berichtet wird. Einige dieser Aussagen seien im folgenden wiedergegeben.

Wenn in den Jahren 1826 bis 1834 der Beamte der Universitätsbibliothek Prag, Antonin Langweil, sich noch vornehmen konnte, das Bestandsmodell der Stadt etwa im Maßstab 1 : 500 detailgetreu aus Pappe, Papier und Holz zu bauen und mehr als die Hälfte der gesamten Bausubstanz (2228 Gebäude) fertigstellte, wäre eine ähnliche Arbeit 50 Jahre später ein hoffnungsloses Unterfangen gewesen. Um 1850 war die Stadt 8 km² groß und hatte 6887 Häuser für 157 233 Einwohner. 1910 waren die Flächenausdehnung auf 21 km², die Zahl der Häuser auf 16 746 und die Anzahl der Einwohner auf 616 631 angewachsen. 1922 wurde durch Eingemeindung der Vorstädte Groß-Prag mit einer Fläche von 172 km², mit 19 044 Häusern und mit 676 657 Einwohnern geschaffen. Bis 1945 verdichtete sich die Bebauung auf der verfügbaren Fläche von 172 km²; in 42 327 Häusern wohnten 949 039 Einwohner. 1967 wurde die Stadtgebietsfläche auf 290 km² erweitert; gleichzeitig wurde die Entscheidung für den Bau der Metro getroffen. Im Ergebnis der Generalplanung für die Prager mittelböhmische Agglomeration wurde 1974 die Verwaltungsregion der Stadt Prag auf 500 km² ausgedehnt.

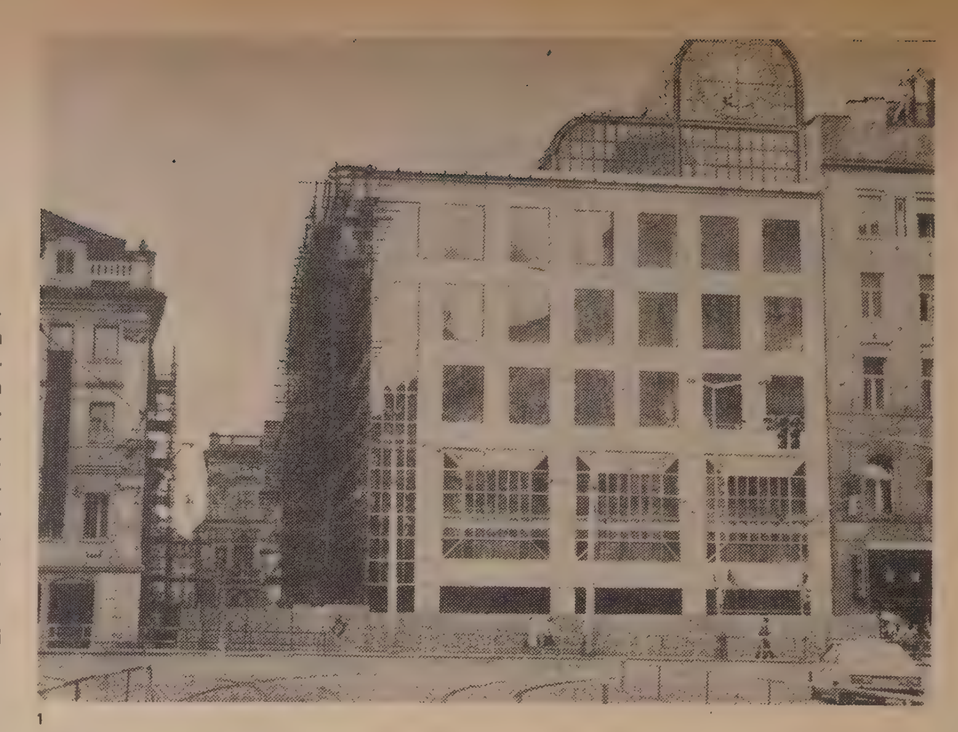
1970 lebten in Prag 1 143 000 Einwohner (Ew) in 472 300 Haushalten (HH); das entspricht einem Wert von 2,42 Ew/HH. Orientierungsgrößen für die künftige Entwicklung sind:

1980 1 198 000 Einwohner
und 490 400 Haushalte (2,44 Ew/HH)
1990 1 220 000 Einwohner
und 490 300 Haushalte (2,49 Ew/HH)
2000 1 246 000 Einwohner
und 508 400 Haushalte (2,45 Ew/HH)
2010 1 265 000 Einwohner
und 516 100 Haushalte (2,45 Ew/HH)

Von 1945 bis 1975 entstanden vor allem auf freien Stadtrandflächen (etwa 1500 ha) über 130 000 neue Wohnungen. Die wichtigsten Standorte sind in dem Übersichtsplan dargestellt. Die Steigerungsraten in den einzelnen 5-Jahrplan-Zeiträumen sind beeindruckend:

1945 bis 1950 5 400 WE
1951 bis 1955 8 800 WE
1956 bis 1960 17 000 WE
1961 bis 1965 30 000 WE
1966 bis 1970 29 000 WE
1971 bis 1975 44 000 WE

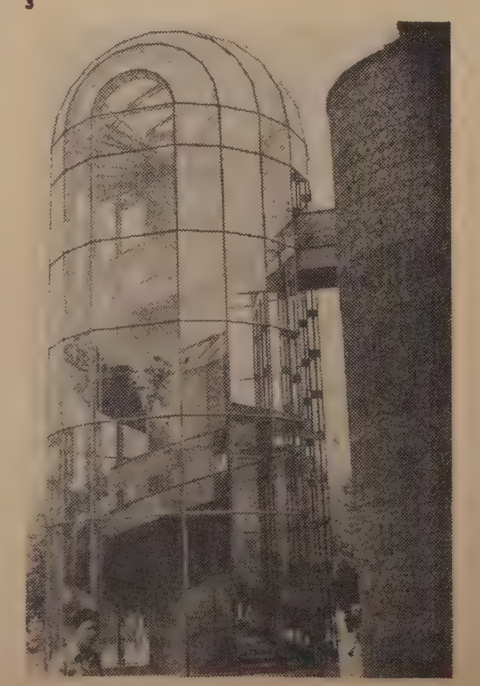
Für den Zeitraum 1976 bis 1990 wird auf den Bau von 180 000 Wohnungen orientiert. Derzeit konzentriert sich die Bautä-



1



2



3



1
Baulückenschließung an der Metrostation Mustek in Prag

2
Blick auf den Haupteingang des neuen Prager Hauptbahnhofes

3
Detail Hauptbahnhof

4
Übersicht über die weitere städtebauliche Entwicklung Prags bis zum Jahre 1990

Legende zu 4

- Denkmalreservate
- Modernisierungs- und Umgestaltungsgebiete
- Metrolinien A, B, C und D
  - im Betrieb
  - im Bau bzw. bis 1990 geplant
  - nach 1990 geplant
- Autobahn Bestand und Planung
- geplantes Hauptstraßennetz
- Standorte des Wohnungsneubaus 1945 bis 1975
- Standorte des Wohnungsneubaus 1976 bis 1990
- Industriebezirke
  - Vorhanden bzw. im Bau
  - geplant
- Flußlauf, Gewässer
- Stadtgrenze
- Ausstellung des Büros

Zu Abb. 4

Standorte des Wohnungsneubaus 1945 bis 1975

1 Červený vrch	2 700 WE	11 Prosek (1956—1967)	9 440 WE
2 Petřiny (1959—1970)	4 120 WE	12 Malešice	4 640 WE
3 Na Marjánce		13 Zahradni Město	4 930 WE
4 Kobylisy	2 020 WE	14 Spořilov	
5 Ďáblice (ab 1969)	8 220 WE	15 Hloubětin	
6 Sokolovská		16 Vršovice (ab 1952)	6 740 WE
7 Invalidovna (1961—1965)	1 274 WE	17 Letňany	
8 Pankrác	3 730 WE	18 Chmelnice-Jarov	
9 Krč	3 810 WE	19 Jižni Město (1970—1990)	21 650 WE
10 Lhotka	7 580 WE	20 Bohnice (1972—1978)	9 120 WE

Standorte des Wohnungsneubaus 1976 bis 1990

21 Letňany	26 Modrany-Komořany	13 000 WE
22 Černy Most	27 Zbraslav-Lipence (außerhalb des Kartenausschnittes im Süden der Stadt)	
23 Bechovice-Ujezd (außerhalb des Kartenausschnittes im Osten der Stadt)	28 Barrandov	
24 Uhřinéves-Kolovraty	29 Jihozápadni Město	50 000 WE
25 Měcholupy-Petrovice	30 Repy-Blatiny	7 600 WE

Modernisierungs- und Umgestaltungsgebiete

31 Břevnov	34 Kobylisy	37 Karlin	40 Vršovice
32 Smichov	35 Horni Libeň	38 Žižkov	41 Nusle
33 Holešovice	36 Dolni Libeň	39 Vinohrady	42 Lhotka

(Die Angaben wurden den Exponaten der Ständigen Ausstellung des Büros des Hauptarchitekten der Stadt Prag sowie einer von diesem Büro herausgegebenen Broschüre „Prag — Die städtebauliche Entfaltung der Stadt" entnommen.)

5

tigkeit auf die für 70 bis 80 000 Einwohner berechnete Südstadt (Jižni Město), während nach 1980 die Südweststadt (Jihozápadni Město) entstehen soll, die einschließlich umliegender Wohnsiedlungen 120 bis 150 000 Einwohner beherbergen wird. Im Zusammenhang mit den Wohngebieten sind der Ausbau und der Neubau von Industriebezirken sowie die Modernisierung von Arbeitsstätten vorgesehen.
Die Flächenausdehnung der Stadt und ihre topographische Situation erfordern umfangreiche Maßnahmen des Straßenbaus und des Ausbaus des Metronetzes mit insgesamt vier Linien.

5
Neues Außenhandelszentrum in Prag-Vokovice

6
Detail am neuen Außenhandelsunternehmen

6



Ständig zunehmende Bedeutung erlangen die Modernisierung der Altbausubstanz und der Ersatzneubau in den alten Siedlungskernen um das historische Zentrum; zum Beispiel in Žižkov, Smichov, Karlin und Holešovice, die zum Teil mit einer Auflokkerung der Bebauung verbunden sind. So wohnten 1970 im Modernisierungsgebiet Vinohrady (Weinberge) 15 778 Einwohner in 6200 Wohnungen. Nach der Umgestaltung ist ein Wohnungsbestand von 4300 für 12 790 Einwohner geplant.

Besonders umfangreiche und qualifizierte Bauarbeiten sind im historischen Stadtkern durchzuführen. Dieses Gebiet ist in seiner Gesamtheit als städtische Denkmalreservation gesetzlich geschützt. Damit sind Struktur, Bebauung und Silhouette des Gebietes zu erhalten, es muß aber gleichzeitig lebendiger Bestandteil der modernen Stadt und ihres Zentrums sein und bleiben.

Neben ausgedehnten Wohnungsbaugebieten fallen dem Besucher zahlreiche Neubauten ins Auge, die kulturellen Zwecken wie der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung dienen oder für Betriebe und Einrichtungen entstanden sind und das Stadtbild prägen. Dazu zählen u. a. der im April 1981 übergebene Kulturpalast an der Metrostation „Klement-Gottwald-Brücke", das Gebäude der Föderalversammlung am Wenzelsplatz, Neubauten als Lückenschließungen am Wenzelsplatz, die Warenhäuser „Kotva" und „1. Mai", Hotels wie „Inter-Continental" und „Prag" (in Dejvice) sowie Gebäudekomplexe von Wirtschaftsvereinigungen wie Koospol, Kovo, Chemapol und Merkuria. Am Nationaltheater werden umfangreiche Rekonstruktions- und Erweiterungsmaßnahmen durchgeführt, die 1982 abgeschlossen sein sollen.

Die Koordinierung aller baulichen Entwicklungsmaßnahmen der Stadt ist im Generalbebauungsplan festgelegt. Seine Detaillierung erfolgt durch städtebaulich-architektonische Entwürfe. Als Hauptgrundsätze des Flächennutzungsplans der Stadt Prag wurden formuliert:

- Die Stadt Prag und ihr Umland bilden ein unteilbares urbanistisches Ganzes.
- Die eigentliche Stadt Prag ist als komplexer Stadtorganismus zu formen in der Einheit von urbanisierten Räumen, Natur und Landschaft.
- Die vorhandenen außergewöhnlichen Werte der Prager Architektur erfordern die Wahrung dieser Eigenschaften und die Weiterentwicklung der kulturellen Umwelt.
- In der funktionellen Struktur der Stadt sind ein unerwünschtes Durchdringen ungleichartiger Komponenten zu beseitigen und die einzelnen Funktionen optimal aufzuteilen.
- Flächenanforderungen der Wohnstätten und der gesellschaftlichen Ausstattungen aller Art, des Verkehrs und der Produktion dürfen keine Verringerung der Grün- und Freiflächen herbeiführen.
- Beim Aufbau außerhalb des Straßenringes darf keine kompakte und zusammenhängende Bebauung der Stadt zugelassen werden.
- Zwischen den Stadtteilen ist ein Ausgleich des Ausstattungsstandards und des Umweltniveaus herbeizuführen.
- Der rechtzeitige Ausbau der technischen Infrastruktur und des Verkehrsnetzes ist sicherzustellen.
- Dem öffentlichen Personennahverkehr ist der Vorrang zu geben (Ausbau der Metro).
- Mit der Lösung der aktuellen Aufgaben des Aus- und Umbaus der Stadt sind Reserven für zukünftige Entwicklungsbedürfnisse frei zu halten.

Initiativen für die Aus- und Weiterbildung der Kader des Bauwesens nach der 7. Baukonferenz

Professor Dr.-Ing. Erwin Ludwig
Direktor des Instituts
für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen
Dr. paed. Klaus Zander
Stellvertreter des Direktors des Instituts
für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen

Die 7. Baukonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR stellte sowohl von der politischen Zielstellung, von ihrem Inhalt als auch vom Zeitpunkt ihrer Durchführung her gesehen einen wichtigen Abschnitt bei der Vorbereitung des X. Parteitages der SED dar. Jetzt, unmittelbar nach diesem, unsere weitere Entwicklung so entscheidend bestimmenden Ereignis soll in einer ersten Bilanz dargestellt werden, mit welchen Maßnahmen der Ergebnisse der 7. Baukonferenz in die Aus- und Weiterbildung der Kader des Bauwesens Berücksichtigung finden.

Im Mittelpunkt des Referats des Ministers für Bauwesen, Wolfgang Junker, auf der Konferenz, in vielen Diskussionsbeiträgen und besonders hervorgehoben im Schlußwort des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, wurde immer wieder die Frage untersucht, wie können wir die Vorzüge des Sozialismus noch umfassender als bisher mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbinden, und wie gelingt es uns im Bauwesen, alle Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik zu nutzen, um schön und zweckmäßig, modern und effektiv zu bauen, kurzum, zu Spitzenleistungen bei den wichtigsten Erzeugnissen und Technologien zu gelangen.

Bereits in der Phase der Vorbereitung der 7. Baukonferenz, vor allem aber in der unmittelbaren Auswertung ihrer Ergebnisse wurden wir in unserem Standpunkt bestätigt und bekräftigt, daß der geforderte Rationalisierungsschub und die schnellere Effektivitätssteigerung im Bauwesen auch durch den Beitrag der Bildung zu realisieren ist, und daß die politische und beruflich-fachliche Bildung eine entscheidende Leistungsvoraussetzung der Kader darstellt.

Deshalb wurde auch, bei sorgfältiger Abstimmung mit anderen Einrichtungen — vor allem mit der Bauakademie der DDR — die Lösung bildungspolitischer Aufgaben zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als gegenwärtiger und künftiger Schwerpunkt der Arbeit unseres Instituts betrachtet.

Unter diesem Gesichtspunkt und im Hinblick auf eine schnelle und praxiswirksame Einflußnahme auf die Aus- und Weiterbildung der Kader des Bauwesens aller Bildungsebenen, wurde die Aufgabenstellung der 7. Baukonferenz in 9 Schwerpunktkomplexe geordnet:

1. Die Leistungsvergleiche zwischen den Kombinaten und Betrieben sind zum Erkennen der Niveauunterschiede sowie zur Ermittlung und verbindlichen Anwendung von Bestwerten als entscheidender Maßstab zu nutzen.

2. Die vorhandene Bausubstanz ist maximal zu nutzen und die Einheit von Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Bauwerkserhaltung zu gewährleisten.

3. Der Bauaufwand als ausschlaggebender Faktor zur Erhöhung der Effektivität des Investitions- und Baugeschehens ist um 15 Prozent zu senken.

4. Die Bauzeiten sind durch eine schnelle Überleitung neuer Erzeugnisse und Technologien in die Produktion um 30 bis 50 Prozent zu verkürzen.

5. Das energieökonomisch vorteilhafte Bauen ist vor allem über eine entsprechende konstruktive und technologische Gestaltung der Bauwerkshülle und der Heizsysteme durchzusetzen. Gleichzeitig ist der Energieaufwand zur Produktion von Baumaterialien- und Vorfertigungserzeugnissen zu senken.

6. Durch die Erschließung einheimischer Rohstoffe, eine höhere Veredlung der Rohstoffe sowie sorgsamen Umgang mit Material im Bauprozeß ist eine entschieden höhere Materialökonomie durchzusetzen.

7. Die weitere Industrialisierung des Bauens, die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie die generelle Erhöhung des technologischen Niveaus sind durch ausreichenden wissenschaftlich-technischen Vorlauf und den entsprechenden Qualifizierungsstand der Kader zu sichern.

8. Die Qualität der Bauvorbereitung und -ausführung ist generell zu verbessern.

9. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, die volle Nutzung der Grundfonds, die sozialistische Rationalisierung (einschl. eigenem Rationalisierungsmittelbau) sind mit dem Schöpfertum der Bauschaffenden, der Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, der Verwirklichung des sozialistischen Leistungsprinzips und der weiteren Festigung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen der Bauschaffenden organisch zu verbinden.

Um die Voraussetzungen zu schaffen, daß diese Aufgaben durch die Werktätigen des Bauwesens gelöst werden, kommt der Aus- und Weiterbildung eine entsprechende Bedeutung zu.

Der Minister für Bauwesen stellte dazu in seinem richtungweisenden Referat zur 7. Baukonferenz fest, daß „jeder Fortschritt zu höheren Leistungen um so größer ist, je besser die Menschen, die Kollektive und ihre Leiter dazu befähigt werden." Und er orientierte weiter darauf, daß „die Weiterbildung der Bauschaffenden stets vorausschauend als für den Erfolg entscheidend über die wachsenden politischen und fachlichen Anforderungen auszurichten ist."

Unter diesen Aspekten war es in der ersten Phase der Auswertung der Konferenz besonders wichtig, den Bildungseinrichtungen und den Funktionären der Kombinate eine praxiswirksame Unterstützung und Anleitung für die schnelle und zielgerichtete Umsetzung der Beschlüsse und Aufgabenstellungen auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung zu geben. Zu diesem Zweck wurden durch leitende Genossen unseres Instituts die Beschlüsse der 7. Baukonferenz und die unmittelbaren und langfristigen Konsequenzen für die Aus- und Weiterbildung in Beratungen mit den Direktoren der Ingenieurschulen des Bauwesens, den Direktoren der Betriebsschulen des Bauwesens, den Inspektoren für Berufsbildung bei den Bezirksbauämtern und in den zentral geleiteten Kombinaten sowie im Wissenschaftlichen Beirat der Bauhochschulen erläutert.

Als praktische Hilfe für die Lehrkräfte wurden alle Lehrpläne zur Ausbildung der Bauschaffenden in den Bildungsebenen Facharbeiter, Meister, Ingenieurschulkader, Hochschulkader sowie die übergreifenden Konzeptionen zur Weiterbildung inhaltlich präzisiert. Dabei ging es nicht darum, die vorbildlichen und generell bewährten Lehr- und Studienpläne zu verändern. Es kam uns vielmehr darauf an, deutlich zu machen, in welchen Lehrgängen, Fachgebieten oder Stoffkomplexen die sich aus den genannten 9 Schwerpunkten ergebenden Bildungskonsequenzen besonders — auf der Grundlage der verbindlichen Lehrplaninhalte — berücksichtigt werden sollten.

Diese Zuordnung wurde aufbereitet und in Form folgender Titel zu Beginn des Lehr- und Studienjahres 1980/81 den Bildungseinrichtungen und Lehrkräften zur Verfügung gestellt:

1. Hinweise für die Aus- und Weiterbildung von Facharbeitern und Meistern in Auswertung der 7. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR

2. Präzisierung zu Lehrprogrammen der Fachrichtungen Hochbau, Tiefbau, Baustoffe, Vorfertigung, Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik, Ingenieur-Ökonomie sowie Landschafts- und Grünanlagenbau in Auswertung der 11. und 12. Tagung des ZK der SED, des Politbürobeschlusses über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen vom 18. 3. 1980 und der 7. Baukonferenz.

3. Anforderungen an die Hochschulausbildung in den Grundstudienrichtungen Bauingenieurwesen und Städtebau/Architektur sowie in den Fachrichtungen TGA, Vorfertigung und Silikattechnik in Auswertung der 11. und 12. Tagung des ZK der SED, des Politbürobeschlusses über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen vom 18. 3. 1980, der 7. Baukonferenz und der 5. Hochschulkonferenz.

4. Ausgewählte Anforderungen an die Weiterbildung der Bauschaffenden in Auswertung der 7. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR.

Wesentlich für eine schnelle und unmittelbare inhaltliche Umsetzung der 7. Baukonferenz an den Bildungseinrichtungen des Bauwesens war, daß sofort mit Beginn des Lehr- und Studienjahres 1980/81 in allen Unterrichtsstunden und Lehrveranstaltungen die entsprechenden Bezüge hergestellt wurden.

Um diesen Prozeß zu unterstützen, nahmen Mitarbeiter des Instituts für Aus- und Weiterbildung in einer Reihe von betrieblichen Bildungseinrichtungen und an allen Ingenieurschulen des Bauwesens an Beratungen des Lehrkörpers teil und führten in der ersten Unterrichtswoche zahlreiche Hospitationen durch. Dadurch konnten Hinweise für die Umsetzung der Beschlüsse der 7. Baukonferenz an die Lehrkräfte gegeben werden, mit welcher Konkretheit und Wirksamkeit das Anliegen der 7. Baukonferenz in die Lehre getragen wurde.

Diese ersten Eindrücke sowie eine Reihe nachfolgender Inspektionen haben gezeigt, daß die Aufgabenstellung der 7. Baukonferenz von den Leitern und Lehrkräften an den Bildungseinrichtungen des Bauwesens verstanden wurde, und daß mit politischem und fachlichem Engagement daran gearbeitet wird, daß der Anteil der Aus- und Weiterbildung an der Gesamtaufgabenstellung erbracht wird. Selbstverständlich handelt sich sich hierbei um einen Prozeß, der über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder aktiviert werden muß.

Um die dafür erforderliche Koordinierung der Arbeit der verschiedensten Bildungsträger zu gewährleisten, wurde ebenfalls eine Beratung mit den entsprechenden Einrichtungen und Gremien wie Bauakademie der DDR, KDT, BdA/DDR und Bauhochschulen geführt.

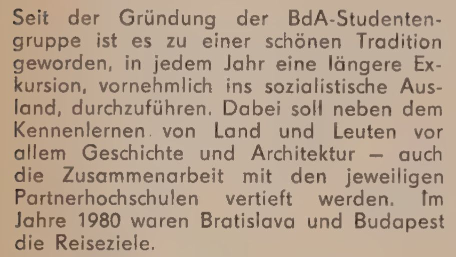
Es kommt jetzt darauf an, die eingeleiteten Bildungskonsequenzen mit dem Blickwinkel der 7. Baukonferenz und der Beschlüsse des X. Parteitages der SED kontinuierlich weiter durchzusetzen. Gleichzeitig ist auch unter dem Gesichtspunkt der aufgezeigten technischen und baupolitischen Entwicklungsrichtungen sorgfältig zu untersuchen, wie sich die Aus- und Weiterbildung im Bauwesen langfristig entwickeln muß. Bei dieser Fragestellung werden sowohl Probleme des Inhalts und der Berufs- oder Fachrichtungsstruktur als auch die Gestaltung einer zyklischen Weiterbildung für die verschiedensten Kadergruppen, besonders die ständige gezielte Weiterbildung der Lehrkräfte, berührt.

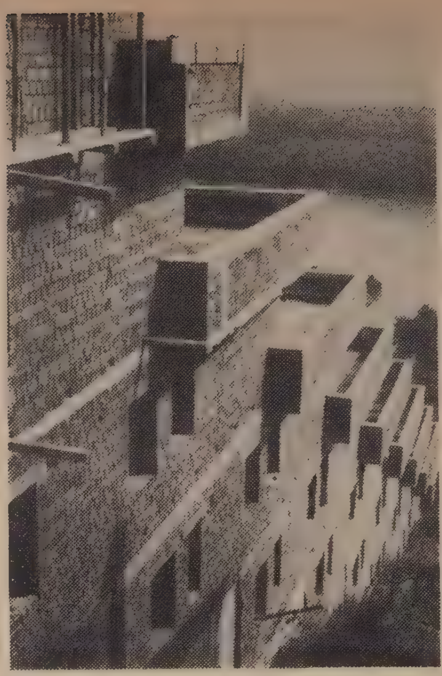


Bratislava – Budapest

Traditionelle Sommerexkursion der BdA-Studentengruppe der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Susann Sauerbier, Uwe Tomaszewski





1 Terrassenhaus in Bratislava



2 Alt und neu in Budapest (Hilton-Hotel auf der Budapester Burg)

Seit der Gründung der BdA-Studentengruppe ist es zu einer schönen Tradition geworden, in jedem Jahr eine längere Exkursion, vornehmlich ins sozialistische Ausland, durchzuführen. Dabei soll neben dem Kennenlernen von Land und Leuten vor allem Geschichte und Architektur – auch die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnerhochschulen vertieft werden. Im Jahre 1980 waren Bratislava und Budapest die Reiseziele.

Den meisten ist Bratislava nur als Durchreisestation nach Ungarn oder anderen südosteuropäischen Ländern bekannt. Doch diese Stadt ist gerade wegen ihrer Verflechtung moderner Wohnviertel und interessanter Hochbauten mit einer gut erhaltenen Altstadt, die zahlreiche historische Denkmale aufweist, äußerst interessant und sehenswert. Der jahrhundertealte Kern der slowakischen Donaumetropole bildet das Herz des gesellschaftlichen Lebens der Stadt.

Bei der Dauer unseres Aufenthalts konnten wir nur die wesentlichsten der über 360 wertvollen Baudenkmale besichtigen. Dazu gehörten z. B. die Burg (907 erstmals namentlich nachgewiesen), die Altstadt mit Michaelertor (13. Jahrh.), Altem Rathaus (1370 erstmals erwähnt), der Academia Istropolitana (1465 gegründet), dem Primatialpalast (1777 bis 1781 erbaut), dem Martinsdom (14. Jahrh. – Krönungskirche der ungarischen Könige), dem ehemaligen Klarissinnenkloster (13. Jahrh.) sowie der Slowakischen Nationalgalerie mit ihrer ständigen Ausstellung von Werken der bildenden Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts. Besonders hervorzuheben ist hierbei, daß sich in der Kirche des Klarissinnenklosters eine Ausstellung gotischer Malerei und Plastik befindet, die durch eine perfekte Ton- und Lichttechnik attraktiv dargeboten wird. Im Alten Rathaus, in dessen historischem Innenhof des öfteren Konzerte oder Theaterstücke aufgeführt werden, ist außerdem das Stadtmuseum untergebracht.

Künstlerisch sehr beeindruckend waren auch die Portale einer Reihe von überwiegend barocken Palästen und Bürgerhäusern aus dem 17. Jahrhundert in den Straßen Nálepkova und Jiráskova.

Im Jahre 1977 erhielt die Altstadt mit dem Umbau der ehemaligen Wasserkaserne zur Nationalgalerie ein charakteristisches Bauwerk. Obwohl das Gebäude an sich sowohl architektonisch als auch ingenieurtechnisch sehr interessant ist, löst es sich jedoch zu sehr aus der umgebenden Bebauung heraus.

Die Straßenfront wird durch eine stählerne brückenartige Fachwerkkonstruktion, die auf zwei Erschließungskerne aufgelagert ist, gebildet. Da der Erdgeschoßbereich nicht geschlossen, sondern offen gehalten wurde, besteht eine gute Sichtbeziehung zwischen dem Innenhof und dem Donauufer.

Im Inneren eröffnet sich dem Besucher mit den galerieartig angeordneten Ausstellungsgeschossen eine gelungene architektonische Lösung. Die dort gezeigten Kunstwerke werden durch ein voll verglastes Dach und spezielle Unterdeckenkonstruktionen gleichmäßig beleuchtet.

Bei einem Besuch im Stadtbauamt erhielten wir einen Überblick über den Generalbebauungs- bzw. Perspektivplan bis zum Jahr 2000. Bratislava ist auf Grund seiner Lage zwischen Donau und Kleinen Karpaten (sog. Thebener Tor) ein verkehrstechnischer Engpaß. Zur Zeit führt der Durchgangsverkehr von Prag und Wien nach Ungarn noch durch das Stadtzentrum. Für den Anschluß an die Autobahn nach Ungarn sind zwei neue Brücken oder ein Tunnel durch die Kleinen Karpaten erforderlich.

Da Bratislava auch ein großer Güterumschlagplatz ist, wird der Ausbau der derzeitig vorhandenen zweigleisigen Eisenbahnstrecke notwendig. Dies und das geplante Ringstraßensystem für den Anschluß der weit verzweigt liegenden neuen Wohngebiete bilden den Schwerpunkt in der Bau- und Investitionstätigkeit der nächsten Jahrzehnte.

Ein weiteres großes Problem bildet die Bereitstellung von Wohnraum für die ständig anwachsende Bevölkerung:
Nach dem zweiten Weltkrieg waren es 139 000 Ew, 1964 260 000 Ew, 1973 325 000 Ew und 1980 sind es rund 350 000 Einwohner.

Diese Bevölkerungszunahme steht in engem Zusammenhang mit der Herausbildung des größten petrolchemischen Zentrums der ČSSR (Endpunkt der Erdölfernleitung „Freundschaft" aus der Sowjetunion). Das führte zum Bau neuer Wohngebiete wie Vinohrady, Ružinov, Karlova Ves, Mlynská Dolina usw.

Einen Überblick über diese neuen Wohngebiete verschafften wir uns von der Aussichtsplattform des Fernsehturms auf dem Kamzík (440 m. ü. NN). Dabei trat wieder ein Charakteristikum Bratislavas zutage: Selbst von diesem 68 m über dem Berggipfel gelegenen Punkt aus ist es nicht möglich, die ganze Stadt, die in das Gebirge eingebettet ist, zu überblicken. Obwohl mit Typenprojekten gebaut wurde, zeigt jedes Wohngebiet ein spezifisches Aussehen. Dazu tragen auch die teilweise verwendeten Sonderlösungen, wie terrassierte Wohnhäuser und die Eingliederung von gesellschaftlichen Bauten mit gesamtstädtischer Bedeutung sowie Einfamilienhausgebiete bei.

Der Fernsehturm selbst ist ein von vielen Punkten der Stadt sichtbares neues Wahrzeichen von Bratislava. Seine außergewöhnliche Form kehrt bei dem Gebäude des slowakischen Rundfunks wieder, das einer auf der Spitze stehenden Pyramide gleicht und eine Dominante innerhalb eines neu entstehenden städtebaulichen Ensembles in der Nähe der Technischen Hochschule bildet. Dieser Stadtteil gleicht einer riesigen Baustelle, da gleichzeitig die innerstädtischen Verkehrsstrassen umverlegt werden.

Unweit davon, auf dem Hochschulgelände, entsteht ein Neubau für die Hydrotechnik-Fakultät, der zuerst als Stahlskelett projektiert und nun als Stahlbetonskelett ausgeführt wird ... Wenn auch viele handwerkliche Arbeiten – wie z. B. Mauerziegelausfachungen – notwendig sind, verspricht jedoch der fertige Bau mit seinen gestaffelten Dachterrassen ein interessantes und modernes Erscheinungsbild.

Bei der Besichtigung der Technischen Hochschule Bratislava (SVŠT) zeigte uns ein Assistent dieser Einrichtung den gesamten Hochschulkomplex, vor allem die Fakultäten Architektur und Städtebau. Für uns als Studenten war es interessant, die dort angewendeten Lehrmethoden und Arbeitsweisen näher kennenzulernen. Beachtenswert war dabei vor allem die Grundlagenausbildung im Freihandzeichnen, in der Farbgebung und Plastik sowie in der Baugeschichte. Der Umfang der Ausbildung im künstlerischen Bereich ist wesentlich weiter gespannt und tiefgehender, als wir das durch unser Studium kennen. Im Fach Baugeschichte ist die Wissensvertiefung durch das Anfertigen von Belegen zu den jeweiligen Themen effektiver und anschaulicher und fördert außerdem die künstlerischen Fähigkeiten und die Eigeninitiative der Studenten. Weiterhin erschien uns die Ausbildung in der Modellgestaltung an der städtebaulichen Fakultät äußerst bemerkenswert, einmal auf Grund der Versorgung mit Materialien und der zur Verfügung stehenden Werkstätten und zum anderen durch eine nicht nur auf derzeitig existierenden Planungsnormativen und Typenprojekten basierenden Entwurfstätigkeit. Hervorzuheben wäre auch das qualitativ hochwertige Angebot an Arbeitsblättern, die von Studenten käuflich erworben werden können.

Bratislava als Hochschulort bietet eine gute



3



4



5

3|4 Zweimal studentisches Wohnen in Bratislava, Karlova Ves

5 Eine Pause tut gut

Möglichkeit zum Vergleich des studentischen Wohnens. Man findet in fast allen Stadtteilen neue Studentenwohnheime und Hochschulgebäude. Besonders auffallend durch seine Anlage und Gestaltung ist hierbei der Wohnheimkomplex im Stadtteil Karlova Ves. Etwa 20 fünfgeschossige quadratische Baukörper sind schachbrettartig an einem Hang angeordnet und bilden eine Vielzahl von Innenhöfen. Sie sind einer Wohnscheibe und einem Versorgungskomplex zugeordnet. Das gesamte Gelände wird von einer Ringstraße erschlossen. Jedes der Zimmer in diesen Einheiten ist sowohl von innen als auch durch außenliegende Laubengänge, die zugleich einen konstruktiven Sonnenschutz darstellen, zu erreichen. Diese Umgänge sind untereinander durch Treppen, Rampen und Übergänge verbunden, so daß man jeden Punkt des Gesamtkomplexes darüber erreichen kann. Bei allen von uns besichtigten Wohnheimen fanden wir fast ausschließlich Zwei- und Dreibettzimmer vor . . .!

In den östlichen Stadtteilen wurden bzw. werden einige bedeutende gesellschaftliche Gebäude errichtet. So entsteht in der Nähe der provisorischen Eisenbahnbrücke das neue Pressezentrum der Partei. Das Tragwerk besteht aus einer stählernen geschoßhohen Vierendeelträgerkonstruktion. Die Widerspiegelung der Tragkonstruktion in der Fassadengestaltung bleibt abzuwarten, da sich das Gebäude erst im Rohbau befindet.

Weiter östlich, im Stadtteil Ružinov, steht das Hotel „Bratislava". Es ist in einer Kombination von Stahlskelettbau und Betonwandbau errichtet. Im Innern befindet sich ein zweigeschossiges Atrium mit einer sichtbar belassenen knallroten Wabenträgerkonstruktion. Diese Farbgebung wiederholt sich in der Gestaltung der Fassade.

Das bildet einen belebenden Farbtupfer in der noch ziemlich öden und bisher nicht durchgrünten Umgebung.

Unweit davon zieht die neue Eissporthalle die Blicke auf sich, da sie wie ein dunkelbrauner Kristall inmitten der üblichen Wohnbebauung steht. Im Innenraum wird die braun gestrichene stählerne Tribünenkonstruktion durch ein in leuchtendem Rot gehaltenes räumliches Stabtragwerk überspannt. Gemeinsam mit der vollständig aus verspiegeltem braunem Sonnenschutzglas bestehenden Fassade, welche an japanische Beispiele erinnert, bildet sie mit der Eisfläche einen guten Kontrast und vermittelt trotzdem eine warme Atmosphäre. Auch hier wurde wie schon beim Hotel „Bratislava" versucht, die in der Außenerscheinung nötigen Bauteile der technischen Gebäudeausrüstung architektonisch zu gestalten und einzubeziehen.

Zwei weitere wichtige gesellschaftliche Bauten dieses neuen Stadtteils sind das Haus der Gewerkschaften, das eine Assoziation zur Finnlandia-Halle von Alvar Aalto erweckt, und das Verwaltungsgebäude der Außenhandelsgesellschaft KOSPOOL mit seinen gegenläufig terrassierten Gebäudetrakten. In unmittelbarer Nachbarschaft entsteht in einer interessanten Stahlbetonskelettkonstruktion ein neues Dienstleistungs- und Einkaufszentrum.

Eine architektonische Sehenswürdigkeit Bratislavas ist, für uns ungewöhnlich, das neue Krematorium. Dieser am nördlichen Autobahnzubringer gelegene Komplex stellt eine ausgezeichnete Synthese zwischen Architektur und Landschaftsgestaltung dar und ist in den die Stadt umschließenden Grüngürtel einbezogen. Das eigentliche Gebäude besteht aus einer interessanten individuellen Komposition paralleler tragender heller Wandscheiben mit dazwischen gesetzten dunklen Glasflächen, die nach dem Grünraum des Urnenhaines orientiert sind. Dadurch wird im Inneren eine ruhige Atmosphäre hervorgerufen, die der Situation angepaßt erscheint.

Den Abschluß unseres Aufenthaltes bildete ein Besuch in der größten Biergaststätte der gesamten ČSSR, die wohlgemerkt nicht in Plzeň oder České Budějowice, sondern in der Slowakei in Bratislava steht. Man hatte eine ehemalige Brauerei zu einer riesigen Bierschwemme mit z. Z. rund 1200 Sitzplätzen umgebaut, in der man unter neun verschiedenen Biersorten wählen kann. Der Umbau ist sehr attraktiv, jedoch mit solch einer Platzkapazität unserer Meinung nach zu groß.

Gegen Ende unserer Exkursion unternahmen wir für drei Tage einen Abstecher nach Budapest. In dieser kurzen Zeit besichtigten wir vor allem die Burg mit ihren Ersatzneubauten und dem Hilton-Hotel, die neue Markthalle (siehe Architektur der DDR 12/80), das Skála-Kaufhaus und in Szentendre neue Hügelhäuser und ein neues Wohnquartier. Die Ersatzneubauten im Burgviertel zeugen von großem gestalterischem Einfühlungsvermögen in die vorhandene historische Bebauung und vom Können der Architekten in der baulichen Durchbildung. So etwas vermissen wir leider in der DDR vielerorts all zu häufig. Im gleichen Zug kann als besonders positiv das neue Wohnquartier in Szentendre mit mehrgeschossiger Bebauung genannt werden. Die vier- und fünfgeschossige Bebauung zeigt hier die Möglichkeiten eines industriellen Bauens bezüglich Individualität, Gestaltbarkeit, Maßstäblichkeit und Bildung von wirklichen Straßenräumen. Dazu tragen auch die interessanten Ecklösungen bei. Erwähnenswert sind noch das restaurierte Stadtzentrum und die umgestaltete Donaupromenade. Sowohl baulich als auch farblich wurde hier in Szentendre Bemerkenswertes geschaffen.

Nach unserer Rückkehr aus Ungarn verbrachten wir noch einen letzten Tag in Bratislava. Als abschließenden Höhepunkt besuchten wir die Aussichtsgaststätte über der SNP-Brücke, die das bekannteste der neuen Wahrzeichen Bratislavas ist. Der Ausblick über die nächtliche Stadt hinterließ nochmals einen bleibenden Eindruck von ihrer Schönheit.

Leider war unsere Exkursion viel zu schnell zu Ende. Obwohl wir ein sehr umfangreiches Pensum bewältigt hatten, gibt es immer noch vieles, was wir nicht sehen konnten.

Auf jeden Fall kehrten wir mit dem Gefühl zurück, viel Neues gesehen, in uns aufgenommen und dazugelernt zu haben. Darüber hinaus erhielten wir einen interessanten Einblick in die Bräuche und Gewohnheiten der Menschen in diesem Land und werden immer wieder gern eine Reise dorthin unternehmen.

A INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Eberhard Dannenberg, Schwerin,
1. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Joachim Rauchfuß, Halle,
4. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Horst Beier, Nordhausen,
5. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Winfried Hauskeller, Berlin,
5. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Prof. Dr. Gerhard Krenz, Berlin,
6. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Heinz Weise, Schwedt,
8. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Rudolf Steffens, Berlin,
12. Juni 1906, zum 75. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hans-Otto Möller, Rostock,
14. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Kurt Bauer, Dresden,
15. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Diplomgartenbauingenieur Dr. Karl-Heinz Voß, Babelsberg,
16. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Gerhard Martin, Wittgensdorf,
18. Juni 1911, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Andreas Kornmann, Leipzig,
19. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Günther Schütze, Erfurt,
19. Juni 1921, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Berthold Schneider, Mölkau,
21. Juni 1911, zum 70. Geburtstag

Architekt Diplomforstingenieur Manfred Wolff, Bremerhagen,
21. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

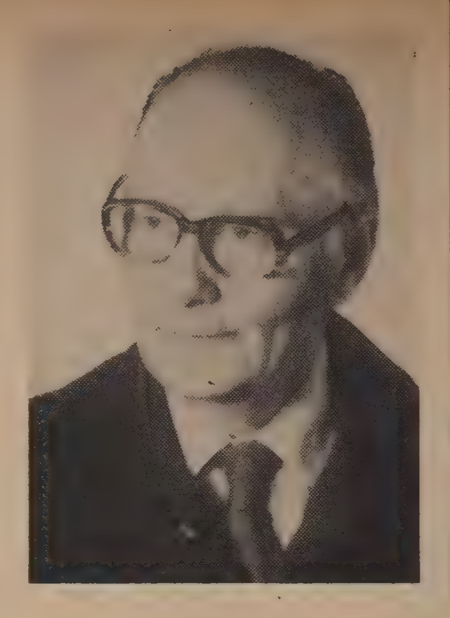
Architekt Ingenieur Ök. Manfred Schwendt, 1400 Oranienburg,
22. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Ingenieur Walter Brock, Leipzig,
28. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Stephan Buhle, Halle,
28. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Günter Dietrichs, Merseburg,
29. Juni 1931, zum 50. Geburtstag

Gerhard Menzel zum Gedenken



Am 17. Oktober 1980 starb Dr.-Ing. Gerhard Menzel. Er hätte im März dieses Jahres seinen 60. Geburtstag begangen. Als Landarchitekt und Bauwissenschaftler erwarb er sich besondere Verdienste bei der Entwicklung von Produktionsanlagen, die der Erprobung und Einführung industriemäßiger Verfahren der Milcherzeugung in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR dienten und somit deren Breitenanwendung ermöglichten.

Als ehemaliger Schüler des bekannten Landbaumeisters Professor Cords-Parchim hatte sich Gerhard Menzel schon zu Beginn seiner fachlichen Laufbahn das Ziel gestellt, aktiv an notwendigen Umgestaltungsprozessen mitzuwirken, die der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erforderte. Er begann damit zunächst nach Abschluß seines Architekturstudiums in Dresden in verantwortungsvoller Funktion im Rahmen der Entwicklung des Neubauernprogrammes in diesem Bezirk. Danach arbeitete er im Forschungsinstitut für die Architektur ländlicher Bauten der damals neugegründeten Bauakademie in Berlin, wurde aber bald von Prof. Cords zurück nach Dresden gerufen, um in dessen Entwurfsinstitut an der ehemaligen Technischen Hochschule Dresden an neuartigen Bauaufgaben mitzuwirken. Doch nach dem Tode seines verehrten Lehrers, Ende des Jahres 1954, erhielt Gerhard Menzel die Leitung dieses Institutes übertragen und war so zunächst mit der Fertigstellung eines Versuchsgutes in Dresden-Räcknitz sowie eines Großhofes in Bernburg betraut. Danach folgten eigenständige Entwurfs- und Projektbearbeitungen von Produktionsanlagen dieser Art, von denen die Versuchsbetriebe für die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR in Potsdam-Bornim und Leipzig-Gundorf herausragten.

Es kam bei solchen Projekten darauf an, sowohl wissenschaftliches Neuland zu betreten, als auch bewährte Erfahrungen mit Realitätssinn und Entschlußkraft in zeitgemäße Dimensionen umzusetzen. Gerhard Menzel zeigte sich diesen Anforderungen gewachsen, nicht nur weil er das erforderliche Verständnis für die historisch bedingte Einheit von technischem und gesellschaftlichem Fortschritt besaß, sondern auch weil er erkannt hatte, daß sich die allgemeine politische Zielstellung, welche sich die Träger der neuen Gesellschaftsordnung gesetzt hatten, mit seinen eigenen von Haus aus geprägten Vorstellungen in Übereinstimmung befand. Darauf hatte sich auch sein früher Beitritt in die Partei der Arbeiterklasse gegründet.

Seine Neigung, funktionelle und technische Zusammenhänge stets verallgemeinernd zu analysieren, führte ihn später mehr und mehr zu zielgerichteter Grundlagenentwicklung und veranlaßte ihn auch, mit einer Arbeit über die Errichtung von Mineraldüngerlagern zu promovieren. So wurde er dann zu Beginn der 60er Jahre Fachberater an der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR. Die hier während eines Zeitraumes von etwa 10 Jahren gewonnenen Erfahrungen bildeten eine wertvolle Basis für seine spätere erneute Tätigkeit an der Bauakademie der DDR, die er im Institut für Landwirtschaftliche Bauten als Leiter einer von ihm gegründeten Forschungsgruppe in Dresden aufnahm. Hier widmete er sich vorrangig Problemen bei Spezialbauten. Ein besonderes Ergebnis hiervon ist die inzwischen realisierte Konzeption für variabel einsetzbare Projektbausteine für Bauten der Milchgewinnung, die bedeutend zur Rationalisierung der Projektierungstätigkeit beitrug.

Neben seiner konkreten Forschungsarbeit wirkte Gerhard Menzel ständig in Fachgremien mit. Hier ist vor allem seine Tätigkeit im Redaktionsbeirat für die Herausgabe des Ratio-Kataloges hervorzuheben.

Im Zuge der Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen der DDR gehörte Gerhard Menzel in den letzten Jahren auch mit zu den Kräften, welche die Gestaltung von Exportvorhaben auf dem Sektor Tierproduktion entwickelten. Er setzte sich hier ebenfalls ungeachtet seines bereits angegriffenen Gesundheitszustandes mit ganzer Kraft für das gesellschaftliche Anliegen ein und entwickelte dazu erste grundlegende Lösungen.

Insgesamt gesehen war Gerhard Menzel eine dem Neuen aufgeschlossene, technisch vielseitig orientierte Persönlichkeit mit schöpferischer Unruhe, nüchterner Denkart und strenger Sachlichkeit. Im persönlichen Umgang aber war er von humorvoller Frische und freundlicher Derbheit, fand stets ein klärendes Scherzwort und schuf somit eine ihm eigene Atmosphäre. Seine Mitarbeiter, die er ständig in abgewogener Form zu fördern wußte, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dieter Bartusch

Bauakademie der DDR

Dissertationen an der Bauakademie der DDR 1980

Fakultät Städtebau und Architektur

Dipl.-Ing. Reinhard Malik
Öffentliche Verteidigung: 8. Juli 1980
„Beitrag zur Bestimmung differenzierter Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden des Massenwohnungsbaus der Jahrhundertwende unter dem Aspekt der effektiven Nutzung der vorhandenen baulichen Substanz"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. Doehler
Prof. Dr.-Ing. habil. Lahnert
Prof. Dr.-Ing. Urbanski
Diplomstaatswissenschaftler Bauingenieur Spohr

Fakultät Bautechnik

Dipl.-Ing. Klaus Herrmann
Öffentliche Verteidigung: 13. März 1980
„Grundlagenuntersuchungen zu mechanisch gespannten textilen Membrantragwerken, dargestellt an Tonnenformen (Beitrag zu den Belastungsannahmen, zur Konstruktion und Anwendung von liniengestützten Membrantragwerken unter besonderer Berücksichtigung der Planenschichtstoffe)"
Gutachter:
Dozent Dr. sc. techn. Ackermann
Dipl.-Ing. E. Fritzsche
Dr.-Ing. Hölzel

Dipl.-Ing. Fred Volkmann
Öffentliche Verteidigung: 29. Mai 1980
„Beitrag zur Verbesserung des Wärme- und Feuchtigkeitsschutzes von leichten Bauwerken bei Einsatz von hinterlüfteten Vorhangfassaden"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. W. Bauer
Prof. Dr. sc. techn. Bernt
Dipl.-Ing. Ök. Naumann

Dipl.-Ing. Ök. Bodo Cröplin
Öffentliche Verteidigung: 3. Juli 1980
„Untersuchungen zur Weiterentwicklung ausbautechnischer Leistungen der Block- und Streifenbauweise unter Einbeziehung plattentypischer Verfahren – ein Beitrag zur weiteren Durchsetzung der Fließfertigung"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. Berbig
Prof. Dipl.-Ing. Herholdt
Dr. oec. Loui

Fakultät Ökonomie

Diplomwirtschaftler Bauingenieur Karl-Heinz Hauschild und Dipl.-Ing. Ök. Ingenieur Siegward Schindler (Kollektivdissertation)
Verteidigung: 16. Dezember 1980
„Grundlagen für die Entwicklung einer Wirtschaftsorganisation, die am effektivsten die Instandsetzung und Modernisierung der Altbauwohnsubstanz unterstützt, dargestellt am Beispiel der Stadt Leipzig"
Gutachter:
Prof. Dr. rer. oec. Krehl
Prof. Dr.-Ing. Keller
Dr.-Ing. Haberland

Dr.-Ing. Dietrich Zeidler
Öffentliche Verteidigung: 28. Mai 1980
„Beitrag zur Auswahl und Weiterentwicklung rationeller effektiver Tragstrukturen für Dächer von ausgewählten eingeschossigen Mehrzweckgebäuden des Industriebaus bei hinreichender Erfüllung komplexer Anforderungen"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Hampe
Prof. Dr.-Ing. Rühle
Prof. Dr. sc. techn. Stenker

Hinweis an unsere Leser

Entgegen seiner ursprünglichen Ankündigung (H. 3/81, S. 181) teilt das BMK Erfurt nunmehr mit, daß die Veranstaltung zur Erzeugnisentwicklung im Industriebau nur intern durchgeführt wird.

Kurzfassung

DK 711.6   711.58.003

Pfau, W.

Stand und Tendenzen bei der städtebaulichen Planung und Gestaltung von Bebauungskonzeptionen für Neubauwohngebiete

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, S. 265–271, 5 Abb., 3 Graphiken, 9 Lagepläne

Mit der Zielstellung, den Bauaufwand zu senken, wurden Bebauungskonzeptionen für den komplexen Wohnungsbau analysiert und überarbeitet. Dabei konnte festgestellt werden, daß bei einer Erhöhung der Einwohnerdichte, einer rationelleren funktionellen Organisation der Wohngebiete und der effektiven stadttechnischen Erschließung die städtebauliche Qualität erhalten oder verbessert wurde. Bisher konnte der Bauaufwand bereits um 6,7 Prozent gesenkt werden.

DK 711.58

Ungewitter, F.; Kirsch, K.; Kamper, B.

Wie stellen wir uns im Bezirk Magdeburg auf die Anforderungen an den Wohnungsbau in den 80er Jahren ein?

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, S. 272–277, 15 Abb., 3 Modellfotos

Die durch die Beschlüsse des X. Parteitages der SED festgelegten Entwicklungsziele für den Wohnungsbau im Bezirk Magdeburg besagen, daß im kommenden Fünfjahrplan rund 45 000 Wohnungen neu gebaut und 28 000 Wohnungen modernisiert werden.
Neue Wohngebiete entstehen nicht nur in der Bezirksstadt Magdeburg (so z. B. „Neustädter Feld" und Magdeburg-Olvenstedt), sondern auch in den Kreisstädten des Bezirkes. Dabei wird in verstärktem Maß die rationelle Wohnungsbauserie 70 eingesetzt. Zunehmende Bedeutung erlangt auch die Rekonstruktion vorhandener Wohngebiete insbesondere in kleinen Städten.
Insgesamt geht es darum, daß die Architekten und Bauschaffenden des Bezirkes effektivste Methoden und Technologien entwickeln, um eine größere Anzahl von Wohnungen in guter Qualität mit geringerem Aufwand zu bauen oder zu modernisieren. Erste Ergebnisse dieser Bemühungen werden in diesem Beitrag behandelt.

DK 721.001.6

Wohnungsbau in Greifswald

In der Stadt Greifswald wurde in den letzten Jahren ein experimentelles Forschungsvorhaben durchgeführt, das zum Ziel hat, Lösungswege für die Rekonstruktion und Umgestaltung von innerstädtischen Altbaugebieten zu entwickeln und zu erproben. Diese Aufgabe hat insbesondere für die weitere Durchführung des Wohnungsbauprogramms der DDR große Bedeutung, die in den 80er Jahren in zunehmendem Maße mit der Erhaltung, Modernisierung und behutsamen Erneuerung von Altbaugebieten verbunden sein wird.
Für das Experiment wurden einige Quartale der Altstadt von Greifswald vorgesehen, deren Bauzustand eine teilweise Ergänzung durch Ersatzneubau erforderte. Für diesen Neubau, der sich harmonisch in die Struktur der Altstadt einfügt, wurde die Plattenbauweise weiterentwickelt.
Die Ergebnisse zeigen, daß es möglich ist, die rationelle Plattenbauweise so zu modifizieren, daß sie auch in solchen Gebieten zur Anwendung kommen kann. Die damit verbundenen städtebaulich-architektonischen, konstruktiven und technologischen Probleme wurden erfolgreich gelöst. Der Bauaufwand liegt im Vergleich zu Neubaugebieten am Stadtrand durch zusätzliche Arbeiten etwas höher. Zieht man jedoch solche ökonomischen Vorteile, wie z. B. die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und die Einsparung an Bauland in Betracht, so ist insgesamt auch die Frage nach der volkswirtschaftlichen Effektivität positiv zu beantworten. Das Experiment in Greifswald kann natürlich nicht schematisch auf andere Städte übertragen werden, da es in vielen Fällen möglich und notwendig sein wird, einen höheren Anteil an vorhandener Substanz zu erhalten. Sein großer Wert ist darin zu sehen, daß die dabei erprobten Lösungen auch unter den vielfältigen städtebaulichen Situationen anderer Städte anwendbar sind.
Im einzelnen werden folgende Beiträge veröffentlicht:

Hüller, H.; Loui, K.-H.

Zum Wohnungsbau in Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, S. 282–286, 8 Abb.

Felz, A.; Mohr, F.; Richardt, G.

Städtebaulich-architektonische Gestaltung bei der Umgestaltung eines Altstadtgebietes in Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, S. 287–298, 30 Abb.

Hüller, H.; Hahn, U.

Zur ökonomischen Auswertung des Greifswalder Experimentes

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, S. 299, 1 Abb.

Paetow, R.; Merz, D.; Matz, V.

Zur Technologie und Baudurchführung im Experiment Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, S. 299–301, 3 Abb.

DK 728.004.68

Muschter, M.

Das Einsteinhaus in Caputh

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, S. 302–304, 8 Abb., 1 Grundriß, 2 Schnitte

Anläßlich des 100. Geburtstages des großen deutschen Physikers Albert Einstein wurde sein Sommerhaus bei Potsdam rekonstruiert. In diesem Haus wurde jetzt eine Stätte des Gedenkens an Einstein eingerichtet. Prof. Konrad Wachsmann, der 1980 verstorben ist, einer der Pioniere der Industrialisierung des Bauens, hatte dieses Haus entworfen.

Содержание

УДК 711.6   711.58.003

Pfau, W.

265 **Положение и тенденции градостроительного планирования и оформления концепций застройки для районов-новостроек**

Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 5, стр. 265—271, 5 илл., 3 графика, 9 планов расположения

На основе постановки цели снижения затрат на строительство проанализированы и переработаны концепции застройки для комплексного жилищного строительства. При этом установлено, что при увеличении плотности заселения, при рациональной функциональной организации жилых районов и эффективной инженерной подготовке к застройке возможно было сохранять или улучшать градостроительное качество. До сих пор капитальные вложения снизились уже на 6,7 %.

УДК 711.58

Ungewitter, F.; Kirsch, K.; Kamper, B.

272 **Как мы в округе Магдебург ориентируемся на требования к жилищному строительству в 80-х годах.**

Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 5, стр. 272—277, 15 илл., 3 фото макета

С целью развития жилищного строительства в округе Магдерург решениями X съезда СЕПГ намечено во время предстоящего пятилетнего периода построить всего 45 000 новых квартир и модернизировать 28 000 квартир.
Новые жилые районы будут построены не только в окружном центре Магдебург (например, «Нойштедтер Фельд» и Магдебург-Ольвенштедт), но и в районных центрах округа. При этом в большей мере применяется рациональная серия жилых зданий 70. Возрастающее значение приобретает также и реконструкция существующих жилых районов, в особенности в малых городах.
В общем речь идет о том, чтобы архитекторы и строители округа разрабатывали наиболее эффективные методы и технологии с целью строительства или модернизации большего количества квартир в хорошем качестве при снижении затрат. Первые результаты этих стараний рассматриваются в настоящей статье.

УДК 721.001.6

Эксперимент в городе Грайфсвальде

В последние годы в г. Грайфсвальде проводились экспериментальные исследовательские работы по разработке и проверке решений реконструкции и преобразования внутригородских районов старой застройки. Эта задача приобретает особенно важное значение для дальнейшего осуществления программы жилищного строительства в ГДР, которое в 80-х годах в возрастающей мере будет сочетаться с сохранением, модернизацией и тщательным возобновлением районов старой застройки.
Для эксперимента предусмотрены некоторые кварталы старой части города Грайфсвальда, состояние которых требовало частичного дополнения путем нового строительства в целях восполнения убыли старого жилого фонда. Для строительства новых зданий, которые гармонически вписываются в структуру старой части города, усовершенствован способ крупнопанельного строительства. Результаты показывают, что представляется возможным рациональный способ крупнопанельного строительства модифицировать так, чтобы он мог применяться и в таких районах. Связанные с этим градостроительно-архитектурные, конструктивные и технологические проблемы решаются успешно. Вследствие дополнительных работ затраты на строительство здесь незначительно выше чем в районах новой застройки на окраине города. Однако, учитывая такие экономические выгоды, как например, использование имеющейся инфраструктуры и экономию территории, отводимой под застройку, в общем можно дать положительный ответ и на вопрос о народнохозяйственной эффективности. Конечно, проведенный в г. Грайфсвальде эксперимент нельзя схематически применять к другим городам, так как во многих случаях возможно и необходимо будет сохранять большую долю существующего строительного фонда. Его большое значение состоит в том, что испытанные при этом решения являются применимыми также и во многообразных градостроительных условиях других городов.
В отдельности публикуются следующие статьи:

Hüller, H.; Loui, K.-H.

282 **Об эксперименте в г. Грайфсвальде**

Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 5, стр. 287—298, 30 илл.

Felz, A.; Mohr, F.; Richardt, G.

287 **Градостроительно-архитектурное оформление при преобразовании района старой застройки в г. Грайфсвальде**

Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 5, стр. 287—298, 30 илл.

Hüller, H.; Hahn, U.

299 **Об экономическом анализе Грайфсвальдского эксперимента**

Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 5, стр. 299, 1 илл.

Paetow, R.; Merz, D.; Matz, V.

299 **О технологии и производстве строительных работ в эксперименте Грайфсвальда**

Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 5, стр. 299—301, 3 илл.

УДК 728.004.68

Muschter, M.

302 **Дача Эйнштейна в Капуте**

Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 5, стр. 302—304, 8 илл., 1 план, 2 разреза

По поводу 100 годовщины со дня рождения великого немецкого физика Альберта Эйнштейна реконструирована его дача вблизи г. Потсдама. В настоящее время там устроен дом-музей в память Эйнштейна. Проект этой дачи был разработан профессором Конрадом Вахманном, одним из первопроходцев индустриализации строительства, который умер в 1980 году.

Summary	Résumé

DK 711.6 711.58.003

Pfau, W.

Present Position and Trends in Urban Planning and Development Concepts for New Housing Areas

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 5, pp. 265–271,
5 illustrations, 3 graphs, 9 layouts

Development concepts were analysed and revised for complex housing construction, with the view to reducing building expenditures. The standards of town planning were stabilised or even improved under the impact of growing population density, high-economy functional organisation of housing areas, and high-effectiveness development and layout of service installations. Investment input so far has been reduced by 6.7 per cent.

265

DK 711.6 711.58.003

Pfau, W.

Niveau actuel et tendances de la planification et réalisation de conceptions d'aménagement pour quartiers de logements neufs

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, pages 265–271,
5 illustrations, 3 graphiques, 9 plans de situation

Dans le but de réduire les dépenses de construction, les conceptions d'aménagement pour la construction de logements complexe viennent d'être analysées et repensées. Comme il ressort des resultats obtenus, il est possible, par l'augmentation de la densité moyenne de la population, par une meilleure organisation fonctionnelle des zones résidentielles et par une utilisation plus efficace des possibilités techniques, de conserver ou bien d'améliorer la qualité urbanistique. Jusqu'alors, les dépenses d'investissement ont pu être diminuées de 6,7 pour-cent.

DK 711.58

Ungewitter, F.; Kirsch, K.; Kamper, B.

Present Action in Magdeburg Region to Meet Demands on Housing Construction in Eighties

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 5, pp. 272–277,
15 illustrations, 3 model photographs

The key figures given for the development of housing construction in the Region of Magdeburg in resolutions adopted at the Tenth Congress of SED call for the completion of 45,000 new dwellings and for modernisation of another 28,000 in the forthcoming Five-Year Plan period.
New housing areas are under the construction not only in Magdeburg, the capital of the Region (e. g. Neustädter Feld und Magdeburg-Olvenstedt), but in district capitals of the Region, as well. Growing use has been made, in this context, by WBS 70, a high-economy housing construction system. More attention is being given also to rehabilitation of existing housing areas in smaller towns.
All architects and builders of the Region are called upon to take action for the purpose of devising most effective methods and technologies, in order to build or modernise more flats in good quality and at lower cost. Preliminary results obtained from their efforts are reported in this article.

272

DK 711.58

Ungewitter, F.; Kirsch, K.; Kamper, B.

Comment le district de Magdebourg se prépare-t-il aux exigences des années quatre-vingts en matière de la construction de logements?

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, pages 272–277,
15 illustrations, 3 photos de maquettes

Conformément aux décisions prises par le Xe Congrès du parti SED, le secteur de la construction de logements du district de Magdebourg s'est fixé pour objectif de construire au total 45 000 logements et de moderniser 28 000 logements dans les exercices du plan quinquennal prochain.
De nouvelles zones résidentielles seront implantées non seulement à Magdebourg, chef-lieu de district, (par ex. «Neustädter Feld» et Magdebourg-Olvenstedt), mais aussi dans les chefs-lieux d'arrondissement. L'accent sera mis sur l'utilisation renforcée de la série de construction de logements 70, une méthode particulièrement rationnelle. La reconstruction de zones résidentielles déjà existant gagne de plus en plus de l'importance, notamment dans les petites villes.
Dans l'ensemble, la tâche posée aux architectes et aux travailleurs en batiments du district de Magdebourg consiste à mettre au point des méthodes et technologies hautement efficaces permettant de construire ou de moderniser, dans une haute qualité, un grand nombre de logements. L'article présent informe des premiers résultats obtenus à cet égard.

DK 721.001.6

Experiment in Greifswald

An experimental research project was conducted in Greifswald in recent years, with the view to finding solutions for rehabilitation and renewal of old-age urban centres and to testing those solutions under practice conditions. Such effort was found to be relevant to continued progress of the GDR housing construction programme, since in the eighties growing emphasis will be laid on preservation, modernisation, and careful renewal of old-age urban areas.
Some quarters of the old town of Greifswald had been earmarked for the experiment. Their condition was such that some of the buildings had to be replaced by new structures. An improved version of the panel assembly process was used to obtain buildings which matched harmoniously with the old town pattern as a whole.
The results so far obtained have shown that it had been possible to modify high-economy panel assembly construction to applicability even to such old building stock.
Other related problems in the context of town planning, architecture, construction, and technology were resolved with good success. Expenditures were slightly higher than those on new built-up areas of suburban location, owing to the need for additional operations. Nevertheless, the general assessment of economy is favourable, if other economic advantages are taken into consideration, such as the possible use of existing infrastructures and saving of building ground. The experiment of Greifswald, naturally, cannot be dogmatically applied to other cities, since in many cases it will be possible and necessary to preserve more of the existing building stock. However, it is of particular value, since the solutions tested will be applicable to most various urban situations in other cities.

The following articles on this subject are published in this issue:

DK 721.001.6

Résultats d'une expérience à Greifswald

La ville de Greifswald a fait l'objet, ces dernières années, d'un projet expérimental dont l'objectif a été de mettre au point des solutions pour la reconstruction et le réaménagement de zones de constructions anciennes situées au centre-ville. Il s'agit là d'une tâche particulièrement importante pour la réalisation ultérieure du programme de construction de logements de la RDA dont les points forts seront déterminés, dans les années quatre-vingts, de plus en plus par la conservation, la modernisation et la rénovation de quartiers de logements anciens.
Les quartiers de la vieille ville de Greifswald ayant fait l'objet de cette expérience se sont trouvés dans un assez mauvais état, de sorte qu'il a fallu procéder à remplacer, en partie, de la substance ancienne par des constructions neuves. Ces bâtiments neufs qui s'harmonisent parfaitement avec la structure de la vieille ville, ont été réalisés d'après la méthode perfectionnée de la construction par panneaux préfabriqués.
Comme il ressort des résultats obtenus à Greifswald, la méthode rationnelle de la construction par panneaux préfabriqués se prête à être utilisée également dans ce domaine.
Les problèmes urbanistiques, architecturaux, constructifs et technologiques ont été résolus avec succès. En comparaison des zones résidentielles nouvelles implantées à la banlieue, les dépenses de construction sont un peu plus élevées, ce qui est dû aux travaux supplémentaires nécessaires. Cependant, en considérant les avantages économiques – par ex. mise en valeur de l'infrastructure existante, économie de terrain à bâtir –, on ne peut que répondre affirmativement à la question de l'efficience pour l'économie nationale.
Il va sans dire que l'expérience de Greifswald ne peut pas s'appliquer, d'une manière schématique, à d'autres villes, car dans beaucoup de cas il sera possible ou nécessaire de conserver un plus grand nombre de constructions anciennes. L'importance particulière de ce projet expérimental consiste en ce que les solutions mises à l'épreuve à Greifswald peuvent être appliquées à la situation urbanistique d'autres villes.

Les articles suivants portent sur ce sujet:

Hüller, H.; Loui, K.-H.

Experiment in Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 5, pp. 282–286, 8 illustrations

282

Hüller, H.; Loui, K.-H.

Au sujet de l'expérience de Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, pages 282–286, 8 illustrations

Felz, A.; Mohr, F.; Richardt, G.

Layout and Architectonic Design for Renewal of Old Town Area in Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 5, pp. 287–298, 30 illustrations

287

Felz, A.; Mohr, F.; Richardt, G.

Aspects urbanistiques et architecturaux au réaménagement d'une zone de constructions anciennes à Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, pages 287–298, 30 illustrations

Hüller, H.; Hahn, U.

Economic Evaluation of Greifswald Experiment

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 5, p. 299, 1 illustration

299

Hüller, H.; Hahn, U.

Des aspects économiques du projet expérimental de Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, page 299, 1 illustration

Paetow, R.; Merz, D.; Matz, V.

Technology and Site Operations for Greifswald Experiment

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 5, pp. 299–301, 3 illustrations

299

Paetow, R.; Merz, D.; Matz, V.

Au sujet de la technologie et de l'exécution constructive appliquées au projet expérimental de Greifswald

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, pages 299–301, 3 illustrations

DK 728.004.68

Muschter, M.

Einstein House in Caputh

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 5, pp. 302–304,
8 illustrations, 1 floor plan, 2 sections

Einstein's summer house in the vicinity of Potsdam has been restored in honour of the great German physicist's 100th birthday. The building has been re-opened as a memorial site. The house had been originally designed by Prof. Konrad Wachsmann, one of the pioneers of industrialised construction who died in 1980.

302

DK 728.004.68

Muschter, M.

La Maison Einstein à Caputh

Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 5, pages 302–304,
8 illustrations, 1 section horizontale, 2 coupes

En l'honneur du 100e retour du jour de naissance de Albert Einstein, sa maison de campagne à Caputh, près de Potsdam, vient d'être transformée en un lieu consacré à la mémoire du grand physicien allemand. Le projet de cette maison de campagne est dû à Prof. Konrad Wachsmann, mort en 1980, l'un des pionniers en matière de l'industrialisation de la construction.

Index 31 409

Siegfried Ludewig

Mon-tage-bau

Grundlagen-
Wissensspeicher

Siegfried Ludewig

Montagebau

Grundlagen – Wissensspeicher

2., verbesserte Auflage,
520 Seiten, 135 Fotos,
239 Zeichnungen,
281 Tafeln,
49 Übersichtsblätter,
47 Dokumentations-blätter
56,– M, Export 88,– M
Bestellnummer:
561 454 0

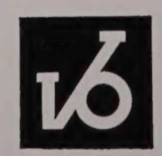
Dieses Buch wurde als eines der „Schönsten Bücher der DDR" ausgezeichnet und erhielt auf der internationalen Ausstellung „Schönste Bücher aus aller Welt" in Leipzig die „Goldene Letter" sowie auf einer internationalen Buchausstellung in Moskau eine Bronzemedaille.

Die Montagebauweise erfaßt zunehmend alle Bereiche des Bauwesens. Mehr und mehr verlagern sich dabei die Produktionsprozesse in die Vorfertigungsstätten. Ihre Probleme sind derartig vielseitig, daß es immer schwerer wird, einen geschlossenen Überblick zu behalten. Spezielle Veröffentlichungen und Informationen zu Teilproblemen sind nur mit großem Aufwand auszuwerten. Diese Erkenntnis aus der praktischen Arbeit gab die Anregung für eine umfassende, dabei möglichst komprimierte und übersichtliche Darstellung des Verfassers.

Hierzu aus dem Inhalt:

Allgemeine Grundlagen; Vorfertigung; Transport- und Montageelemente; Montagegeräte; Montagedurchführung; Sachwörterverzeichnis.

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an den örtlichen Buchhandel



VEB Verlag für Bauwesen · DDR – 1080 Berlin · Französische Str. 13/14